

mit taz  dossier:
13 seiten
entschwörungs-taz

Regierungszeitung?
Kritik von LeserInnen, eine Replik und ein Blick in die taz-Geschichte
2, 3, 6

Alles wie in der DDR?
Ostdeutsche Gründe für tiefes Misstrauen gegen die Obrigkeit
5

Gates regiert die Welt?
Wie der Microsoft-Gründer zum Feindbild von Trump-Fans wurde
11

Elvis lebt immer noch?
Warum geheimnisvolle Mythen rund um Popstars besonders gut gedeihen
13

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten ist nicht leicht zu schocken. Aber bei dieser bizarren Theorie, die verboten gerade im Internet gefunden hat, wird ihm doch ein wenig mulmig. Da geht es um einen Typen, der

„am dritten Tag von den Toten auferstand, aufstieg in den Himmel und zur Rechten des Vaters sitzt, von dort wird er kommen, zu richten die Lebenden und die Toten“.

taz thema Bienen
Summsalibim: Vier Verlagsseiten zum heutigen Weltbienentag
I-IV

Die taz wird ermöglicht durch
20.420
GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de taz
Postfach 610229, 10923 Berlin twitter.com/tazgezwitscher facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

Ausgabe Berlin Nr. 12240 € 2,80 Ausland € 2,20 Deutschland 4 190254 802201 30621



Wer's glaubt, wird selig

Ein Dossier über abstruse Theorien in der Coronakrise, berechtigte Kritik und die Grauzone dazwischen
2-14

Demonstrieren gegen die Corona-Beschränkungen und die angeblich drohende Diktatur in Deutschland: TeilnehmerInnen der „Querdenken“-Demo in Stuttgart am vergangenen Samstag, bei der Flaggen der momentan „lockeren“ Länder Schweden und Österreich verteilt wurden – und „Pace“-Fahnen
Foto: Jens Gyarmaty

Editorial von **Christian Jakob** und **Sabine Seifert**

Aluhut ab!

Würden wir glauben, man könne dem Staat alles abnehmen, würden wir diese Zeitung nicht machen. Ein Informationsministerium und ein paar Pressestellen würden reichen. Die taz lebt davon, ein Gegenmodell zum Verlautbarungsjournalismus zu sein. In der Coronakrise aber fallen die Vorstellungen, was Kritik und Aufklärung sind, auseinander.
Zu spüren ist Irritation. Manche LeserInnen klagen, der taz falle in der Jahrhundertkrise nichts Besseres ein, als die staatliche Gesundheitspolitik zu benicken. Denn in ihrer Berichterstattung ist die Redaktion oft zu dem Ergebnis gekommen, dass der Staat auf Grundlage des verfügbaren Wissens durchaus Dinge richtig gemacht hat.
Das sehen nicht alle so. Die Kritik an der Coronapolitik füllt heute Straßen und Plätze, Telegram und Tiktok. Es artikuliert sich ein Kontinuum, dessen Pole klar erkennbar, dessen Schattierungen

aber undeutlich sind: Auf der einen Seite stehen berechtigte Sorgen um Grundrechte und wirtschaftliche Existenzen, wird substantielle Kritik an der Pandemiepolitik mit der sozialen Frage gekoppelt.
Daneben steht, oft kaum trennscharf, Geraune aus den schattigen Ecken des Internets, das sich bis zu Antisemitismus und offenkundigem Wahn versteigt. Verschwörungsglaube hat mit der Pandemie eine grelle Projektionsfläche gefunden. Er wurde zum Katalysator der Aufmerksamkeitskonkurrenz. Manche wüten heute mit den gleichen Worten gegen die Coronapolitik, wie sie es vor Kurzem noch bei der Flüchtlingspolitik getan haben. Dem, was sie über Corona sagen, mag der rationale Kern fehlen, nicht aber die politische Funktion: Es soll die Ablehnung demokratischer Institutionen anfachen.
Diese düsteren Anteile der Coronakritik zu benennen, ist keine Diskreditierung legitimer Kritik.

Doch viele empfinden es so. Helfen kann da nur, Grenzen auszuleuchten, auch im eigenen Milieu: Wo endet das berechtigte, wo beginnt das abseitige Misstrauen gegen den Staat genau? Wo wird aus dem alternativen Blick auf die Welt eine eskapistische Suche nach einer trügerischen alternativen Wahrheit? Wo kippt Dissidenz ins Antisemitische? Und wo wird sie anschlussfähig für Rechte und Populisten?
Mit dieser Sonderausgabe laden wir dazu ein, diese Grenze gemeinsam zu erkunden. Wir reden mit einem Ärztekollektiv, dem die Sinnhaftigkeit der Coronapolitik nicht einleuchtet, finden schon bei den Illuminati einen gewissen Coronini, erforschen linke Mythen und sprechen mit einer Historikerin über Geschlecht und Verschwörung.
So hoffen wir Verständigung zu schaffen: dass da, wo Kritik und Aufklärung sind, kein Verschwörungsglaube hinpasst.



„Liebe tazzer, seid ihr noch unabhängig?“

Einige LeserInnen sind von der taz zurzeit schwer enttäuscht, geben uns aber gleichzeitig hochinteressante Anregungen für die weitere Berichterstattung. Danke für die klare Kritik!



16. Mai in Stuttgart: Aufgrund der aktuell gelten Pandemiemaßnahmen wurden 5.000 Teilnehmer:innen einer Demonstration gegen die Coronabeschränkungen auf dem Cannstatter Wasen zugelassen. Es kamen sehr viel mehr. Sie wurden, wie diese Demonstrantin, auf eine Ausweichfläche verwiesen, mit reichlich Platz.

Der Fotograf **Jens Gyarmaty**, 1981 in Landau/Pfalz geboren, studierte Kulturwissenschaft und Dokumentarphotografie. Heute erforscht er in seiner Arbeit soziokulturelle Hintergründe und verortet sie im Zeitgeschehen. So auch bei den Bildern dieser Ausgabe.

Warum nicht emanzipierter?

Liebe taz, wir freuen uns, endlich die Muße für den Schritt in die Genossenschaft gefunden zu haben. Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Schritt ist nicht durch die überzeugende Corona-Berichterstattung der taz ausgelöst, Letztere hätte in unseren Augen durchaus etwas emanzipierter erfolgen können.
Jens und Andrea Engler, Oldenburg

Warum so affirmativ?

Als langjähriger taz-Leser bin ich entsetzt über die affirmative und kritiklose Berichterstattung. Wo bleiben kritische Stimmen, Nachfragen und Berichte über Andersdenkende? Insbesondere vermisse ich eine vertiefte Berichterstattung über den Bericht aus dem Innenministerium. Wo bleiben Nachfragen an die Regierung? *Rolf Zimmermann, Kordel*

Bildet bitte die Meinungsvielfalt ab

Als Leser und Noch-Immer-Genosse möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich in Zeiten der Coronamaßnahmen nichts davon spüre, dass ihr/wir unabhängig sind. In der Tradition der taz wäre es die Pflicht dieser „unabhängigen“ Tageszeitung, eine breite Meinungsvielfalt abzubilden und ein Vorreiter zu sein für eine kritische Auseinandersetzung mit der Einschätzung der Coronalage und den daraus abgeleiteten, beispiellosen, die Grundrechte aussetzenden Entscheidungen. Wenn ihr der Auffassung seid, dass ihr noch in dieser Tradition agiert und eine kritische Auseinandersetzung in eurem/unserem Blatt abbildet, lasst es mich wissen, beweist es mir.
Markus Scheffer, Geldern

Andere Meinung nicht geduldet?

In vereinzelt Leserbriefen wird zwar zarte Kritik abgedruckt, aber in der Berichterstattung wird keine anderslautende Meinung erklärt, geschweige denn geduldet. Virologen, Mikrobiologen und Epidemiologen mit anderen Erklärungen finde ich nur im Netz oder im TV. Zeitgleich und haarsträubenderweise werden in der taz alle Teilnehmer von Freiheits- und Grundgesetzdemonstrationen mit dem neuen Schimpfwort „Aluhutträger“ belegt. Und das bevor überhaupt absehbar ist, in welche Richtung diese Bewegung geht und wer sich dort durchsetzt. Es reicht!
Michael Nagursky, Hochstätten

Nur lustlos durchgeblättert ...

Das hätte ich mir vor ein paar Wochen nicht vorstellen können, dass ich die taz nur lustlos durchblättere und dann ganz zur Seite lege. Das Coronavirus scheint ja die letzten kritischen Stimmen verstummen zu lassen. Der heutige polemische Artikel über Impfkritiker war für mich nur der letzte Tropfen. Ich bin Genossin geworden, weil ich unabhängigen Journalismus unterstützen wollte. Die wochenlange, einseitige Corona-Berichterstattung fällt für mich nicht darunter. *Karin Schäfer, Bielefeld*

„... ich fühle mich entmündigt“

In der taz wird bestätigt, dass Facebook „aggressiv gegen Falschinformationen vorgeht und dass Tausende Beiträge, die zur unmittelbaren Gefahr werden könnten, entfernt werden“. Mit so einer Zensur fühle ich mich entmündigt. Betroffen erfährt man, dass die Bundesregierung die Schadenanalyse eines hohen Beamten im Innenministerium unter den Tisch kehrt und den Verfasser beurlaubt. Warum? Der Verfasser hat recherchiert und hat festgestellt, dass die Folgeschäden der Coronamaßnahmen mittlerweile größer sind als ihr Nutzen. Die Lahmlegung der Krankenhäuser zugunsten eventueller Coronafälle verhindert lebenswichtige Untersuchungen und Operationen von anderweitig erkrankten Patienten. Es wird geschätzt, dass die Suizidrate gestiegen ist und weiter ansteigen wird, einerseits durch Vereinsamung von Menschen, andererseits von in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Menschen. Die Versorgungslage der gesamten Bevölkerung ist gefährdet durch den Ausfall von lebenswichtigen Infrastrukturen. Sehr geehrte taz-Redakteure, warum kann ich so etwas nicht in der taz lesen?
Erika Leiste München

Bitte bessere medizinische Recherche

Als Arzt bin ich von euren Berichten über die medizinischen Aspekte nicht sehr angetan. Ein

Beispiel: Es wurde bekannt gemacht, dass das Virus auf Oberflächen bis zu 48 Stunden, unter extremen Umständen auch deutlich länger nachweisbar ist. Im ersten Interview bei Markus Lanz berichtete Professor Hendrik Streek, dass er versucht hat, alle Abstriche, die in Gangelt genommen wurden, anzüchten zu lassen und dass dies dem Labor in keinem einzigen Fall gelungen ist, auch nicht in einem Haushalt mit mehreren hoch akut infizierten Personen. Dieser Widerspruch muss doch in die Augen springen! Eine Recherche hätte ergeben, dass der Virusnachweis der Hygieniker durch die Polymerase-Kettenreaktion erfolgt, die das Genom, die RNS, des Virus nachweist. Die RNS ist aber nicht infektiös ohne die Eiweißhülle. Also ist die Schlussfolgerung, dass die Eiweißhülle sehr schnell zerfällt und die Viren dann zwar noch nachweisbar, aber nicht mehr infektiös sind. Das in die Debatte als Frage einzubringen hätte wichtige Konsequenzen gehabt, denn es bedeutet ja, dass Übertragungen durch Berührung infizierter Oberflächen nicht möglich sind. *Puri R. Fey, Köln*

Ein überheblicher, spöttischer Blick

Euer überheblicher, diskriminierender und spöttischer Blick (Stichwort „Aluhutträger“) auf eine täglich wachsende Anzahl sehr besorgter Bürger, die ob der extremen Einschnitte in persönliche Freiheiten, geplanter Einführung ei-

tlische LeserInnen und GenossInnen haben sich die taz in den letzten Wochen sehr viel kritischer gewünscht. Einige kündigten sogar ihr Abo oder ihren Genossenschaftsanteil. Ihr Vorwurf: Wir haben viele wichtige Fragen in der taz gar nicht erst gestellt. Sie fragen: Lebt Journalismus nicht von der Kritik, gerade bei unserer von Konzernen unabhängigen taz? Gerade in Ausnahmezeiten? Hätten wir nicht die Regierungsmaßnahmen von Anfang an stärker hinterfragen sollen? Haben wir nicht viel zu wenig unterschiedliche Meinungen abgebildet? Haben wir in der medizinischen Recherche nicht auch zu wenig geleistet? Die zum Teil sehr scharfe Kritik unserer LeserInnen hat diese besondere taz Ausgabe mit inspiriert, deshalb geben wir den KritikerInnen als Auftakt für unsere „Entschwörungstaz“ noch einmal größeren Raum. Wir haben alle viel gelernt in diesen letzten Wochen. Und alle zusammen haben wir zum allerersten Mal eine Pandemie mit globalen, radikalen Lockdown-Maßnahmen erlebt. Auch mithilfe der LeserInnenkritik werden wir den noch kommenden Herausforderungen hoffentlich immer besser gerecht. *Gaby Sohl, Leserbriefredaktion*

ner Corona-App (mit Offenlegung aller Aufenthaltsorte und, auch zufälliger, Kontakte) mehr als besorgt sind, ist kaum noch zu ertragen.
Peter Weiler, Weisenheim

Regieanweisungen – verhältnismäßig

Ist das alles verhältnismäßig, was wir als Regieanweisungen erhalten? Ich frage mich, ob der gesellschaftliche Notstand durch die Coronapandemie zu rechtfertigen ist. Was rechtfertigt eine Entscheidung, die 10 Millionen Menschen in Kurzarbeit schickt und die Arbeitslosenquote über die fast schon vergessene 5-Prozent-Marke treibt? Was rechtfertigt einen Notstand, der vielen Menschen mit Mietschulden früher oder später eine Räumungsklage beschert, auch wenn diese Gefahr zeitnah erst einmal durch entsprechende gesetzliche Regelungen abgewendet werden konnte? Was rechtfertigt den rasanten Anstieg der Kinderarmut in unserer Republik? Was rechtfertigt die immer längeren Menschenschlangen vor den Ausgabestellen der Tafeln? Unter den circa 150.000 Verstorbenen der letzten zwei Monate befanden sich circa 6.650 Menschen, bei denen ein Corona-Infekt nachgewiesen wurde. Ist es Ketzerei, danach zu fragen, wie viele dieser 6.650 Menschen ursächlich an der Corona-Infektion gestorben sind?
Jan Bonorden, Eschede

Nicht berichtet, nicht relativiert

Wir sehen Bilder im Fernsehen und lesen in der Zeitung, dass die Stadt Bergamo Särge mit Toten auf Militärlastern aus der Stadt bringen ließ, weil „die Leichenhäuser überfüllt sind“. Das macht Angst. Nicht berichtet wird, dass in Bergamo lediglich 25 Menschen pro Tag eingäschert werden können und Bestattungsunternehmen schließen mussten. Daher wurden 60 Leichen, die eingäschert werden sollten, in benachbarte Orte gefahren. Die taz hat hierzu nicht berichtet, aber eben auch nicht relativiert. *Renate Grolig, Wölferheim*

Wesentliche wissenschaftliche Befunde

Liebe taz, ich bin Kinderchirurg und muss sagen, dass in der taz wesentliche wissenschaftliche Befunde einfach nicht wahrgenommen werden. Professor John Ioannidis (Epidemiologe, Stanford) hat schon am 17. März die Mortalität auf 0,1 Prozent geschätzt. Eine Seroprävalenzstudie (Antikörpertests in repräsentativer Stichprobe) der gleichen Arbeitsgruppe vom 14. April im Santa Clara County untermauert diese Einschätzung. Epidemiologen und Virologen aus New York, Oxford, Helsinki und Zürich kommen zum gleichen Ergebnis. Die wöchentliche Übersterblichkeitsstatistik für Europa zeigt für die Woche 15 eine Spitze nach oben, die bereits wieder absinkt. Guter Wissenschaftsjournalismus muss das zur Kenntnis nehmen und die Kontroversen darstellen. Wie wird die taz in zwei Monaten dastehen, wenn die Pandemie abgeklungen ist, die Letalität nicht höher als bei einer Grippepandemie war und niemand von Ihnen John Ioannidis, Knut Wittkowski, Karin Mölling oder Wolfgang Wodarg interviewt hat? *Lutz Meyer, Berlin*



Am Sonntag demonstrieren in Stuttgart Tausende Menschen, etwa gegen eine Corona-Impfpflicht. Die hatten mehrere Regierungsmitglieder ohnehin bereits zurückgewiesen. Foto: Jens Gyarmaty



„Nicht verharmlosen, aber relativieren“

Die Ärzte Michael Kronawitter und Claudius Loga zweifeln die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen gegen Corona an. Sie beklagen, dass abweichende Meinungen bei dem Thema zu kurz kommen

Interview Christian Jakob

taz: Herr Kronawitter, Herr Loga, am 30. März haben Sie mit dem Aufruf „Gegen das Diktat der Angst“ die Coronapolitik kritisiert. Heute zeigt sich ein deutlich günstiger Verlauf im Vergleich zu anderen Ländern. Würden Sie den Aufruf heute genauso schreiben?

Michael Kronawitter: Ja. Wir sehen weiter massive Angst bei unseren PatientInnen, an einem tödlichen Atemwegsinfekt erkrankt zu sein oder andere anzustecken.

Ist diese Angst nicht berechtigt?

Claudius Loga: An Atemwegserkrankungen können Menschen sterben. Die meisten aber kommen ohne schwere Schäden über den Infekt hinweg. Es gibt ein Spektrum von Viren in den Atemwegen, die gefährlich sind. Corona gehört auf jeden Fall dazu. Das wollen wir nicht verharmlosen, sondern relativieren.

Sie vergleichen Corona mit Grippeepidemien. Wie verhält sich das mit dem, was in Italien passiert ist?

Kronawitter: Die Gefahr, an einem Virus zu sterben, gab es schon immer, sie ist unterschiedlich groß, von Jahr zu Jahr. Wir müssen damit umgehen. Uns wurde vorgeworfen, Corona mit Influenza zu vergleichen – wie könne man so etwas nur tun? Die Influenza hat 2018 in Deutschland fast 25.000 Menschen getötet. Die Grippe 1969/70 hat in England 80.000 Menschen umgebracht. Das zu sagen, ist keine Verharmlosung, sondern ein Ins-Verhältnis-setzen der Gefahren.

Die Übersterblichkeitszahlen, etwa in Italien, zeigen, dass Corona offensichtlich viel gefährlicher ist.

Loga: Wir haben unsere Kritik formuliert, weil wir den Abwägungsprozess nicht wahrgenommen haben. Unser Eindruck war, dass mit Angst gearbeitet wird. Bilder und Zahlen aus Italien wurden immer wiederholt, ohne relativiert zu werden. Wir fanden, da fehlte was.

Kronawitter: Offensichtlich ist, dass in Norditalien viel mehr Menschen sterben als anderswo. Das ist dramatisch. Aber was sind die Ursachen dieses Hotspots? Auch hier muss untersucht werden, ob der Lockdown schädliche Effekte hatte, die womöglich mehr Menschen töteten. Das kann ich nicht beantworten. Das werden die nächsten Jahre zeigen. Es gilt aber schon als Ketzerei, diese Frage zu stellen.

Die Frage wird doch von vielen ungehindert gestellt, etwa von Ihnen.

Kronawitter: Ich sage ja nicht, dass wir in einer Diktatur leben. Aber wir haben Aggression und Vorwürfe erfahren, wenn wir mit Leuten diskutieren haben, in vielen Gesprächen mit KollegInnen, PatientInnen und auch FreundInnen. Das ist nichts Institutionalisierendes, das ist der Diskurs der Gesellschaft.

Meinungsstreit eben, ganz normal. Wo ist das Problem?

Das Problem ist, dass es nicht um Evidenz geht, sondern um Narrative. Man ist entweder Verharmloser, Verrückter, Verschwörungstheoretiker oder ein Rechter.

Es gibt Kritiker vom rechten Rand, die Verschwörungstheorien verbreiten. Warum sollte man die nicht so nennen?

Eine Verschwörungstheorie muss bestimmte Kriterien erfüllen und dann kann man sie auch so nennen. Es gibt aber genug rational begründete Kritik von Experten, die die Zahlen nur anders interpretieren.

Rationale Kritik ist in den letzten Wochen an vielen Stellen gekippt. Warum?

Abweichende Meinungen kamen am Anfang fast gar nicht zu Wort. Die Menschen merken, wenn eine Diskussion nicht offen gestaltet wird. Dann haben Verschwörungstheoretiker leichtes Spiel. Denn manche von denen haben ja recht, wenn sie sagen, dass bestimmte Informationen in den Medien an

den Rand gedrängt wurden.

Welche Informationen zum Beispiel?

Zum Beispiel wurde sehr viel über das Angst machende Worst-Case-Szenario gesprochen. Das Best-Case-Szenario trat nicht wahrnehmbar in Erscheinung. Und eben die fehlenden Vergleichszahlen zur täglichen normalen Sterblichkeit – 2.200 Menschen über 65 sterben in Deutschland jeden Tag. Das gehört für mich zur Aufklärung, die von vielen Medien nicht geleistet wurde. Stattdessen Alarmismus, Katastrophe, überall die Gefahr, meine Angehörigen könnten gleich sterben, wenn ich etwas falsch mache.

Sie nennen die Corona-Eindämmungspolitik ein „Diktat der Angst“. Das impliziert, die Maßnahmen seien undemokratisch dekretiert.

Loga: Erst mal war gemeint, dass die Angst den Menschen Maßnahmen diktiert hat. Viele – auch Politiker – sind in Starre verfallen, statt unterschiedliche Maßnahmen zu diskutieren. Das kreiden wir an – und natürlich, dass die so beschlossenen Maßnahmen durchgesetzt wurden und man keinen Widerspruch geduldet hat.

Es widersprechen Leute permanent, im Internet, in Medien, auf der Straße.

Kronawitter: Dem linken Initiator der Hygiene-Demo in Berlin, Anselm Lenz, wurde ein Aufenthaltsverbot erteilt. Das finde ich ganz schön gefährlich. So etwas schreckt Leute ab, die sich Sorgen machen und deshalb demonstrieren wollen. Das kann ich nicht kleinreden. Die Einschränkung der Grundrechte sind keine Kleinigkeit.

Wie hätten Sie sich in der gebotenen Kürze der Zeit eine demokratischere Aus handlung vorgestellt?

Kronawitter: Je schneller man auf eine Epidemie reagiert, desto besser ist es. Aber es wurde sehr stark auf die Sicht des Virolo-

gen Christian Drosten und des RKI fokussiert. Man hätte andere Virologen und Epidemiologen mit abweichender Einschätzung hören müssen, auch Fachleute, die sich etwa mit Kinderrechten, häuslicher Gewalt, der Lage psychisch Kranker auskennen. Und muss man Maßnahmen autoritär erzwingen?

Was wäre medizinisch gesehen die Alternative zum Lockdown gewesen?

Loga: Wir sind als Ärzte gehalten, unsere Maßnahmen auf Evidenz zu prüfen. Das ist beim Lockdown nicht geschehen.

Es wird doch permanent von Wissenschaft und Politik ausgewertet, was der Lockdown gebracht hat.

Kronawitter: Es gibt noch immer keine ausreichende Evidenz für die Maßnahmen. Die Nebenwirkungen werden gar nicht erforscht.

Loga: Kontaktverbote haben gesundheitliche Auswirkungen auf unsere Patient*innen. Berührung und menschliche Nähe, Bewegung sind extrem wichtig, auch für das Immunsystem.

Kronawitter: Es sind massenhaft Menschen gegen ihren Willen total vereinsamt. Das ist dramatisch.

Kritik an der Gesundheitspolitik, sie zielte seit März besonders auf die Coronamaßnahmen. Die Ökonomisierung des Gesundheitssektors wurde dabei fast als Nebenwiderspruch thematisiert.

Loga: Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens ist ein Grundübel. Gesundheit ist keine Ware. Menschliche Medizin braucht viel Personal, Zeit und Zuwendung. Krankheiten und Naturkatastrophen können immer auftreten. Dazu sind in normalen Zeiten Überkapazitäten notwendig und müssen finanziert werden. Also müssen wir die Gesundheitsversorgung gesellschaftlich wichtiger nehmen und jetzt Ressourcen schaffen.

Hinterher ist man nicht immer schlauer

Das Präventionsparadox: Je erfolgreicher die Coronamaßnahmen sind, desto leichter fällt es, sie im Nachhinein für unnötig zu halten

Von Malte Kreutzfeldt

Wer die Regierung kritisieren möchte, hat es in der Coronakrise noch einfacher als sonst: Denn je erfolgreicher die Politik dabei ist, die Verbreitung des Virus einzudämmen, desto stärker können sich all jene bestätigt fühlen, die die Gefahr von Anfang an für übertrieben gehalten haben. Und natürlich trifft solche Kritik auch Medien, die – wie die taz – den Kurs der Regierung im Großen und Ganzen unterstützt haben: War doch alles gar nicht nötig, behaupten die KritikerInnen der Maßnahmen.

Widerlegen lässt sich das nicht so einfach, denn einen empirischen Vergleich, was passiert wäre, hätte man die Virusgefahr ignoriert, gibt es bisher nirgends. Großbritannien und die USA, die einen solchen Kurs kurzzeitig verfolgt haben, geben immerhin einen Eindruck davon, wie viel höher die Infektions- und Todeszahlen ausfallen, wenn zu spät reagiert wird. Aber durchziehen mochten die dort Regierenden

diesen Kurs dann lieber doch nicht.

Keine Frage: Auch in Deutschland hat die Regierung nicht alles richtig gemacht. Anfangs wurde die Gefahr unterschätzt. Unzutreffende Vergleiche mit der Grippe und falsche Aussagen zur angeblichen Unwirksamkeit von Masken gab es zunächst auch vom Robert Koch-Institut und von Gesundheitsminister Jens Spahn zu hören. Doch die Politik hat – ebenso wie die allgemeine Öffentlichkeit – in der Krise schnell auf neue Erkenntnisse reagiert. Dass dabei an manchen Stellen auch überreagiert wurde, ist offensichtlich – und wurde in der taz auch thematisiert: Allein auf einer Wiese ein Buch zu lesen, hätte das Infektionsrisiko vermutlich ebenso wenig erhöht, wie der Aufenthalt im eigenen Ferienhaus in Mecklenburg. Und ob Besuche in Altenheimen mit guten Schutzmasken nicht schon früher wieder vertretbar gewesen wären, kann man diskutieren.

Dass aber ein Großteil der Maßnahmen überflüssig war, dafür gibt es we-

nig Belege – auch wenn viele KritikerInnen das behaupten. Als angeblicher Beweis wird oft angeführt, dass die Zahl der neuen Corona-Infektionen in Deutschland schon zurückgegangen ist, bevor die Kontaktbeschränkungen überhaupt in Kraft getreten sind.

Die Politik musste die Verantwortung für die Konsequenzen ihrer Entscheidungen übernehmen

Und tatsächlich kann die vom Robert Koch-Institut veröffentlichte Kurve der täglichen Neuerkrankungen diesen Eindruck vermitteln: Sie hatte ihren Höhepunkt am 19. März – und damit schon kurz bevor die Kontaktbeschränkungen am 22. März verkündet wurden. Dass diese überflüssig waren, folgt da-

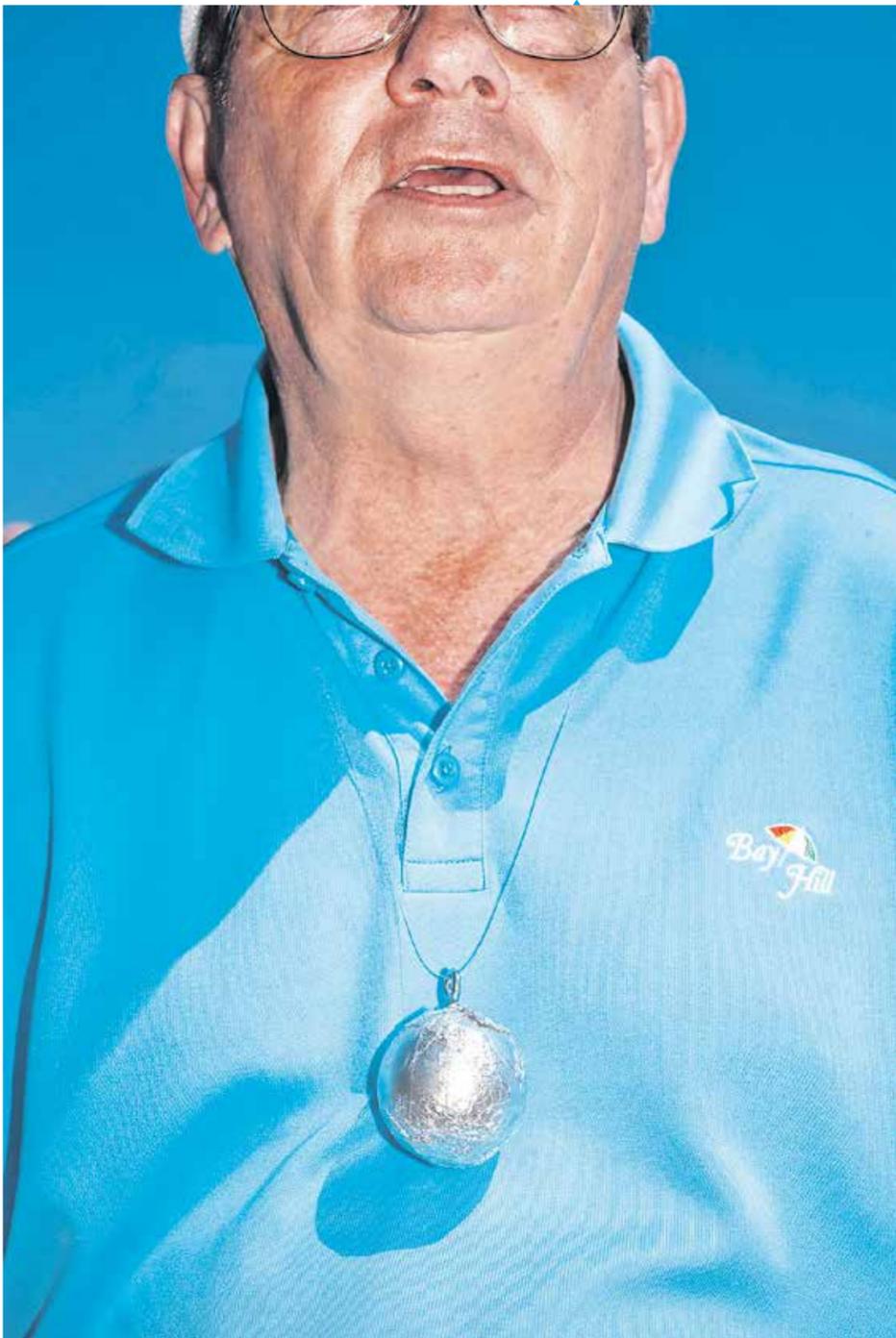
raus aber nicht, meinen WissenschaftlerInnen. Zwar habe schon das vorherige Verbot von Großveranstaltungen und das Schließen von Schulen, Kitas und den meisten Geschäften einen großen Effekt gehabt, schreiben sie im Wissenschaftsmagazin *Science*. Doch erst die Kontaktbeschränkungen hätten die Ansteckungsrate so weit reduziert, dass die Fallzahlen tatsächlich im notwendigen Ausmaß gesunken seien. Dass dieser Effekt schon kurz vor der offiziellen Verkündung sichtbar wurde, könnte neben Unsicherheiten über die Dauer zwischen Infektion und Erkrankung auch daran liegen, dass viele Menschen ihre Kontakte schon vorher freiwillig reduziert hatten.

Auch das zweite, häufig zu hörende Argument, dass die Gegenmaßnahmen durch aufgeschobene Behandlungen, Depressionen oder wirtschaftliche Schwierigkeiten am Ende mehr Opfer kosten werden als das Virus selbst, ist fraglich. Zum einen ist die Zahl der Virusopfer ja gerade wegen der Gegen-

maßnahmen so gering; zum anderen gehen viele WissenschaftlerInnen davon aus, dass die wirtschaftlichen Probleme bei weniger entschlossenen Gegenmaßnahmen langfristig nicht geringer, sondern größer wären – und damit vermutlich auch ihre gesundheitlichen Folgen.

Dass man hinterher immer schlauer ist, trifft bei den Coronamaßnahmen also nicht unbedingt zu. Doch selbst wenn es so wäre, bedeutete das nicht, dass das Vorgehen der Politik falsch war. Denn sie musste ihre Entscheidungen stets auf der Grundlage des aktuell verfügbaren Wissens fällen, ohne die weitere Entwicklung zu kennen.

Und die Politik musste auch die Verantwortung für die Konsequenzen ihrer Entscheidungen übernehmen. Dass da in vielen Fällen lieber zu vorsichtig als zu unvorsichtig agiert wurde, sollte jeder nachvollziehen können, der sich ernsthaft in die Lage derjenigen versetzt, die die schwierigen Beschlüsse fällen mussten.



Habe Mut, dich deines Verstandes zu bedienen

Die Illuminaten wurden 1776 gegründet. Manche Menschen glauben, dass sie die Welt regieren. Unsere Recherchen zeigen, dass einer der originalen Illuminaten Coronini hieß. Zufall?

Auffassungen, die mit wissenschaftlichen Verfahren begründet werden – letztendlich doch Kant für sich in Anspruch: „Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“

Als Kant diese Sätze 1784 veröffentlichte, war die kurpfalz-bayerische Regierung gerade dabei, die Illuminaten zu verbieten, die noch heute manche Menschen für die wahren Herren der Welt halten, die hinter allem stecken, was uns die Moderne an Unliebsamem so zu bieten hat. Die Illuminaten seien ein „für die Religion und den Staat höchst gefährliches Complot“, meinte damals Karl Theodor, Kurfürst von der Pfalz und von Bayern.

Die Illuminaten waren weit davon entfernt, die Herrschaft in Bayern oder der Welt an sich zu reißen. Richtig ist, dass sie sich gegen den Einfluss der katholischen Kirche auf das Denken der Menschen und die Politik wandten und sich daher nur im Geheimen verständigten, was man ihnen nicht verdenken kann. Es war üble Propaganda, als Karl Theodor über den Chef der Illuminaten, Adam Weishaupt, sagte, dieser sei ein „Böswicht, Blutschänder, Kindsmörder, Volksverführer“. Weishaupt hatte nach dem Tod seiner Frau seine Schwägerin ehelichen wollen und, als sie schwanger wurde, versucht, das Kind abzutreiben. Das eine galt als Blutschande, das andere als Kindsmord.

Ein Revolutionär war Weishaupt nicht, trotz seines Pseudonyms „Spartacus“. Über seine im Jahr 1776 gegründete geheime Gesellschaft schrieb er: „Wenn sie sich von Königsmord, Empörungen der Unterthanen enthält, nur dem Laufe der Natur folgt, ihr die Hand biethet, nichts weiter thut, als auf allen Wegen das Licht zu verbreiten, und den Menschen die grosse Kunst lehret, sich selbst regieren zu können, solte dieses wohl unrecht seyn?“

Aufklärerische Gesellschaften waren damals in Mode, Geheimbünde zählten auch dazu. Adam Weishaupt war ein junger Doktor der Philosophie und Professor der Rechte und des Kirchenrechts an der bayerischen Landesuniversität in Ingolstadt, die Illuminaten waren anfangs ein Zirkel von Studenten. Erst als der Neu-Illuminat Adolph Freiherr von Knigge anfang, Mitglieder zu rekrutieren, gewannen die Illuminaten Einfluss in Politik, Wissenschaft und Kultur. Schiller sympathisierte mit ihnen, Goethe wurde angeblich nur Mitglied, um sich über ihre Umtriebe zu informieren. Der spätere Begründer des modernen bayerischen Staatswesens, Maximilian von Montgelas, war als junger Mann Illuminat gewesen.

Das individuelle Ziel, das die Adepten erreichen sollten, war „die bestmögliche Ausbildung ihrer gesammten körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Kräfte“. Das politische Ziel der Illuminaten war die aufklärerische Modernisierung des bayerischen Staats, auch wenn Weishaupt darüber spekulierte, ob in einer aufgeklärten Welt der Staat eines Tages vielleicht nicht mehr gebraucht werden würde: „Wie aber, wenn alle Staaten nur Mittel oder Stufen wären, um noch etwas besseres hervorzu-bringen?“

Die Freimaurer, Illuminaten und Juden wollen die gottgegebene Ordnung auf den Kopf stellen

Seit der Aufdeckung ihres „Complots“ und ihres Verbots im Jahr 1785 beschäftigen die Illuminaten die Fantasie der Leute. Im Jahr 1798 bezichtigten stramme Puritaner Thomas Jefferson, ein antichristlicher Illuminat zu sein. Heute wird man im Netz darüber aufgeklärt, dass Angela Merkels Raute ein Erkennungszeichen der Illuminaten sei.

Auf gewitzte Weise haben sich Robert Shea und Robert Anton Wilson der Illuminaten angenommen. Ihre ab 1975 erscheinende „Illuminatus!“-Trilogie war eine Satire auf den paranoiden Stil der amerikanischen Kultur. Shea und Wilson hatten für das Leserforum des Playboy gearbeitet, das wie ein Vorläufer des Internets erscheint. Viele verschwörungstheoretische Motive ihrer so gelehrten wie lustigen Bücher hatten Shea und Wilson Leserbriefen an die Playboy-Redaktion entnommen.

Das bringt uns zurück in die Gegenwart. Manche Anhänger von Q glauben, dieser Prophet, der gern aus der Bibel zitiert, arbeite bei einem der vielen amerikanischen Geheimdienste. Andere sind sich sicher, dass Q kein Geringerer als Donald Trump selbst ist. Es gibt aber auch skeptische Stimmen, die sagen, die frühen Texte von Q seien in Wahrheit Parodien auf das irre Gerede der Trumpisten gewesen.

Es gibt viele merkwürdige Dinge in der Welt. Manche fallen merkwürdigerweise nicht einmal Verschwörungstheoretikern auf. Warum hat außer dem Autor dieser Zeilen noch niemand bemerkt, dass sich in der Mitgliederliste des Illuminatenordens der Name eines gewissen „Joh. Coronini“ findet? Zufall?

Mit Alukugel gegen die Weltverschwörung: Mann mit „Querdenker-Bommel“
Foto: Jens Gyarmaty

Von Ulrich Gutmair

Die Erde ist hohl. In Tunnelanlagen werden Kinder festgehalten, um ihr Blut zu gewinnen. Die Eliten extrahieren Adrenochrom daraus, um sich zu verjüngen. Wer die Eliten sind, kann man sich denken. Es sind die Illuminaten, oder die Juden. Vielleicht auch Reptilien. Oder alles zusammen. Ihre Chefin heißt Hillary Clinton. Während Sie diese Zeilen lesen, bemühen sich hunderttausend US-Soldaten unter dem Kommando Trumps darum, die Kinder zu befreien. So ungefähr sehen Anhänger des anonymen „Q“ die Welt.

Richard Hofstadter prägte für solche Erzählungen einst den Begriff der „Verschwörungsfantasiën“. Sie seien durch einen „paranoiden Stil“ der Welterklärung gekennzeichnet. Ihre Wahnhaf-tigkeit besteht oft gerade darin, dass es sich um so wohlausgeklügelte Systeme handelt, dass es in ihnen keine Zufälle, keine Widersprüche, keine Ambivalenzen gibt – aber dafür umso dä-monischere Individuen und Gruppen, die uns brave Menschen austricksen.

Das widerspricht jeder Erfahrung und erzählt uns mehr über die Anhänger dieser Fantasien als über die Welt, die diese angeblich beschreiben. Die Bösen sind immer die anderen. Wahnvorstellungen nicht unähnlich sind

diese Fantasien, denen andere Forscher den Status einer Theorie zugestehen, weil sie einerseits den Anspruch an Belegen ein wissenschaftliche Theorien „übererfüllen“, während sie andererseits unterkomplex sind, also mit sehr wenigen Annahmen sehr viel erklären. „Zu schön, um wahr zu sein“, wie Forscher das Problem zusammengefasst haben.

Wer nun meint, Verschwörungstheorien seien bloßer Ausdruck von individueller Verrücktheit oder eines kollektiven Rückfalls in mythisches Denken, verkennt ihre Herkunft als Welterklärungsmodelle in der Tradition aufklärerischen Denkens. Ist es Zufall, dass Verschwörungstheorien in der Zeit der Aufklärung besonders virulent waren? „Sometimes paranoia’s just having all the facts“, meinte William Burroughs.

Verschwörungstheorien halfen, die französischen Volksmassen gegen den König, die amerikanischen Kolonisten gegen die Briten aufzubringen. Im vorrevolutionären Frankreich kursierten Berichte über Hungerverschwörungen, die dem König angelastet wurden. In den amerikanischen Kolonien war man sich sicher, dass sich die Briten gegen die Amerikaner verschworen hatten.

Der Republikanismus, die Leitidee der Zeit, berief sich auf die Tugend als die wichtigste positive Eigenschaft

des Menschen, den man damals mit Rückgriff auf Aristoteles als Zoon politikon, als politisches Wesen zu begreifen begann. Doch die Menschen haben auch eine dunkle Seite, weswegen für die aufgeklärten Menschen des 18. Jahrhunderts die Annahme von Verschwörungen hinter den Kulissen des politischen Theaters eine selbstverständliche Vorstellung war. Einen okkultistischen Dreh bekam sie erst gut hundert Jahre später: Die Welt ist nicht so, wie sie scheint.

Erst waren es die Jesuiten, die Elite-truppe der Gegenreformation, denen unterstellt wurde, hinter den Kulissen die Strippen zu ziehen. Dann drehten konservative Autoren die Perspektive um, und behaupteten, die Freimaurer, Illuminaten und Juden hätten es darauf abgesehen, die gottgegebene Ordnung auf den Kopf zu stellen, indem sie überall Revolutionen anzettelten. Textanalysen haben ergeben, dass die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ aus einer antijesuitischen Verschwörungsfantasie abgeschrieben wurden.

Wenn Anhänger solcher Theorien Ihnen heute erklären, die Propaganda der Mainstreammedien könnten Sie für sich behalten, denn man ziehe es vor, „selber zu denken“, dann nehmen diese – trotz aller Resistenz gegenüber

Ganz ehrlich? Das macht mich wütend

Unser Autor Tobias Schulze bekommt eine E-Mail von einer Person, die ihm nahe steht. Er liest von angeblichen Expertenstimmen zu Corona, die dann doch nur selektive Halbwahrheiten und zurechtgedrehte Kritik sind. Wie kann man darüber reden?

Liebe X,

wir kennen uns schon eine ganze Weile. Dass wir politisch nicht immer einer Meinung sind, ist mir gelegentlich aufgefallen. Als ich deine letzte Mail gelesen habe, musste ich trotzdem schlucken.

„Ist dieses Virus wirklich so gefährlich?“, fragst du. „Warum hört man in den Medien keine abweichenden Meinungen? Woher bekomme ich unabhängige Informationen?“ Dazu hast du eine PDF-Datei angehängt: „120 Experten-Stimmen zu Corona.“

Seit Ende April kursiert diese Zitatsammlung im Netz, ein Autor ist nicht angegeben. Es geht

weder um Reptilienmenschen noch um die Rothschilds. Selbst Bill Gates taucht nur einmal auf. Stattdessen: Virolog*innen, die das Coronavirus für harmlos halten. Jurist*innen, die Grundrechtseinschränkungen geißeln. Ärzt*innen, die für schnelle Durchseuchung werben. Es sind die Argumente derer, die nicht spinnen, aber die Coronamaßnahmen der Regierungen trotzdem für Wahnsinn halten.

Es tut mir leid, dass ich auf deine Mail erst jetzt antworte. Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, die 24 Seiten komplett durchzuarbeiten: Originalquellen aufrufen, Überset-

zungen einholen, Kontext lesen, vielleicht auch mal am Telefon eine Nachfrage stellen.

Ich bin gescheitert. Nach drei Tagen habe ich gerade mal die Hälfte durch. Erst am zweiten Tag ist mir aufgefallen, dass viele Zitierte mehrfach auftauchen. Eine Aussage erscheint sogar wortgleich an zwei Stellen.

Wer die Zahl der Zitierten so aufpustet, lässt die Gruppe der Kritiker*innen größer erscheinen, als sie tatsächlich ist. Durch die schiere Menge wird es fast unmöglich, alles herauszufiltern, was nicht stimmt, nicht belegt oder schlicht veraltet ist. Das Statement eines israelischen Biochemikers zum

Beispiel, der Ende März sagte, er wäre überrascht, wenn sein Land am Ende mehr als zehn Coronatote zu beklagen habe. Etwa einen Monat später lag die offizielle Opferzahl bei 200. Wie viele wären es heute wohl ohne die auch in Israel sehr harten Gegenmaßnahmen?

Viele Aussagen finde ich sogar richtig. Das totale Demonstrationsverbot zum Beispiel, das vielerorts wochenlang galt, war nicht verhältnismäßig.

Die Datengrundlage für die geltenden Einschränkungen ist noch immer erschreckend dünn. Und ganz sicher werden nicht nur Menschen an Corona sterben, sondern auch an den



Halt suchen: Viele fühlen sich von „den Eliten“ belogen – und glauben lieber selbsternannten Wahrheitsspendern Foto: Jens Gyarmaty

Die da oben – wir hier unten

Bei vielen KritikerInnen der Coronapolitik erinnert der Ton an DDR-Zeiten. Der Staat gilt als privilegiertes System, das vom Bürger Vertrauen verlangt, während seine Repräsentanten Fehler machen dürfen. Warum es wichtig ist, die ostdeutschen Erfahrungen ernst zu nehmen

Folgen der Corona-Schutzmaßnahmen.

Über all das berichten Medien übrigens seit Wochen. Sie lassen Menschen wie Boris Palmer, Juli Zeh und Julian Nida-Rümelin zu Wort kommen, die einen liberaleren Umgang mit dem Virus fordern. Journalist*innen beschränken sich allerdings nicht darauf, sondern hören weitere Stimmen, beleuchten andere Aspekte, erlauben Grautöne. Die Macher*innen deiner PDF-Datei picken sich nur das heraus, was ihre These stützt: dass das komplette Regierungshandeln Mist sei. Das ist das Gegenteil von Journalismus. Und ganz ehrlich? Das macht mich wütend.

Manche Versuche sind besonders plump – zum Beispiel wenn die Macher*innen des PDFs Ökonom*innen zitieren, die vor wirtschaftlichen Schäden der Coronarestriktionen warnen, aber verschweigen, dass andere Ökonom*innen auch vor wirtschaftlichen Schäden einer unkontrollierten Coronaverbreitung warnen. Oder wenn eine Analyse österreichischer Wissenschaftler zitiert wird, derzufolge bei Corona die „Altersabhängigkeit“ des Sterberisikos konsistent sei „mit der des allgemeinen jährlichen Sterberisikos“. Dass die Forscher im selben Papier trotzdem „umfassende Maßnahmen“ gegen

die Corona-Ausbreitung unterstützen, taucht in deinem PDF nicht auf.

Wie groß die Bedrohung tatsächlich ist? Noch kann das niemand genau sagen. Das Virus ist neu. Viele Informationen sind widersprüchlich, viele Fragen noch offen. Daraus zu schließen, dass keine der vorherrschenden Annahmen stimmen kann, fände ich aber falsch. Diese Annahmen zu hinterfragen, ist trotzdem richtig. Dass diese Ungewissheit schwer zu ertragen ist, kann ich gut verstehen. Es geht mir genauso.

Liebe Grüße. Bleib gesund!
Tobias Schulze

Von Anja Maier

An die Regierung! Wann dürfen wir freie Menschen sein? Die Sklavenzeit ist doch längst vorbei.“ So beginnt ein anonymer Brief an Erich Honecker aus dem Jahr 1983. Der Absender beklagt sich bei dem DDR-Staatschef über Mangelwirtschaft, fehlende Reisefreiheit und schlechte Luft: Aber auch über die vielen Polen, die in Ostberliner Geschäften einkaufen. Der Brief ist eine Mischung aus Hilflosigkeit, Wut und Ressentiment, der Ton schwankt zwischen Beleidigung und Pathos. „Man hat uns alles genommen“, schreibt der Verfasser und verweist auf die Nazizeit. „Unsere Großväter meinen, dafür haben sie nicht gekämpft und gelitten! Wir wollen die FREIHEIT!!!“

Briefe wie diesen gab und gibt es schon immer. Menschen wenden sich an ihre Regierung, die sie als Obrigkeit verstehen. Als verstrickten Klüngel, den man verachtet, von dem man als „kleiner Mann“ jedoch unglücklicherweise abhängig gehalten wird. Mit den Protesten gegen die Politik der aktuellen Bundesregierung in Zeiten von Covid-19 verhält es sich ähnlich. Viele Protestierende, man sieht es an ihren Plakaten und Parolen, verstehen sich als staatliche Verfügungsmasse, der „die Wahrheit“ nicht zugetraut wird und über deren Leben und Fortkommen durch anonym waltende, ins Unkenntliche verflochtene Kräfte verfügt wird.

Man kann sich darüber leicht lustig machen – Menschen, die Angela Merkel für eine Reptilide halten oder meinen, einer Gehirnwäsche über das Trinkwasser unterzogen zu werden, entmachten sich als handelnde Individuen ja vorsorglich selbst. Verschwörungsmysmen machen die Problemlage angenehmer schlicht. Aber das allenthalben zu beobachtende Misstrauen in die Politik und ihre VertreterInnen ist natürlich auch das Ergebnis jahrzehntelangen Handelns. Das Versprechen des hochtourigen Neoliberalismus lautet grob gesagt: Macht keine Schere reißen, seid gute KonsumentInnen, und fragt nicht nach den globalen Folgen unserer Politik. Im Gegenzug hält Vater Staat euch Ärger vom Hals. Er belohnt die Reichen, hält die Prekären auf niedrigem Niveau bei Laune und gibt allen ein Gefühl von Überlegenheit anderen gegenüber. Vertraut uns einfach!

Der weltweite Ausbruch der Coronapandemie bringt dieses Prinzip an sein vorläufiges Ende. Menschen sind durch ein

unsichtbares Virus bedroht. Covid-19 kann sie das Leben kosten. Und plötzlich ist es überhaupt nicht mehr egal, ob man seinem Staat nur halbwegs vertraut. Bis Angela Merkel „Es ist ernst, nehmen Sie es auch ernst“ sagte, vergingen wertvolle Wochen. Es fehlte an Schutzmasken und Desinfektionsmitteln, vor allem aber an verlässlichen, verifizierbaren Informationen und nachvollziehbaren Handlungsempfehlungen. Das macht misstrauisch. Wer misstraut, macht Fehler. Und wer Fehler macht, kann an deren Folgen tatsächlich sterben.

Während die Regierung also ab Mitte März Milliarden ins Land pumpt und Bilder der Einigkeit und Tatkraft produzierte, gingen nach und nach die MinisterpräsidentInnen eigene Wege. Spielplätze ja, Schwimmbäder nein, Kitas vielleicht, Schulen stufenweise – alles komplett unübersichtlich und sechzehnmal anders verordnet.

Doch wehe, es wird sich nicht

„In unserem feinen Staat darf ja kein Mensch seine freie Meinung äußern. Dafür haben wir ja Maulkörbe bekommen“

Anonymer Brief an Erich Honecker von 1983

daran gehalten. Der Staat kann sehr ungemütlich werden, wenn Menschen zu zweit auf Parkbänken sitzen. Aber auch sehr nachsichtig, wenn es um die Bundesliga geht. Oder wenn 3.000 statt der angemeldeten 80 Anti-Corona-DemonstrantInnen ohne Mundschutz und Mindestabstand auf dem Münchner Marienplatz eintrudeln.

Das Chaos wird perfekt durch Politiker wie Christian Lindner und Thomas Kemmerich, die öffentlich einen Freund innig umarmen oder zusammen mit Nazis gegen die Bundesregierung demonstrieren. Oder Boris Palmer, der meint, die Freiheit der Mehrheit auf Kosten jener Menschen durchsetzen zu können, „die in einem halben Jahr sowieso tot wären“. Das sind Handlungen und Äußerungen, die durchaus den Verdacht nähren können, dass PolitikerInnen sich Dinge herausnehmen, weil nicht einmal sie selbst dem Staat vertrauen, den sie repräsentieren. Weil sie über Wissen und Schutz verfügen, deren andere nicht teilhaftig werden.

Für viele, vor allem Ostdeutsche, liegt hier der Vergleich zur späten DDR nahe. War es nicht damals auch schon so, dass für die da oben andere Normen galten, andere Gesetze, Privilegien vor allem? Dass die politische Führung Einsatz und Vertrauen verlangte, während sie selbst den Mangel nicht kannte, reisen durfte und sogar bessere ÄrztInnen hatte als die Mehrheit? Weil sie Zugang hatte zu einem Bereich der Macht, wo das eine gesagt wird, aber das andere getan? Ostdeutsche, die unter den politischen Verhältnissen in der DDR konkret gelitten haben, können sich aktuell in ihrem Gefühl der Machtlosigkeit durchaus bestätigt fühlen.

Man kann das absurd finden. Oft ist es das auch. Denn selbstverständlich macht es einen Riesenunterschied, ob man eine Krise in einem repressiven und misstrauischen Land wie der DDR erlebt – ohne freie Presse und freie Wahlen, ohne unabhängige Justiz und ohne das Vertrauen der Politik in die BürgerInnen (und umgekehrt). Die ostdeutsche Erzählung der politisch Privilegierten lebt bis heute fort. Die da oben – wir hier unten. Und selbst wenn am Ende die Wasserhähne in den Häusern der Politbüromitglieder doch nicht wie erwartet vergoldet waren – die Erfahrung von Unterlegenheit, von Uninformiertheit, von Machtlosigkeit und nie zu erreichender Teilhabe ist noch immer in Teilen der Bevölkerung präsent.

Gerade in Ostdeutschland erinnert die Tonalität des aktuellen Protests irritierend an diese Zeit. Ein Brief an die in Sachsen-Anhalt erscheinende *Volksstimme* fasst das Gefühl von Vergeltung und Ressentiment gut zusammen: „Im Osten trifft das Virus auf Gegner und nicht auf Opfer“, schreibt ein Leser. Es klingt wie eine nur mäßig witzig formulierte Drohung.

Mag sein, dass die aktuellen Zustimmungswerte der Bundesregierung mit zwei Dritteln auskömmlich sind. Gerade mal jedeR fünfte BürgerIn befürchtet, dass Grundrechte dauerhaft eingeschränkt werden könnten. Und selbst Angela Merkel findet, diese Krise sei „eine Zumutung für die Demokratie“. Daraus abzuleiten, dass der Bundesregierung umfassend vertraut würde, geht aber fehl. Im Gegenteil, das Misstrauen wächst. Wie schrieb 1983 der DDR-Bürger an Erich Honecker? „In unserem feinen Staat darf ja kein Mensch seine freie Meinung äußern. Dafür haben wir ja Maulkörbe bekommen!“ Damals wie heute – derselbe Sound.

Anzeige

Neuaufgabe
2020

Für Neueinsteiger und Hobbyimker

Bienen als Hobby

64 Seiten kompaktes Wissen von den Profis des Bienen-Journals

**Nur
5,90 €**

Bestellen Sie noch heute

☎ 030 46406-111

@ kundenservice@bauernverlag.de

🖱 bienenjournal.de/shop



Der Fahrradhändler

Im Geschäft von Mirko B. hängt das Grundgesetz im Schaufenster. Ein Statement?

Von Klaudia Lagozinski

Um den Hals trägt Mirko B., 50, ein rotes Bandana-Tuch mit schwarzer Musterung, das er sich über Nase und Mund zieht, sobald Kund*innen den Laden betreten. Vor acht Jahren hat er sich mit einem Fahrradgeschäft in Berlin-Mitte selbstständig gemacht. B. hält sich an die Verordnungen, witzelt über die Maskenpflicht, aber er boykottiert sie nicht. In seinem Schaufenster hängen das Grundgesetz und die Zeitung der Seuchenschutzkritiker, „Demokratischer Widerstand“ – für B. stiller Protest und ein Gesprächsangebot.

B. ist in Dessau geboren, aber in Ostberlin aufgewachsen. In seiner Jugend erlebte er mit, wie es sich anfühlt, in eingeschränkter Freiheit zu leben. „Das will man nicht ein zweites Mal“, sagt er und poliert weiter aufmerksam Speichen. Durch seine Ostsozialisierung hat er auch gelernt, wie viel Macht beim Volk liegen kann.

B.s Laden ist klein und alles hat hier seine Ordnung. Draußen hat er Blumen angepflanzt. Drinnen reihen sich Räder aneinander, gegenüber dem Eingang hängen Fahrradschlösser, darunter stehen kleine Fläschchen mit Kettenöl. Zwei hat er heute morgen schon verkauft. „Läuft wie geschmiert“, sagt er und lacht dabei.

Im Gespräch kommt er immer wieder darauf zurück, wie wichtig es ihm sei, Kritik zu üben, aber gleichzeitig friedlich, demokratisch und freundlich zu bleiben. Seine Kritik an der Regierung und den Beschränkungen des öffentlichen Lebens ist zugleich massiv: Verschwendung von Steuergeldern, heruntergewirtschaftete Krankenhäuser, nennt er als Beispiele. Nur bestimmte Firmen würden mit Geld überschüttet und manche Virologen gar nicht gehört.

„Früher wurde Wolfgang Wodarg als Experte eingestuft, heute gilt er als verrückt.“ Damals, das war 2009, als Wodarg in der Arte-Dokumentation „Profiteure der Angst“ zum globalen Umgang mit der Schweinegrippe auftrat. Die Regierung verteilte außerdem Gelder an die falschen Stellen, kritisiert B.: „Lufthansa bekommt Milliarden, Krankenhäuser werden kaputtgespart.“

Mittlerweile informiert sich der Fahrradhändler fast ausschließlich im Netz: Die Medien berichten alle „gleich“, findet er. Dabei achte er auf valide Quellen, sagt er und führt „Wagenknechts Wochenschau“ vom 4. Mai als Beispiel an, in der die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht die Finanzierung der WHO sowie den Umgang mit Steuergeldern in der Pandemie kritisiert.

Vor einigen Wochen ist B. zum ersten Mal zu einer der „Hygiene“-Demonstrationen am Rosa-Luxemburg-Platz gegangen. Dort sieht er, wie eine ältere zierliche Frau mit grauen Locken von der Polizei festgehalten wird. Er beschließt, mit Grundgesetz und Zeitung in seinem Laden ein Zeichen gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit zu setzen. Schon beim zweiten Mal wird es B. zu voll am Rosa-Luxemburg-Platz.

Er verbringt seither seine Samstagnachmittage bei einer kleineren angemeldeten Versammlung in der Oderberger Straße in Mitte, die ein Freund organisiert hat, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Die freie Meinungsäußerung ist diesem besonders wichtig – auch bei Meinungsverschiedenheiten. „Als Demokrat musst du das gut finden“, sagt er. B. steht daneben und hält ein Tegernseer Bier in der Hand. Die Versammlung ist ebenso Kommunikationsraum wie Ersatz für die derzeit geschlossene Stammbar.

Die Versammlung: zehn Personen und zwei Biertische. Darauf Grundgesetze, drei Zeitungs Ausgaben, Desinfektionsmittel und ein auf 1,5 Meter ausgezogener Zollstock. „Ich will später sagen können, dass ich mich für die Demokratie und das Grundgesetz eingesetzt habe“, sagt B., der sich politisch eher links verortet. „Wir wählen zusammen eine Regierung, deswegen müssen wir miteinander reden.“

Ein Straßenmagazin-Verkäufer läuft an den Biertischen vorbei. Er verkauft die Obdachlosenzeitung *Karuna-Kompass*, die diesen Monat mit „Corona-Kompass“ titelt. Der „Corona-Kompass“ und die Zeitung des „Demokratischen Widerstands“ – unterschiedliche Meinungen auf engstem Raum. Der Verkäufer fragt, ob jemand eine Zeitung kaufen will und B. greift in die Tasche. Er will keine Zeitung, aber reicht dem wohnungslosen Mann ein paar Münzen. „Das Menschliche geht immer vor“, sagt B.

Der böse Staat

Die taz war in den 80ern nicht immer auf der Seite lichter Aufklärung. Der Staat wurde als finstere Macht dämonisiert. Verschwörungserzählungen gab es, zentral waren sie nicht.

Von Stefan Reinecke

Im April 1980 titelte die taz „Hat die RAF doch recht?“ und zitierte auf Seite 1 als verlässlichen Kronzeugen Andreas Baader. Der hatte prophezeit: „Wenn wir im Gefängnis umkommen, dann war das der Geheimdienst.“ Im Oktober 1980 schrieb der Essayist Wolfgang Pohrt in der taz, dass „an akuter Hirnerweichung leidet“, wer nicht glaube, dass Baader, Ensslin und Raspe in Stammheim ermordet wurden. Und: „Die Selbstgleichschaltung der Medien ist total. Vermutlich perfekter als die verordnete es bei den Nazis je war“, so Pohrt. Die heutzutage auf den sogenannten Hygienedemos reklamierte Rolle des einsamen Rufers in einer von Lügen beherrschten Medienlandschaft war der taz in ihren frühen Jahren nicht fremd.

Die taz würde es ohne die RAF nicht geben. Der Deutsche Herbst, die Toten in Stammheim, die Nachrichtensperre und die Hatz auf Sympathisanten waren die Initialzündung für die Gründung der taz.

In Sachen RAF war die taz gespalten. Sie hielt den Terror für falsch, war aber gefühlsmäßig oft auf der Seite der Desperados. Und das schloss den Glauben ein, dass der Staat seine Feinde 1977 exekutiert hatte und dies nun mit Hilfe willfähriger Medien vertuscht wurde.

Im April 1980 zitierte die taz einen dänischen Kriminologen, der die Selbstmordthese endgültig zum Einsturz gebracht zu haben glaubte: „Drei Dinge könnten uns dazu bringen an einen Selbstmord in Stammheim zu glauben: Fingerabdrücke auf der Pistole, Pulverspuren auf der Hand und ein Abschiedsbrief. Aber alle drei Beweise fehlen.“ Allerdings bemerkt die Redaktion zerknirscht, dass das Interesse des Publikums an der Verschwörung im Herbst 1977 schwand. „Einige Leser stöhnen – schon wieder Stammheim.“

Der Glaube, dass Baader & Co gezielt beiseitegeräumt wurden, dockte an das grundsätzliche Staatsmisstrauen der Neuen Linken an. Die Linien der linksradikalen Staats- & Demokratiekritik hatte 1967 Johannes Agnoli in „Die Transformation der Demokratie“ vorgezeichnet. Die war doppelgesichtig. Ihr Ideal war eine befreite, rätedemokratisch organisierte Gesellschaft – der bürgerliche Parlamentarismus erschien daran gemessen als verkrüppelte Form. Demokratie und Parlament wurden als bloße Fassaden verstanden – das überschritt die Grenze zu antiliberalen Ideologien.

Zum gewöhnlichen linksalternativen Überzeugungskanon gehörte, dass Bundestag und Regierung nur Kulissen waren, die verbargen, wer wirklich das Sagen hatte: Konzerne, Banken, USA. Diese Welt sieht siedelte im Grenzbereich einer Verschwörungserzählung, in der die Macht unsichtbar oder im Halbdunkel aktiv ist. Oberflächlich betrachtet ist das nicht weit entfernt von der „simulierten Demokratie“, die Querfrontpropagandisten wie der Ex-Journalist Ken Jebsen heutzutage bekämpfen.

Allerdings war die recht grobschlächtige Staatskepsis der Linksalternativen nichts fest Gemauertes, und nicht hermetisch gegen Zweifel abgedichtet. Das unterscheidet sie von heutigen Verschwörungserzählungen.

Die ironische Infragestellung aller Weltbilder, vor allem wenn sie mit dem Gestus der Bedeutsamkeit vorgetragen wurden, kennzeichnete die taz von Beginn an. Zudem waren die Gründung von taz und Grünen praktische Schritte, die die Fixierung auf den Staat als Gegner lösten. Als 1981 ein RAF-Gefangener im Hungerstreik starb, notierte der vormalige linksextreme taz-Redakteur Götz Aly lustlos: „Als der Tod von Sigurd Debus im Radio mitgeteilt wurde, habe ich kurz zugehört und dann die tägliche

taz-Post weitergelesen. Ich bin älter geworden, habe in mehreren Berufen gearbeitet und habe ein paar Kinder.“

Die taz begann als Kampforgan gegen den Staat, das die Grenzen von Verschwörungsideen streifte, segelte aber in eine andere Richtung. Wie die Alternativbewegungen driftete sie vom Rand in die Mitte der bundesdeutschen Wirklichkeit.

Auch das trennt sie von rechten Antiliberalen im Jahr 2020. Denn die werden in ihren Social-Media-Blasen durch das Gesetz der Aufmerksamkeitsökonomie vom Ufer der Vernunft weggetrieben: Radikal verkauft sich besser. Die dialektische Wendung, die rechte Verschwörungssagittatoren zu einer Bereicherung der Demokratie macht, ist auch mit viel Fantasie nicht erkennbar.

In den 80er Jahren betrat ein neuer Typus die Protestbühne: Der intellektuell geschulte Linke, der an Fortschritt und Arbeiterklasse glaubte, verschwand. Die Anti-AKW- und Friedensbewegung wurde von Aktivisten bevölkert, die selbstbewusst ihre Angst vor der Apokalypse kundtaten. „Die Kultivierung individueller Angstfähigkeit“ (Frank Biess) und die Subjektivität – im Jargon: Betroffenheit – rückten ins Zent-

rum. Die taz war ihr Zentralorgan. Die Gefühlspolitik der Bewegungen war die Antwort auf die zweckrational verkürzte, kalte Sachlichkeit, die die Republik mit AKWs und Atomraketen überzog und deren technokratischer Machbarkeitsglaube selbst ins Irrationale kippte. Die empfindsame Subjektivität der Bewegungen klang mitunter kitschig. Doch gerade die heftigen Affekte und das Pathos des Authentischen verhalfen der rationalen Erkenntnis zum Durchbruch, dass Atomkraft jedes verantwortbare Risikomanagement sprengt.

Ein Erbe der Gefühlspolitik der 80er Jahre ist: Protest ist legitim. Wer sich entfremdet, unbehaglich oder bedroht fühlt, tut das auf der Straße kund. Jene heutigen DemonstrantInnen in Stuttgart, München und anderswo, die nicht zum organisierten Rechtsextremismus zählen, sind insofern auch Nachfahren dieser Protestkulturen. Staat und Regierung grundsätzlich Böses zuzutrauen, ist auch ein Erbe linker Staatskepsis.

Holger Strohm, Autor des Atomkraft-kritischen Bestsellers „Friedlich in die Katastrophe“, erklärte in der taz 1981, dass „die Menschheit zielstrebig Selbstmord“ begeht. Die Welt werde „spätestens in 20 Jahren“ untergehen. Im Jahr 2020 sendet Strohm die rechtsextreme Apokalypsewarnung, dass Deutschland von „Zehntausenden Kriminellen, Kranken und Terroristen überflutet“ wird. Untergangsprognosen sind ein flexibles Genre.

Ein zentraler Unterschied zwischen Bewegungen der 80er Jahre und manchen Coronaprotesten ist – der Inhalt. Gegen die Vorstellung, dass Bill Gates nach der Weltherrschaft greift und dabei im Kanzleramt willige Helfer hat, ist die in der Anti-AKW-Bewegung populäre Idee, dass der Staat bloße Marionette der Atommafia ist, eine maßvolle, nüchterne Analyse.

Friedensbewegte und Skandinavienfans: Ein diverses Publikum bei den Hygienedemos in Stuttgart
Foto: Jens Gyarmaty



„Zu den Durchblickern gehören“

Auf den Hygiene-Demos lebt sich der deutsche Oberlehrer aus, sagt der Therapeut Klaus Ottomeyer. Vom „besorgten Bürger“ dürfe man sich nicht irre machen lassen

Interview **Ambros Waibel**



Maskenlos durch den Tag: mittelalte Menschen beim Ausflug, auf der Demo oder beides Foto: Jens Gyarmaty

taz: Herr Ottomeyer, viel ist derzeit die Rede von Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die Verbreitung des Covid-19-Virus. Können Sie mit dem Begriff als Psychotherapeut etwas anfangen?

Klaus Ottomeyer: Ja, natürlich. Die Weltgeschichte ist voll von erfolgreichen Verschwörungstheorien, der Antisemitismus ist da die bekannteste. Das Syndrom ist verbunden mit dem Autoritarismus. Nach einer neueren Untersuchung sind etwa 40 Prozent der Befragten autoritär: Sie sind bereit, sich selbst einer Autorität zu unterwerfen, orientieren sich an starren Regeln und pflegen eine Bereitschaft zur Aggression, die Objekte braucht. Und das zusammen korreliert dann hochgradig wiederum mit einer Verschwörungsmentalität. Der Hass auf Außenfeinde geistert derzeit frei herum, weil Corona den Rechten, welche die Flüchtlingskrise zur „Mutter aller Krisen“ (Horst Seehofer) stilisiert hatten, das vertraute Geschäftsmodell zerstört hat. Sie sind jetzt doppelt zornig.

Das mit der Aggression leuchtet ein, wenn wir die sogenannten Hygiene-Demos betrachten. Die Leute dort verstehen sich aber explizit als anti-autoritär. Wie bringen Sie das in diesem Modell unter?

Ähnlich bei allen Varianten ist die Hassbereitschaft. Das Konzept der Verschwörung ist immer verbunden mit einer Beschimpfung, einer Enttarnung finsterner Kräfte, die dann davongejagt werden müssen. Dazu gehört etwas Rechthabe-

risches. Man ist nicht widerlegbar, der Hinweis auf Fakten bleibt folgenlos. Man ist wie ein Oberlehrer. Und das möchte jeder Deutsche vielleicht ein bisschen sein.

„Es erschreckt mich immer wieder, wenn in der taz in Artikeln über medizinische Themen völlig einseitig die Sichtweise der Schulmedizin wiedergegeben wird und kritische Denkansätze überhaupt nicht erwähnt werden.“ Solche Leserbriefe bekommen wir aktuell

Auch in der Studentenbewegung waren wir zumindest am Rande der Verschwörungstheorie

zu Corona – dieser aber stammt aus dem Jahr 1995, damals zur sogenannten Impfdebatte. Gibt es eine besondere Affinität des linksalternativen Milieus zur Infragestellung wissenschaftlicher Erkenntnisse unter dem Deckmantel des „kritischen“?

Die Betroffenen haben offensichtlich Angst, dass ihnen oder den Kindern etwas „eingepflicht“ wird. Da ist eine viel größere unbewusste Angst beteiligt. Soweit ich mich erinnern, waren wir in der Studentenbewegung auch zumindest am Rande der Verschwörungstheorie. Man hat überall kapitalistische Machenschaften vermutet, einen großen Plan, dass die Menschen ausgebeutet und

an der Nase herumgeführt werden sollen und dass ihnen etwas eingepflicht werden soll, von der Bild-Zeitung mit Springer bis hin zur Industrie im Hintergrund. Wir haben die Professoren kritisiert und sie dann auch enttarnt als Knechte des Kapitalismus und des Imperialismus.

Die sie als ehemalige Nazis ja aber eben oft auch waren.

Ja, aber das kann dann überschießen.

Was bringt uns persönlich dieses Aufdecken?

Es ist erst mal ein super Gefühl, zu den Durchblickern zu gehören. Und damit ist man dann auch Teil einer Jagdgemeinschaft. Das ist aufregend, die Gegner zu verängstigen und abzuservieren.

Nun ist Angela Merkel kein Altnazi. Hat man Post-68 versäumt, eine kritische Aufarbeitung der eigenen monokausalen Welterklärung zu liefern?

Ja. Es geht um die Depotenzierung von Autoritäten und elterlichen Figuren. Angela Merkel steht da für die schlechte Mutter, die nicht richtig für uns sorgt, die mit anderen Mächten in Kontakt ist und uns verrät. Das ist das Märchen von Hänsel und Gretel. Da steckt ja auch der Verschwörungsgedanke drin. Da belauschen die Kinder die Eltern, und die Stiefmutter sagt, die müssen wir loswerden. Die Kinder sind dann aber schlauer als die Eltern. Und setzen sich selbst als neue Autorität ein. Auch Bill und Melinda Gates werden wie Eltern konstuiert, die in ihrer Stiftung nur scheinbar etwas für Kinder tun und sie in Wirklichkeit versklaven wollen.

Merkel ist aber auch eine Symbolfigur des Neoliberalismus mit seinem Motto: „Es gibt keine Alternative.“ Wenn gesagt wird, auf einer rationalen Basis sind bestimmte Entscheidungen alternativlos: Ist dann der Wechsel in den Irrationalismus nicht zwingend?

Das ist eben typisch Eltern: „Ihr müsst in die Schule gehen, ihr müsst euch die Hände waschen, da gibt es keine Alternative.“ Eltern stecken gern unter einer Decke in ihrem Schlafzimmer und hecken Pläne aus. Von der Affektlage her ist das eine pubertäre Reaktion, ein rebellischer Zorn, der verselbständigt abläuft, sobald uns jemand sagt, es gibt keine Alternative. Den Verschwörungsszenarien geht es dabei nicht um die Bewältigung von „Realangst“ (Freud), die immer mit Realitätsprüfung verbunden ist. Sondern sie setzen auf eine „neurotische Angst“ in Bezug auf eine innere Erfahrung, dass wir wie ein verwirrtes Kind von etwas Großem unterworfen und gedemütigt und dass andere bevorzugt wurden. Das ist weitgehend unbewusst und hat mit den aktuellen äußeren Gefahren wenig zu tun. Drittens wird in der Empörung und mit dem Ruf nach Freiheit die lästige „Gewissensangst“ abgewehrt, die derzeit besonders mit der Rücksichtnahme auf andere und mit dem Zurückstellen unseres Egoismus verknüpft ist. Wir bewegen uns nach Freud immer zwischen Realangst, neurotischer Angst und Gewissensangst.

Wie kann man denn mit dieser Angstmischung umgehen? Indem man sich nicht von der

schon länger beliebten Figur des „besorgten Bürgers“ ins Bockshorn jagen lässt, in der alle diese Ängste miteinander vermengt sind. Die Ängste benennen und auseinanderklauben. Auch die eigenen. In Bezug auf Regeln und Gesetze ruhig und standhaft bleiben.

Und welchen Lustgewinn haben wir uns rational Vorkommende von der Beschäftigung mit der letztlich kleinen Minderheit der Verschwörungstheoretiker? Dürfen wir uns da schön überlegen fühlen?

Ja, narzisstisch sind wir alle. Aber wichtiger ist die Verantwortung, dazu beizutragen, dass die Proteste nicht von rechts gekapert werden. Sonst wird die Welt furchtbar.



Klaus Ottomeyer geb. 1949, war Professor für Sozialpsychologie in Klagenfurt. Er ist Vorstand des Vereins Aspis, der sich der Behandlung von Flüchtlingen widmet.

Die Aids-Verschwörung

Aids: Wie diese Zeitung sich für Fake News östlicher Geheimdienste instrumentalisieren ließ

Von **Jan Feddersen** und **Wolfgang Gast**

Die Ausgabe der taz vom 18. Februar 1987 machte Furore – am Tag selbst, doch auch noch viele Jahre später: „AIDS – Man-Made in USA“ war die Doppelseite betitelt, ein Gespräch zwischen dem bekennenden DDR-Bürger und dissidenten Schriftsteller Stefan Heym und dem Biologen Jakob Segal zum Ursprung der Aids-Epidemie. Beziehungsweise zum Auslöser des das menschliche Immunsystem damals noch meist tödlich infizierenden Virus. Das Gespräch zwischen beiden machte Furore: Segal behauptete, das Virus sei nicht in Afrika von einem Tier auf einen Menschen übertragen worden, sondern in einem militärischen Labor im US-amerikanischen Fort Detrick gezüchtet worden und durch welche Umstände auch immer in die Welt gelang.

Die These klang zunächst möglich, ja, naheliegend, vor allem gewann sie an Plausibilität durch das weit verbreitete Unbehagen in alternativen und linken Kreise an den USA schlechthin – eingebettet in die politische Logik des Kalten Kriegs, derzufolge

beide Großmächte sich nicht scheuen würden, mit biologischen Waffen nicht nur zu experimentierten, sondern sie auch einzusetzen. Dass Segals Thesen sich im klinischen Test nie bewähren mussten, dass er seine Behauptungen nur aus dem Studium wissenschaftlich Literatur gewonnen hatte, störte die Gläubigen nicht.

In der Tat waren Segals Sätze in wissenschaftlicher Hinsicht längst widerlegt. So wie beim Coronavirus heute stand damals in Sachen Aids nicht viel fest: Man wusste über die verheerenden Wirkungen des Virus kaum etwas, aber immerhin soviel, dass ein US-Militärlabor nicht dessen finstere Geburtsstätte sein konnte.

Wichtiger war jedoch, was erst durch Recherchen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs herauskam: Die taz war als entscheidendes bundesdeutsche Medium einer Desinformationskampagne aufgefressen. Von Anbeginn an hatten sich Geheimdienste in der Sowjetunion für die später Aids genannte Immunschwächekrankheit interessiert. 1985 gelang es, DDR-Stellen – und damit auch den früheren Humboldt-Universitätsbiologen Jakob Segal und seine Frau Lilli für diesen Hoax zu instrumentalisieren.

Segal und seine Frau, seit jeher Anhänger der kommunistischen Idee der UdSSR, ausgerüstet mit den Pässen des Mutterlandes des Sozialismus, ließen sich von DDR-Geheimdiensten wenigstens zeitweise pampfern, um ihr Wirken zu popularisieren. Die taz bekam das Stefan-Heym-Skript mit dem Interview nicht als erstes Printmedium angeboten, aber diese Zeitung biss beim Stasi-köder an – später allerdings half sie als erstes Medium bei der Aufklärung dieser Desinformation.

Sie trug, ein schweres wengleich wahres Wort, Schuld an der Verbreitung von politisch interessierten Fake News: Douglas Selva und Christopher Nehring schreiben in ihrer Studie „Die Aids-Verschwörung“, dass die prominente Verbreitung der Segal-Thesen vielen Menschen das Leben gekostet hat – weil der DDR-Biologe die auch damals üblichen beschränkten Therapiemöglichkeiten ablehnte und die Einnahme erhöhter Dosen von Aspirin zur Abwehr der Virusgefahr empfahl.

Anzeige

taz **abo** **Solipakt!**
Ein Abo, drei Preise
taz.de/praemien

Ein Pakt mit der taz

Das ist in der Zeitungslandschaft fast einmalig: Unsere Abonnent*innen können sich unter drei Preisen aussuchen, wie viel sie bezahlen möchten, denn beim Abo gilt der taz Solidarpakt.

Wer mehr als den Standardpreis für ein taz Abonnement zahlt, ermöglicht es Menschen mit geringeren finanziellen Spielräumen, sich ebenfalls ein taz Abo zu leisten.

Aboprämie*: Rutschfeste, schadstoffgetestete Yogamatte aus Deutschland mit fair gehandelter Yogatasche aus Indien, die in ihrem früheren Leben mal ein Teesack war. Jede Tasche ein Unikat. Jede Matte eine große Freude. Maße Tasche: 72 x 18 x 18 cm. Maße Yogamatte: 66 x 185 cm; 4,2 mm dick.

Ein Abonnement der gedruckten taz kostet monatlich **66,90 €** politischer Preis/ **54,90 €** Standardpreis oder ermäßigt **35,80 €**. Eine Prämie bekommen Sie für ein unbefristetes Abo zum Standard- oder politischen Preis mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr. Auslandsabo zzgl. Porto: 1,80 Euro / Ausgabe. (030) 2590 2590 | abomail@taz.de

Jetzt bis 30. Mai kostenlos zusätzlich die taz auch digital lesen

Weitere Aboangebote für die gedruckte und digitale taz finden Sie unter taz.de/abo
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



„Corona ist der Prototyp des Kontrollverlustes“

Ein Drittel der Deutschen denkt, dass Politiker nur Marionetten von dahinterstehenden Mächten sind. Verschwörungsglaube ist keine Theorie und keine Krankheit, sagt die Psychologin Pia Lamberty

Interview Nora Belghaus und Johannes Drosdowski



Erklärbar mit Deutschland- statt mit Aluhut: Die Hygienedemo ist ein Hauptumschlagplatz für krude Thesen Foto: Jens Gyarmaty

taz: Frau Lamberty, am Samstag gab es bundesweit wieder sogenannte Hygiene-Demos. Da treffen alle möglichen Menschen aufeinander. Wie ansteckend sind Verschwörungserzählungen?

Pia Lamberty: Es gibt dazu kaum Studien. Aber Laborexperimente haben gezeigt, dass Menschen, die mit einer Verschwörungserzählung konfrontiert wurden, hinterher misstrauischer waren, sich mehr von der Gesellschaft entfernt fühlten, weniger bereit waren, sich für sie zu engagieren. Ich vermute, dass man bei solchen Demonstrationen auch andere Verschwörungserzählungen aufnimmt und verinnerlicht.

Welche Menschen sind besonders gefährdet?

Es gibt keinen bestimmten Verschwörungstypus. Es ist auch keine psychische Krankheit. Der Glaube an Verschwörung ist universell und weit verbreitet. Fast jeder fünfte Deutsche glaubt an Verschwörungserzählungen zum Thema Impfung. Ein Drittel meint, dass Politiker nur Marionetten von dahinterstehenden Mächten sind.

Aber Verschwörungsgläubige ähneln sich doch bestimmt in manchen Eigenschaften?

Klassische Persönlichkeitsdimensionen in der Psychologie, wie Offenheit gegenüber neuen Situationen, spielen keine Rolle. Auch Ost-West-Unterschiede, das Alter oder ein Migrationshintergrund sind unerheblich. Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat allerdings festgestellt, dass Männer stärker an Verschwörungen glauben als Frauen.

In der Demokratischen Republik Kongo verbreiteten sich während des Ebola-Ausbruchs 2014 schnell antiwestliche Verschwörungserzählungen. Können kollektive Erfahrungen wie das Leid unter Kolonialismus die Verbreitung bestimmter Verschwörungserzählungen beeinflussen?

Man muss sich immer fragen, woher ein so generalisiertes Misstrauen kommt, und klar, das hat in manchen Fällen auch eine reale Grundlage. In den USA glauben schwarze US-Amerikaner zum Beispiel stärker an HIV-Verschwörungen und einen Genozidversuch dahinter. Wenn ein Mensch mit einer Biografie, die seit seiner Geburt von Unterdrückung durch Weiße geprägt ist, an solch eine Erzählung glaubt, hat das eine andere Grundlage als bei einem weißen, heterosexuellen Menschen.

Viele Verschwörungserzählungen sind vor allem aus rechten Kreisen bekannt. Sind Rechte besonders anfällig?

Verschwörungsglauben ist unter politisch rechts verorteten Gruppen tatsächlich besonders verbreitet. Aber auch in linken antikapitalistischen Szenen ist er zu finden. Eine der Gefahren von Ver-

schwörungserzählungen ist, dass sie Menschen aus unterschiedlichen Spektren miteinander verbinden. Das ImpftHEMA zum Beispiel bringt impfkritische links-alternative Eltern, Esoteriker und Menschen aus der extremen Rechten zusammen.

Wie ernst müssen wir die aktuellen Warnungen vor Verschwörungserzählungen von Sicherheitsbehörden nehmen?

Man weiß, dass der abstrakte Glaube an Verschwörungen mit einer gesteigerten Affinität zu Gewalt einhergeht. Früher hat man über Verschwörungsgläubige häufig gesagt, sie hätten einfach einen Spleen. Es gab kein gesellschaftliches Bewusstsein, keine Sensibilität für das Thema. Die brauchen wir aber. Wir müssen hier extrem vorsichtig sein.

Warum hängen Menschen Verschwörungserzählungen nach?

Es gibt zwei Aspekte, warum Menschen an Verschwörungserzählungen glauben. Der eine ist ein gesteigertes Bedürfnis nach

„Das ImpftHEMA zum Beispiel bringt links-alternative Eltern und Menschen aus der extremen Rechten zusammen“

Einzigartigkeit, das man über Verschwörungserzählungen befriedigen kann. Man glaubt, dass man über eine Art Geheimwissen verfügt, dass man zur Wahrheit gefunden hätte. Wer diese nicht auch erkennt, sei naiv, blind systemtreu oder sogar der Feind selbst. Das bietet die Möglichkeit, sich über andere zu erhöhen und so seinen Selbstwert zu steigern. Die zweite Begründung liegt im Kontrollverlust. Zum Beispiel durch einschneidende Lebensereignisse oder auch strukturelle Umstände wie unsichere Arbeitsverhältnisse. Verschwörungserzählungen geben ein klares Feindbild vor, ein einfaches Weltbild, das auf Schwarz und Weiß, „wir da unten“ und „die da oben“ basiert. Das bietet eine scheinbare Struktur in unsicheren Zeiten.

Gibt es auch evolutionspsychologische Erklärungsmodelle?

Es gibt die Idee, dass verschwörungsgläubige Menschen wie ein hypersensibles Warnsystem funktionieren: Sie erkennen tatsächliche Verschwörungen, aber vermuten darüber hinaus auch dort Verschwörungen, wo keine sind. Wie ein Schwangerschaftstest, der viel zu oft ausschlägt: Man verpasst keine Schwangerschaft, aber der Test zeigt auch viel zu viele an.

Warum bekommen Verschwörungserzählungen gerade bei kol-

lektiven Großereignissen, wie wir es derzeit erleben, so großen Aufwind?

Menschen tauschen sich mehr über Großereignisse aus als über individuelle Schicksalsschläge, weil sie alle davon betroffen sind. Die Hintergründe solcher Ereignisse sind komplex, die Verunsicherung ist groß. Menschen denken, das kann kein Zufall sein, und suchen nach einer einfachen Erklärung. So wird die Situation für sie kontrollierbarer. Es lindert das Ohnmachtsgefühl von „Hier passiert gerade etwas, worauf ich keinen Einfluss nehmen kann“. Corona ist ein besonders gutes Beispiel dafür, das Virus ist quasi der Prototyp des kollektiven Kontrollverlustes.

Wie können wir mit diesem Kontrollverlust am besten umgehen?

Man kann versuchen, handlungsfähig zu bleiben, zum Beispiel, indem man sich in der Nachbarschaftshilfe engagiert oder Masken näht.

Wie können wir mit Menschen umgehen, die an Verschwörungserzählungen glauben?

Das hängt davon ab, wen ich erreichen will. Wenn ich in den Sozialen Medien einer Person begegne, die ich nicht kenne, die schon abgetaucht ist, werde ich sie nicht mit einem Link zum Faktenfinder vom Gegenteil überzeugen. Aber unsere Reaktion ist wichtig für die, die mitlesen.

Und wie reagiere ich auf Verschwörungsgläubige im engen Umfeld um?

Es ist wichtig, früh zu intervenieren. Man sollte sich fragen: Was ist die Funktion dieser Verschwörungserzählungen für die betroffene Person? Wenn es menschenfeindlich wird, sollte man klare Grenzen ziehen. Mittlerweile gibt es auch Beratungsstellen für Angehörige.

Können Menschen wieder zurückfinden in eine Welt ohne Verschwörung?

Hin und wieder liest man von Menschen, die erzählen, dass sie an Verschwörungserzählungen geglaubt haben. Doch wenn man einmal in diesem Kaninchenbau ist, fällt es schwer, wieder herauszufinden. Viele isolieren sich und irgendwann gibt es niemanden mehr, der kritisch ist und dagegenhält.



Foto: dpa

Pia Lamberty, Psychologin, schrieb mit Katharina Nocun „Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen“.

Zufälle gibt es nicht

Was eint Grundrechtspuristen, Impf- und Staats skeptiker*innen heute? Eine vermeintlich bessere Alternative zu den Scheinerklärungen von Regierungen und etablierten Medien

„Typisch“, nennt Michael Butter, was wir gerade auf immer mehr Marktplätzen und vor allem online antreffen: „Corona-Verschwörungstheorien“ seien eine Art „neuestes Kapitel innerhalb länger zurückreichender Narrative“, sagt der Tübinger Amerikanist, der seit Jahren in diesem Feld forscht. „Deswegen ging das auch so schnell – es geht um die Bösewichte, die man schon immer im Blick hatte.“

Eine Verschwörungstheorie gehe davon aus, dass es irgendeine dunkle Gruppe im Hintergrund gibt, die „alles geplant hat und nach deren Willen sich die Dinge entfalten“. Eine weitere ergibt sich daraus scheinbar wie von selbst: In der Welt der Verschwörer ist alles miteinander verbunden. Wer daran glaubt, sieht einen ausgeklügelten Plan am Werk, wo andere nur Zufall erkennen; da kann kein Kommu-

nikationsfehler einer komplexen, vielmehr Organisation wie der WHO einfach nur das sein: ein Fehler. Zufälle gibt es nicht. „Nichts ist, wie es scheint“, das ist die dritte Eigenschaft von Verschwörungstheorien, und so hieß vor zwei Jahren auch ein viel beachtetes

Es ergibt sich meist wie von selbst: In der Welt der Verschwörer ist alles miteinander verbunden

Buch Butters. Auch jetzt gingen viele Demonstrierende ja davon aus, dass uns „die Gefährlichkeit des Virus bewusst vorgegaukelt werde – um ganz

andere Ziele zu erreichen“, so Butter. Welche Ziele? Da kann es kompliziert werden: Im Zusammenhang mit dem Tod Osama Bin Ladens etwa hielten Verschwörungstheoretiker es einerseits für wahrscheinlicher, dass der Terrorist schon länger tot war, als es die offizielle Version besagte – „gleichzeitig finden sie es aber auch wahrscheinlicher, dass er noch am Leben sei“, sagt Butter.

In der westlichen Welt funktionieren Verschwörungstheorien, als Gegen-narrative und können in unterschiedlichen, auch sich widersprechenden Versionen existieren – ohne dass sich ihre Vertreter gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Was also derzeit Esoteriker und Grundrechtspuristen, Impf- und Staats skeptiker*innen, auch: Rechte und Linke eint? Eine vermeintlich bessere Alternative zu den Scheinerklärungen

von Regierungen und etablierten Medien. Verrückt sind immer die anderen.

Dass es sich bei der Empfänglichkeit fürs Verschwörerische um etwas der Paranoia Verwandtes handelt: Das ist eine hartnäckige Sichtweise, die zurückgeht auf einen Text aus dem Jahr 1964. In „The Paranoid Style in American Politics“ attestiert Richard Hofstadter – wohlgerichtet: nicht Psychiater, sondern Historiker – dem McCarthyismus einen „Stil des Politischen“, der nicht neu sei, aber übrigens auch nicht notwendigerweise rechts.

Zwar benutze er Worte wie „paranoid“ nicht im medizinischen Sinne, schrieb Hofstadter damals selbst, aber die Pathologisierung ist wirksam bis heute; so sprechen manche Kritiker*innen und Gegner*innen auch dieser Tage verdächtig schnell

vom Verschwörungswahn – geradezu spiegelbildlich dazu, wie nach 2015 die Kanzlerin zuverlässig als „geisteskrank“ diffamiert wurde. Butter zufolge lag Hofstadter falsch mit seiner einflussreichen Diagnose, die ja im engen Sinne gar keine war. Und er widerspricht ihm in noch einem wichtigen Punkt: Verschwörungstheorien seien gerade keine Sache einer Minderheit gewesen. In der westlichen Welt lasse sich zwar ab dem Zweiten Weltkrieg eine Stigmatisierung verschwörungstheoretischen Denkens ausmachen – es sei aber nie verschwunden.

Nun gebe es keine Umfragen von vor 100 Jahren. Aber, so Butter: „Ich würde sagen: Wir haben heute mehr Menschen, die an Verschwörungstheorien glauben, als vor 30 Jahren – aber garantiert weniger als vor 100 oder 200.“

Alexander Diehl



Demonstrant mit kleinem Karo und Flugblatt-Hut Fotos: Jens Gyarmaty



Parole Widerstand: Viele Bürger:innen beklagen „Denkverbote“

Die Kraft magischen Denkens

Als Kind habe ich Kanaldeckel übersprungen, aus Lust und Laune; ich bin nicht in den Keller gegangen, aus Angst; ich habe auf dem Bürgersteig ein Muster aus Pflastersteinen hüpfend hinter mich gebracht, spontan; ich bin gerade Linien, Bordkanten oder Geländer längs spaziert, mit den Armen balancierend, als sei ich Trapezkünstlerin. Ich durfte nicht stolpern, nicht danebentreten, nicht vom Weg abkommen. Was wäre passiert wenn? Irgendwann knickte ich immer um oder ein. Nichts ist passiert. Aber es gab den einen Moment, der mein Wunschen denken beflügelte und die Welt aus den Angeln heben konnte. Kinder praktizieren magisches Denken. Erwachsene auch, oft unbewusst, wenn sie ihr Geburtsdatum als Sicherheitscode benutzen, als würde die Zahl dieses persönlichen Tages besonderen Schutz bieten. Es sind

Es sind die kleinen Tricks und Ticks, die individuellen Macken, welche die Unwägbarkeiten des Alltags ausgleichen

die kleinen Tricks und Ticks, welche die Unwägbarkeiten des Alltags ausgleichen. Individuelle Macken, die sich in der Alltagsroutine verstecken können, dort aufgefangen werden. Gutes Omen, schlechte Aura.

Was, wenn das magische Denken nicht mehr hilft? Dann wächst sich die Angst zu Zwangsvorstellungen aus. Dann verschwört sich die Welt gegen mich. Die geraden Linien verwirren sich im Unendlichen, die Kanaldeckel verschlucken mich, ich stürze ab. Deswegen hüpfte ich hin und wieder über Kanaldeckel, gehe in den Keller, trotz dem Bürgersteig schräge Karos ab und balanciere über Geländer, als hätte ich nie etwas anderes gemacht. Die Welt stürzt vielleicht ab, ich nicht.

Sabine Seifert

Das Glossar der Mehrwisser

Handystrahlen, Chemikalien, Eliten: die fünf beliebtesten Verschwörungstheorien – und wieso alle von ihnen Unsinn sind

Von Sarah Ulrich

5G-Strahlung

5G ist die fünfte Generation der Handynetze. Alle Nutzer:innen von mobilen Geräten nutzen diese, ob 3G, 4G, UMTS, LTE oder bald eben 5G. Seit 2019 wird dieses Mobilnetz weltweit ausgebaut und soll noch schnellere Internetverbindung bringen. Das Problem: Die Frequenz steigt, es braucht mehr Sendemasten, somit erhöht sich auch die Strahlungsdichte. Gesundheitliche Schäden durch die Strahlung konnten noch nicht festgestellt werden, der Netzausbau ist für Verschwörungsideologen in der Coronakrise gleichwohl ein gefundenes Fressen. Ihre Behauptung: Das Virus werde über die neuen Funkmasten mit der 5G-Strahlung übertragen, unsere Gedanken über die Funkwellen kontrolliert. Außerdem sei nicht etwa die Klimakrise schuld am zunehmenden Insekten- und Vogelsterben, sondern die neue Strahlung. Alle Aussagen sind inzwischen wissenschaftlich widerlegt worden, eine Gedankensteuerung ist schon rein technisch unmöglich. Auch auf den sogenannten Hygienedemos sieht man immer wieder Personen, die gegen 5G protestieren und dies in den Zusammenhang mit der Coronakrise stellen, so zum Beispiel bei den Protesten vor der Berliner Volksbühne vergangenen Samstag. In Deutschland sollen die Netzbetreiber das 5G-Netz bis 2022 für 98 Prozent der Haushalte erreichbar gemacht haben. Noch ist nicht abschließend untersucht, ob die elektromagnetische Strahlung negative Effekte auf Lebewesen hat. Die Verbreitung eines Virus oder das Ausrotten von Arten zählt jedoch definitiv nicht dazu. Grundsätzlich ist es jedoch immer sinnvoll, Strah-

lungseinflüsse zu minimieren. Deshalb: Statt einen ->Aluhut zu tragen, einfach öfter mal das Handy weglegen

Aluhut

Die glitzernde Kopfbedeckung ist zum Synonym für die vermeintliche Steuerung durch unkontrollierbare Eliten geworden. Was nach Science Fiction klingt, ist weder technisch möglich, noch gibt es irgendeine geheime Elite, die ein solches Interesse hätte. Der Aluhut ist also vor allem Unsinn. Und die Strahlungs-Angst ein gefährlicher Einstieg für Verschwörungsideologien aller Art.

Chemtrails

Auch vor Chemtrails soll der ->Aluhut angeblich schützen. Schon seit den 1990ern gibt es die Vorstellung, dass die weißen Streifen am Himmel, die sich hinter Flugzeugen bilden, Spuren von Chemikalien seien, die absichtlich versprüht würden. Damit werde das Wetter beeinflusst, die Landwirtschaft manipuliert und die Bevölkerung vergiftet, so die Behauptung.

”

Statt einen Aluhut zu tragen: Einfach öfter mal das Handy weglegen

Insbesondere bei rechten Verschwörungsideologen ist diese These beliebt, wissenschaftlich ist sie eindeutig widerlegt. Auch bei den Anti-Coronakrisen-Protesten der vergangenen Wochen tauchte der Mythos immer wieder auf Plakaten auf. Bekannt gemacht hat sie unter anderem der ehemalige Moderator Ken Jebsen. Tatsächlich sind die Spuren im Himmel lediglich Kondensstreifen, wie sie bei vielen industriellen Maschinen vorkommen. Also einfach nur: Wasserdampf.

NWO

Wenn von vermeintlich böswärtigen Eliten die Rede ist, dann ist die Vorstellung einer „Neuen Weltordnung (NWO)“ meist nicht weit. Die oftmals antisemitische Annahme ist, dass Geheimgesellschaften heimlich ein autoritäres, supranationales Regime planen, dem sich alle auf der Welt unterordnen müssen. Geboren im Kontext des Kalten Krieges, gewinnt die Verschwörungstheorie in der Coronakrise neuen Aufschwung: Die Pandemie wird als Plan dieser Eliten gesehen, die mithilfe der Krise eine zunehmende Militärpräsenz, Destabilisierung des Finanzsystems und eine Abschaffung der Bürgerrechte forcieren. ->5G Strahlung und ->Chemtrails werden gewissermaßen als die Waffen dieses vermeintlichen Plans gesehen. Die Verschwörungstheorie ist vor allem in rechtsextremen und esoterischen Kreisen beliebt und geht Hand in Hand mit der Behauptung, das Coronavirus sei in Wirklichkeit nicht existent. In Deutschland rufen inzwischen sogar Prominente dazu auf, auf den sogenannten Hygienedemos gegen die NWO zu protestieren – und verkündeten selbst

den Termin, für deren drohende Machtübernahme: den 15. Mai. Der allerdings inzwischen verstrichen ist.

QAnon

Hinter dem Begriff QAnon steckt die Vorstellung, die Menschheit stehe einem von US-amerikanischen Eliten geplanten „Sturm“ oder einer „Erweckung“ bevor. Zentrale Behauptung ist, dass Vertreter:innen aus Politik und Wirtschaft einen geheimen Putsch planen würden, um die USA in eine Diktatur zu verwandeln. Zudem seien sie, sowie zahlreiche andere Prominente, Teil eines internationalen Kinderschänder-Rings. Ihren Ursprung hat diese Behauptung im Oktober 2017 in dem Internetforum 4chan, das unter anderem als Ort der Vernetzung rechtsextremer Gewalttäter genutzt wird. Ein anonymes Nutzer veröffentlichte unter dem Titel „Calm before the storm“ (Ruhe vor dem Sturm) ein Statement, in dem er behauptet, er sei ein „Q clearance patriot“ aus dem Umfeld Donald Trumps, in Anlehnung an die höchste Freigabestufe für geheime Informationen des US-Energieministeriums und habe Informationen zu einem bevorstehenden Staatsputsch. Die Verschwörungstheorie fand schnell viele Anhänger, die sich den Namen QAnon als Neuschöpfung aus dem Buchstaben Q und dem Begriff „anonymous“ gaben. Ursprünglich in den USA von Trump-Supportern propagiert, ist die vor allem bei Rechtsextremen beliebte Behauptung inzwischen auch in Deutschland angekommen. Der Sänger und Verschwörungsideologe Xavier Naidoo behauptet in emotionalisierten Videos, dass Kinder aus verschiedenen Ländern der

Erde in den Händen pädophiler Netzwerke seien und führt dies auf die vermeintlichen Leaks von QAnon zurück. Verbreitet wird die von Grund auf antisemitische Verschwörung vor allem über Internetforen, in denen sich Anhänger radikalisierten. Auch der Attentäter von Hanau fühlte sich offenbar von der von QAnon motiviert, als er im Februar 10 Menschen ermordete.

taz * genossenschaft

WAU
LEIT

Es gibt keine halben Wahrheiten solange die Presse unabhängig ist.

Demokratische Gesellschaften brauchen eine unabhängige Presse.



Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

geno@taz.de | T (030) 25 90 2213 | www.taz.de/genossenschaft

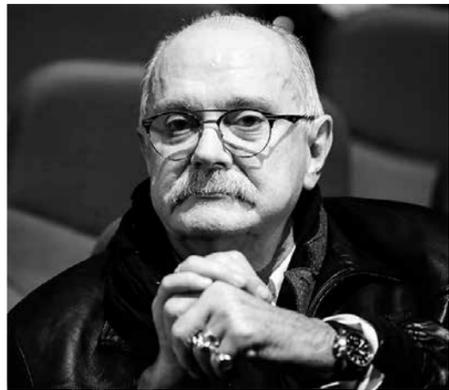


„Harmlos“, „aufgebauscht“, „erfunden“: Die Corona-Mythen der Autokraten

Die Intransparenz von autokratischen Regierungen befeuern Verschwörungstheorien. Einiges an Verschwörungen haben diese Regierungschefs selbst in die Welt gesetzt. Mit verheerenden Folgen für ihre eigene Bevölkerung

Aus Moskau, Peking, Rio de Janeiro und Washington **Klaus-Helge Donath, Dorothea Hahn, Niklas Franzen und Fabian Kretschmer**

Ohne gezielte Desinformation wäre Donald Trump wahrscheinlich nie US-Präsident geworden. Seinen Wahlkampf startete er mit einer Verleumdungskampagne gegen Barack Obama. Mit dem ihm treu ergebenden rechten TV-Sender Fox News behauptete er pausenlos, Obama sei im Ausland geboren und möglicherweise sogar ein Muslim – und deswegen kein legitimer US-Präsident. Seitdem Trump ins Weiße Haus eingezogen ist, nimmt er es mit der Wahrheit keineswegs genauer. Im Gegenteil: Er bedient sich weiter dieser Masche. Die *New York Times* zählt, dass er allein im vergangenen Jahr 145-mal verschwörungstheoretische Behauptungen in die Welt gesetzt hat.



Russlands
Verfilmer von
Verschwörungstheorien:
Regisseur
Nikita
Michalkow
Foto:
Vyacheslav
Prokopyev/
Imago

Die Pandemie hat Trumps Versagen als Präsident deutlicher gemacht als jeder andere Moment der vergangenen drei Jahre. Er hat die Warnungen seiner eigenen Geheimdienstler und medizinischen Experten sowie das Virus selbst verharmlost, hat bestritten, dass es sich in den USA ausbreiten würde, hat dessen Verschwinden „wie durch ein Wunder“ im April angekündigt und behauptet, es gäbe genügend Tests, Schutzkleidung und medizinische Geräte. Doch das stimmt nicht. Zugleich hat er auf diese Weise wertvolle Zeit verstreichen lassen.

Wie verheerend es ist, wenn ein Staatschef wie Trump eine Pandemie verharmlost und Lügen verbreitet, zeigen die Zah-

len. Laut Johns-Hopkins-Universität verzeichnen die USA aktuell fast 90.000 Tote in Verbindung mit dem Coronavirus. Über 1,48 Millionen bestätigte Infektionen werden gezählt – mehr als in den danach am

„Der Brasilianer kann ins Abwasser springen und es passiert ihm nichts“

Brasiliens Präsident Bolsonaro hält Corona für ungefährlich

schwersten betroffenen Ländern Russland, Großbritannien, Brasilien, Spanien, Italien und Frankreich zusammen. Trotzdem versucht Trump weiter fast täglich, mit Verschwörungstheorien und Sündenböcken – da-

nen Grippe“ zu sprechen und sagte, die Medien machten das Thema größer, um ihm zu schaden. Er selbst, erklärte er in einer skurrilen TV-Ansprache, müsse sich keine Sorgen um seine Gesundheit machen, da er früher Athlet gewesen sei. Außerdem werde Brasilien weitestgehend verschont bleiben, da „der Brasilianer in Abwasser baden“ könne, ohne sich Krankheiten einzufangen.

Die Zahlen zeigen auch in Brasilien ein anderes Bild: Mit mehr als 240.000 Infektionen registriert Brasilien nun nach den USA und Russland die meisten Infizierten, etwa 16.000 Menschen sind an Covid-19 gestorben. Seit dem Amtsantritt von Bolsonaro haben Verschwörungstheorien in Brasilien Konjunktur. Dahinter steht der ideologische Flügel der Regierung, deren Politiker*innen den Weisungen des rechtsextremen Gurus Olavo de Carvalho folgen. Durch Youtube-Kurse und Bücher hat es der in den USA lebende Ex-Kommunist zu einiger Bekanntheit gebracht. Seit Jahrzehnten wettet er gegen „Globalismus“, „Genderideologie“ und „Kulturmarxismus“. Auch in der Coronakrise meldet sich Carvalho zu Wort und behauptet, der „vermeintlich tödliche Virus“ sei nicht mehr als eine „Horrorstory“, um die Bevölkerung einzuschüchtern.

Das behauptet Russlands Präsident Wladimir Putin zwar nicht. Doch auch aus seinem Umfeld werden jede Menge Falschmeldungen verbreitet. Bis Ende Januar überwog im Land die Darstellung, das Coronavirus stamme aus geheimen militärischen US-Laboratorien. Kurze Zeit später zogen es auch Russlands Verschwörer vor, das Virus zu verharmlosen. Corona sei lediglich die Neuauflage einer veränderten Grippeerkrankung, hieß es zwischenzeitlich. Die Bevölkerung griff die Erklärung bereitwillig auf. Die soll beruhigen und die auffallend niedrige Todesrate unter den Infizierten in Russland erklären. Diese wird offiziell mit 2.700 angegeben, bei allerdings über 290.000 Infizierten.

Angesichts der hohen Infiziertenzahlen halten sich russische Politiker mit Virus-Äu-



Zetern,
twittern,
andere
beschuldigen:
Sprecher des
Pekinger
Außen-
ministeriums,
Lijian Zhao
Foto: Imago

ßerungen derzeit eher zurück. Für Unruhe sorgte kürzlich jedoch die Sendung „besogon TV“ (Dämonenvertreibung), die Filmregisseur Nikita Michalkow für Russlands wichtigsten Nachrichtensender „Rossija24“ dreht. Er zählt zu den Getreuen des Kremldiktators Wladimir Putin. Der Regisseur berichtete über den US-Milliardär Bill Gates, der beabsichtige, alle Erdenbewohner impfen zu lassen. Nur aus diesem Grund sei das Virus auch erfunden worden. Allerdings hätten diese Eingriffe nichts mit den früheren Schu-

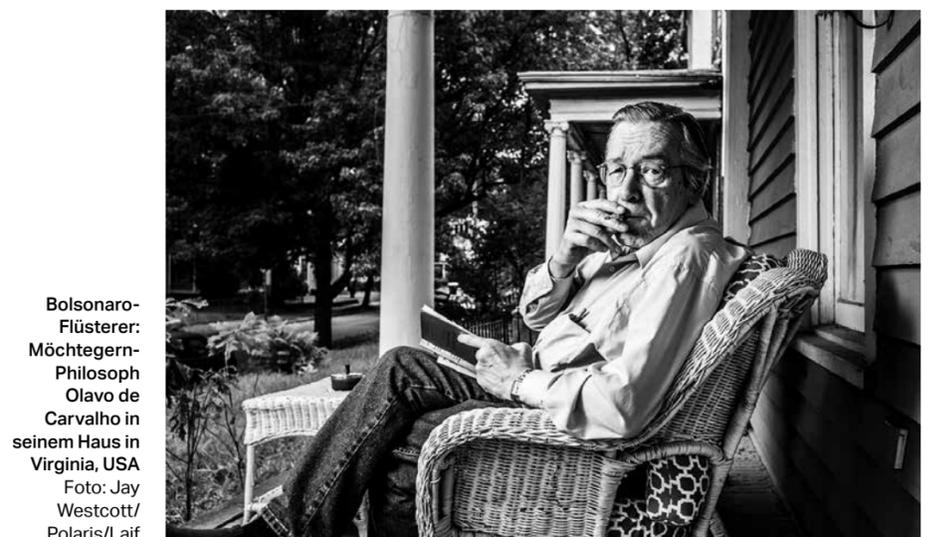
limpfungen zu tun, deutet der Regisseur an. Heute ginge es um die Gleichschaltung aller Individuen.

China, wo das Virus als Erstes auftauchte, müsste um umfassende Aufklärung bemüht sein – sollte man denken. Doch dem ist nicht so. Stattdessen setzt der aufmüppige chinesische Außenministeriumssprecher Lijian Zhao federführend Verschwörungstheorien über den Ursprung des Coronavirus in die Welt und behauptet: Es könnte die US-Armee gewesen sein, die die Epidemie nach Wuhan ge-

bracht hat. „Seien Sie transparent! Machen Sie die Daten öffentlich!“, schrieb der 47-jährige Parteikader Mitte März auf Twitter. „Die USA schulden uns eine Erklärung.“

Jene Aussagen spiegeln nicht zwangsläufig die Position der Pekinger Zentralregierung wider, dennoch handelt es sich auch nicht um Einzelmeinungen. Wann immer Washington seinerseits rhetorische Angriffe gegen die Volksrepublik richtet, dreht Peking seine Desinformationskampagne wieder auf: Vornehmlich auf Twitter streuen chinesische Botschafter und staatliche Medien Zweifel darüber, dass das Virus wirklich aus China stamme. Die Intention liegt auf der Hand: Die chinesische Regierung hat zwar das Virus im Land mittlerweile erfolgreich unter Kontrolle gebracht, doch während der ersten Wochen nach Ausbruch der Epidemie diese durch Vertuschungsaktionen und Inkompetenz der Lokalregierung in Wuhan erst eskalieren lassen.

Peking versucht nun die mediale Aufmerksamkeit von jener ersten Phase weg zu lenken. Unter chinesischen Internetnutzern hat die Vorstellung des Virus als ausländische Bedrohung durchaus verfangen – nicht zuletzt, weil die streng kontrollierte Informationshoheit in China überhaupt erst ein Vakuum für jede Menge Verschwörungstheorien und Gerüchte geschaffen hat.



Bolsonaro-
Flüsterer:
Möchtgern-
Philosoph
Olavo de
Carvalho in
seinem Haus in
Virginia, USA
Foto: Jay
Westcott/
Polaris/Laif

Auch absurde Meinungen sind geschützt

Die Meinungsfreiheit unterscheidet nicht zwischen wertvollen und gefährlichen Positionen. Aber zwischen Tatsachen, Lügen, Werturteilen und Schmähkritik. Ab wann darf Bill Gates gegen Verschwörungstheoretiker klagen?

Von **Christian Rath**

Auch Verschwörungstheoretiker werden vom Grundgesetz geschützt. Die Meinungsfreiheit ist grundsätzlich weit auszulegen, so beurteilt es das Bundesverfassungsgericht. Strafnormen, die in die Meinungsfreiheit eingreifen, sind dagegen eng auszulegen.

Das Grundgesetz schützt alle Meinungen, seien sie klug oder dumm, seien sie harmlos oder gefährlich, seien sie emotional oder rational. Selbst Meinungen, die die Demokratie und die Freiheit in Frage stellen, sind grundsätzlich geschützt. Das heißt also: Be-

schränkungen müssen immer verhältnismäßig sein.

Auch Tatsachenäußerungen werden von der Meinungsfreiheit erfasst – aber nur, wenn sie wahr sind. Wer Lügen verbreitet, kann sich also nicht auf die Meinungsfreiheit berufen. Eine falsche Tatsache ist etwa die Behauptung, dass Bill Gates mit seiner Stiftung die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu 80 Prozent finanziere. Nach WHO-Angaben liegt der Anteil nur bei 11,4 Prozent. Auch erfundene und verfälschte Zitate werden laut Bundesverfassungsgericht nicht von der Meinungsfreiheit geschützt.

Dagegen genießen Werturteile weitgehenden Schutz, also alle Äußerun-

gen, bei denen nicht bewiesen werden kann, ob sie wahr oder falsch sind. Hier endet der Schutz erst bei der Schmähkritik, also dort, wo es nur noch um die Diffamierung in einer Privatfehde geht und nicht mehr um die Auseinandersetzung in einer Sache, die die Öffentlichkeit interessiert. Die Behauptung, Bill Gates habe die Absicht, die Welt zu

Erfundene und verfälschte Zitate werden nicht von der Meinungsfreiheit geschützt

versklaven, würde wohl auch noch als Werturteil durchgehen.

Die typische Technik von Verschwörungstheoretikern besteht darin, dass sie sich auf korrekte Tatsachen stützen, daraus aber absurde Schlussfolgerungen ziehen. Aus der Tatsache, dass die Gates-Stiftung Projekte des Berliner Virologen Christian Drosten fördert, wird geschlossen, dass dieser von Gates „gekauft“ sei. Letzteres ist dann ein Werturteil. Hier ist das Bundesverfassungsgericht großzügig. Denn auch berechtigte Machtkritik, etwa ein Korruptionsvorwurf, kann oft nur Indizien benennen, aber nicht den gesamten Vorgang beweisen.

Die Verbreitung von frei erfundenen Verschwörungsgeschichten ist

in Deutschland an sich nicht strafbar. Denkbar wäre aber, dass Bill Gates einen Strafantrag wegen Beleidigung oder Verleumdung stellt. Bei antisemitischen Verschwörungsmärchen kommt dann schließlich auch eine Strafverfolgung wegen Volksverhetzung in Betracht.

Die Verbreitung von Lügen ist in Deutschland nicht automatisch strafbar. Es gibt auch keine Strafnorm für absichtliche politische oder medizinische Desinformation. Allerdings können soziale Netzwerke Unwahrheiten leichter löschen als Werturteile – weil sie hierbei nicht auf Grundrechte Rücksicht nehmen müssen.

Der Mann am anderen Ende

Bill Gates ist in seiner zweiten Karriere als „Philanthrop“ aktiv und steckt Hunderte Millionen Dollar in Gesundheitsprojekte im Norden und im Süden des Planeten. Das macht den Microsoft-Mitgründer zum Feind von US-Präsident Trump – und dessen Fans

Aus New York **Dorothea Hahn**

Die Sahnetorte, die Bill Gates im Jahr 1998 in Brüssel traf, richtete sich gegen den machthungrigen, skrupellosen Kapitalisten. Damals war der Mitgründer von Microsoft, der binnen weniger Jahre zum reichsten Mann der Welt geworden war, noch auf Computersoftware konzentriert.

Heute, da Gates hauptberuflich in seiner zweiten Karriere als „Philanthrop“ aktiv ist und Hunderte von Millionen Dollar in Gesundheitsprojekte im Norden und im Süden des Planeten steckt, wird er nicht mehr eingetortet. Dennoch hat sich die Zahl seiner Gegner vervielfacht. Seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie erreicht ihre Wut immer neue Höhepunkte. Als der 64-jährige Multimilliardär aus Seattle Anfang April ein drei Sekunden langes Video veröffentlicht, auf dem er einen Zettel mit der Aufschrift „Danke Gesundheitsbeschäftigte“ in ein Fenster klebt, erscheinen binnen Stunden fast eine viertel Million Posts gegen ihn in den „sozialen Medien“. Als Gates eine Woche später kritisiert, dass Donald Trump die Beitragszahlungen der USA an die Weltgesundheitsorganisation WHO einstellen will, gerieten Gates' Gegner völlig außer Rand und Band. Die Vorwürfe reichen von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ über „Gates steckt unter einer Decke mit der WHO und China“ bis hin zu: „will zwangsimpfen“ und „will Mikrochips implantieren“.

Die Bill & Melinda Gates Foundation war schon lange vor Trumps angekündigtem Finanzierungstop die zweitgrößte einzelne Geldgeberin der UN-Unterorganisation. Sie zahlt seit Jahren fast ein Zehntel des WHO-Etats. Während der Pandemie stockte die Stiftung ih-

ren Beitrag um weitere 150 Millionen Dollar auf. Mit Trumps Rückzug – und dem drohenden Wegfall von 400 Millionen Dollar pro Jahr – wird die WHO noch abhängiger von Gates-Spenden. Diese fließen vor allem in die Bekämpfung von infektiösen Krankheiten wie Lepra, Polio, Malaria, Pocken, HIV, Ebola und TBC. Die Weltgesundheitsorganisation finanziert sich längst nicht mehr vorrangig aus öffentlichen Mitteln, sondern zu 80 Prozent aus freiwilligen Spenden. Diese kommen von Privatleuten und Konzernen und sind in der Regel „zweckgebunden“.

Aber der Furor der Gates-GegnerInnen richtet sich nicht gegen die finanzielle Privatisierung der supranationalen Organisation, sondern gegen die Existenz und den Einfluss von internationalen Organisationen an sich. Die ProtestlerInnen sind ein Querschnitt der radikalen Trumpbasis: republikanische Politiker, radikale Rechte, Nationalisten, evangelikale Prediger, Impfgegner und Verschwörungstheoretiker wie der anonyme „QAnon“, vereinzelt auch ein paar Ärzte. Alle identifizieren sich mit der Parole „Ame-

rica First“, die Trump schon als Kandidat ausgegeben hat. Sie applaudieren, wenn er sich aus einem internationalen Vertrag zurückzieht – wie dem Pariser Klima- oder dem Iranabkommen. Oder wenn Trump vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in seiner Eröffnungsrede sagt: „Wir sind gegen die Idee von Globalismus.“

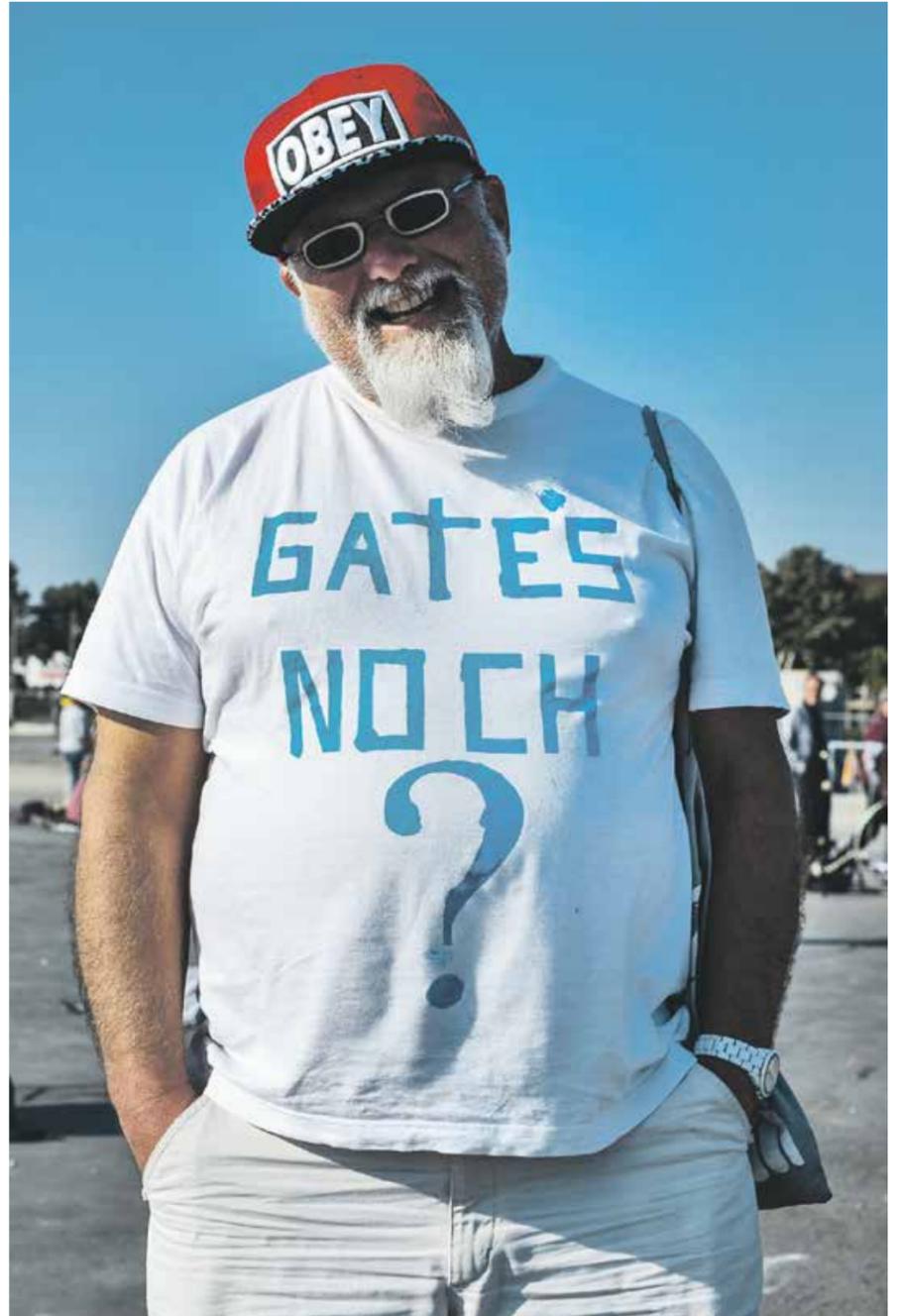
In der Weltsicht der Trump-Anhänger ist kein Platz für internationale Organisationen, Verhandlungen und Verträge. Sie wollen keine „Weltregierung“. Sie sehen die USA als den „Leader“, dem der Rest der Welt zu folgen hat. Wenn überhaupt, dann wollen Trump und seine Gefolgschaft bilateral verhandeln.

Mit China hatte Trump diesen bilateralen Weg eingeschlagen. Im Januar und Februar lobte er 15-mal öffentlich den „guten Job“ und die „enormen Fortschritte“ der Regierung in Peking beim Ausbruch des Virus und bedankte sich „im Namen des amerikanischen Volkes bei Präsident Xi“. Aber als die Pandemie im Inneren der USA eskalierte und es im reichsten Land der Erde nicht einmal genügend Masken für Ärzte und Krankenschwestern, geschweige denn Tests gab, machte Trump eine seiner 180-Grad-Wendungen. Seither wirft er China die mangelhafte Bekämpfung des Virus und schlechte Informationspolitik vor. Trump widerspricht dabei seinen eigenen Geheimdiensten und legt vielfach nahe, dass das Virus aus einem Labor in Wuhan stammt. Ende April verstieg er sich sogar zu der Behauptung, China werde „alles tun“, um seine Wiederwahl im November zu verhindern. Die WHO, die Trump schon lange im Visier hatte, bezeichnet er jetzt als Komplizin Chinas. Bill Gates, der sowohl mit der WHO zusammenarbeitet als auch die chinesischen Erfolge in der Pandemiebekämpfung würdigt,

„

„Gates steckt unter einer Decke mit der WHO und China“

Vorwurf in den sozialen Medien



Beruhigend, wenn man weiß, wer schuld ist: Demonstrant in Stuttgart Foto: Jens Gyarmaty

steht damit automatisch auf der anderen, der feindlichen Seite.

Viele sehen darin die übliche Trump-Masche, in der sich alles um ihn dreht. „Amerika hat sich der Aufgabe gestellt und hat sich durchgesetzt“, lobte er sich in der zweiten Maiwoche mal wieder selbst. Zu dem Zeitpunkt bewegte sich die Zahl der Coronatoten in den USA auf die 100.000 zu.

Gates steht am anderen Ende, bei Trumps Gegnern. Während sich der US-Präsident auf das Nationale konzentriert, Virologen und andere Forscher je nach Laune ernst nimmt oder abwatscht und das Virus verarmt, intensivierte der Multimilliardär seine internationale Zusammenarbeit mit der WHO,

mit nationalen Regierungen und mit Pharmakonzernen. Er ist ein „Globalist“, wie Trump-Anhänger sagen. Im Dezember 2016, kurz bevor Trump sein Amt in Washington antrat, besuchte Gates den angehenden Präsidenten in dessen Turm in New York. Doch sein Versuch, Trump von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich auf kommende Pandemien vorzubereiten, scheiterte. Als er ins Amt kam, kürzte Trump den Haushalt und Mittel für Personal in der Forschung.

Gates ist kein Virologe. Aber er hört auf die Forscher. Und er mahnt seit 2010 immer wieder vor einer kommenden Pandemie. Vor zehn Jahre kommentierte er den überstandenen H1N1-Ausbruch von 2009 mit

den Worten: „Wir hatten Glück, dass es nicht schlimmer kam. Denn wir waren fast komplett unvorbereitet.“ Er gab Interviews, veröffentlichte Artikel und hielt Reden in Davos, New York und Washington. Im Jahr 2015 sagte Gates in einem in diesen Tagen vielzitierten Vortrag: „Wenn irgendetwas in den nächsten Jahrzehnten mehr als zehn Millionen Menschen tötet, ist das wahrscheinlich ein Virus und nicht ein Krieg.“

Die Mahnung und der damit verbundene Aufruf zu handeln, könnte Gates als Mann mit Voraussicht qualifizieren. Doch in den Augen der Verschwörungstheoretiker, die hinter Trump stehen, ist genau das Gegenteil der Fall.

Die große Angst vor Impfversuchen

Medikamententests gegen Corona an sozial Schwachen ohne deren Wissen, tote Kinder bei Impfversuchen, HIV-Übertragung, Sterilisationen – in vielen Ländern Afrikas kursieren die wildesten Gerüchte, wenn es um die Bekämpfung der Pandemie geht. Doch die Angst der Menschen hat handfeste Gründe

Aus Cotonou **Katrin Gänslar**

Auf den Videos, die derzeit über WhatsApp verschickt werden, sind junge wütende Frauen zu sehen. Lautstark schimpfen sie über einen – ihrer Meinung nach – neuen Versuch der Kolonialisierung. Sie klagen, dass in afrikanischen Ländern Impfstoffe gegen Covid-19 getestet werden sollen. Testpersonen seien sozial Schwache. Es heißt, die Versuche sollten ohne deren Wissen geschehen.

Seit Wochen halten sich diese Gerüchte besonders in frankophonen Ländern hartnäckig. Längst wird unter Hashtags wie #nonauvaccination dafrique dazu getwittert. Angeheizt werden die Spekulationen durch Videos, die zwar mit der Coronapandemie zu-

tun haben, aber aus dem Kontext gerissen sind.

Anfang April wurde in Yopougon, einem ärmlichen Viertel der ivoirischen Wirtschaftsmetropole Abidjan, ein geplantes Coronazentrum angegriffen. Dort sollten Proben von möglichen Infizierten entnommen werden. In sozialen Netzwerken heißt es längst, dass dort Impfstoffe getestet wurden. Im Se-

1996 testete Pfizer im Norden Nigerias das Antibiotikum Trovan. Elf Kinder starben, bei Dutzenden blieben Schäden

negal kamen Gerüchte auf, sieben Kinder seien bei Impfversuchen gestorben.

Plattformen wie Factual der Nachrichtenagentur Agence France-Press, das internationale Gemeinschaftsprojekt Africa Check und die Site dubawa.org, initiiert von der nigerianischen Online-Zeitung Premium Times, gehen oft diesen Spekulationen nach. Auch wenn sie nach ihren Recherchen betonten, dass die Behauptungen falsch seien, findet das kaum Einzug in die Diskussionen. In Erinnerung bleibt etwas anderes: Anfang April diskutierten ein Arzt und ein Biologe im französischen Fernsehsender La Chaîne Info (LCI) über eine mögliche Impfstudie in Afrika. Das nationale Institut für Gesundheit und Medizinforschung (Inserm), für das einer der beiden arbeitet, kritisierte nach den

ersten Rassismuskritiken, dass die Aussage aus dem Zusammenhang gerissen worden war und falsch sei. Doch das wird in Twitter- oder WhatsApp-Chats nicht erwähnt.

Hinter der Angst vor Medikamentenversuchen stecken düstere Erinnerungen. So setzte der Pharmakonzern Pfizer während eines Meningitisausbruchs 1996 im nordnigerianischen Bundesstaat Kano das Antibiotikum Trovan ein. In einem Versuch sollte die Wirksamkeit gegenüber etablierten Medikamenten getestet werden. Eine Gruppe von 200 Kindern erhielt Trovan, von denen 11 starben. Dutzende erlitten schwere bleibende Schäden. Im Alltag in Kano fehlt es den Familien an Unterstützung für ein Leben mit schwer behinderten Menschen. Pfizer zahlte

die erste Entschädigung erst 15 Jahre später.

Darüber hinaus halten sich Gerüchte, dass Impfungen ganz andere Zwecke erfüllen sollen. Im Norden Nigerias kam es 2003 in mehreren Bundesstaaten zum Boykott der Polio-Impfung. Lokale Politiker sowie der höchste Scharia-Rat hatten spekuliert, dass Frauen durch die Immunisierung sterilisiert würden und HIV übertragen werde. Hintergrund war ein innenpolitischer Machtkampf um die Vorherrschaft im Land: Der Zentralregierung wurde vorgeworfen, sie würde im Auftrag des Westens handeln, weshalb die Impfungen boykottiert werden sollten. Auch die Terrormiliz Boko Haram macht immer wieder gegen Immunisierung mobil.

Links und rechts vereint auf Demos?

Über die irreführende Nutzung des Begriffs „Querfront“

Von Erik Peter

Es ist eine ungewohnte Mischung, die seit Wochen auf die Straßen geht: junge Menschen mit Rastas, Männer, die ihre Wut hinausschreien, Hooligans, Esoterikerinnen oder Menschen, die einen Davidstern mit der Aufschrift „ungeimpft“ am Ärmel tragen. Der äußerlichen Zuordnung nach Linken und Rechten, gemeinsam auf den sogenannten Hygienedemos.

JournalistInnen schreiben deshalb von „Querfront-Kundgebungen“. Sie versuchen so, die Diversität der Veranstaltungen zu beschreiben. Aber ist dort eine „Querfront“?

Populär wurde der Begriff in der Weimarer Republik. Er bezeichnete den antidemokratischen Versuch, über Lager hinweg, in einem Bündnis aus nationalistischer und sozialistischer Ideologie politische Macht zu erringen. Der Sozialwissenschaftler David Begrich betont im Gespräch mit der taz, die Bindung des Begriffs an einen Vorgang, bei dem sich „zuvor inhaltlich ausschließende Positionen aufeinander zubewegen“. Allein das Zusammentreffen von Linken und Rechten reiche nicht aus, um von Querfront zu sprechen. Über die Coronaproteste sagt Begrich deshalb: „Es fehlen jene aus einem explizit linken Koordinatensystem, die sich auf dort vertretene rechte Positionen zubewegen.“

Das gefestigte linke Milieu, gar organisierte Strukturen, sucht man auf den Veranstaltungen vergebens. Anders als es so manche Zeitung schrieb, sind „Linksextreme“ oder „Autonome“ kein Teil davon. Das kann ohnehin nur glauben, wer der zur Delegitimierung linker Positionen genutzten These anhängt, Links- und Rechtsextreme seien sich strukturell ähnlich. Linksradikale aber suchen nicht nach dem einen, möglichst noch jüdisch assoziierten Weltenlenker.

Als ausgemacht gilt, dass sich die Berliner InitiatorInnen um den früheren freien taz-Autor Anselm Lenz zuvor in einem subkulturell linken (Kultur-)Umfeld bewegt haben. Dass sie dabei mitunter eine offene Flanke nach rechts, etwa in der Frage des Antifeminismus hatten und nicht umsonst aus linken Zusammenhängen geflogen sind, hat eine ehemalige Mitstreiterin im Freitag bemerkt. Nun suggerieren sie eine „Diktatur“, wollen Merkel vor Gericht stellen und verweisen auf rechtsoffene Medien als Antwort auf die „gleichgeschaltete“ Presse.

Welche Linken bleiben dann noch? Wissenschaftsfeindliche ImpfgegnerInnen, zu denen jetzt auch Ex-NPD-Chef Udo Voigt zählt? Oder EsoterikerInnen, die das linke Milieu verlassen haben, zugunsten einer Ideologie mit Andockpunkten nach rechtsausen? Der Querfront-Begriff werde „inflationär gebraucht“, sagt David Begrich; auch könne er „von Rechtsextremen genutzt werden, um ihren Positionen über das ursprüngliche Milieu hinaus Reichweite zu verschaffen“.



Echt oder nicht? Diese Meldung wird einem Faktencheck unterzogen

Am 9. Mai machte der Lebensmittelunternehmer und Verschwörungsideologe Attila Hildmann in seinem Telegram-Channel eine brisante Mitteilung. Er habe seit zwei Tagen „EXTREME Müdigkeitsanfälle“, schreibt er, „mir fallen sofort die Augen zu, arme und Beine fühlen sich bei mir auch leicht betäubt an!“ (Schreibweise wie im Original). Erklärung dafür sei: Es würden Beruhigungsmittel ins Trinkwasser gemischt. Diese Info einer Wasserwerksmitarbeiterin habe er vor Wochen gelesen.

Dass Hildmann das so gepostet hat, lässt sich schnell überprüfen: Sein Telegram-Kanal ist auf seiner Facebook-Seite verlinkt und diese ist mit dem blauen Hakensymbol verifiziert, es ist also wirklich seine. Aber was hat es mit der Wasserwerksinformation auf sich?

Wer danach sucht, findet online viele Menschen, die sie verbreitet haben. „... auch eine Möglichkeit Menschen umzubringen“, schreibt etwa eine Frau auf Facebook, „Beruhigungsmittel

etc. ins Trinkwasser mischen“. Ein Twitter-Nutzer gibt an, er habe den Beleg per WhatsApp bekommen und postet eine abfotografierte Zeitungsmeldung, angeblich aus der Welt.

Da zwar jeder das Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene Fakten hat, machen wir den Fake-Test. Ist diese Meldung echt oder gefälscht? Das Gute vorneweg: Alle können diese Frage schnell und einfach beantworten. Die Überlegungen lassen sich dann leicht auf andere Fälle übertragen.

Ob die Trinkwassermeldung inhaltlich plausibel ist, sei einmal hinten angestellt; für einige Rezipient*innen ist sie das offenbar. Aktuell kann sie jedenfalls nicht sein, denn eine „große Konferenz“, wie darin erwähnt, hat es seit Beginn der Beschränkungen aufgrund der Coronapandemie mit Sicherheit nicht gegeben.

Es lässt sich aus rein formalen Gründen belegen, dass es sich um eine Fälschung handelt:

– Es gibt gar keinen solchen Artikel im Welt-Archiv. Sie können auf der Seite welt.de suchen, bei Google (site:welt.de in den Suchschlitz eingeben) und zur

Wie Sie Online-Fälschungen erkennen

Manche Menschen belegen ihre fragwürdigen Aussagen im Internet mit Quellen. Aber sind die auch echt? Woran kann man das erkennen? Ein Crashkurs

Aus Berlin **Sebastian Erb**

Fälschungen erkennen

Quellen: Gehen Sie direkt auf die Seite des angeblichen Belegs oder durchsuchen Sie diese z. B. mit Google (site:beispielseite.de eingeben). Findet sich dort die Information? Prüfen Sie bei Screenshots von Social Media, ob Sie den Post im entsprechenden Account finden.

Rückwärtssuche: Fotos, die als angeblich aktuell verbreitet werden, stammen mitunter aus einem ganz anderen Kontext. Mögliche frühere Veröffentlichungen lassen sich mit einer Rückwärts-Bildersuche finden. Dafür bei einer Suchmaschine (z. B. Google, Bing, Yandex) auf das Kamerasymbol in der Bildersuche klicken und den Link zum Bild eingeben oder es als Datei hochladen.

Fact-Checking: Googeln Sie, ob sich schon jemand mit der mutmaßlichen Fälschung auseinandergesetzt hat. Probieren Sie die Überschrift oder ein, zwei relevante Stichworte und „Fake“, „Faktencheck“ oder „Fact-Checking“.

Links: Mehrere Organisationen überprüfen Online-Infos: correctiv.org/faktencheck (auch per WhatsApp: +49-151-17535184), mimikama.at, tagesschau.de/faktenfinder/.



Angst vor unsichtbaren Gefahren: „Betroffene“ fühlen sich oft nicht gehört
Foto: Jens Gyarmaty

Die Pandemie der Unwahrheiten

Soziale Medien versuchen, die Verbreitung von Coronamythen einzudämmen. Doch Verschwörungspromis sind schneller

Von **Carolina Schwarz**

Auf den ersten Blick sieht das Video aus wie ein journalistisches Interview: Vor schlichtem Hintergrund beantwortet die US-amerikanische Molekularbiologin Judy Mikovits Fragen zu Covid-19. Doch statt gesicherter Fakten verbreitet Mikovits, die 2011 vom Whittemore Peterson Institute für Neuro-Immune Disease wegen nicht haltbarer Forschungsergebnisse entlassen wurde, Unwahrheiten: dass Maskentragen das Virus erst aktiviere oder Corona durch einen schlechten Grippe-Impfstoff entstanden sei.

Das Youtube-Video „The Pandemic“ ist ein Paradebeispiel dafür, wie schnell sich Verschwörungserzählungen in der Coronakrise verbreiten können. Impfgegner:innen, rechte QAnon- und Chemtrail-Facebookgruppen teilten es. Innerhalb weniger Tage wurde das 26-minütige Video mehrere zehn Millionen Male weltweit gesehen.

Solche Videos veranlassen Google und Facebook, vermehrt gegen Desinformationen vorzugehen: Mit Warnhinweisen und verifizierten Informationen von Gesundheitsbehörden. Corona-Falschmeldungen werden nun häufiger gelöscht, Kanäle von Verschwörungserzähler:innen gesperrt. Vergangene Woche kündigte auch Twitter an, zweifelhaftes Inhalte zu kennzeichnen. Damit verschwin-

den die Verschwörungsideologien nicht – ihre Verbreitung wird nur eingedämmt.

Deshalb ziehen immer mehr Prominente zu Telegram um. Der Nachrichtendienst ist zum wichtigsten Beschleuniger für Falschbehauptungen über das Coronavirus geworden. In halböffentlichen Sphären gestaltet sich Regulierung deutlich schwieriger.

Die ehemalige „Tagesschau“-Sprecherin Eva Herrmann ist in Deutschland eine der Reichweitenstärksten: 110.000 Follower:innen folgen ihr. Im Minutentakt postet sie Links, Bilder und Gedanken zur „Neuen Weltordnung“. Ähnlich sieht es in den Telegram-Gruppen von Attila Hildmann oder Xavier Naidoo aus.

Die bisher größte Langzeitstudie aus dem Jahr 2018 legt nahe, dass sich Falschnachrichten und Verschwörungsideologien sechsmal mal schneller als wahre Informationen und Tatsachen verbreiten. Zu diesem Ergebnis kam ein Forscherteam des Massachusetts Institute of Technology. Sie untersuchten 126.000 Erzählungen, die zwischen 2006 und 2017 von drei Millionen Menschen bei Twitter geteilt wurden.

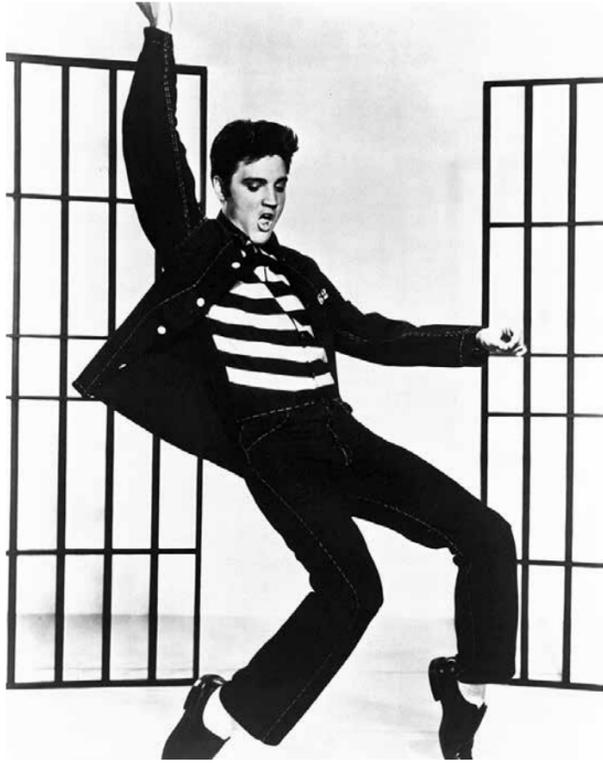
Mittlerweile haben Youtube und Facebook das Video „The Pandemic“ von ihren Plattformen entfernt. Wer jetzt bei Youtube danach sucht, bekommt Aufklärungsvideos vorgeschlagen. Das meistgesehene kann 1,4 Millionen Aufrufe verzeichnen.



Wissen aus dem inneren Kreis

Kaum jemand ist leichtgläubiger als der Fan. Wehe, wenn die Stars ihnen von streng geheimer Wahrheit künden

Von Arno Frank



Ob der arme Elvis immer noch lebt? Foto: ap

Paul McCartney ist seit 1966 tot. Elvis hingegen lebt, ebenso wie Jim Morrison und Tupac Shakur. Michael Jackson war in Wahrheit seine „Schwester“ La Toya, weil demnach also auch noch unter den Quicklebendigen. Justin Bieber ist ein Echsenmensch, genau wie Rihanna, die nebenbei den „Illuminati“ angehört, und Beyoncé gibt ihre „Tochter“ Solange als ihre „Schwester“ aus. Stevie Wonder war nie blind. Jay-Z ist ein zeitreisender Vampir, Beyoncé sowieso. Kurt Cobain wurde von Courtney Love erschossen und Tupac vom FBI – nur für den Fall, dass er tatsächlich tot ist und nicht mit Elvis und Jim Morrison auf den Bahamas in einer WG lebt.

Es könnte nicht unwichtig sein, sich diese Tatsache zu vergegenwärtigen. Pop und die „wirklich wahre, streng geheime Wahrheit, auf die kommen kann, wer das nur wirklich will“, verbindet eine ebenso enge wie komplexe Verwandtschaft. Die Wiege der modernen Verschwörungsmystik steht im Plattenladen.

Im flüchtigen Geschäft, das der Pop betreibt, ist die Wahrheit keine gültige Währung. Pop appelliert nicht an unseren Intellekt, sondern an unseren Arsch. Der soll wackeln. Er lebt von der schönen Lüge, dem Mythos. Das gilt nicht nur für seine Produzentinnen, sondern auch für das eigentliche Produkt – den Song. Bestenfalls bringt er in drei Minuten „auf den Punkt“, was der Hörer bisher nur geahnt, gefürchtet, gehofft hat.

Als poetisches und ästhetisch kontextualisiertes Kondensat von Erlebtem oder Erfühltem erscheint der Song bisweilen wie die reine Wahrheit. Wer Liebeskummer hat, für den ist beispielsweise „I Will Survive“ von Gloria Gaynor (oder „XY“ von wem auch immer) reiner Balsam. Ein direkter Durchstich ins Herz, unter Umgehung der Vernunft. Der Rhythmus, bei dem man mit muss.

Mag sein, dass „I Will Survive“ nur eine Lüge gewesen und Gloria Gaynor irgendwann doch noch am Schmerz zugrunde gegangen ist. Für die Dauer des Songs aber lebt sie. Und für den empfänglichen Hörer ist diese tröstende Behauptung wahr genug. Man nimmt mit, was man

Nun nimmt der abseitige Quatsch, den man bei einem Sänger wie Xavier Naidoo zuvor noch überhören konnte („Marionetten“), auf einmal politische Formen an

brauchen kann.

Bisher sind Popmusiker verhältnismäßig selten als Verschwörungsschwurbler aufgefallen. Meistens waren sie eher Gegenstand angeblichen Geheimwissens als dessen Verbreiter. Ein Denken jenseits irgendwelcher Normen gehört gewissermaßen zu Lifestyle und Berufsbeschreibung. Unter den Künstlerinnen und Künst-

lern mag, bedingt durch Drogen oder Größenwahn, der Anteil an Verquerköpfen sogar ein wenig höher sein als anderswo.

Wenn heute Gestalten wie Xavier Naidoo, Sido, ein veganer Koch (oder wer sonst noch alles unter „Popstar“ läuft) seine Ansichten unters Volk bringt, hat das etwas mit den veränderten Vertriebswegen zu tun. Früher nahm eine Musikerin unter den Fittichen einer Plattenfirma ein Album auf, das von der – ebenfalls Mythen produzierenden – Fachpresse rezensiert wurde, bevor sie auf Tournee ging und dort, nur dort, in direkten Kontakt mit ihrem Publikum kam.

Heute kann ein Künstler zu Hause seine Musik machen, sie aus seinen eigenen vier Wänden heraus vertreiben – und zugleich über die „sozialen Medien“ sein Publikum rund um die Uhr auf dem Laufenden halten. Über den Urlaub, die anstehende Tournee oder auch nur den Kram, der ihm so durch den Kopf rauscht.

Das ist oft ein buntes Nichts, aber zugleich nicht wenig. Was hier geknüpft wird, ist ein unsichtbares Band über das spürbare Gefälle zwischen „Star“ und „Fan“ hinweg. Wenn Fußball sublimierte Kriegsführung ist, kann jedes Popkonzert auch als spielerische Variante auf eine totalitäre Veranstaltung gelesen werden.

Dieses heikle Verhältnis ist nichts Neues und schon oft genug ins Produktive gewendet worden. Man denke, je nach Geschmack, an das provokante Spiel mit SS-Symbolik im Punk, wahlweise auch an ein Album wie „The Wall“ von Pink Floyd – einer ihrerseits schon wieder megalomanen Meditation über das faschistoide Potenzial im Verhältnis zwischen „denen auf der Bühne“ und den ergebene Massen davor.

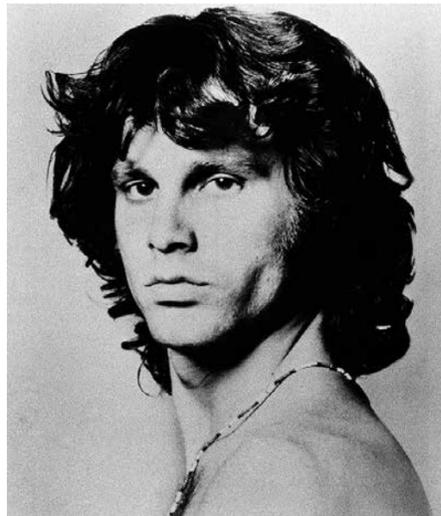
Nun ist der einzelne Fan bekanntlich nie Masse, sondern Mensch – und als solcher besonders empfänglich für die sozusagen außerordentliche Berührung oder Ansprache durch den Star. Vor allem ist er: Fan, also Fanatiker. Wer jemals versucht hat, eine 14-jährige Verehrerin von K-Pop oder den 64-jährigen Freund von Bob Dylan eines „Besseren“ zu belehren, weiß, was das heißt. Eine Belehrung ist nicht möglich.

Es ist seine Treue, die den Fan zum Fan macht. Ihre oder seine Haltung zum Objekt der Vereh-

rung ist esoterisch im Wortsinn. Ein Fan ist Fan, weil er Zugang zu einem Wissen hat, das nur einem „inneren“ Kreis vorbehalten ist. Er oder sie ist geweiht. Durch Autogramme, Merchandise, Hintergrundinformationen oder – Hauptgewinn! – die direkte Ansprache.

Die eingangs erwähnten Popmythen gingen nicht vom Star aus, sondern vom Fan. Ein heißlaufendes Informationsbedürfnis dreht sprichwörtlich durch und produziert Unsinn, der den ursprünglichen Mythos noch verstärkt. Elvis ist nie gestorben, weil er unsterblich ist. Punkt. Beweise mir das Gegenteil!

Neu hingegen ist, dass umgekehrt der Star durchdreht und, dauergespiegelt durch seine „Follower“, gewissermaßen an



Definitiv unsterblich: Jim Morrison Foto: ap

sich selbst verrückt wird.

Nicht selten ist er da, wo er ist, weil er gerade nicht tat, was alle tun. Andersdenken und Andersmachen sind die Basis seines Erfolgs. Dissidenz im Sinne einer Distanz zum Hergebrachten ist dem Star also eingeschrieben – sonst wäre er keiner. Er hat allen Grund, auf seine Haltung stolz zu sein. Von seinem Standpunkt jenseits der Geländer der Norm allerdings ist es oft nur ein Schritt in den Irrsinn.

Nun nimmt der abseitige Quatsch, den man bei einem Sänger wie Xavier Naidoo zuvor noch überhören konnte („Marionetten“), auf einmal politische Formen an.

Gestern noch galt der Künstler als „Medium“, das höherer Weihen teilhaftig geworden ist und davon in seiner Kunst erzählen kann. Nun verteilt der Verteiler die „rote Pille“ der angeblichen Realität – und ist doch selbst kein Urheber mehr, nur noch medialer Durchlaufrichter für einen Irrsinn aus zweiter oder dritter Hand.

Das ist im Einzelfall tragisch, aber nicht dramatisch. Schnurrt das vorgebliche Medium wieder auf das Maß eines armseligen Menschleins zusammen, gehen ihm rasch die ebenso vorgebliebenen Fans von der Fahne. Hingabe wird dann obsolet.

„Follower“ sind sozusagen Falschgeld und nicht mit „Gefolgschaft“ zu verwechseln. Ein Umstand, der allen Verteilern und Verstärkern popkulturellen Verschwörungsschwurbels schmerzlich bewusst wird, wenn sie ihre virtuelle Zuschauer-schaft auf die Straße lotsen wollen. Das geht verlässlich schief.

Anarchopunks und Frei.Wild: Die Abgrenzung vom Glatten

„Mainstream“ kam als rebellische Kampfvokabel in die Welt. Davon ist fast nichts übrig. Was ist passiert?

Von Jens Uthoff

Es ist vielsagend, dass das Wort „Mainstream“ heute im Wesentlichen durch sein Gegenteil definiert ist. Der Duden definiert den Begriff als: „(oft abwertend) vorherrschende gesellschaftspolitische, kulturelle o. ä. Richtung: sich vom Mainstream absetzen“. Weiterhin wird dort auf die Herkunft des Begriffs aus der Popkultur des 20. Jahrhunderts verwiesen, auch dort wurde der Mainstream – erst im Jazz, später im Pop – als das zu Glatte, Unwiderständige zumeist negativ definiert: Als das, mit dem man nichts zu tun haben wollte also.

Bei den Verschwörungstheorien ist oft von den Mainstreammedien die Rede. Dabei ging es ursprünglich darum, der Marktkonzentration im Mediensektor etwas entgegenzusetzen. Die Ablehnung der Massenmedien steht seit der Nachkriegszeit in durchaus linker Tradition: Von den Untergrund-Magazinen der Counterculture bis zu NGO-Blogs von heute könnte man von einer stetigen Zunahme linker Alternativmedien sprechen. Auch die taz ist – zu einer Zeit, in der es in der BRD drei Programme gab und weit weniger überregionale Medien – aus dem Geist heraus gegründet worden, Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Heute aber gibt es den medialen Mainstream in dieser Form gar nicht mehr. Wer oder was sollte das auch sein? Die knapp eine Million Instagram-Follower des Influencers Rezo? Die 4 Millionen, die abendlich das „heute-journal“ schauen? Die 479.000 Youtube-Abonnenten von eines Ken Jebsen?

Medien sind hierzulande heute partikula-

Irritierend wäre es, wenn jemand politische Ideale hätte und nicht dafür einträte, dass sie irgendwann den Mainstream erreichen sollen

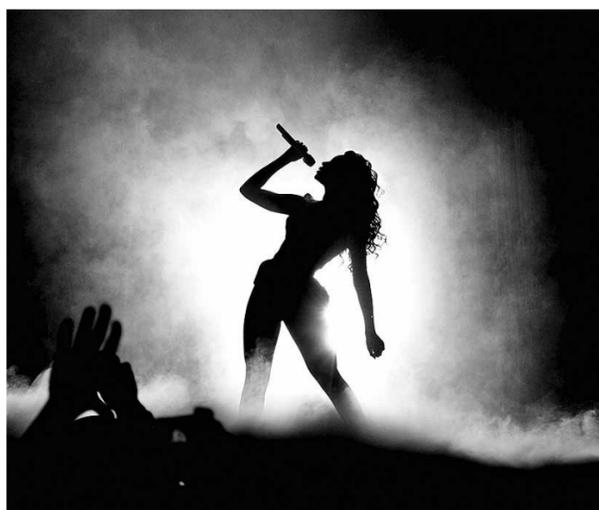
rer, pluraler und dezentraler als je zuvor, und gleichgeschaltet sind sie allein deshalb nicht, weil die Aufmerksamkeitsökonomie die Prinzipien Rede und Gegenrede, These und Gegenthese quasi ständig einfordert. Falls es doch noch so etwas wie einen medialen Mainstream gibt, so kann der heute in Echtzeit überprüft werden – und wird dies auch. Natürlich gibt es auch heute noch starke Verlagshäuser, aber an Gegenöffentlichkeit mangelt es keineswegs.

Einen gesellschaftlichen Mainstream kategorisch abzulehnen, ist dagegen schon deshalb unsinnig, weil dieser ja ständig im Wandel ist. Der Mainstream an sich ist nichts Böses, im Gegenteil. Irritierend wäre es eher, wenn jemand politische Ideale hätte und nicht dafür einträte, dass sie irgendwann den Mainstream erreichen sollen. Heute ist es zum Glück – mehr oder weniger – Common Sense, dass die Erde keine Scheibe ist, dass der Klimawandel vom Menschen verantwortet wird, dass Homosexualität keine Krankheit ist und Feminismus auch nicht.

Kein Wunder, dass ein solcher Mainstream heute vorrangig von rechts attackiert wird. Die Schlachten um die Deutungshoheit des Begriffs zeigen sich auch in der Popkultur: Im Punk richteten sich einst noch anarchistische und linksradikale Bands wie Crass gegen den Mainstream, warfen Gruppen wie The Clash vor, viel zu sehr im Mainstream aufzugehen. Punkbands arbeiteten sich am männlichen, weißen Mainstream-Rock ab.

Heute hingegen ist der Mainstream im (internationalen) Pop fast flächendeckend divers, queer, vielfältig – und Rechte arbeiten sich daran ab. So gerieren sich Künstler wie Andreas Gabalier („Man hat es nicht leicht auf dieser Welt, wenn man als Manderl noch auf Weiberl steht“) und Frei.Wild als vermeintliche Opfer des linksliberalen Mainstreams. Wie fragil der Terminus ist, zeigt sich dann auch wieder dadurch, dass diese selbst wiederum Massen erreichen.

Was in jüngster Zeit gesellschaftlicher Mainstream war? Nun, es war Mehrheitsmeinung, seine eigenen Grundrechte zurückzustellen, um eine schwächere Bevölkerungsgruppe zu schützen. Solidarität war Mainstream. Dagegen ist erst mal wenig einzuwenden.



Ein Vampir? R&B-Ikone Beyoncé Knowles Foto: BrigantiArt/imagoe



Alles Spinner? Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit scheint hier zumindest intakt zu sein
Foto: Jens Gyarmaty

„Seife statt Schweiß“

Die Historikerin und Demokratieforscherin Hedwig Richter zu Verschwörungstheorien, Biopolitik und den Fortschritten der Aufklärung

Interview **Jan Feddersen**

taz: Frau Richter, Bill und Melinda Gates übernehmen die Weltherrschaft mit der Epidemie; Corona sei das Vehikel, um eine globale Impfpflicht zu etablieren; Corona überhaupt sei ein Werk der Weltzerstörung. Was sagen Sie als Demokratieforscherin zu diesen Gedanken und Theorien zur Pandemie?

Hedwig Richter: Der Blick in die Geschichte zeigt uns, dass es keinen Grund zur übermäßigen Besorgnis gibt. Mich interessiert vor allem, was Verschwörungstheorien für unsere Demokratie bedeuten.

Und?
Demokratien leben vom Widerspruch und vom kritischen Geist der Bürgerinnen und Bürger. Aber das muss getragen sein von einem Grundkonsens, dass es bei aller Kritik fair zugeht und Regierungen, selbst wenn sie mir nicht passen, nicht dunkle Pläne der Weltherrschaft verfolgen. Überhaupt leben Demokratien stark von Vertrauen: Moderne Gesellschaften sind unglaublich kompliziert, niemand kann überall den Durchblick haben. Wir gehen fest davon aus, dass die Brücken stabil sind, dass wir im Alter eine Rente haben, dass die Chirurgin, die mich operiert, weiß, was sie tut. Verschwörungstheorien attackieren diesen Konsens: Sie glauben, dass hinter allem Böses steckt.

Aber das zeigt uns doch, wie gefährlich Verschwörungstheorien sind.

Die Geschichte ist voll von Verschwörungstheorien. Bis weit ins 20. Jahrhundert prägten sie vielfach die Regierungspraxis. Heute aber sind sie – in den freien, demokratischen Gesellschaften – ein Minderheitenphänomen.

Können Sie historische Beispiele nennen?

Der Antisemitismus etwa, die schrecklichste und wirkmächtigste aller Verschwörungstheorien, kam am brutalsten im

Nationalsozialismus zum Ausdruck. Auch der Rassismus hat unsere Welt zutiefst geprägt: dass Menschen mit anderer als heller Hautfarbe den Untergang unserer „Rasse“ bedeuten.

Woher rührt die Neigung zum Verschwörerischen?

Immer geht es um die Reduktion von Komplexität – und um Selbstermächtigung. Verschwörungstheorien sind eine Reaktion auf Unsicherheit und Krisen. Das Wissen um böse Mächte, die im Hintergrund alles steuern, bedeutet ein großartiges Herrschaftswissen, weil sich damit alles erklären und verstehen lässt. Übrigens hat Karl Popper, der ja den Begriff der Verschwörungstheorie geprägt hat, darauf hingewiesen, dass Vertreter vulgärmarxistischer Lehren auch problematisch sein können, wenn sie „den“ Kapitalismus hinter allem sehen und in einsamem Herrschaftswissen die verblenden Massen zur Not mit Gewalt in die Freiheit führen wollen.

Was sagt es über unsere demokratische Gesellschaft aus, dass manche partout die epidemiologische Vernunft nicht gelten lassen wollen?

Die Mehrheit hält die Aussagen von Expertinnen und Experten für wichtig und ist mit den Sicherheitsmaßnahmen einverstanden. Und auch hier lohnt sich der Blick in die Geschichte: Mit dem Aufkommen der Moderne und der Wissenschaft bot sich – grob zugespitzt – den Menschen ein neues Weltwissen: die Empirie. Nun gab es rationale Erklärungen. Aber die sind kompliziert: Hagel und Sturm sind keine göttlichen Zeichen, sondern empirisch belegbar, Wetterphänomene. Gerade sehen wir, welche Herausforderung schon die Einordnung eines Virus bedeuten kann. Verschwörungstheorien sind im Kern eine Gegenbewegung zur Moderne. Sie sind die Auflehnung gegen die Kompliziertheit

unserer Welt. Sie bieten ein holistisches Weltbild, alles kann auf einen Grund zurückgeführt werden. Die großen Ideologien des 20. Jahrhunderts gaben sich zuweilen zwar wissenschaftlich, boten aber in ihren verqueren Lehren genau ein solches umfassendes Weltbild, das keine Fragen offen ließ.

Waren und sind die Grundrechte in den letzten Wochen nicht wirklich bedroht – Verfassungsrechtler wiesen darauf hin?

Ich kann dieser Ansicht nichts abgewinnen. Wenn Ihnen Ihr Arzt sagt: Bleiben Sie im Bett!, fangen Sie doch auch nicht an, um Ihre Grundrechte zu bangen. Im Fall des Virus muss aber der Staat – anders als der Arzt – die Gesellschaft schützen, andernfalls verlore er jede Legitimität.

„Immer geht es um die Reduktion von Komplexität – und um Selbstermächtigung“

Sind es eher Männer oder Frauen, die an Verschwörungen glauben oder ihnen anhängen?

Umfragen zeigen, dass Männer stärker dazu neigen, auch wenn Frauen in bestimmten Nischen wie etwa der Impfgegnerschaft überrepräsentiert sind. Die Ursachen für den Geschlechter-Bias sind natürlich komplex. Die Veränderung der Geschlechterordnung wird immer von einigen als ungeheure Gefahr wahrgenommen. Wir befinden uns in einem solchen Umbruch. Die heftigen populistischen und rechtsextremistischen Bewegungen heutzutage würde ich als Backlashversuch einordnen.

Wie begründen Sie Ihren Befund?

Die Mehrheit findet heutzutage die Ehe für Schwule und Lesben gut, Frauen sind Partei- und Regierungschefinnen – und so weiter. Es gibt natürlich noch viel zu tun, aber die wachsende Diversität unserer Gesellschaften ist historisch gesehen beachtlich – und wird daher von einigen Männern und auch manchen Frauen als tiefe Krise empfunden.

Lassen sich Verschwörungsfantasien rational aus dem Weg räumen?

Das ist vermutlich schwierig. Einerseits ist Gelassenheit fast immer ratsam. Bei der Frage des Impfens aber wäre es womöglich gut gewesen, wenn es früher Aufklärungskampagnen gegeben hätte.

Ein Philosoph wie Giorgio Agamben sieht angesichts von Corona nur noch ein diktatorisches, todweihendes Gesundheitsregime – Biopolitik der übelsten Sorte, nicht wahr?

Gesellschaftliche Änderungen spielen sich immer auch in den Körpern ab. Die Aufklärung kam nicht zuletzt einher mit der Ächtung der Folter, und irgendwann haben auch die letzten Demokratien verstanden, dass sich Rassismus nicht mit dem der Menschenwürde vereinen lässt. Die Geschichte der Demokratie ist tatsächlich auch die Geschichte eines sich wandelnden Körperregimes: Hunger, Kälte, Dreck und körperliche Schmerzen, die für fast alle Menschen selbstverständliche Alltagserfahrungen waren, sind einem Regime der Hygiene und des Sozialstaats gewichen. Gewalt ist gewiss nicht verschwunden, aber sie ist gesetzlich weitgehend tabuisiert. Das ist ein ungeheurer Disziplinierungsprozess. Und zweifellos bedeutet es eine gewisse Entfremdung von der Natur: Seife statt Schweiß, Impfen statt heroischer Kampf mit der Natur, in dem die tüchtigen Babys schon überleben werden.



Hedwig Richter
Jahrgang 1973, ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München, im Sommer erscheint ihr Buch „Demokratie. Eine deutsche Affäre“ (C. H. Beck, München)

Alte Feindbilder neu

Antisemiten lassen sich nicht überzeugen, das ist eine der Lehren aus der Geschichte

Judensterne mit der Aufschrift „Ungeimpft“, Schmähungen des jüdischen Geschäftsmannes George Soros, Berichte, wonach „zionistische Geheimlabore“ das Virus hergestellt hätten: Die Coronakrise scheint ein idealer Nährboden für antisemitische Vorurteile zu sein. Latent vorhandener Antisemitismus „erhält neue Nahrung“, sagt dazu der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Felix Klein. Der Psychologe Ahmad Mansour geht davon aus, dass alte Feindbilder an die aktuelle Situation angepasst werden. Kaum ein Feindbild eignet sich dafür besser als die Mär von der „jüdischen Weltverschwörung“, die eine „Weltregierung“ plane und dazu das Virus als Vorwand für die Knechtung der Bevölkerung erfunden habe.

Wenn es um die Frage geht, wie sich solcher gefährlicher Unsinn bekämpfen lässt, lohnt ein Blick in die Vergangenheit. Es hat seit Ende des 19. Jahrhunderts nicht an Versuchen gefehlt, den Antisemitismus zu bekämpfen. Doch das Ergebnis dieser Versuche fällt deprimierend aus. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus wurde 1890 im Deutschen Kaiserreich gegründet. Sein Ziel: den Judenhass mit rationalen Argumenten bekämpfen. Bis 1933 erschienen in Deutschland Tausende Flugblätter und Druckschriften gegen den Judenhass, angefangen bei den „Abwehrblättern“ bis hin zum „Anti-Anti“ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Diese Loseblattsammlung zerlegt antisemitisch geprägte Behauptungen von A wie „Auslandsbanken“ bis Z wie „Zersetzender Geist“ mit bemerkenswerter Gründlichkeit und erschien in sieben Auflagen. „Wir müssen endlich einmal endgültig dieser unwürdigen Judenhetze im deutschen Volke ein Ende machen, aus Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern, aus Liebe zum deutschen Volke, zur deutschen Kultur“, heißt es im Vorwort.

So inkohärent der Antisemitismus in seinen Argumentationsmustern ist, die „den Juden“ gleichzeitig für die Schrecken von Kommunismus und Kapitalismus verantwortlich machen, so wenig sind deren Anhänger rationalen Argumenten zugänglich. Und schon damals galt, was heute im Zeitalter der sogenannten sozialen Medien erst recht manifest ist: Antisemiten sind mit dieser Art Publikationen gar nicht zu erreichen. Sie nehmen sie schlicht nicht zur Kenntnis, sondern entnehmen ihre „Argumente“ ihrer eigenen gefilterten Blase.

Es hat seit Ende des 19. Jahrhunderts nicht an Versuchen gefehlt, den Antisemitismus zu bekämpfen. Das Ergebnis fällt deprimierend aus

Diese Erkenntnis ist angekommen: Versuche, eingefleischte Antisemiten vom Unsinn ihres Glaubens zu überzeugen, werden kaum mehr unternommen. Stattdessen bemühen sich Pädagogen und Gedenkstätten darum, jüdenfeindliche Vorurteile zu bekämpfen, schon bevor sich diese in den Köpfen festsetzen. Wenn dagegen Antisemiten Gesetze verletzen, ist die Staatsanwaltschaft gefragt.

Antisemitische Vorurteile erleben im Rahmen der irrationalen Suche nach Schuldigen für die Coronakrise eine Aufwertung, darin sind sich Experten einig. Ihre Vorstellungswelt ist ähnlich irrational wie vor 1945, auch wenn sich die Bezugspunkte verändert haben: Da werden einerseits Vergleiche zwischen 2020 und dem Ermächtigungsgesetz 1933 gezogen, um die Bedrohlichkeit der heutigen Situation zu überzeichnen (und die Nazizeit zu verharmlosen), andererseits wird Juden eine abgrundtiefe Bösartigkeit angedichtet, obwohl es doch genau diese waren, die ab 1933 unter dem NS-Regime am meisten zu leiden hatten.

Mit dem Wissen um die Geschichte erscheint es einigermaßen aussichtslos, antisemitische Verschwörungsmysterien bekehren zu wollen. Felix Klein empfiehlt, gegenüber den Mitläufern „Druck zu machen“. Es müsse für sie unangenehm werden, ihre Hassbotschaften zu verbreiten. Gegen die Ideologien dagegen helfe „nur Repression.“ *Klaus Hillenbrand*



Rettungsaktion für Bienen und Böden. Mit Gründüngungspflanzen tun Sie dem Boden etwas Gutes. Sie sind außerdem eine erstklassige Nahrungsquelle für Insekten, denn sie blühen reichlich. Die Pflanzen wachsen schnell, unterdrücken Unkraut, reichern den Boden mit Stickstoff an und lockern ihn auf. Eine Packung reicht für jeweils 100 qm.
Artikel-Nr.
 12388 **Gelbsenf.** Zur Bodenlockerung, Unkrautunterdrückung. Anfang März bis Ende Oktober, € 5,65
 12386 **Inkarnatke.** Zur Bodenlockerung, Stickstoffsammler. Anfang April bis Ende September, € 5,65
 12387 **Phazelle.** Fruchtfolgenneutral, Unkrautunterdrückung. Anfang Mai bis Ende Oktober, € 7,55

DIY Gemüse-Saatgutboxen. Ob auf kleinstem Raum oder in einem richtigen Garten, Gemüse geht immer. Ausgesuchte Öko-Gemüsesorten von Bingenheimer Saatgut in hervorragender Qualität. Mit Tipps zum Säen, Gießen und Genießen.
Artikel-Nr.
 12385 **Feinschmecker Gemüse-Vielfalt:** Klettersalat Malabarspinat, Rote Bete Tondo di Chioggia, Paprika Liebesapfel, Zucchini Serafina, Physalis Schönbrunner Gold, € 14,95
 12384 **Mein Gemüse ohne Garten:** Radis Sora, Salat Red Salad Bowl, Tomate Bogus Fruchta, Mangold Rainbow, Basilikum großblättrig, € 12,95
DIY Blumen-Saatgutboxen. Ein bisschen freie Erde im Garten und auf dem Balkon genügen, um ein kleines Stück Schlaraffenland für alle entstehen zu lassen. Mit Tipps zum Säen, Gießen und Genießen.
Artikel-Nr.
 12382 **Bienen Care Paket:** Schopfsalbei, Kornblume (blau), Klatschmohn, Polsterstudentenblume (Tagetes), Sonnenblume La Torre, € 12,95
 12383 **Make your own Blumenstrauß:** Cosmea, Lanzenrittersporn (Farbmischung), Bechermalve, Sonnenhut, Löwenmäulchen, € 12,95

Samenbomben Mohnmischung. Schlägt ein wie eine Bombe, aber ohne etwas zu zerstören – im Gegenteil. Das Saatgut ist aus kontrolliert biologischem Anbau, selbstverständlich gentechnikfrei und samenfest. Am besten zwischen März und Juni ein möglichst sonniges Plätzchen finden, Samenbomben ca. zur Hälfte in die Erde stecken, angießen und auf die Natur vertrauen. Mit Seidenmohn, Klatschmohn, Speisemohn und weiteren blühenden Überraschungen. Von Aries. Inhalt: 8 Stück.
Artikel-Nr. 10889, € 4,90

Saatkugeln. Eine ruhige Kugel schieben heißt nicht, dass man faul ist. In diesem Fall entsteht einige Wochen nach der Aussaat auf kargen Rasenstellen in der Stadt sogar ein prachtvolles Blütenmeer, ideal für Bienen und andere nektarsuchende Insekten. Die Kugeln schützen das Saatgut vor Vögeln und Wind und ermöglichen den Keimlingen einen guten Start. Falls möglich, die Kugeln leicht auf die Erde andrücken und bis zum Keimen regelmäßig feucht halten. Ein Blüherfolg ist abhängig von Bodenbeschaffenheit und Klima. Von Aries. Inhalt: jeweils 4 Stück.
Artikel-Nr.
 11787 **Bienenweide.** Malve, Mohn, Phacelia, rote und gelbe Sonnenblume, Buchweizen und weitere bunte Überraschungen.
 12358 **Essbare Blüten.** Kornblume, Borretsch und Ringelblume. Jeweils € 2,90



Einfach leise sum-sum-summen und dabei an die Bienen denken



Der **Pflanzsack** besteht aus recycelten Wasserflaschen, die Pflanzen bewässern müssen Sie allerdings selbst. Wiederverwendbar. Bei Bedarf per Hand waschen und an der Luft trocknen lassen. Von Root Pouch. Volumen: 39 l. Maße: Ø ca. 40 cm, H 29 cm. Farben: Grün, Braun, Rot.
Artikel-Nr. 12159, jeweils € 6,00

Honigöffel aus Olivenholz. Feuchtigkeits- und geruchsresistent, handgefertigt. Nicht spülmaschinenfest. Von Cilio. Maße: L 16 cm.
Artikel-Nr. 11593, € 7,95



Insektenhäuschen. Solitärbienen gehören zu den wichtigsten Blütenbestäubern – und sind im Gegensatz zu Honigbienen Einzelgänger. Die Löcher sind deshalb optimale Brutplätze. Hergestellt in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Gremsdorf. Maße: ca. B 8 x H 10 x T 11 cm.
Artikel-Nr. 10946, € 7,00



Ausstechforme Bienenchen. Man muss ja nicht viel Platz haben, aber wenigstens ein Plätzchen. Oder zwei. Oder drei. Oder 87! Aus rostfreiem Edelstahl. Hergestellt in Halle/Westfalen. Maße: B 8,5 cm.
Artikel-Nr. 11831, € 5,90

Bausatz Insektenhotel. Für die Udo Lindbergs unter den Insekten. Enthält einen Teil der Füllmaterialien, der Rest kann selbst gewählt und gesammelt werden. Mit ausführlicher Anleitung. Hergestellt in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Gremsdorf. Maße: B 32 x H 35 x T 12 cm.
Artikel-Nr. 11280, € 29,00



Honigspezialitäten in Bioland-Qualität. Was schmeckt wie eine Mischung direkt aus dem Himmel, kommt aus Steinsdorf im ostthüringischen Vogtland: mild-cremiger Frühlingshonig kombiniert mit Chili, sHimbeeren oder tazpresso. Im 250-g-Glas.
Artikel-Nr.
 12175 **Espresso in Honig**, € 4,50
 12176 **Himbeeren in Honig**, € 5,70
 12177 **Chili in Honig**, € 4,50

Bioland Sonnenblumenhonig. Hergestellt von etwa 200 Bienenvölkern der Bioland-Imkerei in Steinsdorf, ostthüringischens Vogtland. Tiefgelb und sehr cremig. Im 500-g-Glas.
Artikel-Nr. 12178, € 8,50

taz-Honig. Frisch geschleudert, ungemischt und fair gehandelt. Berliner Bärengold ist eine Gemeinschaft von Imkern, die die Bienenzucht in Deutschland fördert. Jeder Honig wird sortenrein abgefüllt und hat seinen ganz eigenen Charakter. Jeweils im 325-g-Glas.
Artikel-Nr.
 11038 **Frühlingsblüte.**
 11034 **Sommerblüte.**
 Jeweils € 6,00

Mehrzweck-Pflanzsack. Sie haben große Lust auf Grünzeug, aber nur einen kleinen Balkon? Der extra tiefe Mehrzweck-Pflanzsack bietet ein Zuhause für Gemüse, Salat und Kräuter – und lässt sich im Winter platzsparend verstauen. Mit Stützrohren und Abflusslöchern gegen Staunässe, aus lange haltbaren Materialien. Von Haxnicks. Volumen: 105 l. Maße: B 100 x H 25 x T 42 cm.
Artikel-Nr. 11631, € 14,00



Bienenwachstücher für Lebensmittel. Zeigen Sie Frischhaltefolie und Co. die kalte Schulter und spendieren Käse, Stullen und angeschnittenem Obst lieber einen warmen Händedruck. Durch Körperwärme passen sich die atmungsaktiven und von Natur aus antibakteriellen Wachstücher an jede beliebige Form an. Handgemacht in Frankfurt am Main aus zertifiziertem und wesensgemäßem Bio-Bienenwachs, GOTS-Baumwolle, Fichtenharz aus nachhaltigem Anbau und Bio-Kokosfett. Bis zu 2 Jahre haltbar. Von Wildwax.
Set aus 3 Tüchern: L (30 x 30 cm), M (20 x 20 cm), S (15 x 15 cm).
Artikel-Nr. 12415, € 26,50



Brotverpackungen mit Bienenwachs. Der härteste Lebensabschnittspartner ist der Anschnitt von Brot, und zwar jeden Tag aufs Neue. Da hilft nur eine Umarmung – mit Bio-Bienenwachs, Kiefernharz aus Niederösterreich, Bio-Jojobaöl und GOTS-zertifizierter Baumwolle. Handgemacht in Tirol, natürliche antibakterielle Wirkung, bis zu 2 Jahre haltbar. Von Kumano.
Brottuch mit Bienenwachs. Für einen größeren Brotlaib. An allen vier Seiten sauber versäumt. Maße: L 59 x B 43 cm.
Artikel-Nr. 12443, € 26,90
Brotbeutel mit Bienenwachs. Für Brot oder Brötchen. Dank Knebelverschluss lässt sich der Beutel an die Einfüllmenge anpassen. Maße: H 36 x B 30 x T 10 cm. In den Mustern: Marine-Streifen und Retro (ohne Abb.).
Artikel-Nr. 12442, € 31,90



Stapeler Kräuterfeld. Mit 5.000 qm die wohl kleinste Bioland-Anbaufläche in Deutschland. Die Produkte der Kosmetikserie von Aries sind Natrue-zertifiziert und frei von künstlichen Zusatzstoffen und Alkohol.
Stapeler Bio-Lippenpflege. Mit Bienenwachs, Ringelblume und Sanddornfruchtöl.
Artikel-Nr. 12112, € 4,50
Stapeler Bio-Hautcreme. Mit Olivenöl, gelbem Bienenwachs und ätherischem Lavendelöl. Inhalt: 50 g im Glastiegel.
Artikel-Nr. 12113, € 6,29



Stapeler Pflege-Eier. Geschmeidigkeit im Handumdrehen. Inhalt: je 50 g.
Artikel-Nr.
 12109 **Pflege-Ei.** Natives Olivenöl Extra, gelbes Bienenwachs, ätherisches Lavendelöl, € 6,29
 12111 **Reise-Ei.** In der praktischen Weißblechdose für unterwegs, € 7,29
 12110 **Fußpflege-Ei.** Natives Olivenöl Extra, gelbes Bienenwachs, Echter Lavendel, Thymian CT Linanol, € 6,29

EU-Milliarden aus dem Hut gezaubert

Mit ihrem 500-Milliarden-Euro-Plan haben Angela Merkel und Emmanuel Macron die Blockade in der EU beendet. Doch bis zu einer Einigung ist es noch ein langer Weg

Aus Brüssel **Eric Bonse**

st das nun der Plan für den Wiederaufbau der EU nach Corona? Oder kommt da noch mehr? Selbst der Chefsprecher von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen tat sich am Dienstag in Brüssel schwer, den Vorstoß von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron einzuordnen. Auch das Europaparlament hat noch Fragen – und einige EU-Länder gehen bereits auf Distanz.

Merkel und Macron hatten am Montag überraschend einen gemeinsamen Plan aus dem Hut gezaubert, der den wochenlangen politischen Lockdown beenden soll. Unter dem sperrigen Titel „Einrichtung eines ehrgeizigen Fonds zur wirtschaftlichen Erholung auf EU-Ebene für Solidarität und Wachstum“ fordern sie, 500 Milliarden Euro für den Wiederaufbau nach der Corona-Krise bereitzustellen.

Das Geld soll mithilfe von Anleihekäufen auf dem Finanzmarkt eingesammelt werden – und zwar „im Namen der EU“. Das ist ein Tabubruch für Merkel, die EU-Schulden bisher strikt abgelehnt hatte. Für Über-

raschung sorgt auch die Ankündigung, die EU-Hilfen sollten als Zuschüsse an krisengeschüttelte Länder verteilt werden – und nicht als rückzahlbare Kredite. Auch das war umstritten.

Merkel hat offenbar einige Zugeständnisse gemacht, doch auch Macron musste Kröten schlucken. So wird es keine „Coronabonds“ geben. Die EU-Staaten haften nicht gesamtschuldnerisch, sondern nur für die (begrenzten) Garantien, die sie dem EU-Budget zur Verfügung stellen sollen. Zudem wird die Auszahlung der Hilfen an Reformen gebunden. Es gehe um „Resilienz, Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“, heißt es in dem Papier.

All dies gehe in die richtige Richtung, erklärte die EU-Kommission. Von der Leyen sei vorab in die Pläne von Merkel und Macron eingeweiht gewesen und werde sie bei der Vorstellung ihres eigenen Entwurfs am 27. Mai berücksichtigen. Allerdings werde es kein „Copy and Paste“ geben, betonte Chefsprecher Eric Mamer. Der deutsch-französische Plan sei nicht das letzte Wort.

Aus Brüsseler Sicht ist er nur der erste Aufschlag, um die be-

drohlich festgefahrenen Fronten zu lockern. Seit dem gescheiterten Budgetgipfel im Februar und einem verunglückten Videogipfel im April herrschte eisiges Schweigen in der EU. Merkel hatte sich auf die Seite der Nordeuropäer geschlagen, die für strikte Budgetdisziplin plädieren und EU-Schulden ablehnen. Macron hingegen hatte, gemeinsam mit Italien, Spanien und sechs weiteren EU-Ländern, einen schuldenfinanzierten „Recovery Fund“ gefordert. Um die Blockade zu lösen, haben die Staats- und Regierungschefs schließlich die Kommission beauftragt, einen für alle akzeptablen Vorschlag auszuarbeiten. Doch auch von der Leyen tat sich schwer. Sie musste ihren Entwurf mehrfach verschieben – und wurde nun von Merkel und Macron auf der Zielgeraden überholt.

Das sei aber nicht schlimm, beteuert ihr Chefsprecher Mamer. Von der Leyen sei immer für Vorschläge offen, auch andere EU-Staaten könnten sich noch einbringen. Die Nordeuropäer ließen sich nicht lange bitten – und machten unmissverständlich klar, dass sie herzlich wenig von den deutsch-franzö-

sischen Vorschlägen halten.

„Unsere Position bleibt unverändert“, erklärte Österreichs Kanzler Sebastian Kurz nach Gesprächen mit den Regierungschefs der Niederlande, Dänemarks und Schwedens. Die „Nordländer“ lehnen EU-Schulden ab und stemmen sich auch gegen den Vorschlag, hilfsbedürftigen Staaten nicht rückzahlbare Zuschüsse oder Transfers zu gewähren. Man sei bereit, mit Darlehen zu helfen, sagte Kurz.

Positiv wurde der deutsch-französische Plan dagegen in Spanien und Italien aufgenommen. Eher verhaltenes Lob kam aus dem EU-Parlament. „Es ist ein Stück weit mehr Solidarität als bisher gezeigt wurde“, sagte Vizepräsidentin Katarina Barley. Doch geht er vielen Abgeordneten nicht weit genug. Sie fordern bis zu 2 Billionen Euro für den Wiederaufbau und drohen mit einem Veto, falls ihre Wünsche nicht berücksichtigt werden.

Merkel und Macron werden also noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Denn am Ende muss nicht nur das Europaparlament zustimmen, sondern auch die 27 nationalen Parlamente.

eu-politik

Geschah via Videoschalte: der Merkel-Macron-Coup Foto: Kay Nietfeld/Pool/reuters



Merkel fährt jetzt auf SPD-Kurs

Der Widerstand in der Unionsfraktion gegen den Macron-Merkel-Plan ist verhalten. Die SPD ist zufrieden mit den Gemeinschaftsanleihen – und hadert doch ein wenig damit, dass die Kanzlerin ihre Idee umsetzt

Von **Stefan Reinecke**

Klaus-Peter Willisch, CDU-Abgeordneter aus Limburg, sieht durch den Macron-Merkel-Plan Deutschland in Gefahr. Deutschland müsse zwar nur gemäß seiner Wirtschaftskraft für das 500-Milliarden-Paket zahlen. „Die Schaffung einer eigenständigen Verschuldungsoption der EU öffnet aber die Büchse der Pandora“, so Willisch, der im Bundestag gegen den Plan stimmen wird. Allerdings ist das wenig überraschend. Der CDU-Rechte hat in der Vergangenheit stets gegen Eurorettungsprogramme gestimmt.

Der Ton in der Unionsfraktion ist nach Macron und Merks Überraschungscoup eher freundlich. Obwohl in der Union viele auf Sätze in denen „EU und Schulden“ vorkommen

reflexhaft allergisch reagieren, klingt die Kritik verhalten.

„Deutschland und Frankreich dürfen nicht quer im Stall stehen“, sagt Gunter Krichbaum, CDU-Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschuss für EU-Angelegenheiten. Der Plan sei daher „ein wichtiges Signal, um die weit auseinanderliegenden Positionen in der EU zu verbinden“. CSU-Mann Hans Michelbach, der stets routiniert vor Schulden in der EU warnt, will hingegen „sehr kritisch prüfen, ob damit nicht durch die Hintertür eine gesamtschuldnerische Haftung eingeführt werden soll“. Krichbaum sieht diese Gefahr nicht. Denn der Plan „beinhaltet keine gesamtschuldnerische Haftung, sondern nur eine anteilige.“

Das ist nichts Neues. Eine anteilige Haftung gibt es auch

beim ESM-Rettungsschirm“, so Krichbaum zur taz. Der Europa-Politiker vermisst bei den Neinsagern in der Union das Konstruktive: „Wir müssen einen Weg finden, in der EU solidarisch zu handeln. Schon rein wirtschaftlich wird es uns nicht gut tun, wenn andere EU-Länder absaufen.“

Also alles wie immer? So ist es nicht. Was in der Union nun scheinbar als unvermeidlich abgenickt wird, galt lange als Tabu: Gemeinschaftsanleihen in der EU und die Finanzierung von Investitionen in Südeuropa. Merkel hat bei dem Deal zuvor hartnäckig verteidigte Positionen geräumt. „Macron ist Berlin beim Volumen entgegengekommen, Merkel hat ihre Vorbehalte gegen Zuwendungen aufgegeben“, so Krichbaum.

Im Grunde ist Merkel auf die Linie der SPD eingeschwenkt,

für die sich Finanzminister Olaf Scholz offen gezeigt hatte. Achim Post, SPD-Parlamentarier und früher Europaabgeordneter, unterstreicht, dass die SPD das Copyright auf „gemeinsame europäische Anleihen und solidarische Investitionszuschüsse“ hat. Die SPD-Fraktion, so die Botschaft, unterstützt Merks Plan.

„Auch wenn ich diesen Kurschwenk von ihr früher erwartet hätte“, so Post. Will sagen: Nur weil Merkel so lange zögerte, wuchs die Wut in Südeuropa auf das verstockte Berlin. Die Kanzlerin müsse nun „mit aller Kraft und Klarheit für die deutsch-französischen Pläne werben“. Kritisch sieht SPD-Mann Post das Volumen. Wenn möglich müssten es „mehr als 500 Milliarden werden“.

Kurzum: Angela Merkel covert sehr spät eine Idee der SPD.

„Die Zukunft des europäischen Binnenmarktes steht auf dem Spiel“

Der EU-Hilfsfonds soll die europäische Wirtschaft wieder ankurbeln und gleichzeitig Solidarität signalisieren, sagt Volkswirt Sebastian Dullien

Interview **Ulrike Herrmann**

taz: **Herr Dullien, der EU-Fonds für die Coronahilfen soll 500 Milliarden Euro umfassen. Reicht das?**

Sebastian Dullien: Die 500 Milliarden Euro können einen wichtigen Beitrag zur Erholung der Wirtschaft Europas leisten. Man darf sich aber nicht vertun: Auf drei Jahre gestreckt sind das nur etwa ein Prozent der EU-Wirtschaftsleistung, viel weniger als die tatsächlichen Krisenkosten. Der Großteil der Lasten wird bei den Nationalstaaten hängen bleiben.

Das Programm soll erst 2021 starten. Ist das zu spät?

Schön wäre natürlich ein früherer Start. Da es aber um Investitionsprojekte gehen soll, braucht man einen gewissen Planungsvorlauf. Wenn wirklich Anfang 2021 das erste Geld fließt, ist das noch vertretbar.

Der EU-Hilfsfonds soll mit „Reformauflagen“ verknüpft werden, die die Krisenländer zu erfüllen haben. Eine gute Idee?

Nein, Reformauflagen halte ich bei diesem Programm für ungeeignet. Es geht darum, schnell und unbürokratisch die europäische Wirtschaft wieder anzukurbeln und gleichzeitig den besonders betroffenen Ländern Solidarität zu signalisieren. Wenn die Mittel an Bedingungen geknüpft werden, die in den einzelnen Ländern unpopulär sind, wird dieses Ziel zumindest zum Teil verfehlt.

Das Programm soll so gestaltet sein, dass ein großer Teil als Zuschüsse an besonders betroffene Länder geht. Ist das so großzügig, wie es klingt?

Wir kennen die Details noch nicht, aber es ist richtig, die Mittel als Zuschüsse statt als Kredite zu vergeben. Wie großzügig das ist, hängt am Ende von der genauen Zuteilung ab. Wenn einige Staaten plötzlich darauf beharren sollten, proportional zu ihrem EU-Beitrag Mittel zu erhalten, wäre das aber nicht so großzügig, wie es derzeit klingt.

Ab 2025 sollen die Schulden wieder zu rückgezahlt werden. Ist das realistisch?

Es ist gut denkbar, dass sich die Wirtschaft bis 2025 so weit erholt hat, dass sie eine Rückzahlung verkraften kann. Makroökonomisch sinnvoller wäre es allerdings, das Programm mit einer ewigen Anleihe oder zumindest sehr langen Tilgungsfristen zu finanzieren. Denn die Zinsen sind momentan extrem niedrig, und die Finanzanleger sind händeringend auf der Suche nach sicheren Anleihen.

Das EU-Programm kann erst starten, wenn alle 27 nationalen Parlamente zugestimmt haben. Es gibt aber schon Widerstand aus Ländern wie Dänemark oder Österreich. Rechnen Sie damit, dass die Einwände überwunden werden können?

Ich kann nur hoffen, dass auch diese Länder am Ende zustimmen und nicht durch unsinnige Änderungen das positive Potenzial des Fonds zerstören. Derzeit steht die Zukunft des europäischen Binnenmarktes auf dem Spiel, weil sich einzelne Länder von der EU abwenden könnten. Der Binnenmarkt aber ist zentral auch für den Wohlstand von Ländern wie Dänemark, Österreich – genauso wie für Deutschland.



Foto: Peter Himsel

Sebastian Dullien, 45, ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Zugleich ist er Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

schlachterwetter

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) erwartet für Mittwoch eine Einigung mit der Union über den Umgang mit Werkverträgen, unter denen viele Osteuropäer in der deutschen Fleischindustrie beschäftigt sind. „Wir sind in sehr, sehr konstruktiven Gesprächen“, sagte er am Dienstag. In Schlachthöfen waren zuletzt Hunderte Mitarbeiter positiv auf eine Corona-Infektion getestet worden. Als Ursache gelten die schlechten Arbeitsbedingungen. Das Wetter lädt weiterhin zum Grillen ein: über 20 Grad und Sonne.



Politik für die Schwachen, nicht für die Lauten

Wissenschaftler*innen fordern in einem neuem Positionspapier Solidarität in der Coronakrise

Von Kirsten Achtelik

Zahlreiche Wissenschaftler*innen warnen davor, dass die Coronapandemie gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse verstärkt und soziale Spaltungen vergrößert. Das geht aus einer „Stellungnahme zur Coronapandemie und ihren Folgen“ hervor, die am Dienstag in Berlin veröffentlicht wurde. Maßgeblich beteiligt sind Professor*innen der Berliner Alice Salomon Hochschule (ASH). Ohne den Sinn der bisherigen Maßnahmen anzuzweifeln, sehen die Autor*innen einige Auswirkungen der Pandemiebekämpfung mit Sorge.

Dazu gehören ein „wiedererstarkendes territoriales Denken und erneute Grenzbeziehungen“. Zudem weisen sie darauf hin, dass „Menschen über unterschiedliche Ressourcen zur Kompensation von Krisen- und Konfliktsituationen“ verfügen. Ohne Unterstützung könne es zu „Zuspitzung und langfristigen Manifestation von Problemlagen und zu gefährdenden Situationen kommen“. Um diesen zu begegnen, reichten virtuelle Angebote nicht aus – es brauche zudem persönliche Begegnungen und zwischenmenschliche Zuwendung.

Die Pandemie biete aber auch eine Chance, den gesellschaftspolitischen Umbruch zu nutzen und langfristig und nachhaltig für Verbesserungen einzutreten. Dafür sei es wichtig, „partizipative Strategien zu entwickeln“, die außer der Prävention von Covid-19 auch „die Gesundheit, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit der gesamten Bevölkerung sowie wachsende (welt-)gesellschaftliche Ungleichheitsfolgen berücksichtigen“.

Der Appell der Autor*innen: Anstatt die Bedürfnisse der Lautesten nach Öffnung zu befriedigen, sollten die Bedarfe der vulnerabelsten Gruppen in den Fokus genommen werden, die einem hohen Ansteckungs- und Armutrisiko ausgesetzt sind. Dazu gehörten die Nutzer*innen der sozialen Hilfesysteme oder die Beschäftigten im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen. Sie sind doppelt betroffen, werden bisher aber nicht an den gesundheits- und sozialpolitischen Entscheidungen beteiligt.

Die „Zivilgesellschaft und Selbstvertretungen müssen bei der Gestaltung von Präventionsmaßnahmen stärker einbezogen werden“, fordert Dr. Gesine Bär, Professorin für Partizipative Ansätze, außerdem müssten „die Lasten der aktuellen Krise“ solidarischer verteilt werden, betont sie, „damit sich soziale Spaltungen nicht vertiefen“. Statt für eine „partikuläre Solidarität“, die nur die Bedürfnisse der eigenen Klientel oder der eigenen Bevölkerung im Blick habe, plädieren die Autor*innen für eine „unteilbare Solidarität“. Damit richtet sich die Stellungnahme auch gegen Missstände, die es bereits vor der Pandemie gab, wie die schlechte Bezahlung von Pflegekräften, die strukturelle Benachteiligung von Frauen oder die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen.

Dr. Anja Voss, Professorin für Gesundheit und Bewegung an der ASH, mahnt an, dass es neben einer verbreiteten „Rhetorik der Aufwertung“ für Menschen, die in den systemrelevanten Bereichen wie Kitas oder in der Pflege arbeiten, auch eine reale, finanzielle Anerkennung brauche. Die öffentliche Infrastruktur müsse Familien und insbesondere Kinder „angemessen auffangen und unterstützen“.

Verfassungsrichter Stephan Harbarth bei der Urteilsverkündung am Dienstag
Foto: Uli Deck/dpa

Deutsches Recht gilt nicht nur in Deutschland

Internationale Journalisten klagen erfolgreich gegen die BND-Überwachung von Telefonaten, SMS und E-Mails im Ausland. Die Kontrolle des Geheimdienstes wird gestärkt

Aus Karlsruhe **Christian Rath**

Das Bundesverfassungsgericht hat die BND-Novelle von Ende 2016 in vollem Umfang für verfassungswidrig erklärt. Zugleich haben die Richter klargestellt, dass deutsche Grundrechte den BND auch im Ausland binden. Die anlasslose Auslandsaufklärung des BND wurde aber nicht generell verboten. Der Bundestag hat für eine Neuregelung Zeit bis Ende 2021.

Der amerikanische Whistleblower Edward Snowden hatte 2013 enthüllt, wie US-Geheimdienste systematisch den internationalen Telefon-, E-Mail- und SMS-Verkehr überwachen und auswerten. Bald wurde jedoch deutlich, dass auch der BND im Ausland ähnlich agiert. Ende 2016 schuf die Bundesregierung im BND-Gesetz immerhin eine gesetzliche Grundlage für die Auslandsaufklärung des BND.

Gegen diese Ergänzung des BND-Gesetzes klagten sechs internationale Journalisten sowie die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG). Die globale Überwachung des BND schüchtere investigative Journalisten ein. Das Gesetz ziele zwar nicht auf Journalisten, es schütze sie aber auch nicht angemessen, so ROG-Geschäftsführer Christian Mihr.

In der mündlichen Verhandlung im Januar wurde dann bekannt, in welchem Ausmaß der BND weltweit die Kommunikation von Ausländern im Ausland überwacht. So sucht der BND mit Hunderttausenden Suchbegriffen in den Telekommunikationsnetzen nach verdächtigen Nachrichten. Suchbegriffe können Namen, Orte oder Chemikalien sein. Zu 90 Prozent geht es jedoch um Telefonnummern und E-Mail-Adressen, „sogenannte technische Selektoren“. Der BND greift dazu auf Internetknoten, Tiefseekabel oder Satellitenkommunikation zu.

Mit Hilfe von Filtern sollen Deutsche und teilweise auch EU-Bürger vor der BND-Auspähung geschützt werden. Für sonstige Ausländer ist aber kaum Schutz vorgesehen. Täglich gebe es 154.000 Treffer, so der BND, wobei am Ende aber nur 262 Telefonate, E-Mails oder SMS für den BND wirklich relevant seien.

Die Bundesregierung hielt die Klage der internationalen Journalisten für unzulässig. Die Grundrechte des Grundgesetzes gälten nur auf deutschem Boden, so ihre Argumentation. Dem hat das Bundesverfassungsgericht nun in voller Deutlichkeit widersprochen. Die Bin-

derung der deutschen Staatsgewalt an die Grundrechte bleibe auch dann bestehen, wenn sie im Ausland agiert. Der Senatsvorsitzende Stephan Harbarth sprach von einer „Klarstellung“, es habe also noch nie etwas anderes gegolten. Tatsächlich war die Frage bisher aber hoch umstritten und wurde jetzt erstmals vom Bundesverfassungsgericht geklärt. Schon insofern handelt es sich um ein echtes Grundsatzurteil.

Als Folge dieser Weichenstellung wurde die BND-Novelle nun gleich doppelt für verfassungswidrig erklärt. Zum einen fehle der Hinweis, in welche Grundrechte das Gesetz eingreife. Zum anderen, sei es auch in der Sache verfassungswidrig, weil die Eingriffe in Fernmelde- und Pressefreiheit völlig unverhältnismäßig seien.

Der federführende Richter Johannes Masing stellte aber klar, dass die anlasslose Selektorenfahndung des BND nicht generell gegen das Grundgesetz verstößt. Die Bedrohung aus dem Ausland habe zugenommen, die Früherkennung von Gefahrenlagen werde wichtiger. Bis Ende 2021 kann der BND unverändert fortfahren. Ab dann müssen die jetzt aufgestellten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts beachtet werden. So muss sich die Früher-

erkennung auf „schwerwiegende“ Gefahren und bestimmte geografische Regionen beschränken. Eine globale Überwachung halten die Richter für unzulässig. Die Kommunikation von Deutschen müsse schon vor der Prüfung „bestmöglich“ herausgefiltert werden. Wird sie erst bei der Prüfung erkannt, müsse sie sofort gelöscht werden. Wenn die Kommunikation den Kernbereich privater Lebensgestaltung betrifft, zum Beispiel weil es um Sex oder Religion geht, muss die Überwachung abgebrochen werden. Der BND müsse sein Verfahren durch interne Regeln klar strukturieren, um die Kontrolle zu erleichtern, so die Richter. Soweit Algorithmen bei der Auswertung zum Einsatz kommen, müsse deren Arbeitsweise nachvollziehbar bleiben. Alle sechs Monate müsse geprüft werden, ob Daten gelöscht werden können. Verkehrsdaten („Wer hat wann mit wem kommuniziert“) darf der BND im Ausland zwar auf Vorrat speichern und auswerten, muss sie aber spätestens nach sechs Monaten löschen.

Die wichtigste Forderung des Bundesverfassungsgerichts betrifft aber die Stärkung der Geheimdienstkontrolle. Bisher gab es für die Auslandsüberwachung des BND nur ein relativ zahnloses „unabhängiges Gremium“ (UG). Künftig soll der

„schwerwiegende“ Gefahren und bestimmte geografische Regionen beschränken. Eine globale Überwachung halten die Richter für unzulässig. Die Kommunikation von Deutschen müsse schon vor der Prüfung „bestmöglich“ herausgefiltert werden. Wird sie erst bei der Prüfung erkannt, müsse sie sofort gelöscht werden. Wenn die Kommunikation den Kernbereich privater Lebensgestaltung betrifft, zum Beispiel weil es um Sex oder Religion geht, muss die Überwachung abgebrochen werden. Der BND müsse sein Verfahren durch interne Regeln klar strukturieren, um die Kontrolle zu erleichtern, so die Richter. Soweit Algorithmen bei der Auswertung zum Einsatz kommen, müsse deren Arbeitsweise nachvollziehbar bleiben. Alle sechs Monate müsse geprüft werden, ob Daten gelöscht werden können. Verkehrsdaten („Wer hat wann mit wem kommuniziert“) darf der BND im Ausland zwar auf Vorrat speichern und auswerten, muss sie aber spätestens nach sechs Monaten löschen.

Die wichtigste Forderung des Bundesverfassungsgerichts betrifft aber die Stärkung der Geheimdienstkontrolle. Bisher gab es für die Auslandsüberwachung des BND nur ein relativ zahnloses „unabhängiges Gremium“ (UG). Künftig soll der

Das 140-seitige Urteil beeindruckte alle Beteiligten des Verfahrens

Bundestag ein „gerichtsähnliches“ Gremium einrichten, das viele BND-Aktionen vorab genehmigen muss. So müsse die neue Kontrollinstanz zum Beispiel die gezielte Überwachung von Journalisten und Anwälte vorab prüfen, weil diese Berufsgruppen besonders auf vertrauliche Kommunikation angewiesen seien. Auch bei Personen, die nicht nur als Informations-

mittwoch/donnerstag, 20./21. mai 2020 taz



Vorsichtig optimistisch

Die Einigung der Regierung über die Förderung von Solarstrom und Windkraft sorgt in der Branche nur für Optimismus. Doch es bleiben Zweifel

Von **Bernward Janzing**

Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) wie auch die Windkraftbranche haben positiv auf die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen zur Solar- und Windenergie reagiert. „Wir hoffen, dass dies tatsächlich die lang ersehnte Rettung ist“, hieß es am Dienstag vonseiten des BSW.

Auch in der Windkraftbranche machte sich Erleichterung breit. „Viele Monate der Blockade lösen sich nun auf“, sagte Matthias Zelinger, Geschäftsführer des Verbands der Anlagenbauer VDMA. Die Ergebnisse klingen nach Fortschritten für die Energiewende. Gleichwohl warnte er: „Politische Einigungen waren in den letzten Jahren leider keine Garantie, dass sich etwas bewegt.“ Aus diesem Grund müsse „nun schnell Ge-

setzung folgen“.

Nach monatelangem Gezerre hatten die Regierungsfractionen ein Ergebnis erzielt: Der Deckel für die Photovoltaik (PV), die bei einem Ausbaustand von 52 Gigawatt keine Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mehr bekommen sollte, wird aufgehoben. Die Marke wäre in Kürze erreicht worden, was den Anlagenbau weitgehend zum Erliegen gebracht hätte. Zudem hatten die Fraktionen über die Abstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung verhandelt. Einen grundsätzlichen Mindestabstand von 1.000 Metern wird es demnach nicht geben. Vielmehr delegieren sie die Entscheidungsbefugnis an die Bundesländer, die nun individuell über Mindestabstände befinden dürfen.

Der Verband der Windbranche (BWE) betont, wichtig sei „die Klarstellung, dass die 1.000 Meter als maximaler Wert definiert sind“. Optimistisch zeigt sich auch die Stromwirtschaft. Insbesondere mit der Einigung zur „überfälligen Abschaffung des PV-Deckels“ habe man „endlich den gordischen Knoten durchschlagen“, sagt Kerstin Andreae, Geschäftsführerin des Verbandes BDEW. Damit sei „eine monatelange Hängepartie zu Ende“.

Kritisch kommt von der Deutschen Umwelthilfe. Sie spricht von einem „faulen Kompromiss“, denn Abstandsregeln blieben Abstandsregeln – ob auf Bundes- oder Landesebene beschlossen: „Für die Windenergie bleiben die pauschalen Abstandsregeln eine schlechte Idee.“

Zahl des Tages

Eine Eilmeldung

Päpste sterben, Minister treten zurück, Flugzeuge stürzen ab – die Agenturen vermelden es per *Eilmeldung*. So war es früher. Heute kommen Eilmeldungen zu, sagen wir, Problemen von Krethi und Plethi. Auch wahnsinnig oft. Das Nachrichtengewerbe scheint nervöser geworden zu sein. O-Ton **einer Eilmeldung** von Dienstag: „(Eil) (Achtung) Bitte verwenden Sie die dpa 1094 vom 18.05. nicht rpt nicht. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, handelt es sich bei dem von Experten ursprünglich als Storchenküken identifizierten Tier tatsächlich um eine Taube. Sie erhalten bis 1400 eine Folgemeldung. ZURÜCK-ZIEHUNG – Aufwendige Rettungsaktion eines Storchenkükens endet tragisch.“

Schiffsbauer fordern Flottenprogramm

Die Coronakrise belastet Deutschlands Werften – vor allem die Hersteller von Traumschiffen

Aus Hamburg **Hermannus Pfeiffer**

„Ein schwerer Stein“ ist dem Chef der Deutschen Marine „vom Herzen gefallen“. Dem Bau des neuen „Mehrzweckkampfschiffes 180“ stehe seit vergangener Woche nichts mehr im Wege, twitterte Vizeadmiral Andreas Krause. Grund zur Freude ist der Zusammenschluss der beiden führenden deutschen Marine-Werften Lürssen und German Naval in Kiel. Letztere war im Januar bei der Vergabe des 5-Milliarden-Euro-Projektes „MKS 180“ leer ausgegangen, es drohte eine Klageflut. Das hätte Schiffstaufen auf unabsehbare Zeit verzögern können.

Nun darf die Bremer Lürssen-Gruppe mit den Planungen für die Kampfschiffe durchstarten. Lürssen – zur Gruppe gehören Werften unter anderem in Wolgast und Hamburg – wird damit zum Monopolisten im militärischen Überwasserschiffbau in Deutschland. „Der Zusammenschluss folgt den Forderungen des öffentlichen Auftraggebers“, also des Bundes, heißt es vielsagend. Die Bundesregierung hatte kürzlich den Marineschiffbau zur strategischen „Schlüsseltechnologie“ aufgewertet.

Auf eine entsprechende Vorzugsbehandlung hofft nun die gesamte Branche. Rund 3.000 Unternehmen beschäftigen 200.000 Menschen in allen Bundesländern. Doch schon vor Corona ging es den zivilen Schiffbauern mancherorts schlechter als den militärischen: Die Werft in Elsfluth wird von Lürssen geschlossen; die Flensburger FSG steckt in der Insolvenz. In der IG Metall ist man dennoch optimistisch, dass die neue Geschäftsleitung die renommierte Fährschiffwerft FSG über Wasser halten kann.

In der Coronakrise bestellen die Reeder aber keine neuen Fähren, Offshore-Versorger oder Kreuzfahrtschiffe. Der Verband für Schiffbau und Meerestechnik (VSM) warnte daher am Dienstag auf seiner Jahrespressekonferenz „vor der vor uns liegenden Krise“. Noch sind fast alle Werften weitgehend ausgelastet. Doch im Gegensatz zu anderen Industrien liegen im Schiffbau zwischen Auftrag und Kiellegung oft mehrere Jahre. Fehlen heute die Aufträge, erklärte VSM-Geschäftsführer Reinhard Lücken, wird „uns morgen die Arbeit ausgehen“.

Besonders hart trifft es Kreuzfahrer. Der Traumschiff-Urlaub war in den vergangenen Jahren der am stärksten wachsende Tourismuszweig, der Bau von Kreuzfahrtschiffen wurde zum umsatzstärksten Geschäft im Weltschiffbau. Die hochkomplexen Luxusliner, Stückpreis bis zu einer Milliarde Euro, werden fast ausschließlich in Europa produziert. Davon profitierte vor allem die Meyer-Werft in Niedersachsen. Mittlerweile versuchen sich auch die drei MV-Werften an der Ostsee am Bau von Kreuzfahrern. Sie gehören einem asiatischen Tourismuskonzern. Es geht um Hilfen über 600 Millionen Euro. Auch Niedersachsen will „seine“ Meyer-Werft unterstützen. Der Schiffbauverband VSM fordert zudem ein zeitlich begrenztes „Flottenprogramm“, das öffentliche Aufträge für Küstenwachboote, öffentliche Verkehre und Forschungsschiffe vorzieht und finanzielle Anreize für eine umweltfreundliche Erneuerung der Handelsflotte setzt.



Feldlerche in NRW. Der Bestand dieser Vögel ist in Deutschland seit den 80er Jahren um die Hälfte gesunken
Foto: Imago

Immer mehr Gesetze für immer weniger Arten

Der diesjährige „Bericht zur Lage der Natur“ ist alarmierend. Von der EU-Kommission werden am Mittwoch ambitionierte Vorschläge gegen das Artensterben erwartet

Von **Heike Holdinghausen**

Zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium zeichnet sich neuer Ärger ab. Bundesumweltministerin Svenja Schulze will ein neues Gesetz zum Schutz der Insekten auf den Weg bringen. Noch in diesem Jahr solle es verabschiedet werden, kündigte die SPD-Politikerin am Dienstag in Berlin bei der Vorstellung des „Berichts zur Lage der Natur“ an. Das Insektenschutzgesetz solle Änderungen in verschiedenen Gesetzen erwirken, zum Beispiel gegen Lichtverschmutzung, im Bereich der Landschaftsplanung und im Schutz von Gewässerstrandstreifen.

Im Bundeslandwirtschaftsministerium will man davon allerdings nichts wissen. Vorgegebene Rechtsänderungen seien Bestandteil des im Herbst vergangenen Jahres von der Bundesregierung beschlossenen Aktionsprogramms Insektenschutz. Das Umweltministerium bezeichne „die in seiner Vorbereitung befindliche Umsetzung

einzelner Maßnahmen als Insektenschutzgesetz“, teilte eine Sprecherin des Ministeriums mit. Besonders wichtige Teile des Aktionsprogramms – etwa den Einsatz von Ackergiften betreffend – liegt im Agrarressort. In der intensiven Landwirtschaft sieht der „Bericht zur Lage der Natur in Deutschland“ des Bundesamtes für Naturschutz

Der Zustand der Natur in den Agrarlandschaften hat sich deutlich verschlechtert

(BfN) einmal mehr die größte Bedrohung für die heimische Artenvielfalt. Während sich der Zustand der Natur in Wäldern und Städten teils verbessert habe, sei er in den Agrarlandschaften überwiegend schlecht, heißt es in dem Bericht. Untersucht hat das BfN nicht nur die Lage einzelner Tiere und Pflanzen, sondern auch „Lebens-

raumtypen“ wie Steppenrasen oder Küstendünen. Dabei zeigt sich Deutschland dreigeteilt: Etwas mehr als einem Drittel der Biotope geht es schlecht, ein Drittel ist in einem „unzureichenden“ Zustand, ein Drittel in einem guten.

Am besten geht es Tieren, Pflanzen und Böden in den alpinen Regionen, am schlechtesten in den „atlantischen“ Gebieten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein – den Regionen intensiver Fleischzeugung. Dort würden beispielsweise „Magere Flachland-Mähwiesen“ mit verschiedenen blau oder rot blühenden Kräutern vermehrt in Ackerland verwandelt. Darunter leiden etwa Feldlerchen, die offenes Grünland benötigen. „Wiesen und Weiden verschwinden“, sagte Schulze, „hier brauchen wir dringend eine Trendwende“.

Hoffnungen darauf nährt die EU-Kommission, die am heutigen Mittwoch zwei Strategien zum Naturschutz vorstellen will: die Biodiversitäts- und die „From-Farm-to-Fork-Strategie.“

Vorab bekannt gewordene Versionen der Strategien fanden Lob in der Umweltszene: Enthalten waren demnach für den Zeitraum bis 2030 umfangreiche Vorgaben für Schutzgebiete, für extensiv – also schonend genutzte – Flächen sowie die Reduktion von Düngemitteln und Pestiziden.

Dem Brüsseler Büroleiter des Naturschutzbundes Nabu, Raphael Weyland, fehlt in den Entwürfen das Thema Konsum – Stichwort Fleischverzehr – sowie eine engere Verzahnung mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der nächsten Jahre, die derzeit ebenfalls geplant wird. Insgesamt habe die Kommission für Ihre Arbeit aber „Applaus verdient“.

Auch der EU-Abgeordnete der Grünen, Sven Giegold, lobt: „Sollte all dies tatsächlich so beschlossen werden – und sollte sich die Kommission gegen den anhaltenden Druck aus Teilen der Landwirtschaft stemmen –, wäre es ein Riesenschritt auf dem Weg, den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen.“

taz shop

taz-Honig

Von kleinen Imkereien abgefüllte Mischblütenhonige aus Berlin und Umland. Sie haben immer ihren eigenen Charakter, lassen Sie sich von der Geschmacksvielfalt überraschen. Inhalt: 325 g. Frühlings- oder Sommerblüte.



Jeweils

€ 6,00

10% Rabatt für taz-AbonnentInnen & taz-GenossInnen

tazShop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21
10969 Berlin | T (030) 25902138 | tazshop@taz.de | www.taz.de/shop

Nordkorea kann auch moderne Propaganda

Eine sympathisch daherkommende Vloggerin erklärt jetzt dem Ausland die heile Welt des Kim Jong Un

Von **Fabian Kretschmer**, Peking

Nach einem kurzen Jingle tritt Un A vor die Kamera, eine junge Nordkoreanerin mit schüchternem Lächeln und lockeren Haarstrahlen im Gesicht. Vor Kurzem hätten westliche Medien über Panikkäufe in der Demokratischen Volksrepublik Korea berichtet, wie das Land offiziell heißt, erklärt die Vloggerin an einer belebten Straße in Pjöngjang: „Was ist da dran? Ich bin hier, um es herauszufinden“, sagt Un A. Schnitt: Die scheinbar versteckte Kamera führt nun durch einen edlen Supermarkt mit vollen Regalen und modisch gekleideten Hausfrauen beim Lebensmittelkauf. Ihr wäre nicht aufgefallen, dass Produkte in letzter Zeit teurer geworden sind, sagt eine Passantin. „Wir haben immer ausreichend Vorräte auf Lager“, ergänzt eine Verkäuferin mit Gesichtsmaske.

Was in Berlin oder Los Angeles ein normales Youtube-Format wäre, ist in Nordkoreas Hauptstadt eine Sensation: Mit Un A beweist das Regime, dass es auch die Spielregeln der westlichen Internetgeneration beherrscht: authentische „Do it yourself“-Ästhetik, eine natürlich wirkende Vloggerin, gemischt mit einer Prise Sex-Appeal und persönlichen Alltagsgeschichten. Bis vor Kurzem waren Nordkoreas Medien für westliche Zuschauer stets eine unfreiwillig komische Zeitreise in die Sowjetunion der 70er Jahre: Steife Nachrichtensprecherinnen mit Föhnfrisuren, deren Sprache und Intonation direkt einem kommunistischen Parteiseminar zu entstammen scheinen. Öde Beiträge, die ausschließlich Diktator Kim Jong Un bei Inspektionen von Fischfarmen und Düngerefabriken zeigen, während seine Begleiter sich eifrig Notizen machen. Und zum Ende martialische Soldatenvideos, die Leni Riefenstahl nicht agitatorischer hätte inszenieren können.

Die Vloggerin Un A ist nun ein perfektes Beispiel für nordkoreanische Soft Power. Auf dem Youtube-Kanal „Echo DPRK“, das sich als Äquivalent für Russlands „RT“ oder Chinas „CGTN“ beschreiben lässt, lädt die Pjöngjanger Produktionsfirma Sogwang Media für ihre 7.950 Abonnenten täglich unterschiedlichen Content hoch. Die Propagandavideos verschwinden quasi unbeachtet in den unendlichen Weiten des Internets, darunter eine bis dato 35-teilige Serie über den verstorbenen Staatsgründer Kim Il Sung, die pro Video auf nur wenige hundert Klicks kommt. Besser läuft das auf ein internationales Publikum von heute zugeschnittenes Format der Vloggerin Un A: „Happy Lunch“, „Mein Lieblingslebensmittelgeschäft“ oder „Un A erklärt, warum es kein Covid-19 in Nordkorea gibt“.

Über Un A ist nur wenig bekannt. Womöglich hat sie im Ausland studiert und sich dort von den sozialen Medien inspirieren lassen. Auch dass sie einen regelmäßigen Internetzugang zum Hochladen der Videos hat, deutet auf gute Verbindungen zur politischen Elite hin. Auf jeden Fall ist sie bestens informiert. Das Video zu den vermeintlichen Panikkäufen, das kurz nach den Spekulationen um das Verschwinden Kim Jong Uns hochgeladen wurde, schließt die Nordkoreanerin mit einer Kritik an ausländischen Medienberichten: „Während wir gegen Covid-19 kämpfen, sind Fake News das Letzte, was wir gebrauchen können.“

Kontaktverbot stoppt Gedenken

Hongkongs pekingfreundliche Regierung hat am Dienstag die Verlängerung der Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Coronapandemie in der südchinesischen Sonderzone bis zum 5. Juni verkündet, wie das Webportal *Hong Kong Free Press* berichtet. Bis dahin dürfen sich nur Gruppen von maximal acht Personen treffen. Ausnahmen gibt es nur für religiöse Treffen. Damit ist das jährliche Gedenken an das sogenannte Tiananmen-Massaker von 1989 de facto verboten. In Hongkong versammeln sich jedes Jahr am 4. Juni Zehntausende im Victoria Park und gedenken mit Kerzen der gewaltsamen Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung. Hongkong war bisher der einzige Ort im Einflussbereich von Chinas Kommunistischer Partei, wo dies bisher noch möglich war. Gesundheitssekretärin Sophia Chan bestritt politische Motive. (taz)

Macron-Partei verliert absolute Mehrheit

Mehrere Abgeordnete wechseln aus Frankreichs Regierungspartei zu neuer Fraktion. Präsident Macron hat zudem mit mangelnden Vertrauen der Bevölkerung in ihn zu kämpfen

Aus Paris **Rudolf Balmer**

Die Partei von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron verliert ihre absolute Mehrheit in der französischen Nationalversammlung. Sieben Abgeordnete aus der Regierungspartei LREM haben sich nun einer neuen Parlamentsfraktion mit dem Namen „Ecologie-Démocratie-Solidarité“ (EDS) angeschlossen. Sie besteht damit aus zunächst 17 VolksvertreterInnen.

Die Konsequenz ist zunächst einmal symbolisch: LREM kann und muss auf die Unterstützung der verbündeten zentrumsdemokratischen Abgeordneten der Parteien MoDem und Agir setzen. Die Fraktionsbildung verdeutlicht aber, wie sehr sich im Lager des Präsidenten Ernüchterung, Enttäuschung und Frustration breit gemacht haben.

Nach seinem Sieg bei der Präsidentschaftswahl von 2017 eroberte die LREM im Anschluss gleich 314 von 577 Sitzen. Das ermöglichte es der Regierung im Prinzip, alle Reformen problemlos absegnen zu lassen. Doch politisch homogen war diese Mehrheit nie – und bald wurde deut-

In der Coronakrise erhält die Spaltung im Parlament zusätzliche Sprengkraft

lich, dass sich längst nicht alle damit begnügen wollten, die Regierungsvorlagen durchzuwinken.

Bald beklagten sich interne Kritiker im Parlament über ihren mangelnden Einfluss auf

die Regierungsbeschlüsse, wegen der nach rechts abdriften Migrationen oder der brutalen Repression gegen demonstrierende Gelbwesten und andere RegierungsgegnerInnen. Auch die ihnen auferlegte Abstimmungsdisziplin in der Regierungsmehrheit behagte manchen immer weniger. Einige traten bereits individuell aus LREM aus oder wurden ihrerseits als „Dissidenten“ ausgeschlossen.

Zu Jahresbeginn hatte die LREM-Fraktion so bereits zwanzig Stimmen weniger als zu Regierungsbeginn. Und die Erosion ging weiter. Des vergeblichen Murrens müde, haben die mit der offiziellen Linie unzufriedenen Abgeordneten der Macron-Partei mit der Bildung der separaten Fraktion eine mehrfach vorgebrachte Drohung wahr gemacht.

Im Kontext von Corona erhält diese Spaltung im Parlament eine zusätzliche Sprengkraft. Die Krise hat die Führungsfähigkeiten der französischen Regierung infrage gestellt. In keinem anderen EU-Land ist die Krisenpolitik der Regierung so unpopulär wie in Frankreich, wo diesbezüglich nur ein Drittel Vertrauen in die Staatsführung hat.

Die neue Fraktion beansprucht für sich eine völlige Unabhängigkeit und will darum grundsätzlich „weder in der Regierungsmehrheit, noch in der Opposition“ angesiedelt werden. Die Zusammensetzung dieser politisch nicht sehr homogenen Gruppe von bisher 17 Mitgliedern gibt dennoch einen ersten Eindruck: Zu den WortführerInnen gehören die Ex-Sozialistin und ehemalige Umweltministerin Delphine Batho, dann etwa auch Matthieu Orphelin, ein enger Vertrauter des Ökologen und Ex-Ministers Nicolas Hulot. Zu EDS gehört ebenfalls der Mathematiker Cédric Villani, der wegen seiner Kandidatur gegen die offizielle LREM-Liste bei den Kommunalwahlen in Paris ausgeschlossen worden war.

Andere kommen, wie der frühere Sozialist Aurélien Taché, vom linken LREM-Flügel. In einem Interview in der Sonntagszeitung *Le Journal du Dimanche* hatte dieser am Sonntag bedauert: „Die Bewegung (LREM) war nicht in der Lage, eine ideologische Basis und Konvergenzen mit anderen Parteien oder Verbündeten in der Gesellschaft zu schaffen.“ Wie seine Fraktionskollegen möchte Taché den Wunsch nach mehr politischer Bewegungsfreiheit nicht als definitive Absage an Macron verstanden wissen: „Ich bereue meine Entscheidung von 2017 nicht, ich weiß, was ich Emmanuel Macron schuldig bin.“

Einsam und allein im Parlament? Noch kann Macron auf Unterstützer und Verbündete zählen. Ein Schlag ist die Abwanderung einiger seiner Getreuen trotzdem
Foto: Yoan Valat/reuters



Gewinninteresse vor Gesundheit

Die US-Regierung hat Bedenken gegen eine Resolution der Weltgesundheitsorganisation zur schnellen Versorgung aller Menschen mit Corona-Impfstoff. Stattdessen droht Washington der WHO mit Austritt

Von **Andreas Zumach**

Wenn es einen Corona-Impfstoff gibt, dann soll er schnell auf der ganzen Welt verfügbar sein. Das war eines der Ziele einer bei der virtuellen Tagung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 114 der 194 Mitgliedsstaaten eingebrachten Resolution. Um das zu erreichen, soll der Patentschutz ausgesetzt und so die rasche Produktion von Generika ermöglicht werden. Genau das aber lehnt die US-Regierung ab. Um die Gewinninteressen des weltgrößten US-Pharmakonzerns Pfizer zu schützen, sollte dieser als erster einen Impfstoff entwickeln, meldete die Trump-Regierung Vorbehalte gegen die Resolution an, die per Akklamation verabschiedet wurde.

Die Resolution fordert außerdem eine „unparteiische, unabhängige und umfassende Evaluierung“ der weltweiten Reaktion auf die Coronapandemie. Auch die Reaktion der WHO selbst und deren zeitlicher Ablauf sollen untersucht werden. Das hatte WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus

am Montag versprochen – mit der Resolution ist daraus ein verbindlicher Auftrag an die WHO-Spitze geworden.

Auf diesen Teil der Untersuchung dringt insbesondere die Trump-Administration seit Wochen lautstark und verbunden mit heftigen Vorwürfen an die Adresse der WHO und Chinas.

Zu den jüngsten Drohungen der US-Regierung gegenüber der WHO erklärte das chinesische Außenministerium am Dienstagmorgen, es gehe US-Präsident Donald Trump „lediglich darum, China zu verunglimpfen und sich vor den Verpflichtungen seines Landes gegenüber der WHO zu drücken“. Montagnacht hatte Trump im Online-Dienst Twitter Bilder eines Briefes an den WHO-Generaldirektor gezeigt, in dem er nicht näher spezifizierte „substanzielle Verbesserungen“ in der Arbeit der Organisation forderte. Die WHO solle ihre „Unabhängigkeit von China“ unter Beweis stellen, schrieb Trump. Sollte die WHO die geforderten Änderungen nicht innerhalb der nächsten 30 Tage vornehmen, werde

seine Regierung ihre Beitragszahlungen dauerhaft einstellen, drohte der US-Präsident. Außerdem werde seine Regierung in diesem Jahr ihre Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation „überdenken“.

In diesem Jahr haben die USA nach Informationen der taz erst 58 Millionen US-Dollar an die WHO überwiesen, die Hälfte ihrer eigentlich bis spätestens 31. Januar fälligen Pflichtbei-

Die WHO soll ihre „Unabhängigkeit von China“ beweisen, fordert Trump auf Twitter

träge für 2020. Freiwillige Beiträge aus Washington blieben ganz aus – 2019 waren es noch 338 Millionen Dollar. Bei einem dauerhaften Finanzboykott der USA und wegen der im für 2020 geplanten Gesamthaushalt von 2,92 Milliarden Dollar noch nicht vorgesehenen Mehrausgaben aufgrund der Corona-

pandemie rechnet die WHO bis zum Jahresende mit einem Defizit von mindestens 1,7 Milliarden Dollar.

Anders als Trump äußerte sich der südkoreanische Präsident Moon Jae In sehr konkret zu notwendigen Reformen. Er forderte, die WHO müsse mehr Befugnisse bekommen. „Wir müssen die internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO und andere relevante Normen aktualisieren und sie mit verbindlicher Rechtskraft ergänzen.“ Diese Forderung berührt das zentrale Dilemma der WHO auch schon bei früheren Epidemien, das im aktuellen Konflikt über die Informationspolitik der chinesischen Regierung nur besonders deutlich geworden ist. Nach einer 2005 von der Generalversammlung verabschiedeten Richtlinie sollen die Mitgliedstaaten die Genfer WHO-Zentrale schnell und umfassend über jegliche Ausbrüche von Krankheiten informieren. Die WHO darf in Ländern ohne deren Erlaubnis aber keine eigenen Nachforschungen anstellen.



schlagl_ch

Warten auf die zweite Welle

Zurzeit geschieht Politik im Modus von Notmaßnahmen. Doch im Herbst sollte die Linke bereit sein für den Streit über die Gestaltung der neuen Normalität

Die Krise ist eine Chance. Sagte sich Heinz-Hermann Thiele, der den 84. Rang auf der Forbes-Liste der Milliardäre hält. Als das Virus den Luftverkehr ergriff, verdoppelte der 89-jährige Hauptaktionär von Knorr-Bremse mit 200 Millionen Einsatz seine Beteiligung an der Lufthansa – nun gehören ihm 10 Prozent davon. Aber damit seine Gestaltungskraft nicht zu sehr belastet wird, beschloss die Firma Knorr, 4.000 ihrer Arbeiter in Kurzarbeit zu schicken und dennoch 300 Millionen Rendite auszuschütten, wovon Thiele 70 Prozent zustehen.

Die Krise ist eine Chance. Sagte sich Roland Koch, der einst Ministerpräsident von Hessen war, danach den Konzern Bilfinger und Berger fast ruinierte und nun als Professor in Frankfurt andere das Wirtschaften lehrt. Mit der Parole „Jetzt müssen wir die Fesseln sprengen“ meldete er sich in die politische Welt zurück. In eigener Sache oder

Ob die Rettungspolitik für die alte Normalität noch siebzehn Monate bis zur Wahl bestimmen wird?

als Vorgruppe zu Friedrich Merz? Auf jeden Fall mit „radikalen Maßnahmen“ zur Rückkehr auf den Wachstumspfad: „Anpassung“ der Staatsausgaben für Renten, Bildung, Dekarbonisierung und andere, „wiederkehrende Ausgaben“, flächendeckende Deregulierung von Industrieforschung, Banken- und Lebensmittelaufsicht, Datenschutz und Tierversuche, Steuererleichterungen für die Wirtschaft, Lockerung der Arbeitszeitregeln, voll-digitale Beschulung und dergleichen mehr.

Never let a good crisis go to waste – so lautet die Formel von Obamas Stabschef Rahm Emanuel: In Krisen kann man tun, was man sonst nicht gewagt oder gekonnt hätte. Und damit sind wir wohl erst am Anfang. Das Schlimmste kommt noch, the worst is yet to come, le pire est à venir – das war in den letzten Wochen der internationale Schlagzeilen-Hit. Ein paar ifo-Zahlen, nur für Deutschland: 18 Prozent der Firmen haben bereits Arbeitsplätze gestrichen, die Hälfte der Gastronomen und Hoteliers, 39 Prozent der Automobilhersteller, 30 Prozent der Medienunternehmen planen Entlassungen – Wirtschaftsprüfer und Steuerberater hingegen melden: keine Probleme, ebenso wie die Betreiber von Spielhallen, Wettbüros und Lottereeinnehmer.

In den Krankenhäusern sterben die Menschen, so die Formel, „im Zusammenhang mit Corona“ und mit „Vorerkrankungen“. Auch im gesellschaftlichen Ganzen macht die Pandemie nur offenkundiger, was wir schon vorher wissen konnten: die Hygiene in den Fleischfabriken ebenso wie ein unterausgestattetes Schulsystem, in dem die Kluft zwischen Arm und Reich an die nächste Generation weitergegeben wird. Die Zustände in den Pflegeheimen sind nicht jetzt erst ein Verstoß gegen die Menschenwürde, und auch der virale Schund in den Netzen ist nichts Neues. Schon 2019 hatte die deutsche Autoindustrie das schlechteste Er-

gebnis der letzten zwanzig Jahre, war Amazon auf dem Weg zum Monopol, erwartete der Karstadt-Konzern, der jetzt, coronabedingt, 60 Kaufhäuser schließen will, einen Verlust von 100 Millionen, gingen die Ankündigungen von Entlassungen in die Hunderttausende. Alles ohne Corona, aber nun können Verantwortlichkeiten nivelliert, die Folgekosten sozialisiert werden.

Die Krise ist eine Chance – auch für eine sozialökologische Erneuerung? Zurzeit geschieht Politik im Modus von Notmaßnahmen, im Tagesrhythmus und im Handgemein mit den Lobbyisten. Vorstöße für strukturelle Veränderungen haben außerhalb des Feuilletons keine Chance. Die Große Koalition neigt dazu, die Coronakrise in den verfestigten Strukturen zu lösen. Aber wir sind erst am Anfang. Zurzeit kann niemand seriös sagen, wie hoch die Zahl der Arbeitslosen, der Konkurse im September sein wird, ob Kontaktbeschränkungen einen geregelten Schulbetrieb bis ins nächste Jahr verhindern, die Furcht vorm Virus die Automobilität antreiben wird; wie groß die politischen Verwerfungen durch Fake News sein werden, ob und wie stark eine zweite Welle die Pflegeheime, die Wirtschaft, die Nerven trifft.

„Bereit sein ist alles“ – wenn sie sich an Hamlets Devise für das Handeln in unentschiedenen Situationen hält, sollte die „Linke“ (immer noch gibt es kein besseres Wort dafür) im Herbst, also ein Jahr vor der nächsten Wahl, bereit sein für eine zweite Welle im Streit über die Gestaltung der „neuen Normalität“. Sollen die Veränderungen der Arbeitswelt durch Krise und Digitalisierung mit einem generellen Grundeinkommen abgedeckt werden – oder wollen wir mit einer Verkürzung der Regelarbeitszeit und einer Ausbildungs-offensive die Spaltung in systemnotwendige und überflüssige Bürger vermeiden? Sollen Microsoft & Co mit dem flächendeckenden Ausbau des digitalen Unterrichts die Schulen rationaler machen, oder brauchen wir für Schulen, die zum Nachdenken, zum Verstehen, zur Kritik und zum Gestalten bilden sollen, eher andere Schulformen und mehr Lehrer? Geht es darum, kommerziell betriebene Heime besser auszustatten und zu kontrollieren – oder wollen wir Pflege, Krankenversorgung und andere Leistungen der Daseinsvorsorge langfristig der Profitlogik entziehen, und wie? Welche Veränderungen im Aktienrecht und der Steuerpolitik sind überlebensnotwendig für die Demokratie? Und so weiter.

In Artikeln, Taschenbüchern, Kongressprotokollen der letzten Jahre mangelt es nicht an Alternativvorschlägen für all das. Einiges darin ist vernünftig, wenn auch kaum etwas durchgerechnet. Mit einer Mischung aus Realismus und Kraft zur Zuspitzung könnte eine rot-grüne Linke ein knappes Zeitfenster für die Entfesselung einer Debatte über echte Veränderungen nutzen. Optimistisch gesehen: Es ist noch nicht entschieden, ob die siebzehn Monate bis zur Wahl vor allem durch Rettungspolitik für die alte Normalität bestimmt sein werden. Wenn ich in den letzten Tagen ein Hoffnungszeichen gesehen habe, dann die von den Grünen gestützte Ankündigung von Arbeitsminister Heil, die Werkverträge in der Fleischindustrie zu verbieten – per Gesetz.



Mathias Greffrath lebt als freier Autor für Print und Radio in Berlin. Er ist Herausgeber von „RE: Das Kapital. Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert“ (Kunstmann, 2017).

Die Schlagloch-Vorschau:
27. 5. Georg Diez
3. 6. Georg Seeßlen
10. 6. Ilija Trojanow
17. 6. Jagoda Marinić
24. 6. Charlotte Wiedemann

Ulrike Herrmann über den neuen EU-Fonds für Krisenländer

Teure Hilfen, die ganz billig sind

Es ist eine Zäsur: Kanzlerin Merkel lernt endlich vom Europapolitiker Helmut Kohl. Sie lässt „Bimbos“ springen, um das Projekt Europa zu retten. Sie ist jetzt nicht nur bereit, europäische Coronabonds in Höhe von 500 Milliarden Euro zu akzeptieren. Sie geht sogar noch weiter und hat zugesagt, dass Deutschland milliardenschwere Zuschüsse an die Krisenländer gewährt. Noch vor wenigen Tagen schien dies undenkbar.

Doch die ökonomische Logik war stärker: Deutschland erdrückt die Nachbarn schon lange mit seinen Exportüberschüssen. Diese Unwucht hat sich jetzt durch Corona noch verschärft, weil viele EU-Länder nicht reich genug sind, um ihre Betriebe zu unterstützen. EU-Wettbewerbskommissarin Vestager hat daher Alarm geschlagen: Die Hälfte aller Anträge für Unternehmenshilfen stammten aus Deutschland. Dies sei eine „Wettbewerbsverzerrung“. Vestager hat nicht übertrieben. Die Gefahr ist enorm, dass vor allem deutsche Firmen die Coronakrise überleben – und dann den gesamten Binnenmarkt aufröhlen.

Auf den ersten Blick mag es erfreulich wirken, wenn man seine Nachbarn in den Boden konkurriert. Doch wäre dieser Siegestaumel kurzsichtig: Die anderen Europäer können deutsche Waren nur kaufen, wenn auch sie über Einkommen verfügen. Europa wird gemeinsam reicher, nicht getrennt.

Die Details des neuen EU-Fonds sind noch nicht ausgehandelt, aber am Ende dürfte Deutschland Zuschüsse von bis zu hundert Milliarden Euro gewähren. Das klingt viel, ist in Wahrheit aber billig. Denn die indirekten Effekte sind nicht zu überschätzen: Erstmals signalisiert Deutschland unmissverständlich, dass es hinter der gesamten Eurozone steht und dass es nicht zulassen wird, dass einzelne Staaten in eine Dauerkrise rutschen.

Dieses deutsche Signal hat bisher gefehlt und einen Teufelskreis in Gang gesetzt: Da die Pleite einzelner Länder möglich schien, stiegen die Zinsen für diese Staaten, was deren Pleite dann wahrscheinlicher machte. Diesen Teufelskreis hat die Kanzlerin nun durchbrochen. Gerade noch rechtzeitig. **aktuelles 15**

Christian Rath über das BND-Urteil des Verfassungsgerichts

Ein Snowden-Gedächtnisurteil

Der Whistleblower Edward Snowden hat in Deutschland wohl mehr erreicht als in seiner Heimat USA. Ohne Snowdens Enthüllungen vor sieben Jahren wäre die globale Überwachung der Telekommunikation durch den Bundesnachrichtendienst kein Thema geworden. Ohne Snowden hätte es deshalb auch keine Verfassungsklagen und eben auch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegeben.

Nun ist das Karlsruher Urteil sicher nicht so radikal wie Snowden, der die anlasslose Massenüberwachung abschaffen wollte. Tatsächlich wurde dem BND jetzt kaum etwas verboten. Sogar die massive Arbeitsteilung mit anderen Nachrichtendiensten wie der amerikanischen NSA bleibt erlaubt. Aber das Urteil zieht so viele rechtsstaatliche Netze ein, dass auch Bürgerrechtler aufrichtig zufrieden sind. Vor allem die Kontrolle des BND wird stark verbessert. Der wahre deutsche Vermittlungsausschuss sitzt in Karlsruhe.

Nun muss der Bundestag das Urteil umsetzen. Er hat dabei einigen Gestaltungsspielraum erhalten, vor allem

bei der neuen gerichtlichen Kontrollinstanz. Der Bundestag sollte die Chance nutzen, die ineffiziente Zersplitterung der deutschen Geheimdienstkontrolle auf derzeit vier Gremien zu beenden. Die Orientierung an einem funktionierenden Beispiel im Ausland könnte auch in der CDU/CSU Akzeptanz schaffen. So haben die Richter klare Sympathien für das britische Modell eines starken Investigatory Powers Tribunal erkennen lassen.

Der eigentliche Paukenschlag des Urteils geht aber weit über die BND-Befugnisse hinaus. Erstmals haben die Verfassungsrichter klargestellt, dass deutsche Grundrechte auch für Ausländer im Ausland gelten. Noch vor wenigen Jahren hielt man diesen Gedanken in deutschen Sicherheitskreisen für einen indiskutablen juristischen Spleen. Doch schon bald wird sich auch die Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen mit Fragen der Verhältnismäßigkeit beschäftigen müssen. Das ist aber nur konsequent. Wenn deutsche Staatsgewalt im Ausland agiert, nimmt sie ihre Grundrechtsbindung mit. **inland 16**

Erik Peter über den Machtkampf um Kalbitz in der AfD

Der Druck hat gewirkt

Es braucht kein Parteibuch, um als Rechtsextremer in der AfD zu wirken. Andreas Kalbitz darf auch nach seinem Parteiausschluss weitermachen, als Teil der Brandenburger AfD-Fraktion. Mit dieser Rückendeckung wird er versuchen, seine Niederlage, die die Entscheidung von Parteichef Jörg Meuthen und seiner Getreuen bedeutete, doch noch in einen Sieg umzuwandeln. Ein Sieg von Kalbitz würde Meuthen unweigerlich den Kopf kosten und die Positionierung der AfD im nationalistisch-völkischen Lager besiegeln.

Wie es für Kalbitz, der seinen Ausschluss anfechten will, ausgeht, ist keineswegs abgemacht. Fest steht, die AfD befindet sich wieder in einem offenen Machtkampf, eine Spaltung der Partei ist nicht ausgeschlossen. Eine gemeinsame Zukunft der verfeindeten Lager ist kaum vorstellbar.

Björn Höcke, neben Kalbitz gewichtiger Vertreter des formal aufgelösten „Flügels“ der Partei, wird alles daran setzen, eine Entscheidung zu suchen, die Machtübernahme unter der Bedingung der Rehabilitation von Kalbitz oder die Abspaltung und Gründung ei-

ner eigenen Organisation. Muss Meuthen abdanken, steht selbst eine Parteizentristin wie Beatrix von Storch davor, kaltgestellt zu werden.

Diese Krise der AfD ist nicht in erster Linie auf die ideologischen Unterschiede ihrer Protagonisten zurückzuführen. Entscheidender ist der Druck von außen, etwa durch Verfassungsschützer, die etwa durch das Ausgraben von Kalbitz' Mitgliedsantrag beim neonazistischen Verein „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) endlich ihre Arbeit machen. Der Druck auf die AfD ist nicht zuletzt auch auf die Expertise von Antifa-Recherchegruppen zurückzuführen, die als Erste die Bilder von Kalbitz bei einem Pfingstlager der HDJ veröffentlicht haben.

Die AfD hat unzählige Nazi-Skandale bis zur Verzweiflung ihrer GegnerInnen erfolgreich ignoriert. Dass die Partei nun dennoch ausgerechnet an der Vergangenheit eines Kadern zu zerbrechen droht, ist fast schon Ironie. Es zeigt: All die antifaschistischen Bemühungen, Vergangenheiten und Ideologie von AfD-PolitikerInnen aufzuklären, sind nicht umsonst.

ARD	RTL
12.00 Tagesschau	12.00 Punkt 12
12.15 ARD-Buffet	14.00 Die Superhändler
13.00 Mittagmagazin	–4 Räume, 1 Deal
14.00 Tagesschau	15.00 Kitsch oder Kasse
14.10 Rote Rosen	16.00 Marco Schreyel
15.00 Tagesschau	17.00 Henssler's Countdown
15.10 Sturm der Liebe	–Kochen am Limit
16.00 Tagesschau	17.30 Unter uns
16.10 Verrückt nach Meer	18.00 Explosiv – Das Magazin
17.00 Tagesschau	18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
17.15 Brisant	18.45 RTL aktuell
18.00 Gefragt – Gejagt	19.05 Alles was zählt
18.50 Rentnercops: Gut für die Gerechtigkeit. D 2018	19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
20.00 Tagesschau	20.15 Are You the One?
20.15 Schnitzel de Luxe	22.00 stern TV
21.45 Plusminus	0.00 RTL Nachtjournal
22.15 Tagesthemen	0.30 CSI: Den Tätern auf der Spur: Ein fliegender Beweis. USA/CDN 2001
22.45 maischberger. die woche	
0.00 Nachtmagazin	
0.20 Schnitzel de Luxe	
ZDF	SAT.1
12.00 heute	12.00 Anwältin im Einsatz
12.10 drehscheibe	14.00 Auf Streife
13.00 Mittagmagazin	15.00 Auf Streife – Die Spezialisten
14.00 heute – in Deutschland	16.00 Klinik am Südring
14.15 Die Küchenschlacht	17.00 Die Familienhelfer
15.05 Bares für Rares	17.30 Auf Streife – Die Spezialisten
16.00 heute – in Europa	18.00 K11 – Die neuen Fälle
16.10 Die Rosenheim-Cops: Tod nach Dienstschluss. D 2009	18.30 Auf Streife
17.00 heute	19.00 Genial daneben – Das Quiz
17.15 hallo deutschland	19.55 Sat.1 Nachrichten
17.45 Leute heute	20.15 The Mole – Wem kannst Du trauen?
18.00 SOKO Wismar: Einsam. D 2017	22.40 Spiegel TV – Reportage
19.00 heute	23.45 SAT.1 Reportage
19.25 Heldt: Kunstfreunde. D 2016	0.40 The Mole – Wem kannst Du trauen?
20.15 Jurassic World. Abenteuerfilm, USA 2015	
22.05 heute-journal	
22.35 auslandsjournal	
23.05 ZDFzoom	
23.35 Markus Lanz	
0.50 heute+	
Pro 7	RTL
12.15 2 Broke Girls	12.15 2 Broke Girls
12.40 Mom	12.40 Mom
13.30 Two and a Half Men	13.30 Two and a Half Men
14.50 The Middle	14.50 The Middle

tagestipp mittwoch

Angeblich soll dieser Film ein realistisches Bild aus dem Vietnamkrieg zeichnen. Sergeant Hartman drangsaliert die Marines – und macht sie so zu Kampfmaschinen.

„Full Metal Jacket“, 20.15 Uhr, Kabel 1



15.40 The Big Bang Theory	8.55 Tilda Apfelkern
17.05 taff	9.15 Ene Mene Bu – und dran bist du
18.00 Newstime	9.25 Super Wings
18.10 Die Simpsons	10.00 Wir Kinder aus dem Möwenweg
19.05 Galileo	11.00 logo! Die Welt und ich
20.15 Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte	11.15 The Garfield Show
21.15 Atlanta Medical	12.15 Marcus Level
22.15 9-1-1	13.15 Ein Fall für TKKG
0.10 Supernatural	13.40 Tiere bis unters Dach
	14.10 Schloss Einstein
	15.00 Lockie Leonard
	15.45 Horseland, die Pferderanch
	16.45 4 ½ Freunde

KLKA
7.45 Sesamstraße
8.10 Wissper
8.35 Wolkenkinder

17.35 Die Abenteuer des jungen Marco Polo – Reise nach Madagaskar
18.00 Sir Mouse
18.10 Der kleine Drache Kokosnuss
18.50 Unser Sandmännchen
19.00 Nils Holgersson
19.25 Anna und die wilden Tiere
19.50 logo! Die Welt und ich
20.00 KiKA Live
20.10 Die WG – Zusammen mit Abstand
20.35 Find me in Paris – Tanz durch die Zeit

ARTE
8.40 Stadt Land Kunst
9.30 Sakrale Bauwerke
11.00 Uruguay – Gauchos, Tango und Grandeza
11.45 Wie das Land, so der Mensch
12.15 Re:
12.50 Mit offenen Karten
13.00 Stadt Land Kunst
13.45 Der Schwarze Korsar. Abenteuerfilm, I 1976
15.30 Wie das Land, so der Mensch
16.00 Die Schweiz von oben – Vom Zauber der Alpenrepublik
16.55 X-enius
17.20 Abenteuer Archäologie
17.50 Seen und ihre Geheimnisse
18.35 Planet Sand
19.20 Arte Journal
19.40 Re:
20.15 Happy End. Familien-drama, F/A/D 2017. Regie: Michael Haneke. Mit Isabelle Huppert, Jean-Louis Trintignant
22.00 Cinema Austria
22.55 Harmonium. Familiendrama, F/J 2016
0.50 Weißer Gott. Parabel, H/D/S 2014

SWR
18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
18.15 Made in Südwest
18.45 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
20.00 Tagesschau
20.15 betrifft
21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
22.00 Tatort: Der rote Schatten. D 2017
23.30 Babylon Berlin
0.10 Hubert und Staller: Ausgebrannt. D 2017

HESSEN
18.00 Maintower
18.25 Brisant
18.45 Die Ratgeber
19.15 alle wetter
19.30 hessenschau
20.00 Tagesschau
20.15 Mex – Das Markt-magazin
21.00 112 – Wir retten Hessen
21.45 Engel fragt
22.15 hessenschau kompakt
22.30 Charité
23.20 Babylon Berlin
0.05 Die Mädchen aus dem Weltraum

WDR
18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
18.15 Balkon-Oasen
18.45 Aktuelle Stunde
19.30 Lokalzeit
20.00 Tagesschau
20.15 Markt
21.00 Yvonne Willicks – Der Große Haushaltscheck
21.45 WDR aktuell
22.15 Mensch Jürgen! von der Lippe wird 70
1.15 Jürgen Beckers: Isch glaub' et Disch!

NDR
18.00 Ländermagazine
18.15 Wie geht das?
18.45 DAS!
19.30 Ländermagazine
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
21.00 Als die Disco in den Norden kam
21.45 NDR Info
22.00 Großstadtrevier: Für nix und für alles. D 2017
22.50 extra 3
23.20 7 Tage...
23.50 Polizeifunk ruft: Mord im Lehrlingsheim. D 1967

RBB
18.00 rbb UM6 – Das Ländermagazin
18.27 zibb
19.30 Abendschau
20.00 Tagesschau
20.15 rbb spezial
20.30 rbb Praxis
21.15 Auf Leben und Tod
22.00 rbb24
22.30 Warten auf'n Bus
23.00 Ein Sommer in Brandenburg
23.45 Talk aus Berlin
0.15 Weniger ist mehr

MDR
18.10 Brisant
19.00 MDR Regional
19.30 MDR aktuell
19.50 Tierisch, tierisch
20.15 Die größten Hits des Ostens
21.45 MDR aktuell
22.05 Polizeiruf 110: Crash. D 2018
23.35 Olaf macht Mut
0.20 extra 3

PHOENIX
12.00 phoenix vor ort
12.45 phoenix plus
14.00 phoenix vor ort
14.45 phoenix plus
17.30 phoenix der tag
18.45 Aktuelle Reportage
18.30 Sternenjäger – Abenteuer Nachthimmel
20.00 Tagesschau
20.15 Geheimnisvolle Orte
21.00 Die Jahrtausendkathedrale – Der Mainzer Dom
21.45 Dokumentation
22.15 phoenix runde
23.00 phoenix der tag
0.00 phoenix runde
0.45 Büffel im Busch – Ein Internat für Simbabwe
Zukunft?



Steffen Grimberg Flimmern und Rauschen

Zoff mit dem Bayerischen Rundfunk

Wenn die ARD ausnahmsweise mal könnte, wie sie wollte, liefe es auf einen ungeregelten BR-Exit hinaus. Wobei es gar nicht um Großbritannien geht. Sondern um Bayern! Denn Ulrich Wilhelm hat es geschafft. Dem Intendanten des Bayerischen Rundfunks (BR) ist gelungen, woran schon viele im gerne als „Alle Reden Durcheinander“ verbalhornnten Klub gescheitert sind. Die ARD ist sich endlich mal einig. Tusch und Applaus! Für Wilhelm gelte nur das bayerische Grundgesetz „Bayern first“, heißt es. Die ARD als Großes und Ganzes sei ihm herzlich wurscht. Es sei denn, sie kommt mit Demut in Weiß-Blau kariert daher. Dann freut sich das Münchner Kindl. Ach, habt ihr's auch schon gemerkt, möchte man da rufen. Denn Ulrich Wilhelm hat sich kein bisschen geändert. Vorn herum charmant einsei-

fen, hintenrum falsch spielen. So lief es schon als Regierungssprecher –, „Merkels lächelndes Fallbeil“ schrieb die taz, als Wilhelm 2010 aus der Politik in die ARD wechselte. Jetzt hat er den Bogen jedoch offenbar überspannt. Von einer „neuen Qualität“, auch was sein „menschliches Verhalten“ angeht, ist in höheren ARD-Kreisen die Rede. Zum Schwur gegen den Bayern mit dem rekordverdächtigen Ergebnis 8:1 kam es übrigens wegen des Streits um den Osten. Die ARD hat ja mal in die immer noch sogenannten neuen Länder geschaut und verblüfft festgestellt, dass sie dort quasi nicht existent ist. Natürlich gibt es den RBB und den MDR (Disclaimer: Für den ich auch arbeite und 2016/17 ARD-Sprecher war, als MDR-Intendantin Karola Wille den ARD-Vorsitz führte). Aber die „großen“ Sachen, mit denen man die ARD verbindet, sitzen in der BRD (alt). Die „Tagesschau“ in Hamburg beim NDR, die „Tatort“- und Spielfilm-Koordination nebst „Sport-schau“ beim WDR in Köln. Was teuer produziert oder an Filmen und Serien eingekauft wird, entscheidet die ARD-Tochter Degeto in Frankfurt/Main. Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, also funk, sitzt in Mainz. Und der vielleicht endlich bald der Vergangenheit angehörende Volker Herres regiert aus München über das Erste Programm. Ach so, und den Sport und seine Milliarden verwaltet niemand anderes als Ulrich Wilhelm beim BR.

Weil das die Medienpolitik doof findet, soll beim MDR eine ARD-weite Kulturplattform aufgebaut werden, doch das mag der Ulrich Wilhelm nicht. Wenn schon Kultur, dann muss sie nach München, fordert der Chef des Bayerischen Rundfunks und ruft deshalb auch schon mal in der Sächsischen Staatskanzlei an. Auch sonst hängt der ARD-Haussegen schief: In dem Moment, wo jemand etwas vorschlägt, sage Ulrich Wilhelm „Nein“, selbst wenn ihn die Angelegenheit gar nicht beträfe, heißt es im Umfeld des aktuellen ARD-Vorsitzes.

BR-Intendant Ulrich Wilhelm hat den Bogen jetzt offenbar überspannt

Hört sich ziemlich nach „No Deal“ an, womit wir wieder beim BR-Exit werden. Natürlich wird sich die ARD das nicht trauen. Und trotz ihrer einmaligen Einigkeit weiter Frust schieben und ihre Sorgen miteinander souverän aussitzen. 2021 endet schließlich Wilhelms Amtszeit beim BR.

Steffen Grimberg, Medienprofi, bringt hier jede Woche Unordnung in die aufgeräumte Medienwelt.



Foto: Frank Hoermann/SVEN SIMON/imagio

ARD	RTL
12.45 Frauen verstehen. Beziehungskomödie, D 2014	13.25 Du neben mir. Liebesdrama, USA 2017
14.15 Tagesschau	15.00 Letztendlich sind wir dem Universum egal. Fantasydrama, USA 2018
14.30 Drei Väter sind besser als keiner	16.40 Den Sternen so nah. Science-Fiction-Film, USA 2017
16.00 Wiedersehen in Malaysia	18.45 RTL aktuell
17.30 Tagesschau	19.05 Comeback oder weg?
17.45 Erlebnis Erde	20.15 Der Lehrer
18.30 Utta Danella	22.05 Doctor's Diary – Männer sind die beste Medizin
20.00 Tagesschau	23.00 Pocher – gefährlich ehrlich!
20.15 Der Barcelona-Krimi: Entführte Mädchen. D 2020	0.00 Der Lehrer
21.45 Brokenwood – Mord in Neuseeland	1.45 Alarm für Cobra 11 – Die Autobahnpolizei
23.15 Tagesthemen	
23.30 Die Carolin Kebekus Show	
0.15 Kroymann	
1.00 Tagesschau	
1.10 Der Barcelona-Krimi: Entführte Mädchen. D 2020	
2.40 Brokenwood – Mord in Neuseeland	
ZDF	SAT.1
13.30 Die Ziegenlady – Zu Besuch bei einer Hirtin	12.15 111 Knallerkinder – Die witzigsten Kids der Welt
13.50 Das Traumschiff	14.10 Spieglein, Spieglein – Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen. Fantasykomödie, USA/CDN 2012
15.25 Katie Fforde: Das Meer in dir	16.05 Jack the Giant Slayer. Abenteuerfilm, USA 2013
17.00 Bares für Rares – Lieblingsstücke	18.15 Die Pinguine aus Madagaskar
18.15 SOKO Stuttgart: Dachschaden. D 2017	19.55 Sat.1 Nachrichten
19.15 Sansibar – Afrikas wilde Schönheit	20.15 Happy Family
19.30 Notruf Hafenkante	22.15 Percy Jackson – Diebe im Olymp. Fantasyabenteuer, GB/USA/CDN 2010
20.15 Astrid. Filmbiografie, S/DK 2018. Regie: Pernille Fischer Christensen. Mit Alba August, Maria Bonnevie	0.25 Spieglein, Spieglein – Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen. Fantasykomödie, USA/CDN 2012
22.10 heute-journal	
22.25 Markus Lanz	
0.00 Astrid. Filmbiografie, S/DK 2018	
1.55 girl friends	
2.40 girl friends	
Pro 7	RTL
12.00 Last Man Standing	12.00 Last Man Standing
12.30 2 Broke Girls	12.30 2 Broke Girls
12.55 Mom	12.55 Mom
13.45 Two and a Half Men	13.45 Two and a Half Men
15.00 The Middle	15.00 The Middle

tagestipp donnerstag

In diesem Bond-Film muss sich Pierce Brosnan, na klar, mit der russischen Mafia herumschlagen. Übrigens: Dieser Bond war der teuerste der Reihe.

„James Bond 007 – Goldeneye“, 20.15 Uhr, VOX



15.55 The Big Bang Theory	8.55 Tilda Apfelkern
18.00 Newstime	9.15 Shaun das Schaf
18.10 Die Simpsons	9.45 Mascha und der Bär
19.05 Galileo	10.15 Der kleine Nick macht Ferien. Familienfilm, F 2014.
20.15 Germany's next Topmodel – by Heidi Klum	11.45 Yakari
23.25 red.	12.40 Anna und der wilde Wald
23.55 Joko & Klaas gegen ProSieben	13.40 Tiere bis unters Dach
2.15 2 Broke Girls	14.10 Schloss Einstein
	15.00 Die wilden Hühner. Kinderkomödie, D 2006. Regie: Vivian Naefe. Mit Michelle von Treuberg, Lucie Hollmann
	16.45 4 ½ Freunde

KLKA
7.45 Sesamstraße
8.10 Wissper
8.35 Wolkenkinder

17.35 Die Abenteuer des jungen Marco Polo – Reise nach Madagaskar
18.00 Sir Mouse
18.10 Der kleine Drache Kokosnuss
18.50 Unser Sandmännchen
19.00 Nils Holgersson
19.25 Die Sportmacher
19.50 logo! Die Welt und ich
20.00 KiKA Live
20.10 Die WG – Zusammen mit Abstand
20.35 Find me in Paris – Tanz durch die Zeit

ARTE
8.00 Eine Sommerreise durch den Kaukasus
8.45 Stadt Land Kunst
9.35 Die Alpen – Unsere Berge von oben
11.05 Dolomiten – Sagenhaftes Juwel der Alpen
11.50 Wie das Land, so der Mensch
12.15 Re:
12.50 Mit offenen Karten
13.00 Stadt Land Kunst
13.40 Mein Schwert für den König. Abenteuerfilm, F/I 1960
15.20 Zugvögel
17.20 Abenteuer Archäologie
17.50 Planet Sand
19.20 Arte Journal
19.40 Re:
20.15 Der Reichstag – Geschichte eines deutschen Hauses
21.35 Die Wege des Herrn
0.30 Ku'damm 59

3SAT
18.05 Terra X
18.45 Terra X
19.30 Der Schwarzwald
20.15 Die Toten vom Schwarzwald
21.45 Die Toten von Hameln
23.10 Universum

SWR
18.05 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
18.15 Driwwie im neie Land
19.00 Land – Liebe – Luft
19.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
20.00 Tagesschau
20.15 40 Jahre „Verstehen Sie Spaß?“ – Die große Geburtstags-show
21.45 Tatort: Sterben für die Erben. D 2007
23.35 Tatort: Melinda. D 2013
1.00 Der Bulle und das Landel
2.30 Wunder der Natur

HESSEN
18.00 Herrliches Hessen
18.45 Erlebnis Hessen
19.30 hessenschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tatort: Der hundertste Affe. D 2016
21.45 Erstes Allgemeines Babenhäuser Pfarrer(!) – Kabarett live
22.30 Das hr Comedy Festival XXL

23.55 Tatort: Der hundertste Affe. D 2016
1.25 Sommer in Rom

WDR
18.00 Das Beste im Westen
18.45 Aktuelle Stunde
19.30 Lokalzeit-Geschichten
20.00 Tagesschau
20.15 Tatort: Borowski und die Rückkehr des stillen Gastes. D 2015
21.45 Irene Huss: Tödliches Netz. S 2011
23.10 Irene Huss: Tod im Pfarrhaus. S/D 2008
0.35 Tatort: Borowski und die Rückkehr des stillen Gastes. D 2015

NDR
18.45 DAS! Kochstudio
19.30 Ländermagazine
20.00 Tagesschau
20.15 Kaum zu glauben!
22.00 NDR Info
22.15 Tatort: Wo ist nur mein Schatz geblieben? D 2019
23.45 Sherlock (1/3): Der leere Sarg. GB 2014
1.15 extra 3
1.45 Wild und lustig – die Clowns im Tierreich

RBB
18.10 Die rbb-Reporter
18.40 Spessart und Steigerwald (4/6)
19.30 Abendschau
20.00 Tagesschau
20.15 Hirschhausens Quiz des Menschen
22.15 rbb24
22.30 Polizeiruf 110: Ein Bild von einem Mörder. D 2004
0.00 Polizeiruf 110: Grenzgänger. D 2015
1.30 Abendschau
2.00 Brandenburg aktuell
2.30 Heimatjournal

MDR
18.05 Wilde Gesellinnen: Frauen am sächsischen Fels
19.00 MDR Regional
19.30 MDR aktuell
19.50 Außenseiter – Spitzenreiter
20.15 Die größten Hits des Ostens
22.20 ABBA – Der Film. Musikfilm, AUS/S 1977
23.55 Solo Sunny. Milieustudie, DDR 1980
1.35 Wilde Gesellinnen: Frauen am sächsischen Fels
2.20 Promi, Playboy, frommer Pilger

Helmut Schmidt, bekannter Menthol-Paffer und sozialdemokratischer Bundeskanzler von 1974 bis 1982, soll sich mit 200 Stangen seiner Lieblingsorte eingedeckt haben
Foto: Egon Steiner/dpa/picture alliance



Alles spricht gegen Menthol

Ab heute ist die Mentholzigarette in der EU verboten. Wir verabschieden uns von der Sorte in den grünen Schachteln, die mehr ist als nur ein unverdächtig duftender Einstieg in eine ungesunde Sucht

Viel Gutes ist über das Rauchen zu sagen, vor allem wenn man Denken muss. Der niederländische Arzt Beintema von Palma schrieb schon vor 300 Jahren: „Einer der studiert, muss notwendig viel Tabak rauchen, damit die Geister nicht verloren gehen, und er wohl überlegen und beurteilen kann.“ Insbesondere die Zigarette verdient Lob, die eine proletarische Erfindung ist. Spanische Tabakarbeiterinnen kamen auf die Idee, Reste in Papier zu wickeln und anzuzünden. Eine große, entschieden zu wenig gewürdigte Tat.

seinem 100. Geburtstag gereicht. Man musste kein Schmidt-Anhänger sein, um das irgendwie rührend zu finden.

Nun wird sie verboten, weil sie besonders gefährlich für Konsument:innen sein soll, die offenbar zu doof sind, das selbst zu verstehen. Das hat die Mentholzigarette, verachtenswert wie sie ist,

Spanische Tabakarbeiterinnen kamen auf die Idee, Reste in Papier zu wickeln und anzuzünden

auch nicht verdient. Ich bin ein Anhänger der Europäischen Union, die es jederzeit gegen tumbe Nationalisten zu verteidigen gilt. Aber das geht zu weit. Was kommt als nächstes? Piña Colada verbieten, weil man den Alkohol nicht schmeckt?

Stefan Reinecke

Nichts Gutes ist hingegen über die Mentholzigarette zu sagen. Lassen wir beiseite, dass Konzerne in den USA in den 50ern gratis Mentholzigaretten an schwarze Kinder verteilen ließen, um die Schwarzen als Konsumenten für diese merkwürdige, zweitklassige Form des Rauchens zu gewinnen. Ähnlich Abgründiges gab es auch im Zigarettenbusiness.

Gegen die Mentholzigarette aber spricht alles: Sie ist nicht ehrlich. Das anscheinend frische, arg künstlich wirkende Menthol übertüncht den wunderbaren Geschmack des Tabaks. Das ist schändlich. Warum raucht man, wenn man gerade das Herrliche, den Geruch von Tabak, zum Verschwinden bringen will? Mir scheint das so verlockend wie Marihuana mit Himbeergeschmack zu rauchen.

Von Helmut Schmidt, dem bekannten Menthol-Paffer, gibt es die Legende, dass er sich mit 200 Stangen eindeckte, als die EU das Verbot plante. Es hätte bis zu



Foto: Petra Schneider-Schmelzer/imagoo

Wie Wiener Schnitzel aus Algenbrei

Niemand, der bei Frost ist, raucht Mentholzigaretten. Und trotzdem ist es selbstverständlich ein weiterer Schritt in Richtung Protestantismusfaschismus, ihr das Existenzrecht abzustreiten. Denn: Demokratie beginnt im Aschenbecher.

Selbst wer sich mit Schwarzer Krauser oder Roth-Händle ohne Filter seine Zähne ruiniert, seine Lunge perforiert und nach dem Aufhören mit heftigen körperlichen Kompensationsforderungen zu tun hatte, steht heute, in diesen schwierigen Zeiten hinter den Mentholern. Für das Recht auf Rauchfreiheit! Und das, obwohl Ottonormalraucher die Mentholer schon immer für eine nicht ernst zu nehmende Spezies hielten. Eine starke Raucherin fasst die Menthol noch nicht mal dann an, wenn die Schachtel alle ist und schon die Reste aus dem Aschenbecher oder dem Teebeutel eng werden.

Die Mentholzigarette ist wie Apfelmus aus Meerrettich oder Wiener Schnitzel aus Algenbrei. Streng genommen dürfte sie im Zigarettenregal gar nicht unter „Zigaretten“ einsortiert werden. Menthol rauchen höchstens Snobs. Wegen der weißen Stummel. Weil einem der Snob schon im Aschenbecher sein Anderssein, Schönersein, Coolersein zeigen will.

Aber der Dandy hat ja Recht: Im Aschenbecher sind wir alle gleich. Nur manche sind eben gleicher. Auch noch da, wo alle bloß ihre Kippen ausdrücken, eine Haltung von „I am different“ reinzudrücken, das muss weiter möglich sein. Die Mentholer sind eine kriminalisierte Minderheit.

Gerade im Zeitalter der Achtsamkeit und Empfindlichkeit ist es das Gebot der Stunde, an ihrer Seite zu stehen. Jene Bürger, die sich derzeit Pappschilder malen, auf denen sie Maulkorb statt Meinungsfreiheit konstatieren, wären gut beraten, auch die Mentholer mit ins Boot zu holen. Wehret den Anfängen: Vom Mentholverbot zum Marlboroverbot ist es nur ein kleiner Schritt.

Doris Akrap

Black lungs, white cigarettes

Gegen eine Mentholzigarette an einem südlichen Strand geraucht, wo man in den geminzten Mund hinein kleine Schlucke eiskalten Peronibiers fließen lässt – dagegen ist überhaupt nichts zu sagen.

Im Gegenteil: Diese beiden gern als Ersatzprodukte für ‚richtiges‘ Bier und ‚richtige‘ Zigaretten geschmähten Genussmittel gehen mit Sonne und Salzbrise eine vollendete Kombination ein – die man sich wie alle Genüsse natürlich auch sparen kann und tatsächlich sparen sollte; und die wie alle Genüsse ihre Wirkung nicht durch sich selbst entfalten, sondern durch den Mythos, der ihnen anhängt beziehungsweise kommerziell oder kreativ angehängt worden ist.

Mein Menthol-Mythos ist der von Sergeant Hoke Moseley, Kriminaller bei der Mordkommission im Miami Police Department: „Kann ich ein bisschen Kleingeld für Zigaretten haben“, fragt ihn – wir sind in den mittleren 1980er Jahren – seine Teenie-Tochter Sue Ellen. „Nein.“ Hoke nahm zwei Kool aus seiner Schachtel und reichte sie ihr. „Teil sie dir ein. Wenn du dir das Rauchen mit dem Taschengeld, das ich dir gegeben habe, nicht leisten kannst, dann solltest du damit aufhören, bis ich einen Job für dich gefunden habe.“ Sue Ellen schob die Unterlippe vor. „Ich mag keine Mentholzigaretten.“ Hoke schnappte sich

die beiden Kool und schob sie in seine Schachtel zurück.“

That's the spirit, ihr Mentholverächter – dann eben nicht! Beziehungsweise: Das war der Spirit. Beziehungsweise: Das war's. Jene Zeiten, in denen Romangehäupte noch über ihre Zigarettenmarken charakterisiert werden konnten und die Kritik sich die Mühe machte, aufzuzählen, wer HB, Benson&Hedges oder eben Kool quartzte – sie sind dahin wie Rauch im Wind: Wer heute noch in einem Roman als Raucher dargestellt wird, hat ein Problem, Punkt. Flasche leer, Aschenbecher voll.

Die Mentholzigarette und die Kritik an ihr ist nicht zuletzt deswegen interessant, weil sie das Genussgift von Minderheiten ist. Die Dokumentation „Black Lives / Black Lungs“ erforscht die Marketingstrategien der US-Tabakindustrie, die dazu führten, dass heute fast 90 Prozent aller Afroamerikanischen Raucher:innen zu Menthol greifen und 47.000 von ihnen Jahr für Jahr am Rauchen sterben. Würden Mentholzigaretten auch in den USA verboten, entstünde ein Schwarzmarkt mit entsprechenden polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen, unter denen vor allem Schwarze US-Amerikaner:innen zu leiden hätten, befürchten Bürgerrechtsverbände. Hoke Moseley würde sich an solchen Machenschaften jedenfalls schon mal nicht beteiligen.

Ambros Waibel

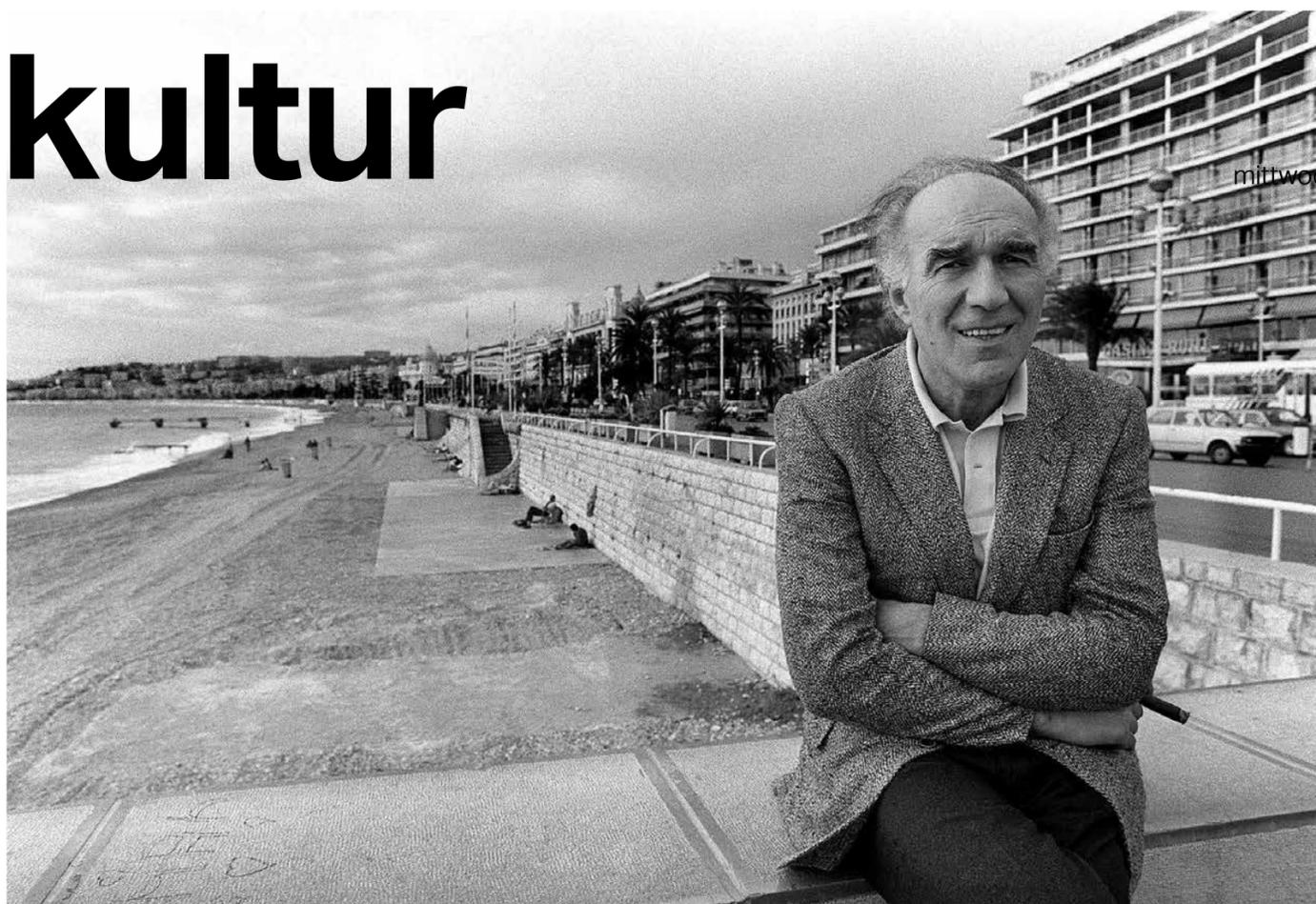
EU-weites Verbot von Mentholzigaretten

Ab dem 20. Mai 2020 ist der Verkauf von Rauchtobakprodukten mit Menthol in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verboten. Die Regelung ist Teil der EU-Tabakrichtlinie, die bereits 2014 verabschiedet wurde und 2016 in Kraft getreten ist.

Das Verbot betrifft alle Tabakerzeugnisse, die nach Ansicht der EU mit einem „charakteristischem Aroma“ den Einstieg erleichtern würden. Das betrifft sowohl Zigaretten als auch Tabak zum selber Drehen und Tabakerhitzer. E-Zigaretten mit Menthol-Liquid sind weiterhin erlaubt.

Da Mentholzigaretten einen EU-weiten Marktanteil von über drei Prozent haben, galt für sie eine Übergangsfrist von vier Jahren, um dem Handel genug Zeit zu geben, restliche Bestände zu verkaufen und damit Verbraucher*innen sich umgewöhnen konnten.

Einige Tabakkonzerne haben die Übergangszeit innovativ genutzt, um Ersatzprodukte zu entwickeln: Aromakarten, die in Zigarettenpackungen gesteckt werden können, und Eindrehfilter. (bsh)



Politisch war er immer links, das Affektierte verabscheut er: Michel Piccoli (27. 12. 1925–12. 5. 2020) im Jahr 1983 in Nizza
Foto: Eric Gaillard/dpa

Brief an junge Queers

Der Schriftsteller Abdellah Taïa solidarisiert sich im belgischen Radio mit Homosexuellen in Marokko

Am 13. April passierte in Marokko etwas Schreckliches: Die Social-Media-Ikone Sofia Taloni rief ihre 600.000 Follower:innen auf Instagram dazu auf, mit Fake-Accounts in schwulen Dating-Apps wie Grindr homosexuelle Männer ausfindig zu machen. Im Internet entstanden Prangerlisten mit den Namen nicht-heterosexueller Männer, erstellt von Talonis Online-Gefolgschaft (siehe taz vom 28. April). Und das in einem Staat, der Homosexualität mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft.

Mindestens ein junger Mann hat sich daraufhin auf Druck seiner Familie das Leben genommen. Mit das Überraschendste: Sofia Taloni, die in der Türkei lebt, ist transgener. Hinterher gab sie widersprüchliche Gründe an: Erstens, Cis-Männer hätten sie schlecht behandelt. Zweitens, sie habe die Homosexualität in Marokko bloß sichtbar machen wollen.

Am Samstag, dem 16. Mai, hat sich der Suhrkamp-Schriftsteller Abdellah Taïa nun in der frankophonen Radiosendung „Dans quel Monde on vit“ des belgischen Senders RTBF direkt an junge Queers in Marokko gewandt, indem er einen Brief verlas. Der 1973 in Marokko geborene Abdellah Taïa ist wohl noch vor Saleem Haddad der berühmteste offen schwule Autor aus einem arabischen Land, wohnt indes seit 1999 in Paris. Im Jahr 2013 lief sein Debütfilm in Venedig.

„Dein Land hat sich eine neue Weise erdacht, dich zu einem Feind zu machen, den es zur Strecke zu bringen gilt“, sprach Taïa, adressiert an junge schwule Marokkaner. (Später hat Taïa den Brief bei Facebook in gegenderter Schreibweise gepostet, also auch an lesbische Marokkanerinnen gerichtet.) Taïa geht es in dem Rundfunkbrief darum, dass angesichts von Corona viel von Solidarität die Rede sei. In Marokko indes spüre er davon nichts, sobald es um LGBTQ+-Menschen gehe.

Da nun in Marokko alle in ihre vier Wände gesperrt sind, so Taïa, sind Queers nun noch stärker der Kontrolle ihrer potenziell queerfeindlichen Familien ausgesetzt. Sofia Taloni habe „nicht verstanden, dass, wenn du dich versteckst, wenn die anderen sich verstecken, sie keine Wahl haben. Niemand schützt sie, [...] schon gar nicht der Staat.“ Mitunter wird Taïa fast lyrisch („du zitterst so stark, selbst die Stille hat sich gehäutet“), um dann schließlich den jungen Queers in Marokko Mut zuzusprechen: „Die Liebe, auch wenn sie nicht ganz so aussieht wie aus Hollywood oder auf Netflix, sie ist in dir.“ Banal wären solche Sätze nur, wenn wir schon in einer besseren Welt leben würden.

Stefan Hochgesand

Die Leidenschaft, sich auszuprobieren

Seine Karriere als Filmstar begann spät. Doch der Franzose Michel Piccoli hat wie kein anderer Schauspieler das europäische Autorenkino geprägt. Ein Nachruf

Von Ekkehard Knörer

Es ist eine Ära, die mit dem Tod Michel Piccolis endet. Kein anderer Darsteller, keine Darstellerin, hat den französischen, den europäischen Autorenfilm über Jahrzehnte geprägt wie Piccoli. Dabei ist der Schauspieler ins Kino erst nach und nach so richtig geraten.

Seine große Passion war zunächst das Theater. Die Eltern waren Musiker, der Vater Violinist, die Mutter Pianistin, künstlerische Leidenschaft aber hat Piccoli bei beiden nicht gespürt. Die Begeisterung für die Schauspielerei entdeckte er während des Kriegs, danach nahm er in Paris Privatunterricht, klopfte an die Türen aller Theater, spielte viel an kleinen und mittleren Bühnen, Unterhaltungsstücke, aber auch Ionesco, Beckett. Manchmal waren, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, die Reihen so spärlich besetzt, dass auf der Bühne mehr Leute waren als unten im Saal.

Filmrollen kamen dazu, sie waren zunächst unbedeutend, ihm nicht so wichtig, wobei er durchaus herkommt, erstaunlich etwa 1955 ein Auftritt im zweiten Teil von Kurt Maetzig aufwendigem, von der Defa produzierten Ernst-Thälmann-Biopic. Aber noch 1961, da hat er schon in vierzig kurzen und langen Filmen und Fernsehproduktionen, fast stets in der zweiten oder dritten Reihe gespielt, fragt er den Regisseur Paul Vecchiali auf dem Set zu dessen Debüt „Les petits drames“ – das übrigens aus Geldmangel nie fertiggestellt wird –, wie dieser seine Karriere einschätzt. „Welche Karriere?“, fragt Vecchiali. Rückfrage Piccoli: „Was soll ich deiner Meinung nach tun? Mit Godard drehen? Niemals!“

Zwei Jahre später: Piccoli auf Capri, neben Brigitte Bardot, einem der größten weiblichen Stars Frankreichs, neben Fritz Lang, der Regie-Legende, auf dem Dach der Casa Malaparte, nun dreht er doch mit Godard. „Die Verachtung“ ist eine Zäsur der Filmgeschichte, Piccoli als der von Bardot verlassene Dramatiker plötzlich und unerwartet

doch noch berühmt. Man zögert zu sagen: ein Star.

Piccoli ist von nun an einer der identifizierbarsten Schauspieler im europäischen Kino, als Hauptdarsteller in Filmen von Buñuel bis Rivette, von Bellocchio bis Sautet, von Oliveira bis Angelopoulos. Er spielt neben Romy Schneider, mit der er bis zu ihrem frühen Tod eng befreundet sein wird, neben Catherine Deneuve und Anouk Aimée und Isabelle Huppert und dem jungen Depardieu und in Jacques Rivettes „Die schöne Querulantin“, einem seiner großartigsten Filme, als Maler, der Emmanuelle Béart taxiert, traktiert, malt.

Er ist vielseitig, einer, der den Liebhaber spielen kann oder den Mörder, gefährliche, verführerische, verschlossene, verletzte, verletzte und verletzte Männer, gegen Ende seiner Karriere in Nanni Morettis „Habemus Papam“ auch den Papst, und zwar einen Papst, der zweifelt und vom Papstsein genug hat. Piccoli wird verehrt und bewundert von allen, die sich für das Autorenkino interessieren, Männern wie Frauen – ein Star wie Belmondo oder Delon oder, in Hollywood, Redford oder Newman war er in einem bestimmten Sinn dennoch nicht.

Stars kultivieren eine Persona, die sie von Rolle zu Rolle übertragen, und so unterschiedlich die Rollen sein mögen: Man liest bei jedem ihrer Auftritte die Geschichte dieser Persona mit. Zu einer solchen Verfestigung ist es bei Piccoli nicht wirklich gekommen. Dafür war er zu neugierig, zu wagemutig, zu sehr davon getrieben, Neues zu versuchen, unbekanntes Terrain zu erobern. Er schreckte vor nichts zurück, war zu wandelbar, noch als „Don Juan“, den er in einer ungeheuer erfolgreichen Fernsehversion von Molières Stück spielte, eine nicht geheure Figur.

Das gab es natürlich, Piccoli auf Filmpostern, vermutlich auch an der Wand mancher Fans, aber es war doch nie in erster Linie Piccoli, der da verehrt wird, sondern die Aura des Films, des Regisseurs, der Figur, die er spielt, oder des weiblichen Stars

neben ihm. Ins kollektive Gedächtnis der Kinogänger eingegangen ist er als der undurchsichtige Mann, mit dem Catherine Deneuve in Buñuels „Belle de Jour“ von Sex fantasiert, als der Architekt, der in Claude Sautets Melodram „Choses de la vie“ mit seiner Geliebten auf und davon will, als einer der vier Männer, die sich in Marco Ferreris „Das große Fressen“ am Wochenende in einer Villa einschließen, um sich zu Tode zu fressen.

Ferreri ist heute ziemlich vergessen, in Piccolis Erinnerungen spielt er eine wichtige Rolle. Die erste Zusammenarbeit zwischen den beiden, „Dillinger est mort“, ist sicher einer der rätselhaftesten Filme, in denen Piccoli mitgespielt hat. Es ist ein Film, den er fast ganz alleine trägt und der zeigt, dass man Piccoli bei allem, was er tut, fasziniert zu-

Man konnte Michel Piccoli in seiner Rollenwahl immer alles zutrauen, und das, wie sich zeigte: völlig zu Recht

sehen muss, auch wenn die meiste Zeit nichts weiter geschieht. Piccoli kocht, denkt nach, langweilt sich, obwohl oben das berühmte Model Anita Pallenberg nackt im Bett liegt.

Er führt sich alte Super-8-Filme vor, macht Faxen dabei, findet einen Revolver im Schrank, spricht fast nicht, hat aber eine ungeheure Präsenz, und zugleich weiß man in keinem Moment, wen man da vor sich hat. Man traut diesem Mann alles zu, wie man Piccoli in seiner Rollenwahl immer alles zutrauen konnte, und das, wie sich zeigte: völlig zu Recht.

Dass Piccoli nicht mehr ganz jung war, als er berühmt wurde, war wichtig für sein Profil. Er war attraktiv, sehr sogar, über Jahrzehnte, aber nie der jugendliche Liebhaber, immer

eine vertrackte, oft eine ins moralisch Dubiose schillernde Figur. Ein Mann mit viel Körper, mächtiger, reichlich behaarter Oberkörper, man sieht ihn oft nackt, später dann massig, die Haare zusehends zurücktretend von einer Stirn, der diese wachsende Prominenz bestens bekommt.

Der Vorzug der Piccoli'schen Art von Berühmtheit: Man kann mit ihr bestens altern. In den Achtzigern kehrte Piccoli auf die Bühne zurück, nachdem er das Theater zugunsten seiner zweiten Liebe lange vernachlässigt hatte.

Er spielte bei Peter Brook und Robert Wilson, trat in Patrice Chéreaus berühmten Inszenierungen der Skandalstücke von Bernard-Marie Koltès auf und blieb zugleich dem Kino treu, er hatte bis in die frühen zehner Jahre weitere wichtige Rollen bei Louis Malle oder Léos Carax und Alain Resnais. In Agnès Vardas Hommage an das Kino zu dessen hundertstem Geburtstag, „Les cent et une nuits de Simon Cinéma“, war er gar Simon Cinéma, Verkörperung der Geschichte des Kinos höchstselbst.

Seine höchst lesenswerten Erinnerungen – eigentlich ein kurzer Briefwechsel mit dem langjährigen Cannes-Präsidenten Gilles Jacob – zeigen einen Mann, dem alle Präention fremd ist, der das Affektierte verabscheut. Kein Intellektueller, politisch immer links, aber nie Aktivist, getrieben vor allem von der unbändigen Leidenschaft, sich auszuprobieren, immer ein Anderer zu sein und zu werden, ohne sich selbst dabei sehr wichtig zu sein.

„Es gab nur eins für mich: Entdecken, entdecken und lernen, nie zweimal dasselbe zu machen.“ Das Tiefgründige hat er in den Rollen gefunden, im Spiel, in den von ihm verkörperten Fantasien und Träumen seiner Regisseure. Sein großes Unglück im Alter: Das Gedächtnis lässt nach, er hätte auch mit neunzig Jahren am liebsten immer weitergemacht, es ging dann nicht mehr.

Der letzte Satz in seinen Erinnerungen, was könnte man Schöneres sagen über das eigene Leben: „Am liebsten würde ich niemals sterben.“

Nur eine Backpfeife?

Für eine Ohrfeige soll der Eiskunstlauftrainer Karel Fajfr auf Antrag der Staatsanwaltschaft eine Geldstrafe zahlen. Ermittlungen wegen schwerwiegenderer Vorwürfe werden eingestellt, weil Beweise fehlen

Von Marina Mai

Die Staatsanwaltschaft Kempten hat gegen den Eiskunstlauftrainer Karel Fajfr aus Oberstdorf einen Strafbefehl beim Amtsgericht Sonthofen beantragt. Ihm wird eine Körperverletzung an seinem ehemaligen Schüler Isaak Droysen im November 2016 vorgeworfen. Nach Angaben des Fajfr-Anwalts geht es um den Vorwurf einer Ohrfeige. Dafür soll der 76-jährige Trainer mit einer Geldstrafe belangt werden, zu deren Höhe die Staatsanwaltschaft keine Angaben machte. Bei allen anderen Tatvorwürfen, die der frühere Eiskunstläufer Droysen seinem Trainer machte, wurden die Ermittlungen eingestellt, weil der Tatnachweis nicht erbracht werden konnte. Sie betrafen die Tatvorwürfe der Misshandlung des Schutzbefohlenen, Beleidigungen sowie weitere Körperverletzungsvorwürfe.

Die Staatsanwaltschaft hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Die Ermittlungen währten fast ein Jahr und es wurden viele Menschen, die in der bayerischen Eiskunstlaufszene Rang und Namen haben, als Zeugen vernommen: SportlerInnen, TrainerInnen und zudem Eltern. Dabei zeigte sich ein widersprüchliches Bild. Während manche stark Partei für den erfolgreichen Trainer ergriffen und behaupteten, so etwas würde der nie tun, solidarisierten sich andere mit dem Sportler und bestätigte einzelne Tatvorwürfe. Fajfr ist wegen seiner har-

ten Trainingsmethoden in der Szene umstritten. Einige Sportler wie die frühere deutsche Meisterin Annette Dytrt engagierten ihn gerade, weil sie genau so eine harte Hand brauchten. Andere Sportler und Trainer lehnen ihn deswegen strikt ab. Das Sportinternat Oberstdorf belegt Fajfr seit 2008 mit einem Hausverbot wegen Vorfällen, die, so dessen Sprecher Florian Kuiper, „aus pädagogischer Sicht und dem Bereich der Privatsphäre nicht mit unseren Leitsätzen und Überzeugungen in-

Beide Seiten wollen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft nicht hinnehmen

Einklang zu bringen waren“. Seit einiger Zeit nimmt es keine Fajfr-Schüler mehr auf.

Der heute 20-jährige Isaak Droysen hatte länger als ein Jahr bei Karel Fajfr im Bundesleistungszentrum Eiskunstlauf in Oberstdorf trainiert. Im Alter von 15 Jahren zog er von Würzburg nach Oberstdorf, um bei dem Mann zu üben, der ihm als Meistermacher vorgestellt wurde. Nach einigen Wochen stellte sich beim Training jedoch Angst „vor den Ausrastern von Herrn Fajfr“ ein, wie Droysen es sagt. Aussprachen mit anderen TrainerInnen hätten aus seiner Sicht nichts gebracht, erinnert sich Droysen. Schließ-

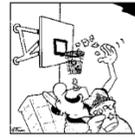
lich wechselte er den Trainer. Heute ist Droysen nicht mehr als Eiskunstläufer aktiv.

Beendet ist der Vorgang mit dem Strafbefehlsantrag aber noch lange nicht, und das nicht allein, weil es sich lediglich um einen Antrag der Staatsanwaltschaft handelt. Beide Seiten wollen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft nicht hinnehmen.

„Unser Mandant hat die ihm von Herrn Droysen vorgeworfenen Taten nicht begangen. Das sieht nun auch die Staatsanwaltschaft so. Sie hat das Verfahren wegen nahezu aller Vorwürfe eingestellt“, sagt Marcel Leeser, der Medienanwalt von Karel Fajfr. Sollte wegen des einzig verbleibenden Vorwurfs, einer angeblichen Ohrfeige, ein Strafbefehl ergehen, wird unser Mandant hiergegen Einspruch einlegen. Eine Ohrfeige hat es niemals gegeben.“

Claus Bohnenberger, der Anwalt des früheren Sportlers Isaak Droysen, hat angekündigt, bei der Generalstaatsanwaltschaft in München Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens zu den anderen Tatvorwürfen einzulegen.

Offen ist auch noch eine Zivilklage Fajfrs gegen seinen früheren Schüler. Fajfrs gegen seinen früheren Schüler Verleumdung. Fajfr fordert finanzielle Entschädigung wegen der aus seiner Sicht nicht zutreffenden Behauptungen, die sein Sportler in zahlreichen Medien erhob und die sein Ansehen geschädigt hätten.



american pie

Fremde Geister

Der Bundesliga-Restart begeistert die Sportfans in den USA nur mäßig. Für die Funktionäre liefert er immerhin ein paar nützliche Hinweise

Es war 9.30 Uhr an der amerikanischen Ostküste, als der deutsche Fußball in neue Dimensionen aufbrach. Da begannen mit der Partie Borussia Dortmund gegen Schalke 04 die Bundesliga-Übertragungen in den USA. Und weil die Konkurrenz fehlt, standen die Amerikaner tatsächlich früh auf, um das Revierderby zu sehen. Jedenfalls mehr Amerikaner als sonst: Im Vergleich zur letzten Bundesliga-Übertragung vor der Corona-Pause stieg die Einschaltquote um sagenhafte 725 Prozent, vermeldete der TV-Sender Fox.

In absoluten Zahlen liest sich die Erfolgsmeldung nicht mehr ganz so sensationell. Zwar war in knapp 400.000 US-amerikanischen Haushalten das TV-Gerät angeschaltet, um den 4:0-Erfolg des BVB zu verfolgen, aber das sind gerade mal 0,33 Prozent aller Haushalte des riesigen Landes.

Dabei hatten sich die Medien im Vorfeld bemüht, dem amerikanischen Publikum die Bundesliga nahezubringen. Der Fernsehsender CBS führte mit einem „Bundesliga guide for soccer dummies“ auf seiner Homepage die Zuschauer auf „unbekanntes Terrain“, erläuterte die Unterschiede zwischen „Goalkeeper“ und „Striker“, versuchte Abseits und sogar das in den USA immer noch als vollkommen irre eingeschätzte Konzept von Auf- und Abstieg zu erklären. Das besser informierte Wirtschafts magazin Insider kürte in seinem „Beginner's Guide“ die deutsche Liga immerhin zu „einer der aufregendsten der Welt“ und bescheinigte ihr „viele Tore, leidenschaftliche Fans und eine Handvoll der weltbesten Spieler“. Glaubt man Insider, ist Paderborn so gut wie abgestiegen, aber wer „The Meisterschale or Champion's Plate“ gewinnen wird, noch völlig offen.

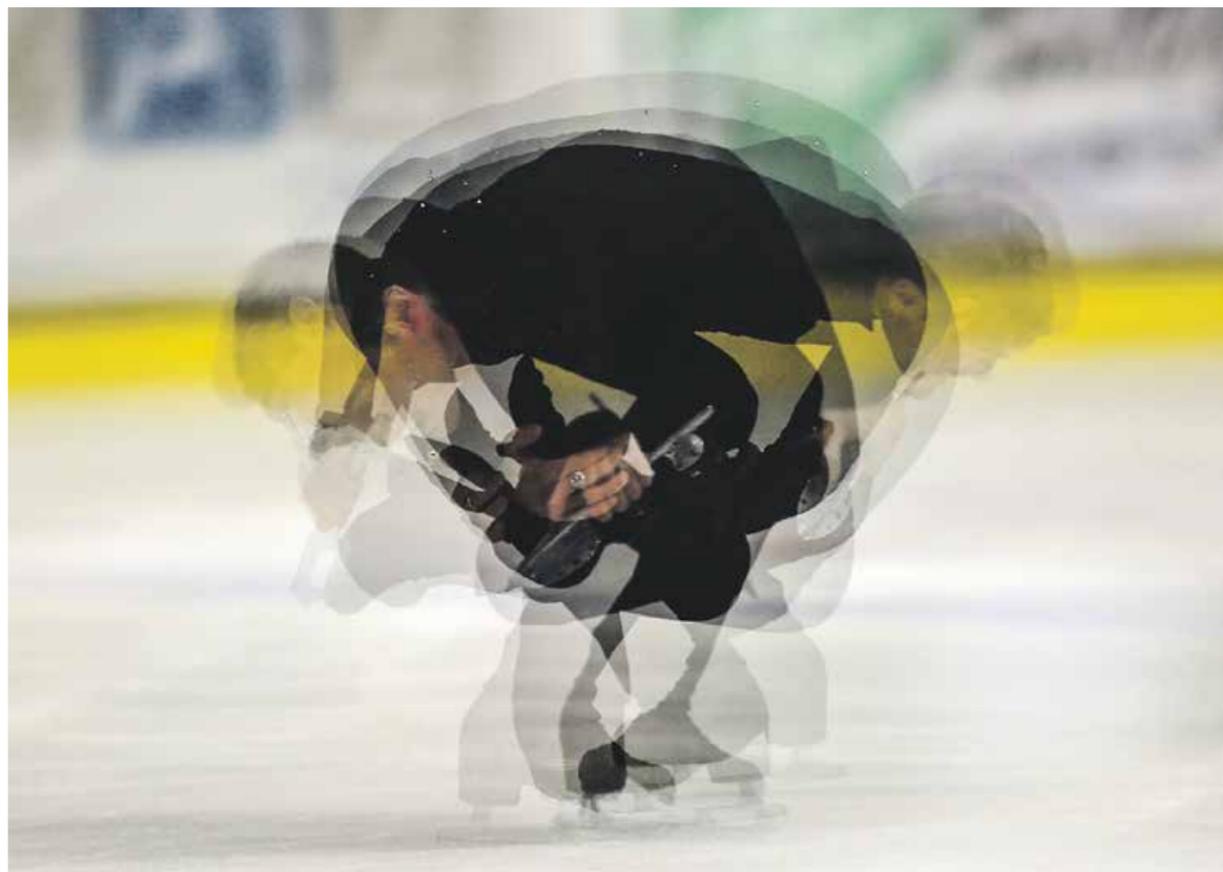
Der große Aufschlag, den sich womöglich die Bundesliga-Verantwortlichen erhofft hatten, blieb aber aus. Die von kaum messbar auf respektabel gestiegenen Zuschauerzahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Produkt den US-Fan immer noch nicht überzeugen kann, schon gar nicht in seiner Covid-19-Version: „Ich habe die Bundesliga gesehen. Es hat keinen Spaß gemacht. Es war

seltsam“, titelte der Kommentator der größten Zeitung in Atlanta und stellte fest, dass ohne Zuschauer 90 Prozent der Faszination des Sports verloren ginge. Womöglich hat sich die Bundesliga selbst ein Bein gestellt bei ihrem Versuch, neue Märkte zu erschließen.

Jedenfalls war nach dem Comeback-Spieltag kein wesentlich erhöhtes mediales Interesse an der Bundesliga festzustellen. Die Sportseiten, Podcasts und Blogs werden noch von „The Last Dance“ dominiert. Am vergangenen Sonntag wurden die letzten beiden Folgen der zehnteiligen Serie über Michael Jordan und seine legendären Chicago Bulls-Teams der 90er Jahre gesendet – und von nahezu 6 Millionen Menschen in den USA gesehen. Damit ist „The Last Dance“ nicht nur die Dokumentation mit den besten Quoten in der Geschichte des Sportsenders ESPN, sondern hat auch die Diskussion wiederbelebt, ob Jordan nun der beste Basketballer aller Zeiten ist – oder doch LeBron James. Der spekulierte in einem Video-Interview zwar, dass die beiden sich auf dem Spielfeld hervorragend ergänzt hätten, äußerte sich aber nicht zu der Frage nach dem Besseren.

Ein paar wenige, aber dafür umso wichtigere Fans dürfte die Bundesliga aber gewonnen haben. Natürlich haben die Funktionäre der großen US-Sportligen aufmerksam zugesehen, vor allem die der NFL. Denn für den Football mit seinen riesigen Kadern ist die sogenannte „Bubble“-Lösung, an der sowohl die NBA als auch die NHL arbeiten, kaum umsetzbar. Alle Spieler, Trainer, Betreuer und sonstiges Personal an einem einzigen Ort für mehrere Wochen zusammenzuziehen und zu isolieren, ist vielleicht für ein paar Basketball-Mannschaften möglich. „Aber wir haben im Trainingslager ja schon bis zu 90 Spieler“, erklärte NFL-Sprecher Brian McCarthy. „Wir sind deshalb in Kontakt mit anderen Ligen in den USA, aber auch weltweit.“ Die Erkenntnis, die McCarthy und seine Kollegen gewonnen haben: Sport als TV-Event scheint möglich, wenn genug Tests zur Verfügung stehen. Davon aber sind die USA noch weit entfernt.

Thomas Winkler



Vielgestaltiges Problem: Missbrauchsvorwürfe sind auch im Sport schwer zu belegen
imago/GEPA pictures

was alles nicht fehlt

Spätes Geständnis: Der frühere Radsportstar Lance Armstrong, 48, hat zugegeben, viel früher, als bislang angenommen, „wahrscheinlich im Alter von 21“, mit Doping begonnen zu haben. Das sagte der Amerikaner in einer zweiteiligen Dokumentation, die am 24. und 31. Mai auf dem Fernsehsender ESPN ausgestrahlt wird. „Ich habe mich informiert, was ich bekomme, und ich habe das bewusst gemacht.“ Armstrong hatte siebenmal in Folge die Tour de France gewonnen, war später aber des Dopings überführt worden.

Fritz und die Detektive: Forensiker einer Berliner Detektei sollen nach einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* für den Deutschen Fußball-Bund doch noch für Aufklärung in der „Sommermärchen-Affäre“ sorgen. „Richtig ist, und dies gehört ja zu den Hauptanliegen von Präsident Fritz Keller, dass der DFB aktuell eine Generalinventur durchführt, die auch Abläufe rund um die WM 2006 beinhaltet“, teilte der DFB am Dienstag mit. Zugleich bat der Verband um Verständnis, dass er sich „aktuell nicht zu Einzelheiten äußert“.

Ein Herz für Hoops

Die bayerische Staatsregierung winkt die Pläne der Basketball-Bundesliga für ein Finalturnier durch

Die Basketball-Bundesliga darf ihre wegen der Coronapandemie unterbrochene Saison zu Ende bringen. Die bayerische Staatsregierung stimmte am Dienstag in einer Sitzung des Kabinetts den Plänen der Liga zu, die Meisterschaft in einem Zehner-Turnier in der Münchner Rudi-Sedlmayer-Halle auszuspielen.

Die Basketball-Klubs haben dafür ein Hygienekonzept ausgearbeitet. Das sieht unter anderem vor, alle zehn Teams

während des Turniers im Juni unter quarantäneähnlichen Bedingungen in einem gemeinsamen Hotel unterzubringen. Bevor das beginnt, werden die zehn Teams an ihren jeweiligen Standorten eine rund dreiwöchige Vorbereitung absolvieren. Neben Ausrichter und Titelverteidiger Bayern München spielen die Teams aus Ludwigsburg, Crailsheim, Berlin, Oldenburg, Vechta, Bamberg, Göttingen, Ulm und Frankfurt am Main um den Titel.

wiese

nord-/ostsee

INSEL USEDOM - das schöne haus, außergewöhnliches Ferienhaus für 2-8 Sauna+Hof+Garten www.ferienhus.de

grüsse

lieber m geschafft deine abschiedstaz
gruss n

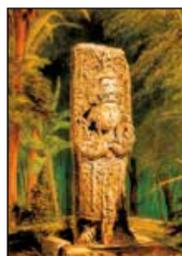
kontakte + freunde

www.Gleichklang.de: Die alternative Kennenlern-Plattform im Internet für naturnahe, umweltbewegte, tierfreundliche und sozial denkende Menschen. Sei jetzt dabei!

Mann an Mann: „All on my own I am a single man Looking for a heart That I can understand I'm still looking for my love...“ Lyrics by Andrew Gold.
☒ Looking for a heart, taz Kleinanzeigen, PF 610229, 10923 Berlin.

doku + info

Graswurzelrevolution Nr. 449 Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft, Mai: Rechter Durchmarsch in Griechenland, Lucy Parsons und der 1. Mai, Adbusting, Covid-19-Kapitalismus... **Probexemplar kostenlos: www.graswurzel.net**



John Lloyd Stephens: Reiseerlebnisse in Centralamerika, Chiapas und Yucatan

Der Jurist erhielt 1839 den Auftrag, den politischen Zustand Zentralamerikas zu untersuchen. Auf dieser Reise unternahm er die erste wissenschaftliche Erforschung der Maya-Ruinensstätten von Copán, Palenque und Uxmal und untersuchte ausführlich die Streckenführung für den Nicaragua-Kanal.

ISBN 978 3 941924 04 8, 968 Seiten, Leinen, 49 € (D). Erweiterte Neuausgabe mit 10 Karten, vielen Hintergrundinformationen und über 100 Abbildungen. In jeder Buchhandlung oder unter www.verlag-der-pioniere.de

Ab in die Milchstraße

Immer mehr Deutsche wollen ins All auswandern und ihre Mitbürger in der Merkel-Diktatur allein lassen

Von Mark-Stefan Tietze

Die Morgensonne fällt in Streifen über Mike Zybulskis Gesichtszüge, während er in der Garage die X-Flügel an seinen selbst entworfenen Raumgleiter schraubt. Auch die Kinder Noah (5) und Lilith (7) sind schon wach, bauen nebenan die Bordelektronik zusammen. Flink wirbeln ihre kleinen Fingerchen auf den Platinen und Kronkorken herum – hier sitzt wirklich jeder Handgriff. Doch die gespielte Harmonie trügt: Schon bald werden diese jungen Erdenbürger mit ihren Eltern zu einer Reise ins Unbekannte aufbrechen, ohne unserem Planeten eine Träne nachzuweinen.

„Wie soll es denn hier in Europa weitergehen?“, fragt Vater Zybulski rhetorisch, um zu erklären, warum es ihn keine Sekunde länger auf Mutter Erde hält. „Der Irrweg der Politik ist für mich absolut nicht mehr nachvollziehbar, und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur EZB eine Katastrophe!“ Vor zwei Wochen hat er deshalb mit der Konstruktion seines Raumschiffs begonnen. Nun steht die „Zyberspace I“ kurz vor der Vollendung, metallisch schimmernd und demnächst bereit, der Familie zur Flucht in die Galaxis zu verhelfen – zur Flucht vor Behördenwillkür, Blockwartmentalität und Siegerjustiz.



Wollen auch bald nach ganz oben abdampfen: die Zybulkis Foto: ap

Zybulski räumt ein, dass es in einer Demokratie wie der unsrigen auch andere Wege des Protests gibt: „Manche Kameraden wollen gegen diese Skandalentscheidung ihr grundgesetzliches Widerstandsrecht in Anschlag bringen...“ Er zögert, spricht leiser: „Auf gut Deutsch: Mit rücksichtsloser Gewalt, ehe es hier wieder zugeht wie unter Adolf.“ Seine Sache sei dies aber nicht; er habe schließlich seine Familie und eine Vision, die da lautet: „Ich rolle die Konföderiertenflagge hier ein und hisse sie auf einem anderen Planeten.“

So wie Mike Zybulski geht es vielen. Im aktuellen Deutschlandtrend bekunden fast 60 Prozent der Einheimischen, dass sie „schon öfter“ über eine „extra-

terrestrische Alternative zu ihrem jetzigen Wohnort“ nachgedacht hätten. Warum? Das fragen sich momentan viele. Statt den Missständen jedoch auf den Grund zu gehen und hier eine echte Demokratie ohne Maulkorb und Impfwang zuzulassen, stecken die Verantwortlichen lieber den Kopf in den Sand und machen mit ihren hemmungslösen Manipulationen weiter.

Aber die Raumfahrer von heute sind die Leute, die morgen fehlen werden – als Mitmenschen, als Nachbarn, als Beitragszahler. Zumindest eine von ihnen, Petra Schwebisch (52) aus Bad Nauheim, hat einen triftigen Grund für ihren Abschied vom Heimatplaneten: die tiefe

Enttäuschung über die Selbstbedienungsmentalität der herrschenden Cliquen.

„Für mich war klar, dass ich ins All auswandere, sobald die Zigaretten mehr als vier Euro pro Päckchen kosten“, sagt Schwebisch voller Zorn. „Seitdem spare ich auf das Ticket, obwohl mir die Eliten jeden nur erdenklichen Stein in den Weg legen, zum Beispiel Dispo-Zinsen!“

Auch ihre Nachbarin Lara Wenzel (30) sucht Asyl im All. In den Reisekatalogen, unter denen ihre Küchenanrichte ächzt, hat sie gerade ein hochinteressantes Angebot gefunden, das erste seit Wochen: über die Milchstraße nach Alpha Centauri, mit Vollpension und Meerblick. Hektisch schreibt sie ihre Kreditkartennummer samt Prüfzahl in eine Mail an den Reiseveranstalter und sendet sie ab. Was sie noch nicht weiß: Ronny Macaroni von Mind Travels Inc. ist kein seriöser Geschäftspartner. Eine Woche später wird sie eine Musikkassette mit einer „Traumreise zum Zentrum des Universums“ in Händen halten und dafür ihre letzten Ersparnisse von 6.000 Euro ausgegeben haben – Geld, das ihr dann für die hungernden Kinder und die schwindstüchtige Großmutter fehlt!

Was die Allflüchtlinge alle eint: ihre Sehnsucht nach der

Freiheit, ihr mutiger Sprung in eine ungewisse Zukunft, ihr niedriger Intelligenzquotient. Diese Leute fühlen sich keinem Gesellschaftsvertrag mehr verpflichtet, seit man ihre elementarsten Menschenrechte mit Füßen getreten, durch Straßeninterviews gequält und in Fernsehtalkshows eingeladen hat. Aber haben sie womöglich auch ein bisschen Recht mit ihrer Kritik an Politik und Grundgesetz? Das ist die alles entscheidende Frage, die immer weniger Bundesbürger mit absoluter Gewissheit beantworten können (derzeit nur 17 Prozent), so vermerkt der wochenaktuelle Deutschlandtrend.

Mike Zybulski jedenfalls schreit, während er mit dem Hammer auf die Heckspoiler der „Zyberspace I“ einprügelt: „Wir haben hier eben keine Freiheit mehr! Erkundigen Sie sich mal, wie viele Formulare Sie ausfüllen müssen, wenn Sie mit einem klitzekleinen Raumschiff zur Zulassungsstelle wollen!“

Und Lara Wenzel, die noch nicht weiß, dass sie soeben ihre gesamten Ersparnisse an einen gewieften Betrüger verloren hat, kann nur noch den Kopf schütteln über das, was hier gerade so bei uns abgeht: „Das soll mir mal einer erklären, was die da oben sich wieder dabei gedacht haben. Na ja, wenn ich da oben bin, frage ich einfach mal.“

Zahnstein für Sandalen

Letzte Verschwörungstheorie vor der Autobahn

Mit einem berittenen Boten erreichte die Wahrheit am Vorabend des Feiertags die allerletzte, im Kosmos der Verschwörungsfreunde kursierende Theorie. Unter der Hand weitergegeben hat sie der Schwager eines befreundeten Friseurs, der Polizist ist und bei der Bewachung einer Geheimkonferenz in Berlin am Nebentisch belauschte, wie ein hochrangiger Beamter aus dem Bundesinnenministerium, ein Aktienmakler aus New York, ein Kardinal aus Rom, ein Prominentenwirt aus München und ein Schönheitschirurg aus Paris vereinbart hätten, „an Christi Himmelfahrt wieder Jesu Zahnstein abzubauen“.

Vor rund 2.000 Jahren nämlich hätten die Römer den Mann aus Nazareth nur deshalb ans Kreuz genagelt, um an seine wertvollen Calcium- und Phosphatverbindungen im Mund zu kommen, die seltener als Gold gewesen wären und angeblich den wichtigsten Grundstoff bildeten für die Herstellung der berühmten Römersandale, die noch heute von Bill Gates getragen wird, weil nur auf ihrem Boden die geheime Macht der Sanda-

lenanbieter über die Jahrhunderte hinweg aufrecht erhalten werden könne.

Deshalb wolle der weltweit operierende Geheimbund am Himmelfahrtstag, dem höchsten Feiertag der sich „Freisandalisten“ nennenden Verschwörer, Zigttausende von männlichen Ausflüglern mit Bier und Pfefferminzlikör narkotisieren, um den Willenlosen eben jenen seltenen Zahnstein abzubauen und in den ewigen Kreislauf der eigentlichen Kraft hinter der Weltregierung einzuspeisen.

Ob der Satan persönlich auch in Sandalen unterwegs sei, wusste der Schwager des Friseurs nicht. Der Polizeibeamte verband aber seine Botschaft mit der dringenden Warnung vor sämtlichen Sandalenträgern, die längst die Weltherrschaft übernommen hätten, was sich insbesondere daran zeige, dass Angela Merkel nie welche trage, um ihre Mitgliedschaft in der globalen Organisation zu verschleiern. Schon Pontius Pilatus hätte damals in Jerusalem der Bibel zufolge vom Balkon aus vor dem klandestinen Fußwerk der Kanzlerin gewarnt: „Ja, watten ditte für'n Scheißschuh?“



Schändliches Fußwerk des Teufels am Himmelfahrtstag Foto: Reuters



Corinna Stegemann

Der alte Padre und die Ufos

Wir saßen neulich romantisch auf dem Balkon, tief in der Nacht mit einer Tasse Kakao. Plötzlich rief ich: „Ach, du Scheiße, was ist das denn?“ Da flogen ungelogen ungefähr dreißig Ufos über das Himmelszelt, und ich schwöre, ich habe genau mitgezählt. Eines nach dem anderen, als wäre es ein Wettrennen. Eine schnelle Google-Recherche ergab nur, dass in dieser Nacht irgendein Superstudent seine neue Spannerdrohne austesten wollte. Der strunzdoofe Depp entschuldigte sich im Fernsehen für eventuelle Unannehmlichkeiten und betonte, seine Drohne sei garantiert kein Ufo.

Uns war sofort klar, dass der angebliche Student von der Regierung geschmiert war, um beunruhigte Wutbürger wieder zu beruhigen. Und jetzt rechneten wir eins und eins zusammen. Es ergab zwei. Aber da waren ja noch die dreißig Ufos.

Mein Partner erklärte mir, ich sei in letzter Zeit etwas wunderbarlich geworden. Das beeindruckte mich nicht, denn das hatte ich schon selbst herausgefunden. Allerdings wusste ich nicht, ob

ich ihm noch blind vertrauen konnte, denn in letzter Zeit trug er seinen Hut etwas schief. So als wollte er einer fremden Macht ein Geheimnis verraten. Nur welches Geheimnis, das galt es noch zu ermitteln.

Wir blickten uns aus zu bedrohlich zu Schlitzen zusammengekniffenen Augen vielsagend an. Und sprachen kein Wort. Hier wäre jedes Wort zu viel gewesen. Irgendwo maunzte eine Katze und riss mich mit diesem Ton, den ich von Kindheit auf kannte, aus der lebensbedrohlichen Schwermut, die mich in den letzten zwei Minuten befallen und fast das Leben gekostet hatte.

Ich wusste nicht mehr ein noch aus und spielte mit dem Gedanken, dem alten Padre eine verschlüsselte Nachricht zukommen zu lassen. Der alte Padre hatte mich schon aus so mancher heiklen Situation gerettet, wenn ich in Schwierigkeiten gewesen war.

Er selbst war als Waisenkind in Castrop-Rauxel aufgewachsen und musste sich schon früh als Schuhputzer, Taschen-

dieb und Komparse verdingen. Er kannte weiß Gott die Nöte, die einen überkommen können, wenn man nicht mehr weiter weiß. Doch der alte Padre war voriges Jahr unter ungeklärten Umständen gestorben und ich wollte keine schlafenden Hunde wecken. Was war also zu tun? Der alte Padre hätte es gewusst. Ich lenkte meine Augen abermals gegen Himmel und erschrak: keine Ufos mehr!

Mein Partner und ich tauschten Blicke aus. In meinem inneren Ohr erklang ein Geräusch, als hätten wir die Klängen gekreuzt. Aber auf eine charmante Art. Ich begann, meinen Partner näher zu betrachten, doch es blieb keine Zeit für possierliches Gepose, denn wie von Geisterhand geschubst schlug die Balkontür zu. Es war kurz vor Mitternacht. Meinem Partner stand das Entsetzen ins aufgerissene Gesicht geschrieben und ich wirkte sicherlich auch nicht viel besser. Verzweifelt schauten wir uns an. Er sah gut aus. Der Schrei eines Käuzchens riss uns aus der Lethargie. Es war romantisch!



das wetter

Elena T. in P.

Elena T. war in einem Hotel mit Handwerkern abgestiegen. Es wurde hart geklopft, und zwar schon morgens in aller Frühe. Kein Wunder, dachte Elena T., ich bin ja auch inmitten der steinernen Wüste Arabiens. Der Kaffee zum Frühstück schmeckte trotzdem schiefe. Bitter und irgendwie hart. Es war alles nicht so wie früher, als die Wüste noch plastikfrei war und die Steine unbehandelt. Dafür war Elena T. am Sehnsuchtsort, nicht weit vom neuen Weltwunder entfernt. Und das hatte sie immer schon gewollt: in Petra sein.

gurke des tages

Brexit, Corona – den Briten geht der Arsch auf Grundeis. Jetzt sorgt sich der oberste Prinz des Vereinigten Krisenreichs um die Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse. Prince Charles hat, wie dpa gestern meldete, die Devise ausgegeben: „Helft den Bauern bei der Ernte!“ Wohlgesprochen, Eure Hoheit. Nun aber mit gutem Beispiel voran! Und raus aufs Feld! Getreu der alten Bauernparole: „Royals in die Produktion, kein Extrageld, nur Leistungslohn!“

Ein Teil der Auflage enthält eine Beilage vom Umweltinstitut München e.V.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de Chefredaktion: Barbara Junge, Katrin Gottschalk (stellv.) Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen: Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0 Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 9602 0 Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl Anzeigen Gesamtausgabe: Margit Jöhnk Berliner Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin Regionalteil Nord: Jan Kahlecke | Hamburg Anzeigen: Andrea Bodirsky | Bremen Manfred Frenz | Hamburg LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Kleinanzeigen: Überregional und Berlin taz-Kleinanzeigen, Friedrichstraße 21 Tel.: Mo. + Mi. 9-13 Uhr 030 | 25 902 222 Fax: 030 | 2 59 02 444 E-Mail: kleinanz@taz.de taz Shop | Tel.: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21 Tel.: 030 | 25 902 314 E-Mail: anzeigen@taz.de Lokalteil Hamburg | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, Tel.: 040 | 38 90 17 452 Lokalteil Bremen taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Pieperstraße 7, 28195 Bremen, Tel.: 0421 | 96 02 64 42

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Geschäftsführer: Andreas Marggraf Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur Andreas Bull, Kaufmann Isabel Lott, Fotoredakteurin Andreas Marggraf, Kaufmann Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Stefanie Urbach, Kommunikationsberaterin, Berlin

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen Abo-Service: 030 | 25 902 590 9.00 - 16.00 Uhr | Mo. - Fr. Fax: 2 59 02-680 E-Mail: abo@taz.de Abo-Nummer nicht vergessen! Mtl. Mindestpreis regulär 35,80 €



Mister Bien

Der 20. Mai ist Weltbienentag: Immen sind von Menschen bedroht. Imker wiederum sichern das Leben von Honigbienen. Über eine Lebensform als Staat und ihre interessanten Gender-Facetten

Von **Carola Rönneburg**

Eigentlich ist der heutige Weltbienentag der Weltimkertag. Erfunden hat ihn der slowenische Imkerverband und mithilfe seines Landwirtschaftsministers erreicht, dass die Vereinten Nationen ihn auf den Geburtstag des slowenischen Imkerpioniers Anton Janscha (1734–1773) legten. Seitdem aber das Bienensterben große Bürgerbewegungen in Gang gesetzt hat, können auch andere Lebewesen von der Aufmerksamkeit für die Honigbiene profitieren: Der Weltbienentag ist eine gute Sache.

Anders als einige ihrer wilden Verwandten ist die Westliche Honigbiene nicht wählerisch bei der Nahrungsaufnahme. Sie interessiert sich für Nektar und Pollen von vielen Pflanzen und sorgt so auch für uns: Bienen bestäuben unter anderem die Blüten von Apfel-, Kirsch- und Pfirsichbäumen, von Spargel, Karotten und Weintrauben. Selbst vor Broccoli machen sie nicht halt. Der „Insekten-Atlas“ der Heinrich Böll Stiftung rechnet vor, dass 76 Prozent der Lebensmittelherzeugung in der EU von Bienen abhängt.

Auch deshalb kommt Sorge auf, wenn vom Bienensterben die Rede ist. Die Biene in der Krise? Ja, sagte etwa die bayerische Initiative „Volksbegehren für Artenschutz und Naturvielfalt“, die mit dem Slogan „Rettet die Bienen“ antrat. Nein, sagen selbstverständlich die Hersteller von Pestiziden. Aber auch Forscher sehen die Biene nicht grundsätzlich in Gefahr, jeden-

falls nicht die Honigbiene. Solange es Imker gebe, sei ihre Existenz gesichert. Tatsächlich stehen vor allem Wildbienen auf der Liste der gefährdeten Arten.

Trotzdem hat es auch die Honigbiene nicht leicht. In den USA zum Beispiel betreiben Imker Massentierhaltung: Um ihre weitläufigen Mandelmonokulturen zu bestäuben, mieten kalifornische Farmer zur Blütezeit Milliarden von Bienen. 1,5 Millionen Völker in ihren Stöcken karren Imker dann in Lastwagen heran. Nach 14 Tagen geht es zurück, erneut verladen werden die Bienen, wenn andere Farmer in anderen Staaten sie zur Obstbaumblüte benötigen. Diese sogenannte Wanderimkerei gibt es auch hierzulande. Allerdings lassen Imker ihre Völker nicht mehrmals umziehen, sondern stellen sie an ausgesuchte Orte, um möglichst sortenreinen Honig zu erhalten.

nen verfügt der Superorganismus über weibliche und männliche Geschlechtsorgane und kann sich quasi selbst herstellen. Er hält sich am Leben, indem er über die Arbeitsteilung der einzelnen Bienen Organe bildet. Danach gäbe es gar keine Bienen, sondern, wie der Imker Johannes Mehring schon im 19. Jahrhundert erklärte, nur „den Bien“.

Der Bien mit seiner Königin, seinen Drohnen und Arbeiterinnen, erhält sich selbst über eine Arbeitsteilung, die bis ins Kleinste festgelegt ist. Die Königin, die auf ihrem Paarungsflug so viel Sperma aufgenommen hat, dass sie auf Jahre befruchtete Eier legen kann, sorgt für den Nachwuchs. Die Drohnen hält der Bien in Reserve, fegt sie aber auch hinaus, wenn sie überflüssig sind. Und den Arbeiterinnen vermitteln Pheromone der Königin, dass sie keinen



Indem Bienen Nektar und Pollen sammeln, sorgen sie auch für uns Foto: Hans Bleh/mauritus images

bewundernswerte Taktiken entwickelt, sich gegen Feinde zu wehren, zum Beispiel bei Wespenangriffen. Die Räuberinnen schicken meistens nur wenige Tiere in den Bienenstock vor – die Wächterinnen verströmen daraufhin sofort Pheromone, die den Stock in den Alarmzustand versetzen. Bienen besitzen keine Waffen gegen die mordsmäßig gut ausgestatteten Eindringlinge, aber eine Methode: Sie backen sie. Zu mehreren klemmen sie sich an die Wespe, bis deren Körpertemperatur zum Hitzetod führt.

Keine Chance dagegen hat das Kollektiv gegen gefährliche Pestizide. Das Herbizid Glyphosat stört die Darmflora von Honigbienen, schwächt so ihr Immunsystem der Tiere und macht sie anfälliger für Krankheitserreger. Es führt außerdem zu Orientierungsstörungen. Wirk-

stoffe wie Neonicotinoide wiederum schädigen ihr Gedächtnis und führen zu Verhaltensstörungen. Mittlerweile dürfen in der EU vier von fünf Neonicotinoiden nicht mehr im Freiland angewendet werden. Übrig geblieben ist Acetamid, das in Frankreich schon 2018 verboten wurde. In Deutschland ist der Stoff, der unter anderem gegen einen Rapsschädling eingesetzt wird, jedoch weiterhin zugelassen. Es befindet sich auch in Produkten für Kleingärtner. „Nicht bienengefährlich“, heißt es dazu zum Beispiel auf einer Schachtel „Combi-Rosen Spritzmittel“ der Marke Celaflor. In der Produktbeschreibung steht aber auch: „Das Mittel ist giftig für Fische und Fischnährtiere.“

Corinna Hölzel vom BUND nennt das Freilandverbot für Neonicotinoide „einen wichtigen Schritt“, es gebe aber wei-

terhin bienengefährliche Stoffe. „Das Zulassungsverfahren sollte reformiert werden“, sagt sie. Langzeitwirkungen müssten genauer untersucht werden, außerdem sei es nötig, die Kombinationseffekte von Insektiziden und Fungiziden zu untersuchen. Auch die Auswirkungen auf Amphibien sollten untersucht werden – wasserlösliche Pestizide gefährden auch Arten in Gewässern und im Boden. Vor allem dürften die Hersteller nicht länger mit eigenen Studien arbeiten: „Sie sollten in einen Fonds einzahlen, aus dem dann unabhängige Studien finanziert werden.“

Es wird daher auch Zeit für einen Weltregenwurmtag. Den könnten die Angler übernehmen.

Weitere Infos über den 20. Mai auf weltbienentag.de

Anzeige

Feste Handcreme – die nachhaltig wirkt!



Daumenschmaus daumenschmaus.de

Es gab und gibt Überlegungen, wonach ein Bienenvolk nicht als Ansammlung von einzelnen Lebewesen gesehen werden sollte, sondern als ein einziges Lebewesen. Die Grundlagen hierfür sind, grob gesagt: Mit der Königin und den Droh-

Grund haben, sich fortzupflanzen. Eine funktionierende Königin übermittelt der Gesamtheit außerdem über jene Botenstoffe, dass alles läuft und kein Grund zur Panik besteht.

Zurück zu den Problemen des Biens: Über die Zeit hat er

Ökostrom
Ökogas
Beiligung



GESTALTE DEINE ZUKUNFT

Nicht nur an heute, sondern auch an morgen denken - und das zu fairen Preisen. Unser Ökostrom kommt zu 100 % aus sauberen Energiequellen, unser Ökogas ist klimaneutral.

Beteiligen Sie sich genossenschaftlich an unserem Unternehmen.

Bei Vertragsabschluss
30 € SOFORTBONUS
 Rabatt-Code: biene



ProEngeno
Naturmix Family Premium
sehr gut
ÖKO-Test Spezial
Umwelt und Energie 2018



PROENGENO
ProEngeno GmbH & Co. KG
Nendorper Str. 15
26844 Jemgum
Tel.: 04902/91570-00
info@proengeno.de

www.proengeno.de

An den Orten der Ruhe summt es

Bienenfreundliche Pflanzen auf Friedhöfen sollen bedrohten Insekten mehr Lebensraum geben

Von den über 340 Wildbienenarten gelten zwei Drittel als stark gefährdet. Um für sie und andere bedrohte Insekten bessere Lebensbedingungen zu schaffen, gestalten viele Friedhofsgärtner auf eigene Kosten freie Friedhofsfelder bienenfreundlich um. Sie pflegen Staudenbeete von 2,5 mal 2,5 Meter mindestens fünf Jahre lang kostenlos. Seit 2018 sind so in dem von der Treuhandstelle für Dauergrabpflege initiierten Projekt „Bienengartenpaten“ mehr als 150 Bienengärten vor allem in Niedersachsen, aber auch in Bremen, Sachsen-Anhalt, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bayern entstanden, bis Ende dieses Jahres soll es 200 dieser Gärten geben.

„Bei den Friedhofsträgern wie Kirchen und Kommunen gibt es ein großes Interesse an diesem Thema“, sagt Staudengärtnermeister Wolfgang Siebler aus Schwarmstedt und fügt hinzu: „Bei der Gestaltung von Einzelgräbern fehlt Privatleuten leider meist noch das Bewusstsein, dass man auch hier durch bienenfreundliche Pflanzen etwas bewirken kann.“ So seien Bergminze und Ziersalbei für sonnige Standorte sehr geeignet, für Gräber im Halbschatten würden Glockenblumen und Duftveilchen infrage kommen. „Die blühen lange, müssen nicht jedes Jahr neu gepflanzt werden, sind bei Bienen beliebt, pflegeleicht, und nicht teurer als sonst auf Gräbern verbreitete Pflanzen“, sagt Siebler, der Pflanzenpakete an die an dem Projekt beteiligten Gärtnereien verschickt.

Zu diesen Bienengartenpaten gehört auch Andreas Noltemeyer, Inhaber einer Friedhofsgärtnerei in Achim-Baden bei Bremen. Er hat auf drei Friedhöfen bienenfreundliche Flächen angelegt. „Das spart auf Dauer Zeit und Geld, denn dort war einst Rasen, der jetzt nicht mehr gemäht werden muss“, sagt der Friedhofsgärtnermeister. Er ist im 1.500 Einwohner zählenden Völkern Ortsbürgermeister für die Grünen und hat erreicht, dass vor einigen Jahren für die Friedhöfe von Langwedel – dazu gehört auch Völkern – eine neue Satzung verabschiedet wurde. Danach muss jedes neue Einzelgrab zu mindestens der Hälfte gärtnerisch gestaltet werden. „Insektenfeindliche Kiesgräber greifen um sich. Durch die Satzung haben alte Gräber Bestandsschutz, aber neu angelegte reine Kiesgräber sind nicht mehr erlaubt. Das kann zu Konflikten führen. Wir haben auch schon Kies von Gräbern geräumt“, sagt Noltemeyer.

Die evangelische Landeskirche Hannover unterstützt derzeit die Umgestaltung an neun Standorten: unter anderem Obstbäume, eine Allee aus Hainbuchen und Weißdorn, ein Birkenhain, eine Wildstrauchhecke, Stauden- und Heideflächen. Günther Schröder, Klimaschutzbeauftragter der St.-Remigius-Gemeinde in Uelzen, freut sich über immer mehr Anfragen von Menschen, die ihre Familiengräber insektenfreundlich gestalten wollen. Allerdings ist diese Freude getrübt: „Die Zahl dieser Gräber wächst leider nicht so schnell wie die der Kieselsteingräber. Viele denken, dass solche insektenfeindlichen Steingräber keine Pflege brauchen – das stimmt aber nicht. Wir setzen auf die Einsicht der Menschen.“ Joachim Göres

www.bienengartenpate.de
www.friedhof-umwelt.de

Honey, honey!

Bei Honig gibt es große Unterschiede in der Qualität. Begriffe wie „Landhonig“, „Imkerhonig“ und „kalt geschleudert“ sagen wenig. Das Biolabel verlangt 3 Kilometer



Tannenhonig oder Robinienhonig tropft nach Monaten noch vom Löffel. Foto: Markus Gann/CHROMORANGE/imago

Von Helke Diers

Vier Millionen Blüten müssen Honigbienen anfliegen, um ein Kilo Blütenhonig zu produzieren, erklärt das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BLZ). In etwa so viel des süßen Lebensmittels isst der durchschnittliche Deutsche pro Jahr. Was die Bienen aus Nektar und Honigtau herstellen, wird von uns aufs Brot gestrichen, in den Tee gerührt und zu Süßspeisen verarbeitet.

Dabei gibt es erhebliche Unterschiede in Qualität und Herkunft. Ein Blick in die Daten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zeigt: Nur rund ein Viertel des bundesweit verkauften Honigs stammt aus Deutschland, der Rest wird importiert. Die Hauptherkunftsländer sind Mexiko, die Ukraine und Argentinien. Woher der Honig im Glas tatsächlich stammt, ist auf der Verpackung nicht zu erkennen. Die deutsche Honigverordnung verpflichtet bei Honigmischungen aus mehreren Ländern lediglich zur Angabe „aus EU-“ beziehungsweise „Nicht-EU-Ländern“. Mitglieder des Deutschen Imkerbund (D.I.B.) können Honig unter der Marke „Echter Deutscher Honig“ vermarkten. Dieser Honig muss in Deutschland produziert worden sein.

Honig gibt es auch in der Biovariante. Dafür bestimmt die EU-Öko-Durchführungsverordnung besondere Voraussetzungen. Unter anderem müssen die Bienenstöcke so aufgestellt sein, dass im Umkreis von 3 Kilometern „im Wesentlichen“ biologische Kulturen angebaut werden oder Wildpflanzen wachsen. Außerdem gibt es Vorschriften für das Material der Bienenkästen,

zugelassene Schädlingsbekämpfung und Zufütterung.

Bis der Honig auf dem Brötchen ist, hat er bereits eine lange Reise hinter sich. Honig wird von Bienen als Nahrung und als Vorrat für den Winter produziert, erklärt Werner von der Ohe, Leiter des Instituts für Bienekunde Celle. Die geflügelten Insekten sammeln Nektar aus Blüten und Honigtau – eine Ausscheidung von mehrheitlich Blatt- und Schildläusen. Sie saugen die süßen Tropfen unter Zugabe von Enzymen durch ihren Rüssel in ihre Honigblase, wo der Nektar sich durch den „biene-neneigen Enzymcocktail“ in Honig zu verwandeln beginnt.

Zurück in den Bienenstock geflogen, pumpt die Biene den klebrigen Saft hervor. Von Biene zu Biene weitergeben und durch Flügelschlag im warmen Bienenstock getrocknet, reduziert sich der Wassergehalt erheblich. „Anfänglich enthält der Honig in der Regel über 50 Prozent Wasser“, sagt Von der Ohe. Der fertige Honig darf gesetzlich zu höchstens 20 Prozent aus Wasser bestehen, um das Gären zu verhindern. Die Bienen tragen den Honig in leere Waben und verschließen sie mit einem Wachsdeckel. Das Wachs wird von den Bienen in besonderen Drüsen am Hinterleib produziert.

Die Waben werden von den Imker*innen behutsam aus dem Stock herausgenommen, entdeckt und der Honig in einer Zentrifuge herausgeschleudert. Ein Bienenvolk brachte nach Zahlen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 2019 durchschnittlich rund 25 Kilo Honigertrag, also den Jahresverbrauch von 25 deutschen Durchschnittsesser*innen. Für ein Kilogramm Honig muss

das Bienenvolk eine Flugleistung erbringen, die rund sechs Erdumrundungen entspricht, so der D.I.B.

Häufig auf Etiketten zu findende Begriffe wie „Landhonig“ und „Imkerhonig“ rufen wohlmöglich angenehme Assoziationen hervor, sind aber keine Qualitätsmerkmale, sondern Werbesprache. Ähnlich ist es beim Zusatz „kalt geschleudert“, der an die kalt gepressten Öle erinnert. „Warmgeschleuderten“ Honig gibt es nämlich nicht: Honig wird immer bei Zimmertemperatur aus den Waben gewonnen. „Vor 100 Jahren war das eine sinnvolle Bezeichnung, weil man damals Honig auch unter Einsatz von Wärme ausgepresst hat“, sagt Bienenkundler Von der Ohe.

Wer vor dem Supermarktregal steht, entdeckt Honig in verschiedenen Farben und Sorten. „Blütenhonig“ ist solcher aus verschiedenen Nektarquellen. „Waldhonig“, der oft oft kräfti-

ger schmeckt, besteht hingegen mehrheitlich aus Honigtau. Dieses zuckerhaltige Ausscheidungsprodukt von Läusen, Flöhen und Zikaden sammeln Honigbienen gelegentlich statt Nektar. Daneben gibt es Sortenhonige wie Linden-, Heide-, Klee- oder Löwenzahnhonig, wenn die Bienen überwiegend eine bestimmte Trachtpflanze angefliegen sind. Das funktioniert, weil Bienen eine als ertragreich befundene Quelle weiter anfliegen. „Blütenstet“ nennt die Imkerin das.

Weil Honig mehrmals im Jahr geschleudert wird, gibt es außerdem Honige aus Frühjahrs- und Sommertracht. Honig schmeckt nicht in jedem Jahr und aus jeder Schleuderung gleich. Welche Aromen sich durchsetzen, hängt davon ab, was die Bienen auf ihren Sammelflügen finden und welche Pflanze wie intensiv blühen. Anbieter, die sich um einen möglichst konsistenten Geschmack bemühen, gehen deshalb anders vor als kleine Imkereien. „Das bekomme ich nur hin, wenn ich Honig aus unterschiedlichen Gebieten mische“, sagt Von der Ohe über die verbreitete Praxis.

Die Honigsorten unterscheiden sich auch in ihrer Konsistenz. Von der Ohe erklärt das mit dem Traubenzucker: „Es hängt vom Glucose-Anteil ab, wie schnell ein Honig kristallisiert.“ Bei Sorten mit hohem Glucosegehalt wie dem Rapshonig ist schon nach wenigen Tagen kein flüssiger Honig mehr im Glas. Tannenhonig oder Robinienhonig dagegen tropft nach Monaten noch vom Löffel. Über den Zuckergehalt eines Honigs sagt die Konsistenz nichts aus, denn Fructose als zweiter Zucker ist in flüssigen Honigen entsprechend mehr enthalten.

Anzeige

Bienen brauchen ...

... eine gute Lobby, deshalb bäuerliche Betriebe mit bienenfreundlicher Landwirtschaft fördern!

Wir im **huehnermobil** leisten einen wichtigen Beitrag dazu.

www.huehnermobil.de

Kurz erklärt: Bienenwachs

Das Naturprodukt Bienenwachs findet sich in Kosmetik, Frischhalteutüchern und Möbelpflege. Auch für den Glanz von Fruchtgummi ist neben dem pflanzlichen Carnaubawachs oft Bienenwachs als Überzugsmittel verantwortlich. Die meisten Kerzen dagegen bestehen nicht aus Bienenwachs, sondern aus Paraffin und Stearin. Paraffin wird überwiegend aus Mineralöl gewonnen. Stearin aus pflanzlichen und tierischen Fetten, häufig Palmöl. Reine Bienenwachskerzen sind teurer als übliche Haushaltskerzen. Kerzen mit der Angabe „100 Prozent Bienenwachs“ bestehen ausschließlich aus diesem Stoff. Der nach einer Zeit auf den Kerzen zu sehende, weiße

Belag ist ein Qualitätsmerkmal für die Echtheit des Wachses, erklärt der Europäische Kerzenverband (ECA). Baubienen produzieren das Wachs in Drüsen am Hinterleib. Sie schwitzen kleine Wachsplättchen aus, bauen daraus Waben und verschließen sie mit dem ursprünglich weißen Material. „Rund 900 Gramm pro Volk und Jahr“ sind das, erklärt Bienenkundler Werner von der Ohe, Leiter des Instituts Bienekunde Celle. Bienenwachs ist eine komplexe Mischung vor allem verschiedener Fette bestehend aus Alkoholen und Fettsäuren. Honiggelb wird das Wachs durch Farbstoffe aus Pollen und Propolis, die sich im Wachs ablagern. (hd)

ZÄHLEN, WAS ZÄHLT.

Entdecke Marienkäfer und andere Insekten auf deinem Balkon, im Garten, Wald oder auf der Wiese!

Mach mit beim großen Insektensommer vom **29.5.** bis **7.6.** und vom **31.7.** bis **9.8.** und melde uns deine Beobachtungen:

www.insektensommer.de

Voelkel
Die Naturkostsafterei

Summ summ Sommer ...
Lausch dem Leben, lass die Wiese wachsen!

Gemeinsam die Artenvielfalt erhalten und zum Insekten-Botschafter werden: Jetzt im Bioladen nach unserer Aktion mit Sammel-Album und heimischen Insekten-Stickern fragen!

Mehr Lebensraum Für Artenvielfalt

Von Joachim Göres

Janik Osterloh ist mit Bienen groß geworden: bei seinem Vater dem Hobbyimker im niedersächsischen Großmoor. Janik hat ihm bereits als Kind viel geholfen – doch als er die Realschule beendete, war für ihn klar: „Ich kann mir beruflich viel vorstellen, aber nichts mit Bienen.“ Er wollte sein Hobby Computer zum Beruf machen und stellte in der Berufsschule fest: „Acht Stunden am Computer zu sitzen ist nichts für mich.“ Es folgen Praktika im Kindergarten, in einer Tischlerei, im Einzelhandel – bis Osterloh merkte, was er vermisst: „Die Natur hat mir gefehlt. Mit den Bienen in der Natur zu sein war ich gewohnt. Erst als Erwachsener habe ich das zu schätzen gelernt.“

Der heute 23-Jährige entschied sich für eine dreijährige Ausbildung zum Tierwirt, Fachrichtung Imkerei, beim Institut für Bienenkunde im nahe gelegenen Celle. „Im Frühjahr schaut man sich die Bienenvölker an, beurteilt ihre Stärken und Schwächen, behandelt sie, wandert mit ihnen zu Rapsernte, wo die Bienen bis zur Rapsernte bleiben“, sagt Osterloh und fügt hinzu: „In der Ausbildung spielten auch die Königinnenzucht und die Honigverarbeitung eine große Rolle.“ Grundsätzlich gefragt sind Geschicklichkeit (um den Honig zu schleudern), handwerkliches Können (um die Bienenkörbe zu reparieren) und eine gute Beobachtungsgabe (um Krankheiten bei Bienen zu erkennen).

Immer von Januar bis März kommen die Auszubildenden aus ganz Deutschland ins Institut für Bienenkunde nach Celle, wo sich die einzige Berufsschule für angehende Imker befindet. Ein bunter Haufen. „Der Älteste bei uns war 51, hat Jahrzehnte in Berlin als Streetworker gearbeitet und etwas Ruhigeres gesucht“, sagt Osterloh. Da sit-



Bundesweit gibt es rund 200 Berufs- und 4.000 Nebenerwerbsimkereien Foto: Wavebreakmedia/mauritus images

Die Staatenlenker

Imkern als Beruf: Dabei sind Geschicklichkeit, handwerkliches Können und gute Beobachtungsgabe gefragt. Ökologische Unwägbarkeiten bringen aber Risiken mit sich

zen junge Leute ohne Schulabschluss neben Akademikern in den Schulbänken, mehr Männer als Frauen. Im Unterricht geht es um Themen wie artgerechte Haltung, Versorgung, Pflege und Transport der Bienenvöl-

Zwei Probleme für Imker: zu wenige Blühflächen und zu viele Pestizide

ker, Völkervermehrung, Königinnenzucht und Vererbung sowie das Herstellen marktgerechter Erzeugnisse. Auch auf die Fächer Betriebsorganisation und BWL/VWL wird Wert gelegt, wollen die jährlich rund 20 Absolventen im Gegensatz zu

den vielen Hobbyimkern doch nach ihrer Ausbildung von der Imkerei leben und mehr als die monatlich 600 Euro verdienen, die während der Ausbildung gezahlt werden.

Osterloh hat 2019 die Abschlussprüfungen bestanden, 65 Völker von seinem Vater gekauft und seine eigene Imkerei gegründet. Die bis zu 50 Kilos schweren Bienenkörbe hat er in der näheren Umgebung aufgestellt, ein Freund hilft ihm manchmal bei der Arbeit. Osterloh beliefert Hofläden und zwei Supermärkte mit seinem Honig. 65 Völker reichten auf Dauer nicht aus, um von diesem Beruf leben zu können – sein Ziel sind 300 Bienenvölker und der Verkauf des Honigs an Großabnehmer. Die meisten aus seiner Berufsschulklasse sind nach dem

Abschluss als Gesellen in ihrem Ausbildungsbetrieb geblieben oder erkunden als Imker die Welt und arbeiten zeitweise in Kanada oder Neuseeland. Nur Osterloh hat sich selbstständig gemacht. „Ich profitiere davon, dass ich die Maschinen meines Vaters mitbenutzen kann. Die notwendige Ausrüstung kostet sonst viel Geld“, sagt er.

Klaus Ahrens wird konkreter. Der Vizepräsident des Deutschen Berufs und Erwerbs Imker Bundes (DBIB) schätzt, dass man mindestens 100.000 Euro

in Bienenvölker und Gerätschaften investieren muss, um die Grundlage für eine Erwerbsimkerei zu schaffen. „Aber keine Bank wird einem dieses Geld geben, weil man dort nicht einschätzen kann, ob es sich um eine lohnende Investition handelt“, sagt Ahrens.

Dabei läuft das Geschäft mit dem Honig gut, zur Freude der bundesweit rund 200 Berufs- und 4.000 Nebenerwerbsimkereien. „Durch Corona steigt die Nachfrage nach regionalen Produkten wie Honig weiter“, sagt

der Imkermeister und verweist darauf, dass Deutschland beim Honigverzehr weltweit führend ist und die Preise sich seit der Wende fast verdoppelt haben.

Ahrens, der mit 200 Bienenvölkern am Rande der Lüneburger Heide eine Vollerwerbsimkerei betreibt, verschweigt nicht die Risiken: „Als ich vor dreißig Jahren ausgebildet wurde, galt man als schlechter Imker, wenn man 5 Prozent seiner Bienen verloren hat. Heute gilt ein Verlust von 10 Prozent als normal.“ In diesem Winter sind nach Angaben des Deutschen Imkerbundes 15 Prozent der Bienenvölker in Deutschland gestorben, der finanzielle Schaden liegt bei rund 30 Millionen Euro. Die sich ausbreitende Varroamilbe ist laut Ahrens nur ein Grund für diese Entwicklung: „Es fehlen Blühflächen, und es werden zu viele Pestizide in der Landwirtschaft eingesetzt, die die Bienen beeinträchtigen.“

Aus diesem Grund setzt sich der DBIB in Niedersachsen für ein Volksbegehren für mehr Artenvielfalt ein. Vorbild ist die Initiative „Rettet die Bienen“, bei der vor einem Jahr in Bayern 1,8 Millionen Unterschriften für einen besseren Insektenschutz gesammelt wurden. Auf EU-Ebene läuft eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren zum Artenschutz unter dem Motto „Bienen und Bauern retten“.

Osterloh weiß um die Risiken und ist sich dennoch sicher: „Für mich gibt es keinen schöneren Beruf. Ich bin in der freien Natur, genieße die Ruhe und finde Bienen faszinierend. Jedes Volk ist anders, man bekommt einen Blick für die Unterschiede.“

Maisfelder zu Wildpflanzen

Pro Kilowattstunde ein Cent: Kunden von Energieversorgern zahlen etwas mehr für Bienenstrom, damit Landwirte insektenfreundliche Flächen anlegen

Bienenstrom – mit diesem Angebot wollen einige Energieversorger den Anbau von insektenfreundlichen Wildpflanzen fördern. Vorreiter sind seit 2018 die Stadtwerke Nürtingen in Baden-Württemberg. 600 Kunden zahlen derzeit pro Kilowattstunde einen Aufschlag von einem Cent. Das Geld kommt Landwirten auf der Schwäbischen Alb zugute, die als sogenannte Blühpaten statt wie früher Mais nun Wildpflanzen anbauen und dabei auf den Einsatz von Pestiziden verzichten.

Da der Energieertrag von Wildpflanzen bei der Verarbeitung in der Biogasanlage geringer ist als der von Mais – pro Hektar macht das je nach Boden und Weizenpreis 300 Euro und mehr aus –, bekommen die Landwirte als Anreiz für die Umstellung pro Hektar den festgelegten Betrag von den Stadtwerken Nürtingen. Der Bienenstrom stammt nicht aus den Biogasanlagen der Blühpaten-Landwirte, sondern ist Ökostrom, der in alpinen Wasserkraftwerken erzeugt wird. Anfangs wurden auf 14 Hektar einstiger Maisflächen von einem Dutzend Landwirten Wildpflanzen angebaut – für das kommende Jahr sind bereits Verträge für die Umwandlung von insgesamt 41 Hektar geschlossen.

Von der Umgestaltung profitieren Bienen und andere Fluginsekten, deren Aufkommen in den vergangenen Jahren dras-

tisch zurückgegangen ist. „Besonders bei den Wildbienen ist ein positiver Effekt zu beobachten“, sagt Walter Haefeker, Ehrenpräsident des deutschen Berufs- und Erwerbsimkerverbandes.

Auf keinen Fall Kohle!

Bis 2024 wollen die Stadtwerke Lünen 100 Hektar Maisflächen in Blühflächen verwandeln, das entspricht rund 150 Fußballfeldern. Dafür sind 10.000 Kunden notwendig, die im Jahr als Förderer jeweils 12 Euro zahlen. Das Geld erhalten die Landwirte, die zum Umstieg bereit sind – sie müssen zusätzliche Flächen bewirtschaften, um so viel Biogas aus den Wildpflanzen zu erzeugen wie bisher aus Mais. Als Alternativen soll unter anderem Steinklee, Sonnenblumen, Buchweizen und Eibisch angebaut werden. Ein Modell, bei dem sich die Nachfrage noch in Grenzen hält: Ein halbes Jahr nach dem Start war erst die Umstellung von 6 Hektar finanziert.

Die Stromversorgung Osthannover (SVO) zahlt Landwirten in den Landkreisen Celle und Uelzen pro Hektar und Jahr 1.000 Euro, die an den Rändern von Maisfeldern eine Saatmischung mit 15 Sorten wie Klee, Kornblume, Koriander, Winterwicke und Dill ausbringen, damit sich dort Bienen und andere Insekten mit Nahrung versorgen können. Zur Finanzierung tragen Stromkunden bei,

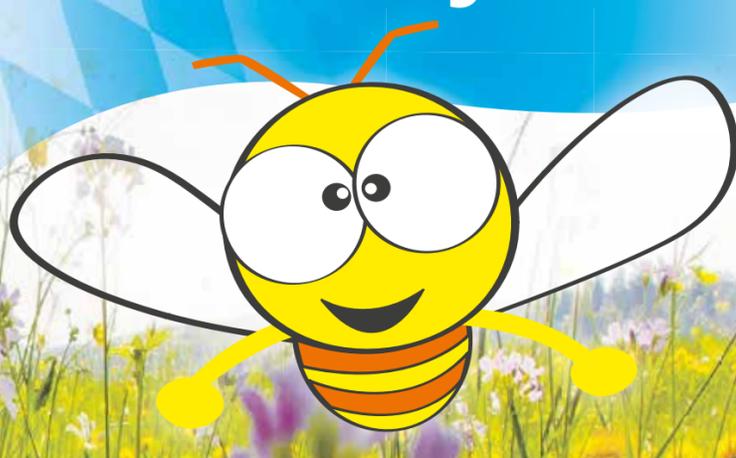
die den Tarif Blühstrom wählen und dafür Ökostrom geliefert bekommen. Diese Kunden zahlen etwas mehr als Verbraucher, die den SVO-Ökostromtarif gewählt haben. Von jeder Kilowattstunde wird ein Cent in einen Fonds zur Anlage von Blühflächen eingezahlt. Das Interesse an diesem Thema scheint bei Landwirten größer als bei Verbrauchern zu sein. „Leider können wir im Jahr 2020 keine neuen Landwirte mehr berücksichtigen, weil die vorhandenen Mittel erschöpft sind“, heißt es vonseiten der SVO. An den Maismonokulturen ändert sich durch den Blühstrom allerdings nichts.

„Blühstreifen zu fördern ist nicht verkehrt, doch solche Aktionen scheinen mir mehr marketingorientiert als bienendienlich zu sein“, sagt Michael Friedrich, Sprecher von Greenpeace Energy, eines der wenigen Unternehmen, das ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien anbietet. Nach seinen Worten besteht der wirksamste Bienenschutz in der Förderung von CO₂-freiem Strom. „Wir investieren in neue Anlagen wie Windparks. Wer dagegen Kohlestrom verkauft, vergrößert die Klimaprobleme.“

Die Stadtwerke Nürtingen und Lünen, die SVO und fast alle anderen Energieanbieter haben auch Strom aus nicht erneuerbaren Quellen im Angebot. Joachim Göres

ödp

Bavaria first?



Bayern an der Spitze **Ja!**

Über 1,7 Millionen Menschen haben das von der ÖDP initiierte Volksbegehren „Artenvielfalt - Rettet die Bienen!“ in Bayern unterschrieben und die Staatsregierung zum Handeln gezwungen. Doch dies ist nur der erste Schritt.

Deutschland und Europa müssen nachziehen!

Dazu brauchen wir Ihre Mithilfe!
Engagieren Sie sich in der
Ökologisch-Demokratischen Partei.
www.oedp.de info@oedp.de

Insekten zählen: du auch?

Am 29. Mai startet der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) seine Mitmachaktion „Insektensommer“, bei der alle dazu aufgerufen werden, Insekten in ihrer näheren Umgebung zu zählen und dem Nabu zu melden. Ziel der Aktion ist, ein deutschlandweit möglichst genaues Bild von der Welt der Insekten in Städten und ländlichen Regionen zu bekommen. Dabei geht es nicht um exakte Bestandszahlen aller Insekten, sondern vielmehr darum, Häufigkeiten und Trends von Arten und Populationen zu ermitteln. Die Ergebnisse gehen beim Nabu als Datensatz ein. Anschließend werden die Beobachtungsdaten überprüft und erkennbare Fehler korrigiert. Am Ende steht eine bundesweite Auswertung nach Insektenarten, Bestandszahlen, Bestandstrends (falls möglich) und Beobachtungsorten. Der Nabu analysiert die Ergebnisse und erhält dadurch eine Fülle wertvoller Informationen zu den Insekten. Die Zahlen und Ergebnisse werden auf der Webseite veröffentlicht. Diese können wiederum eine wichtige und hilfreiche Grundlage für künftige Aktivitäten im Insektenschutz sein.

Weitere Infos unter nabu.de

Politische Wespenester

Das Projekt „Deutschland summt“ brachte Honigbienen über die Häupter der Entscheider. Wildbienen haben eine andere Lobby: Die „Bienenretter“ arbeiten mit Onlineshop und umgebauten Kaugummi-Automaten

Von **Ansgar Warner**

Deutschland summt, und zwar von ganz oben her: Über den Köpfen der Hauptstadtpolitiker schwirren Bienen, denn im Innenhof eines der Parlamentsgebäude wird seit fünf Jahren geimkert. Wie passend, schließlich wurde im Reichstag vor fast hundert Jahren ein Gesetz erlassen, das die heimische Honigbiene *Apis mellifera* zum „Nutztier“ erklärt.

Doch den Immen geht es schlecht, vor allem auf dem Land: Zu schaffen machen ihnen Monokulturen wie Pestizide. In der Stadt dagegen, nicht nur auf prominenten Gebäuden der Hauptstadt, findet man immer mehr Bienenstöcke, und immer mehr Menschen engagieren sich, das Überleben der Bestäuber-Insekten zu sichern.

Viel dazu beigetragen hat „Deutschland summt“, angestoßen von Corinna Hölzer. Die Berliner Biologin ist zwar Expertin für angewandten Artenschutz, auf ihr heutiges Leitthema kam sie aber eher über Umwege: „Mit Bienen hatte ich gar nichts zu tun, nicht mal indirekt, es gab auch keinen Opa, der imkerte oder so etwas.“

Stattdessen stand am Anfang der Entschluss, ökologisches Wissen nutzbringend in die Gesellschaft zu tragen. Dabei sollte zunächst eine Medie-

nagentur für nachhaltige Entwicklung helfen, dann die Gründung der „Stiftung für Mensch und Umwelt“ – doch wie schafft man Aufmerksamkeit für ein Thema wie natürliche Vielfalt?

„Wir wollten eben Naturschutz nicht nur für Naturschützer machen, sondern möglichst viele Menschen ansprechen.“

Dann entdeckten Hölzer und ihre Mitstreiter die Biene als Botschafterin für die Erhaltung der

viel Überzeugungsarbeit. Mit Bienen sind auch Ängste verbunden, etwa die Angst, gestochen zu werden. Doch Honigbienen liefern auch Honig, und dieses Lockmittel scheint zu wirken. Die jedes Jahr erwirtschafteten Gläser mit der Aufschrift „Bundestagsblüte“ sind hochbegehrt.

Der sichtbare Erfolg am prominenten Ort wirkte auch auf die Akteure: „Die Hobbyimker

und zu mobilisieren.“ Darunter ein Bienenbuch, eine Wanderausstellung zu Wildbienen und ein „Bienenkoffer“. Das tragbare Infopaket gibt es in zwei Ausführungen: für Schul- und für Kitakinder.

Die Aktivitäten von „Deutschland summt“ drehen sich um die Bedürfnisse der Bienen und sind damit nah an Fragen zur Stadtnatur. Bienen brauchen Blühpflanzen, also her damit! Pflanzwettbewerbe gehören zu den beliebtesten Aktionen, bei denen die Teilnehmer Fotos von ihren blühenden Gärten oder Balkons einsenden. Das geht auch in Coronazeiten. Am 14. September soll die Prämierungsfeier des Pflanzwettbewerbs steigen, hoffentlich wieder ohne Einschränkungen.

„Deutschland summt“ wendet sich an Menschen in der Stadt, obwohl man auch argumentieren könnte, dass die eigentlichen Probleme in den landwirtschaftlich genutzten Zonen bestehen. Hölzer ist aber dagegen, „Stadtstaaten“ gegen „Landbienen“ auszuspielen: „Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir mit den Städtlern arbeiten, hier leben die meisten Menschen, hier werden die meisten von der Landwirtschaft erzeugten Nahrungsmitteln konsumiert, und hier sitzen eben auch die Entscheider.“ Im Vergleich zu Honigbienen ge-

staltet sich der Einsatz für Wildbienen schwieriger: kein Honig, keine Lobby.

Die mehr als 500 hierzulande heimischen Arten mögen zwar schöne Namen tragen wie Hosenbiene oder Seidenbiene, doch die notorischen Einzelgänger fallen im Alltag nicht auf. Obwohl ihr Beitrag zur Blütenbestäubung wichtiger Pflanzengattungen nicht unerheblich ist – und sie zudem viel harmloser sind, weil ihr schwacher Stachel menschliche Haut gar nicht durchdringen kann. Da viele von ihnen auf ganz besondere Blühpflanzen angewiesen sind, kann man ihnen mit der Aussaat spezieller Mischungen aber auf sehr einfache Weise helfen. Nisthilfen aus Holz, Stroh und Lehm – die sogenannten Insektenhotels – können natürlich auch nicht schaden.

Mancherorts werden bienenfreundliche Pflanzsets übrigens sogar schon am Automaten angeboten: Die Frankfurter Initiative „Bienenretter“ betreibt nicht nur einen Onlineshop mit solchen Sämereien, sondern nutzt auch umgebaute Kaugummi-Automaten. Wer solch einem quietschgelben Gerät begegnet, kann also nach Geldeinwurf gleich loslegen mit dem Retten der Immen.

wir-tun-was-fuer-bienen.de
bienenretter.de

Anzeige

Bienen im Wald - Symbiose mit Zukunft

Jahrtausendlang gab es Honigbienen im Wald. Aber als der Wald zum Forst wurde, sind die Bienen verschwunden. Heute wandeln wir Forst wieder in Wald um. Dabei helfen uns die Bienen. Sie fühlen sich im Wald wohl und tun Pflanzen und Tieren gut. Darum bringen wir die Bienen wieder in den Wald zurück und ernten auch noch köstlichen Honig.

Tempelwald.de - in Kooperation mit spreehonig.de



natürlichen Lebensgrundlagen. Oder besser gesagt, die Biene als Lobbyarbeiterin. Denn das 2010 an den Start gebrachte Projekt „Berlin summt“, später erweitert zu „Deutschland summt“, stach von Anfang an ganz bewusst in politische Wespenester, zunächst in der Hauptstadt: „Wir sind auf die Idee gekommen, Bienen zu den Entscheidern zu bringen und die Hausherren auch dabei einzuspannen, für mediale Öffentlichkeit zu sorgen.“ Das hatte noch niemand versucht und brachte

wurden neugierig und sagten, wir wollen da rauf.“ Das klappte so gut, dass Bienenkästen inzwischen nicht nur auf anderen hohen Häusern der Hauptstadt stehen, neben dem Reichstag etwa auf dem Berliner Landesparlament, sondern auch in vielen anderen großen und kleinen Städten landauf, landab.

Der Anfangserfolg beflügelte dazu, immer neue Wege zu gehen. „Wir haben mittlerweile 36 verschiedene Aktionsformen“, so Hölzer, „immer mit dem Ziel, zu informieren, zu inspirieren

ANZEIGE

BIO COMPANY ZUM WELTBIENTAG

BEE HAPPY! UNSER ENGAGEMENT ZUM SCHUTZ DER BIENEN

Wir unterstützen „ACKERGIFTE? NEIN DANKE!“

Die BIO COMPANY ist Gründungsmitglied des Vereins „Bündnis für enkeltaugliche Landwirtschaft“ und unterstützt seit Beginn die Kampagne gegen Ackergifte.

Ziel ist, auf europäischer Ebene ein Verbot von Ackergiften wie Glyphosat anzustreben. Denn diese hochgiftigen Stoffe töten nicht nur Bienen, andere Insekten und Wassertiere. Sie zerstören auch das Bodenleben und belasten die auf dem Acker angebauten Nahrungsmittel. Und die neuste Forschung zeigt: Sie verbreiten sich auch über die Luft. Wir atmen sie dauernd in kleinen Mengen ein. Sie sind damit auch eine Gefahr für unsere Gesundheit.



www.ackergifte-nein-danke.de

AURELIA-STIFTUNG als wichtiger Partner

Die Bienen brauchen gewichtige Unterstützer und Fürsprecher. Die Aurelia-Stiftung setzt sich für ihren Schutz ein, für den Erhalt der Bio-Diversität und eine lebensfreundliche Landwirtschaft.

Denn die Bienen nehmen durch ihre Bestäubungsleistung eine erhebliche Schlüsselfunktion im Naturhaushalt wahr. Um der Biene eine Stimme zu geben – vorallem in Politik und Gesellschaft und um gegen das Bienensterben vorzugehen, gründete sich die Stiftung. Wir unterstützen diese wichtige Arbeit der Aurelia mit Spenden und partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Denn es soll noch lange heißen: „Es lebe die Biene“ – so die jüngste Kampagne der Stiftung.



www.aurelia-stiftung.de



Bienenstöcke und lokale Imker bei BIO COMPANY

Wir führen nicht nur regionale Honige aus kleinen Imkereien wie beispielsweise von Mohr + Müller aus Märkisch Oderland oder von Blütenmeer aus dem Westhavelland.

Es stehen auch direkt Bienenkörbe auf einigen Berliner Filialen der BIO COMPANY. So hat der Neuköllner Bioland-Imker Malte Eisenmann 15 Bienenstöcke auf unserem Marktgelände an der Yorckstraße aufgestellt.

Von hier aus schwärmen die Bienen zu den reichlich blühenden Futterquellen im benachbarten Park. Das ehemalige Bahngelände hat sich über die Jahre zu einem artenreichen Naturpark entwickelt. Bei guter Tracht gibt es den „Sommerhonig mit Linde vom Park am Gleisdreieck“ bei uns zu kaufen. Weitere Bienenstöcke von ihm stehen bei unserem Berliner Markt in der Treskowallee.



www.biocompany.de/neuigkeiten/local-hero-bio-imker-malte-eismann.html

BIO COMPANY®

Die natürlichen Supermärkte

Unsere Märkte sind in Berlin, Brandenburg, Hamburg und Dresden.

BIOCOMPANY.DE





Andreas Hergeth lässt sich Blumenerde klauen

Frau Amsel kommt täglich um 8

Gerade blühen Borretsch, Waldmeister und Fuchsien wie verrückt. Hummeln und Wildbienen schauen gern mal auf meinem Balkon vorbei, die werden durchdrehen, wenn endlich die Freesien und der Fingerhut ihre Blüten öffnen. Und in drei Töpfen sind Blumen ausgesät und die Erde immer schön feucht gehalten. Und dann das.

Ein erster Gang, gerade vom Job oder aus dem Garten nach Hause gekommen, ist stets der auf den Balkon, um Atem zu schöpfen und um mal zu gucken. Diesen Sonntag lag überall Erde auf dem Balkonboden. Wie fein verstreut. Sie stammt aus den Töpfen mit den Aussaaten. Die Erde in den Töpfen wirkte mir frisch durchgehakt.

Der Fall war auf den ersten Blick klar: Die Nebelkrähen waren mal wieder auf dem Balkon zugange. Ich hab die seit Langem in Verdacht, dass sie es sich bei meiner Abwesenheit mit meiner Balkonbepflanzung gut gehen lassen. Bewiesen ist nichts, aber ich hab letztes erst eine Nebelkrähe dabei gesehen, wie sie kleine Stückchen meines Döners in Häufchen von zusammen gewehten Baumb Blüten versteckte, und zwar so, dass das Häufchen danach genau so aussah wie zuvor. Total clever.

Jeden Herbst, wenn ich alte Pflanzen entsorge oder zum Überwintern umtopfe, entdecke ich in etlichen Balkonkästen – Erdnüsse, noch in der Schale. Die hat da jemand als Vorrat versteckt. Wahrscheinlich eine (vergessliche) Nebelkrähe. Doch irgendwas stimmt jetzt nicht am Bild: Denn die schlauen Vögel haben noch nie irgendwelche Spuren ihrer Anwesenheit hinterlassen. Nicht mal ein Staubkorn, geschweige denn Erdklumpen auf dem Balkonboden. Nur einen Tag später hab ich Montagmorgen beim Yoga den Übeltäter ertappt, auf frischer Tat. Sie – es war ein weibliches, also braunes Tier – saß auf einem Topfrand und hatte den Mund, Pardon: den Schnabel ganz schön vollgenommen. Es war eine Amsel. Der Vogel startete mich an und machte keinerlei Anstalten fortzuziehen, als sie mich sah. Amseln sind uns Menschen ja gewohnt. Ich musste den Erddiel verschuechen. Aber Amseln und Erde? Die Recherche brachte zutage, dass Amseln sich gern mal an Blumenerde bedienen, wenn sie schön nass ist, und verwenden sie mit Gräsern, kleinen dünnen Ästen etc. zum Nestbau.

Dienstagmorgen war die Amsel noch mal da, ungefähr zur selben Zeit kurz vor 8 Uhr. Ich ließ sie gewähren, bitte schön. Meine Blumenerde ist bio, also ohne Torf, und bestimmt deshalb so begehrt.

Und wenn der Vogel nun jeden Morgen vorbeikommt und weiter Erde klaut? Vielleicht kippt dann die Stimmung auf dem Balkon ...

Von wegen extrem: Ende Gelände-Blockade im Tagebau Schleenhain
Foto: Tim Wagner/imagio

Verfassungsschutz baggert Linke an

Ende Gelände wird vom Verfassungsschutz als „linksextrem“ eingestuft. Linke und Grüne sehen die Bewegung diskreditiert

Von Erik Peter

Im November vergangenen Jahres trafen sich an einem Freitagnachmittag mehr als 1.000 KlimaschützerInnen in der Hasenheide, um sich für ihre Blockade im Lausitzer Kohlerevier vorzubereiten. Mehrere Kolonnen liefen lila- oder orangefarbene Fahnen hinterher und probten, wie Polizeiketten gewaltlos durchflossen werden können. Am nächsten Tag blockierten die Umweltschützerinnen in Maleranzügen die Schienen und Kohlegruben des Kraftwerks Jänschwalde. Die Polizei Brandenburg zog ein positives Fazit und sprach von einem „besonnenen Handeln der Vielzahl von Akteuren“.

Das Bündnis Ende Gelände (EG), das sich für einen sofortigen Kohleausstieg ausspricht, besteht seit 2015, ebenso die Berliner Ortsgruppe. Im am Dienstag vorgestellten Berliner Verfassungsschutzbericht 2019 tauchen die KlimaschützerInnen das erste Mal auf. Als „linksextremistisch beeinflusstes Aktionsbündnis“ hatte es EG bereits in die Berichte des Bundesamtes und etwa Nordrhein-Westfalens geschafft – dabei ging es stets um die Beteiligung der postautonomen Gruppierung Interventionistische Linke. Dem Berliner Verfassungsschutz (VS) exklusiv ist jedoch die Bewertung von Ende Gelände als eigenständige „linksextremistische Organisation“. Das Bündnis steht in dieser Kategorisierung in einer Reihe mit Antifa-Gruppen, der Rigaer Straße 94 oder den „Vulkangruppen“, die sich für Anschläge auf Bahn- und Stromtrassen verantwortlich zeigen.

In einem zwei Absätze langen Analyseversuch spricht der VS dem Bündnis sein eigentliches Ziel ab und schreibt: „Der Zusammenschluss geriert sich in seiner Außendarstellung als Klimaschutz-Akteur.“ Weitergehende Ziele, etwa die „Themenfelder Anti-Kapitalismus und Anti-Faschismus“ würden verschleiert. Diese je-

Vielen in der R2G-Koalition ist die Nennung unangenehm

doch deuten „auf eine Verortung des Bündnisses im linksextremistischen Spektrum“.

Ronja Weil, Sprecherin von EG Berlin sagt im Gespräch mit der taz: „Uns als extrem einzustufen, sagt mehr über den Verfassungsschutz aus als über uns“; der Vorwurf des Antifaschismus sei „bezeichnend, vor allem in Zeiten von rassistischen Morden und rechtsextremen Netzwerken in Bundeswehr und anderen Sicherheitsbehörden“. „Dass es mit dem Kapitalismus so nicht weiter geht, ist keine exklusive linksradikale Einsicht, sondern hat jüngst auch Entwicklungsminister Gerd Müller gesagt“, so Weil. Ende Gelände bezeichne sich als „Klimagerechtigkeitsbewegung“, weil es um mehr gehe „als um Naturstrom für die obere Mittelschicht“.

Sie verweist auf den Aktionskonsens, der darauf ziele weder Teilnehmende noch PolizistInnen zu gefähr-

den. Konkrete Auswirkungen durch die Nennung erwarte sie keine, auch wenn eine Aufnahme „darauf zielt, Abgrenzung in der so genannten Mitte hervorzuheben“. Aktivitäten des Verfassungsschutzes beobachte man laut Weil schon länger. So habe es wiederholt Situationen gegeben, in denen AktivistInnen von Ende Gelände auf der Straße von VS-MitarbeiterInnen angesprochen wurden.

Für viele in der rot-rot-grünen Koalition ist die Nennung von EG unangenehm. Informationen der taz zufolge habe es in der Senatssitzung am Dienstag einen heftigen Streit gegeben. Eigentlich sollten die Senatsmitglieder den Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen, stattdessen sei es zu einer Diskussion über die Frage gekommen, ob man nachträglich politisch eingreifen könne. Schlussendlich passierte der Bericht aber unverändert den Senat.

Innensenator Andreas Geisel (SPD) sprach auf der Senats-Pressekonferenz von einer „sorgfältigen Differenzierung“, die der Bericht vornehme. „Es gibt im linksextremistischen Spektrum Bemühungen Anschluss an gesellschaftlich relevante Themen zu finden“ – dazu gehöre die Klimadebatte. Geisel zufolge werde getrennt, zwischen jenen, die „Gewalt gegen Polizisten rechtfertigen“ und jenen, die sich für eine bessere Welt einsetzen. Der Innensenator reagierte auf einen Tweet des parlamentarischen Geschäftsführers der Grünen-Fraktion, Daniel Wesener, in dem es hieß: „Also wenn Ende Gelände linksextremistisch ist, dann ja wohl auch die Grüne Jugend. Und damit auch Grüne Berlin. Und R2G. Und

der Innensenator. Oh, wait.“

Weseners Parteikollege Georg Kössler, einst selbst Aktivist und im Dezember als parlamentarischer Beobachter dabei, sagte der taz: „Ende Gelände ein positives Verhältnis zu Gewalt zu bescheiden ist falsch.“ Dies könne nur behauptet werden, „wenn Baggerbesetzung Gewalt sein soll“. Sein Fazit: „Der Verfassungsschutz ist nicht nur auf dem rechten Auge blind, sondern schielt auch auf dem linken.“

Der Innenpolitik-Experte der Linken, Niklas Schrader, sagte der taz: „Der VS muss sich vorwerfen lassen, dass er die Klimaschutzbewegung diskreditiert und kriminalisiert.“ Zudem fände sich in dem Bericht „nichts handfestes, was die Einstufung rechtfertigen würde“. Er kündigte an, dies im Verfassungsschutz-Ausschuss zu thematisieren. Die Positionierung der Linken, die die Auflösung des VS fordern, sei „bestätigt“.

Verfassungsschutzbericht für 2019

Auf 2019 zurückzublicken heiße, „in erster Linie über Rechtsterrorismus zu sprechen“. Dieses Fazit hat Innensenator Andreas Geisel (SPD) am Dienstag der Präsentation des Verfassungsschutzberichts für das vergangene Jahr vorangestellt. Der Rechtsterrorismus habe sich „enthemmt wie nie zuvor gezeigt“. Allerdings bilden rein zahlenmäßig dem Bericht zufolge in Berlin Linksextreme das größte extremistische Spektrum, sowohl bei ihrer absoluten Anzahl von 3.400 Personen wie auch dem Wachstum gegenüber 2018 um 260. Als rechtsextremistisch werden 1.420 Personen eingeschätzt, 10 mehr als 2019. Islamisten gebe es laut Bericht 1.140, 80 mehr als 2018. (sta)

Vorbildlicher Regelverstoß

Grünen-Abgeordneter: Die Teilnehmenden einer Demonstration Ende April sollen straffrei bleiben

Von **Claudius Pröber**

Der Grünen-Abgeordnete Georg Kössler fordert, die Anzeigen gegen TeilnehmerInnen einer unangemeldeten Demonstration am 26. April fallen zu lassen. An diesem Tag waren mehrere hundert Menschen einem Aufruf der Initiative Seebrücke gefolgt und hatten in kleinen Gruppen auf Fahrrädern gegen die Zustände im griechischen Flüchtlingslager Moria protestiert. Wegen des Demonstrationsverbots im Rahmen der Corona-Auflagen galt dies als nicht genehmigte Versammlung und wurde von der Polizei aufgelöst.

Laut Antwort der Senatsinnenverwaltung auf eine parlamentarische Anfrage Kösslers, die der taz vorliegt, hatte „die Polizei stadtwweit 16 Gruppen Radfahrender mit insgesamt 222 Teilnehmenden festgestellt, die gegen die zu diesem Zeitpunkt geltende SarsCoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung (EindmaßnV) verstießen“. Von allen wurden die Personalien aufgenommen. Laut Innenverwaltung leistete niemand gegen die Polizei Widerstand.

Die DemonstrantInnen, die ihren Protest unter dem Motto „#leavenoonebehind“ durch Sticker auf dem Rücken („Moria evakuieren“) oder am Rad befestigte Schilder kenntlich machten, verhielten sich auch sonst vorbildlich: Verstöße gegen das Abstandsgebot seien der Polizei nicht bekannt geworden, so Staatssekretär Torsten Akmann; auch seien die Teilnehmenden „überwiegend mit einem angelegten Mund-Nase-Schutz“ angetroffen worden.

Dagegen bestreitet die Polizei, dass sie Teilnehmende eingekesselt habe. „Eine gleichzeitige Ingewahrsamnahme mehrerer Personen“ habe nicht stattgefunden, teilt Akmann dem Grünen-Abgeordneten mit. Kössler hat da von TeilnehmerInnen anderes erfahren: „Es gab mehrere Kessel, über Stunden. Offiziell war es eine sehr, sehr langsame Personalaufnahme.“ Die Personalausweise seien eingesammelt worden, die Menschen hätten dann lange auf deren Rückgabe warten müssen.

Seine Forderung nach Straffreiheit begründet Kössler gegenüber der taz mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit: „Dass die Teilnehmenden gegen die Verordnung verstoßen haben, war nicht ihr erklärtes Ziel wie etwa bei den sogenannten Hygiene-Demos. Sie haben die Infektionsgefahr durchaus gesehen und alles getan, um diese zu minimieren. Die haben sich da wirklich Gedanken gemacht.“

Die Beschränkung der Versammlungsfreiheit, die erst Anfang Mai wieder gelockert wurde, bewertet Kössler im Nachhinein als „zu restriktiv“. Er sage nicht, dass die Einschränkungen grundsätzlich falsch gewesen seien, „aber es war härter, als es sein musste. Es ist eben ein *learning by doing* für die Politik.“

Das Testkonzept noch austesten

Senat beschließt neues Testkonzept und stellt weitere Lockerungen in Aussicht. Die Corona-Ampel bleibt im grünen Bereich



Dilek Kalayci stellt das neue Konzept vor
Foto: Stefan Zeitz/imag

Von **Stefan Alberti**

In Berlin soll es deutlich mehr Coronatests als bisher geben. Das hat der rot-rot-grüne Senat am Dienstag beschlossen und folgte damit einem Konzept von Gesundheitsministerin Dilek Kalayci (SPD). Derzeit stünden wöchentlich rund 58.000 Tests zur Verfügung, von denen aber nur ein Drittel genutzt werde. Neu sei, jetzt auch Menschen ohne Krankheitssymptome zu testen. Flächendeckend mag man aber nicht testen, vielmehr stichprobenartig in Bereichen, wo Abstandhalten schwer oder sogar unmöglich ist: in Kitas, Schulen, Pflegeheimen, Kliniken und auch bei Polizei und Feuerwehr.

Regierungschef Michael Müller (SPD) zog in der Pressekonferenz nach der Senatsitzung zudem eine erste Bilanz der vor einer Woche beschlossenen Corona-Ampel: Übersteigen bei ihr zwei von drei Indikatoren an drei aufeinanderfolgenden Tagen bestimmte Grenzwerte, können Lockerungen wieder passé sein oder bereits angekündigte verschoben

werden. Bei allen drei Indikatoren – dem R-Faktor, der besagt, wie viele Menschen ein Infizierter ansteckt, der Intensivbettenauslastung und der Neuinfektionsrate pro 100.000 Einwohner – zeigte die Ampel am Dienstag laut Müller „Grün“.

Beim R-Faktor allerdings gab es eine deutliche Steigerung gegenüber dem vor einer Woche verzeichneten Wert: Lag der damals bei 0,79, so ist er nun bei 1,07 – nur noch drei Hundertstel unter dem Grenzwert für die Stufe „Gelb“. Bei der Betten-Auslastung und der Zahl der Neuinfektionen hingegen sanken die Werte.

Beim Testsystem tat sich Senatorin Kalayci nicht leicht, das neue Konzept zu erläutern – was es dabei nicht nur einen einzigen Weg gibt und zudem mehrere Arbeitsgruppen inklusive des Virologen Christian Drostens noch festlegen sollen, wie punktuell getestet wird. Zu der Idee einer flächendeckenden Testung sagte Kalayci: „Wir können nicht 3,8 Millionen Menschen testen – wenn irgendjemand diese Idee hat, muss man

ihm den Zahn jetzt ziehen.“ Die Tests sollen freiwillig sein. In Altenheimen können laut Kalayci dies auch Pflegekräfte übernehmen, „mobile Menschen“ hingegen sollten in ein Testzentrum gehen.

Nachdem es in der vergangenen Woche Kritik von Amtsärzten in den Bezirken an der Corona-Ampel gab, wies Müller nun ausdrücklich darauf hin, dass die Amtsärzte in das neue Konzept eingebunden sein sollen.

Laut Innensenator Andreas Geisel (SPD) hat die Landesregierung zudem beschlossen, die 14-tägige Quarantäne für aus EU-Staaten und einigen weiteren Ländern Einreisende aufzuheben. Er stellte weitere Lockerungen in Aussicht, die der Senat kommende Woche in zwei Sitzungen besprechen will. Dazu soll die Öffnung von Fitness-Studios und Freiluftkinos gehören. Das sei möglich, „weil die Entwicklung viel positiver ist, als wir das selber noch vor wenigen Wochen eingeschätzt haben.“ Als Entwarnung mochte Geisel das aber nicht gedeutet wissen: „Die Lage ist fragil.“

Freibäder öffnen Keine Umkleiden

Die Berliner Freibäder sollen bald schrittweise wieder öffnen. „Läuft alles nach Plan, könnten tatsächlich am 25. Mai die ersten Freibäder starten“, teilte die Berliner Bäder-Betriebe (BBB) am Montag mit. Für jedes der Bäder sei ein eigenständiges Konzept nötig. Voraussetzung sind mit den Ämtern abgestimmte Hygienepläne und die Einhaltung von Abstandsregeln.

Die Betriebskonzepte sehen vor, dass die Umkleiden und Duschräume geschlossen bleiben, hieß es von den BBB. Zeitkarten müssen vorab online gekauft werden und sind nur für ein bestimmtes Zeitfenster gültig und in begrenzter Zahl verfügbar. Für alle Bäder solle ein Einheitstarif von voraussichtlich 3,80 Euro pro Besuch gelten. Auch im Wasser müssten die allgemeinen Abstands- und Hygieneregeln eingehalten werden. Je nach Entwicklungen könnten die vorgesehenen Regeln später angepasst werden. (dpa)

Öffnung der Museen Mehr als 10.000 Besucher*innen

In der ersten Woche nach ihrer Öffnung haben die Staatlichen Museen zu Berlin rund 10.000 Besucher in vier Häusern und einer Sonderausstellung gezählt. Am 12. Mai hatten das Alte Museum, die Alte Nationalgalerie und „Pergamonmuseum. Das Panorama“ sowie im Kulturforum die Gemäldegalerie und die Sonderausstellung „Pop on Paper. Von Warhol bis Lichtenstein“ unter Hygienevorkehrungen wieder geöffnet. Weitere Zeitfenstertickets seien bis Ende Juni freigeschaltet worden.

Obwohl die Besucherzahl begrenzt sei, nannte Generaldirektor Michael Eissenhauer die vorläufige Bilanz einen großen Erfolg. Die Staatlichen Museen hofften zudem, bald weitere der 19 Häuser wieder öffnen zu können. (dpa)

taz panterstiftung

Die taz Akademie fördert junge kritische JournalistInnen im In- und Ausland.



Illustration: Zeynep Özatalay

Spenden Sie jetzt für unsere geplanten Projekte im Herbst dieses Jahres

taz Panter Stiftung
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00
www.taz.de/spenden
Ihre Zuwendungen an die gemeinnützige taz Panter Stiftung sind steuerlich absetzbar

Infos unter: www.taz.de/stiftung | Tel. (030) 25 90 22 13

„Kulturell total ausgehungert“

Das Konzept steht: Dennoch gibt es keine Signale, wann Freiluftkinos starten können, so Betreiber Höhne

Interview **Bert Schulz**

taz: Herr Höhne, Sie betreiben drei der großen Freiluftkinos in Berlin. Wenn jetzt die Erlaubnis käme: Wären Sie startbereit?

Arne Höhne: Was die Konzepte angeht: auf jeden Fall. Das Kino im Park Friedrichshain könnten wir sofort öffnen, weil wir es schon umgebaut haben entsprechend der Auflagen, die wir erwarten.

Was haben Sie dort gemacht? Wir haben die Bestuhlung verändert: Im vorderen Bereich ohne feste Bänke haben wir Abstände und Laufwege markiert; im hinteren Bereich haben wir Bänke ausgebaut, damit man immer durch eine Reihe zu seinem Platz gehen kann, ohne anderen Besuchern zu nahe zu kommen. Gebucht würde – übrigens in allen Kinos – online, mit genauer Platzreservierung.

Das bedeutet, dass deutlich weniger Menschen in das Freiluftkino passen.

Ja. Etwa noch ein Viertel der ursprünglichen Kapazität.

Ein Viertel? Das ist ja ein drastischer Einschnitt. Wie viel sind das in Zahlen?

Rund 450 statt 1.700 Plätze. Sie sagten, das ist Ihr Konzept. Gab es Vorgaben?

Nein, es gibt keine Anleitung, wir haben das Konzept selbst entwickelt. Es sagt auch keiner: So müsst ihr es machen, dann kriegt ihr eine Genehmigung.

Haben Sie mit niemandem in der zuständigen Senatsverwaltung reden können?

Wir haben Ende April unsere Pläne dem dortigen Abteilungsleiter für Film und Kino mitgeteilt. Irgendwann hieß es, Kino sei Thema auf der Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Mai. Da wurde aber nichts entschieden. Seitdem haben wir nichts

mehr gehört. Und eine direkte Antwort haben wir nie bekommen.

Dabei gehören Open-Air-Kinos ja zu jenen kulturellen Angeboten, die vergleichsweise leicht den Corona-Auflagen entsprechend anzupassen sind. Sind Sie ein bisschen sauer?

Es ist schon sehr unangenehm, dass niemand mit uns direkt gesprochen hat.

Wie ist das mit Masken im Kino? Ein Mund-Nase-Schutz muss getragen werden, wenn man sich im Kino bewegt – am Sitzplatz nicht.

Glauben Sie, die Leute halten sich daran?

Wir sind gut im Organisieren. Wer schon mal bei uns war, weiß: Selbst wenn es ganz voll ist, fangen wir pünktlich an, das Bier ist kalt und die Stimmung gut. Und es gibt die Be-

reitschaft des Publikums, diese Orte zu pflegen: Aschenbecher werden genutzt, leere Flaschen und Sitzkissen zurückgebracht. Das sind gute Voraussetzungen, um auch die neuen Regelungen umzusetzen.

Wirklich?

Durch die Umbauten werden viele Besucher im Kino Friedrichshain gar nicht merken, dass sie jetzt automatisch die Abstandsregeln beachten. Und dass man sich in diesem Sommer den neuen Begebenheiten stellt, das kann man schon erwarten. Die Leute sind doch, was Kultur angeht, total ausgehungert. Und wenn das Freiluftkino mal losgeht, wäre das auch ein Ort, den andere Kultureinrichtungen – Theater etwa – nutzen könnten für Auftritte.

Arne Höhne ist einer der Betreiber dreier Freiluftkinos.

Von **Stefan Alberti**

Wäre Kai Wegner ein tief grüblerischer Mensch, er hätte jetzt ein Problem. Ein Dreivierteljahr hat er als neuer Chef der Berliner CDU alles versucht, seine Partei nach vorn zu bringen, mit viel Einsatz, aber weitgehend ohne Erfolg. Ein fieses Virus hingegen bringt die CDU binnen wenigen Wochen in Umfragewerten dorthin, wo Wegner sie auch nach der Abgeordnetenhauswahl 2021 sieht: auf Platz 1 als stärkste Partei in Berlin. Grüblerisch wirkt Wegner aber nicht, und so kann er sich schlicht an Worte eines verstorbenen Großen seiner Partei halten: „Entscheidung ist, was hinten rauskommt.“ Ein neues Auftreten gibt es dennoch – und eine neue, alte Parteifarbe.

Es ist an diesem Montagmorgen auf einer Holzterrasse an der Spree exakt 365 Tage her, dass Wegner den Parteivorsitz übernommen und die vormalige Chefin Monika Grütters abgelöst hat, die im Hauptjob die Kulturstatsministerin im Kanzleramt ist. Die hätte eigentlich weitermachen wollen, verzichtete aber schließlich auf eine erneute Kandidatur. Zu klar war, dass Wegner bereits eine Mehrheit der Parteitagsdelegierten hinter sich gebracht hatte. Zu verbreitet war das Gefühl: Grütters, „die Moni“, sei zwar in ihrem Ministeramt ein großer Gewinn für Berlin. Aber für den ganz banalen Alltag der Stadt mit den Themen Sicherheit, Verkehr und Wohnen brenne sie einfach nicht.

Wegner glied fortan einer losgelassenen Spiralfeder, spulte als neuer Landesvorsitzender Termin um Termin ab und zeigte dabei stets das, was Parteifreunde bei solchen Anlässen bei Grütters vermissten: Er brannte dafür – er fragte, guckte, hörte zu, kannte sich aus, zeigte Interesse. 300 Termine soll er in seinen ersten 100 Chef-Tagen absolviert haben.

Überraschendes gab es schon da: Beim Kleinen Parteitag Mitte November stellte Wegner den Umweltschutz in den Mittelpunkt. 13 Seiten Ökoprogramm mit einem „Tempelhofer Wald“ auf dem Ex-Flughafengelände als auffälligster Forderung machten die Runde, Nachhaltig-



Kai Wegner, Chef der Berliner CDU: Die bunten Zeiten sind vorbei Foto: Michael Kappeler/dpa/picture alliance / taz Bearbeitung

Die Krisengewinnler

Corona hat die CDU in Umfragen zur stärksten Berliner Partei gemacht. Ein neues Image soll dabei helfen, dass das auch nach der Abgeordnetenhauswahl 2021 so bleibt

keit beanspruchte Wegner glatt mal als urkonservatives Thema für die CDU.

Doch in den Meinungsumfragen zahlte sich das nicht aus. Auf 17 Prozent war die CDU schon kurz vor seiner Wahl zum Parteichef abgesackt. Danach ging es sogar auf 15 runter, ihren schlechtesten Wert aller Zeiten, und in immerhin elf weiteren Umfragen änderte sich daran wenig. 16 Prozent waren es schließlich Mitte Februar, bis auf müde 18 hatte es die Partei zwischenzeitlich mal geschafft.

Ende April aber, nach einhalb Monaten Corona-Shutdown, ohne dass die Berliner CDU in dieser Zeit sonderlich auffällig gewesen wäre, lag sie plötzlich bei 23 Prozent und vorne. Es ist genau der Zeitraum, in dem die Zustimmungswerte für die Kanzlerin und in ihrem Kielwasser auch für die CDU zu

boomen begannen und selbst Grünen-Politiker Angela Merkel lobten. Auch Christdemokraten verortet Wegner auch die CDU. Das lässt zuhörende Journalisten dann doch widersprechen. Hier? Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, wo die CDU bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 noch nicht mal 8 Prozent holte?

Doch Wegner gibt sich sicher: Mit einer neuen Sprache und anderer Art zu kommunizieren soll seine Partei auch hier punkten. Eine Werbeagentur haben die Christdemokraten engagiert, eine vorwiegend digitale Kampagne erarbeitet – „#aufgehtsberlin“ – und das Partei-Logo radikal geändert. Auf tiefem Schwarz stehen die drei CDU-Buchstaben nun in Orange. Schwarz stehe für modernen Konservatismus, heißt es, verstärkt durch „das lebensbejahende Orange“. Mit der Bundes-

Das ist der zahlenmäßige Hintergrund, vor dem Kai Wegner an diesem Montagmorgen ein neues Partei-Logo vorstellt. Der tatsächliche besteht auf dieser Holzterrasse am Kreuzberger Spreeufer aus Merce-

des-Arena, East Side Gallery und Oberbaumbrücke. Mittendrin in Berlin sei man, und genau hier verortet Wegner auch die CDU. Das lässt zuhörende Journalisten dann doch widersprechen. Hier? Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, wo die CDU bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 noch nicht mal 8 Prozent holte?

Doch Wegner gibt sich sicher: Mit einer neuen Sprache und anderer Art zu kommunizieren soll seine Partei auch hier punkten. Eine Werbeagentur haben die Christdemokraten engagiert, eine vorwiegend digitale Kampagne erarbeitet – „#aufgehtsberlin“ – und das Partei-Logo radikal geändert. Auf tiefem Schwarz stehen die drei CDU-Buchstaben nun in Orange. Schwarz stehe für modernen Konservatismus, heißt es, verstärkt durch „das lebensbejahende Orange“. Mit der Bundes-

CDU sei das nicht abgestimmt. Weil die Journalisten teils älter sind als der 47-jährige Wegner, kommt ihnen das gar nicht so neu vor – weil schon früher die Christdemokraten immer „die Schwarzen“ waren. Und der Parteienachwuchs Junge Union hatte unter dem Slogan „Black is beautiful“ auch mal schwarze Kondome im Angebot.

Aber laut Wegner und Evers musste diese Veränderung sein, auch in der Sprache. Man will festgestellt haben, dass man zwar gute Inhalte hatte, aber die Leute nicht erreichte. „Die CDU hat sich ja schon länger neu erfunden, hat aber nicht die richtige Sprache gefunden“, sagt neben Wegner der Chef jener Agentur, die schon das Image der BSR aufpeppte und nun für die CDU Logo und Werbeslogans entwickelt hat. Dabei brauche man hier doch bloß ein paar Mal

Taxi zu fahren, um das mitzukriegen. Das muss jetzt hart sein für einen wie den 2016 abgetretenen langjährigen Parteichef Frank Henkel: Er gab mehr als andere in seiner Partei auf Basisbindung, und das nicht nur, weil er in seine Sätze schon mal Urberlinerisches wie „Budiker“ oder „Molle“ einbaute.

Zur neuen Ansprache gehört ein mehrfach eingeblendeter Slogan, der für die neue CDU stehen soll: „Einmal Kiez mit alles“. Der muntere Verzicht auf den eigentlich angesagten Dativ will nicht richtig passen zu der gleichfalls vorgetragenen Kritik an rot-rot-grüner Bildungspolitik: „Berlin braucht bessere Schulen – kann ja nicht jeder Politiker werden“, steht auf T-Shirts, die junge CDU-Helfer auf der Terrasse tragen. Ironisch soll das sein, heißt es.

Dieser Kiez, der alles umfasst, ist in der CDU-Abbildung eine Dönertasche mit einem Fahrrad darin, dem Fernsehturm, einem Radio und einem Bierglas – aber keinem Auto. Lässt die Parteiführung da bei ihrem „radikalen Bruch“, wie Generalsekretär Stefan Evers es nennt, nicht ihre Stammwähler zurück? Lläuft die CDU etwa den Grünen hinterher? Natürlich nicht, versichert Wegner, „wir werden nicht grün, wir wollen ja was bewegen.“

Und dann sind da noch „Guerrilla-Aktionen“, die Evers ankündigt. Viel mag er nicht sagen, der Überraschung wegen: „Es wird frech, es wird mutig, es wird provokant sein.“ Der Berliner Stadt-rand-Christdemokrat als Parteigänger von Guerrilleros ist in diesem Moment noch nicht wirklich vorstellbar – es fehlte bloß noch, dass Evers Che Guevara zitiert und ein „Hasta la victoria siempre“ hinterhergeschickt hätte.

Voraussichtlich am 6. Juni können die rund 12.000 CDU-Mitglieder selbst sagen, was sie davon halten – dann soll die erste digitale Mitgliederversammlung des Landesverbands den eigentlich zu diesem Datum geplanten Parteitag ersetzen. Wer diese Mitglieder 2021 als Spitzenkandidat in die Wahl und nach Wegners Willen in Regierungsverantwortung führen soll, lässt der Parteichef weiter offen – das kläre man am Jah-resende.

Nebulöse Zukunft für Ratibor 14

Die Finanzverwaltung will ein Gelände in Kreuzberg nun womöglich doch nicht kaufen. Mit einer Aktion vor dem Roten Rathaus protestiert eine Initiative gegen die Verdrängung von Gewerbe und Wagenplatz

Von **Jonas Wahmkow**

Dichte Kunstnebelchwaden ziehen vorbei am Seiteneingang des Roten Rathauses. Am frühen Morgen haben sich rund 50 Handwerker*innen und Unterstützer*innen der Initiative Areal Ratibor 14 versammelt, um für den Erhalt ihres bedrohten Werkshofes in Kreuzberg zu demonstrieren. „Keine Gentrifizierung durch die Hintertür!“, fordert ein Aktivist in einem Redebeitrag. In die zustimmenden Rufe und Pfiffe der Demonstrant*innen stimmt eine Trompete ein.

Mit dem morgendlichen Spektakel hoffen die Demonstrant*innen die Senator*innen auf ihrem Arbeitsweg zu erreichen. Denn von ihrer Entscheidung wird auch die Zukunft der Nutzer*innen des Areals an der Ratiborstraße 14 abhängen.

„Es herrscht großer Frust bei allen“, schildert der Sprecher der Initiative Areal Ratibor 14, Moritz Metz, mit maskiertem Gesicht die Situation. „Das Ziel war,

Geflüchteten und verdrängten Handwerksbetrieben Raum zu geben, aber bisher ist nichts passiert.“

Die drei Hektar große Fläche an der Dreiländereck genann-ten Grenze der Bezirke Trep-tow, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln wird derzeit vor allem von Handwerksbetrieben, aber auch von einer Kita, einem Wagenplatz und einem Biergarten genutzt.

Anfang 2018 überraschte der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Nutzer*innen mit der Ankündigung, auf dem Gelände eine MUF – eine sogenannte Modulare Unterkunft für Flüchtlinge – mit 500 Plätzen errichten zu wollen. Schnell entwickelte sich Protest. Statt Massenunterkunft und Verdrängung einer der letzten Gewerbeflächen in Kreuzberg forderten die Nutzer*innen die Integration von Handwerk, Geflüchteten und Kultur.

Von einer „Kreuzberger Mischung“ war die Rede. In langwierigen Gesprächen mit Bezirk und Senat wurde die Idee

eines „Modellprojekts“ für die Unterbringung von Geflüchteten entwickelt. Nicht wenige Einwände der Aktivist*innen, die insgesamt vier detaillierte Konzepte entwickelten, wurden berücksichtigt: Die Zahl der MUF-Plätze wurde auf 250 Plätze reduziert, das angestammte Gewerbe sollte erhalten werden. Immer wieder war die Rede von der „Kreuzberger Mischung“, die auf dem Gelände wieder aufleben sollte.

Genossenschaft gegründet

Ursprünglich geplant war, dass die Finanzverwaltung für Finanzen dafür das Gelände vom Bund erwirbt. Ein Teil des Geländes sollte an das landeseigene Wohnungsbaununternehmen Berlinovo gehen, die dort die Flüchtlingsunterkünfte errichten will. Auf der verkleinerten Fläche von rund 10.000 Quadratmetern sollten der Wagenplatz und die Handwerker*innen zusammenrücken, so der Plan. Dafür wurde eigens die Genossenschaft Ratibor 14 e.G. gegründet, die das Gelände dauerhaft

vom Senat in einem Erbpachtvertrag mieten sollte.

Doch die Aktivist*innen fürchten nun, dass die Finanzverwaltung für Finanzen den Kauf des Geländes abbrechen will, womöglich um eine Nachnutzung der MUF durch Luxuswohnungen zu ermöglichen. Dabei berufen sich die Aktivist*innen auf interne Informationen. Auf Anfrage teilte die Finanzverwaltung für Finanzen der taz mit, es gebe diesbezüglich noch keine Entscheidung, die Verhandlungen liefen noch.

Die unklare Situation bedeutet für die dort ansässigen Handwerksbetriebe vor allem weiterhin Unsicherheit: „Wir würden eigentlich gerne ausbilden dieses Jahr“, erklärt Livius Härer. Der Tischlermeister hat eine Werkstatt mit drei Angestellten auf dem Gelände. „Doch wie es jetzt aussieht, müssen wir am Ende des Jahres vom Gelände.“ Auch notwendige Investitionen könne er nicht tätigen. „Wir fordern deshalb zuerst einmal eine Verlängerung der im Dezember auslaufenden Mietverträge.“



was macht die bewegung?

Zu Zeiten von Corona erlebt die Militarisierung einen Aufschwung. Sei es im Kontext von Rüstungsunternehmen, die ihren Ruf vermeintlich verbessern können, indem sie neben Kriegsgerät auch medizinische Produkte wie Atemschutzmasken liefern. Sei es das einsetzende nationale Säbelgerassel im Angesicht möglicher Konflikte im Zuge der wirtschaftlichen Krise.

Die Initiative **No War Berlin** möchte bei einer angemeldeten Kundgebung die militaristischen Aspekte der Coronakrise beleuchten und öffentlich zur Diskussion stellen. Während der Versammlung soll auf die Abstands- und Schutzregeln geachtet werden. „#Maskenauf und solidarisch Leben“, schreibt die Ini in ihrem Aufruf. *Mittwoch, 20. Mai, 19 Uhr, Reichenberger Straße 58*

Um soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Krise soll es beim offenen Diskussionsabend der Politgruppe **klassismus ist keine kunstpoche** gehen. In einem datengesicherten BigBlueButton-Raum geht es online um Austausch und Vernetzung. Grundlage dafür sind die Forderungen von **#jetzterstrecht**, einem Bündnis von Berliner Basisorganisationen, die ihr unter jetzterstrecht.org findet.

„Diese Forderungen richten sich zum großen Teil an die Regierung und an Chef*innen“, heißt es dort. „Das ist auch gut so, denn diese sind verantwortlich: nicht für Corona, sondern für das Gesellschaftssystem, in dem wir leben und damit auch dafür, wer die Hauptlast dieser Krise jetzt schon trägt und in Zukunft tragen wird.“ *Donnerstag, 21. Mai, 20 Uhr, kikk-bildungsban.de*

Weitere Initiativen findet ihr auf: taz.de/bewegung

berliner szenen

Kinder, Amseln und der Rauch

Lange dachte ich: Da, wo ich sitze, ist alles wie immer. Seitenflügel, ganz oben. Dächer, Schornsteine, Graffiti, Himmel. Das S-Bahn-Rattern, dazu die Ohrwürmer der Musiker, die unter der Hochbahn stehen, ein Stück weit weg, aber die versponnene Physik der Schallwellen macht's möglich. Hier drin, machte ich mir vor, gibt es kein Vorher-Nachher, keine Zeitenwende. Nur ein "Wie seit fast sieben Jahren". Homeoffice.

Aber dann. Zuerst dudelten abends die Amseln im Hof so laut wie nie. Jeden Abend um die gleiche Zeit, so melodios, als wären's Nachtigallen. Als wollten sie dem pandemischen Irrsinn was Schönes entgegensetzen, als hätten sie's sich in Italien von den Balkonkonzerten abgesehen.

Und auf einmal hörte ich Kinder. Es wohnen fünf, sechs im Haus, der Hof hat eine bessere Akustik als jedes antike Amphitheater – und dennoch waren sie bislang nie zu hören. Nun waren sie Teil des Hausalltags. Spielend im engen Hof, stressbrüllend in ihren Wohnungen, das würde ich auch machen an ihrer Stelle.

Auch mein Ausblick hat sich in einem Detail geändert. Die Frau gegenüber, sie lebt seit März hinter zugezogenen schwarzen Vorhängen. Als nehme sie es ernst mit dem Verbarrikadieren, als wollte sie nicht nur die Sonne fernhalten. Vielleicht arbeitet sie im Krankenhaus, in der Pflege, denke ich, sie wird ihren Schlaf brauchen.

Das Auffälligste aber passiert seit zwei, drei Wochen abends. Abends, auch nachts, riecht es in meinem Schlafzimmer anders. Meine Oberfenster sind immer offen und plötzlich nun: Zigarettenschmuck. Von unten oder vom Vorderhaus. Jemand hat frisch begonnen oder nach sieben Jahren aufgehört zu pausieren. Kinder, Vorhänge, Amseln, ein beständiger Hauch an Rauch. Es kommt als Nuance bei mir an, was sich im Leben der anderen ändert. *Anne Haeming*

tazplan im exil

Vakuum und Eiermann

Die Malerin Sophie Reinhold greift zu Marmorstaub und Ölfarbe und schreckt vor dem Shaped Canvas ebenso wenig zurück wie vor Text auf der Bildfläche. Ihre visuelle Sprache ist prägnant und vielseitig, figurenhafte Schemen zeichnen sich unter Pastelltönen ab, dann wieder klafft ein tief dunkles abstraktes Vakuum von der Leinwand. Heute eröffnet bei CFA in Charlottenburg ihre Einzelausstellung „Das kann das Leben kosten“ (10–18 Uhr). Diesmal sind wieder allerlei Tiere und metamorphe Wesen dabei, darunter auch der Eiermann, der etwas konsterniert ein Buch umklammert, während er so da steht und sich gegen grüne und blaue Farbfelder behauptet.

„Er spürt den Vibe nicht“

Mit gestreamten Live-DJ-Sets und -Konzerten sammelt die Berliner Clubcommission Spenden für Clubs in der Krise. Doch das allein reicht nicht, wie ihr Pressesprecher Lutz Leichsenring im Gespräch erläutert

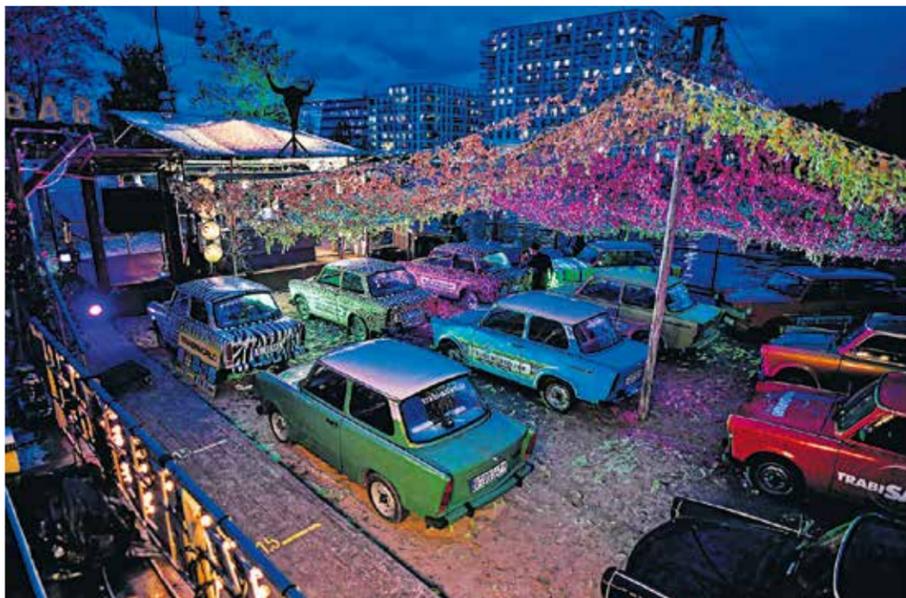
Interview Jens Uthoff

taz: Herr Leichsenring, Clubs wie das Sisyphos, das Sage Beach und das About Blank haben ihre Außenflächen wieder geöffnet oder öffnen sie bald. Deutet sich für die Clubszene eine Entspannung der Lage an?

Lutz Leichsenring: Nein, das kann man nicht sagen. Die Außenflächen der Clubs werden eher umgenutzt. Früher waren dort Open-Air-Dancefloors, jetzt werden Biergärten oder Pizzastände eröffnet, damit man den Leuten überhaupt irgendetwas anbieten kann. Aber vielleicht kann man das Angebot mit den Erfahrungen, die man nun sammelt, kontinuierlich erweitern und bald auch wieder Musikformate veranstalten.

Die Clubcommission hat mit gestreamten Live-DJ-Sets und -Konzerten („United We Stream“) allein für die Berliner Clubs mehr als 450.000 Euro Spenden eingesammelt. Überrascht Sie der Zuspruch?

Das ist ein großer Erfolg für uns. Live schauen bis zu 10.000 Menschen zu, und einige Sets sind insgesamt weit über 100.000-mal abgerufen worden. Zu Beginn hatten wir überhaupt keine Vorstellung davon, wie viel Geld wir darüber wohl einspielen können. Insgesamt sind über die Plattform nun fast eine Million Euro Spenden in den verschiedenen Städten zusammengekommen. Das Projekt wurde ja schnell ausgeweitet – nach Berlin und Hamburg machen nun auch Clubs aus Leipzig, Dresden, Köln, Stuttgart, Amsterdam, Belgrad, Detroit und vielen weiteren Städten mit. Was in Manchester gerade passiert, ist auch toll: Dort streamen DJs und Produzenten House-Music-Sets aus den Clubs, die sich bis zu 2 Millionen Leute anschauen und -hören auf unitedwestream.co.uk. Manchester hatte mit der Haçi-



Ein DJ-Set ohne Publikum mit DJ Malin im Club Sage Beach Foto: Britta Pedersen/dpa/picture alliance

enda ja einen der ersten und wichtigsten House-Clubs in Europa, diese Tradition lassen sie jetzt wieder aufleben.

Wie ist es für Sie, DJ-Sets in leeren Clubs aufzunehmen?

Es ist eher ein trauriges Bild, wenn man vor Ort ist. Das ist ja auch keine Clubkultur, das ist eine Fernsehproduktion. Da stehen ein paar Kameras um den DJ herum, und der kann sich nicht auf sein Publikum einstellen,

United We Stream

Die Clubcommission ist der Interessenverband der Berliner Clubszene, er wurde im Jahr 2001 gegründet. Die Clubcommission vertritt ca. 250 Clubbetreiber*innen und Veranstalter*innen.

Zu Beginn der Coronakrise hat die Clubcommission gemeinsam mit weiteren Akteuren der Berliner Clubszene und Fernsehsendern das Format „United We Stream“ ins Leben gerufen, um Spenden für die Clubkultur zu sammeln. Bei „United We Stream“ werden jeden Abend DJ-Sets und Konzerte aus verschiedenen Clubs bei Arte Concert und via YouTube übertragen. Nachdem die Reihe in Berlin und Hamburg erfolgreich gestartet ist, sind inzwischen deutschland- und weltweit viele weitere Städte hinzugekommen.

weil er es nicht sieht. Er spürt den Vibe nicht, den er kreiert.

Diese Streamings sind hochkarätig besetzt: Ellen Allien, Helena Hauff, DJ Hell und viele weitere Künstler:innen haben bereits teilgenommen.

Wir wollen vor allem die Vielfalt der Clubkultur abbilden, an manchen Tagen machen wir bewusst auch ein sehr nischiges Programm, was dann zwar auf Kosten der Viewer-Zahlen

geht, uns aber sehr wichtig ist, um der gesamten Berliner Szene eine Plattform zu bieten.

Die Summe, die Sie eingespielt haben, ist für die Clubs trotzdem nicht existenzrettend. Es gibt Soforthilfepakete (II, IV, V), auf die Clubbetreiber potenziell Anspruch haben. Reichen die aus?

Bei den meisten Clubs, bei denen die Soforthilfepakete IV oder V greifen, kehrt wohl bis September oder Oktober ein bisschen Ruhe ein – den Eindruck hatte ich zuletzt bei persönlichen Gesprächen. Aber ein großes Problem ist, dass man nicht weiß, wie lange das noch so weitergeht. Ist eine Wiedereröffnung Ende des Jahres realistisch? Oder sprechen wir von Frühjahr 2021? Das ist alles spekulativ. Auch wenn sich alle jetzt als Epidemiologen und Virologen aufspielen – ich maße mir es nicht an, Vorhersagen zu treffen.

Gibt es Clubs, die durch alle Raster fallen, bei denen staatliche Hilfen nicht greifen?

Ja, eine Lücke gibt es noch. Für die Soforthilfepakete IV und V sind mehr als zehn Beschäftigte Voraussetzung. Es gibt aber Clubs, die weniger als zehn fest angestellte Mitarbeiter haben, zugleich aber nicht zu den Kleinunternehmen zählen. Das „Gretchen“ ist so ein Beispiel, die haben zwar einen kleinen Zuschuss bekommen, aber der hält bei so einem relativ großen Laden nicht lange vor. Auch viele Festivals haben das Problem, dass sie nicht auf ausreichend viele Festangestellte kommen, sie arbeiten mit vielen Freelancern und „Saisonkräften“. Auf die Situation der Festivals wollen wir bald aufmerksam machen, indem wir einen Tag lang ein Online-Festivalformat zeigen. Das Kick-Off Event ist Ende Juni geplant und soll von ikonischen Orten mit hochkarätigen Berliner Künstler*innen gestreamt werden.

Was bedeutet die fehlende Planungssicherheit für Clubs?

In der Regel werden Künstler mindestens ein halbes Jahr im Voraus gebucht, es müssen Hotelbetten organisiert, Flüge gebucht, Technik geordert werden. Selbst wenn es den Clubs im Herbst ermöglicht wird, Teilbereiche zu öffnen, ist es fraglich, ob sie das alles so schnell hinbekommen. Und wenn etwa ein großer Club ein Drittel der Ladenfläche bestuhlen und entsprechend weniger Publikum einlassen kann, rechnen sich viele Konzerte und Veranstaltungen vorne und hinten nicht.



Lutz Leichsenring, 41, ist Pressesprecher der Clubcommission Berlin e. V.

berlin viral

Früher haben sich die Spinner wenigstens noch Mühe gegeben

So, Kinder, die Zeit, als wir wegen Corona alle nett zueinander waren und uns vernünftig benommen haben, ist vorbei. Ab sofort ist jeder sich selbst der Nächste. Versucht erst mal, sich mit „Hoppla, jetzt komm ich“-Attitüde an lästigen Wartenden vorbei in den Supermarkt hineinzudrängeln. Und schüttelt verständnislos den Kopf, wenn er von einem dieser neuen Supermarkt-Türsteher wieder hinauskomplementiert wird.

In den Medien ist in den letzten Wochen viel darüber spekuliert worden, was die Verschwörungsschwurbler motiviert, die plötzlich aus den Gullys kommen. Ist es die Komplexität dieser Welt? Die mangelnde Bildung? Soziale Deklassierung?

Ich hätte da eine andere Erklärung: Wohlstandsverwahrlosung. Diesen Leuten geht es einfach viel zu gut. Wer Zeit hat, das Gefasel von Geistesriesen wie Attila Hildmann zu dekodieren und viralen WhatsApp-Sprachnachrichten hinterher zu recherchieren, hätte sich besser eine sinnvolle Beschäftigung für die Zeit von Kurzarbeitergeld und Homeoffice gesucht. Dabei ist für das, was einem heute so

geboten wird, sogar das Wort „Verschwörungstheorie“ noch ein Kompliment. Früher haben sich die Spinner wenigstens noch Mühe gegeben, um mit Tausenden irren Details zu beweisen, dass die Mondlandung nicht stattgefunden hat. Inzwischen reichen ein paar abstruse Behauptungen als Clickbait. Aber die mangelnde Abwechslung der letzten Wochen scheint vielen ihre innere Leere so deutlich gemacht zu haben, dass jedes Sinnstiftungsangebot und jede Ablenkung dankbar angenommen werden.

Besser noch, als sich Unfug im Internet zusammenzuklicken, ist es freilich, sich mit ein paar anderen Zauseln im öffentlichen Raum zusammenzurotten und sich zum Volk zu erklären. Vielleicht kriegt man ja sogar noch ein Mikrofon hingehalten, in das man seine neuesten Telegram-Einsichten hinein erzählen kann.

Auf dem Weg zum Alexanderplatz am Samstag finde ich mich in Gesellschaft der „erlebnisorientierten Jugendlichen“ wieder, die früher am 1. Mai in Kreuzberg Randalen gemacht haben. Frohe Erwartungshaltung, Sonnenbrillen und Palästinaer-

tuch, das man sich schnell über die Nase ziehen kann, wenn es kracht.

Doch dazu kommt es nicht. Es gibt zwar genug von den Orks mit Pappschildern und Transparenten, die man noch von den sogenannten Friedensdemos anno 2014 kennt. Aber weil der halbe Alexanderplatz abgesperrt ist, entsteht keine kritische Masse derer, die sich von „Frau Merkel“ nicht ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht nehmen lassen, anderen ins Gesicht zu husten. Die Wiedereröffnung von Shopping Malls und Biergärten hat ihre Wirkung nicht verfehlt: Man kann sich wieder anders beschäftigen, als auf dem Alex herumzustänkern.

Aber wo sind die Linksradikalen, die bei diesen Veranstaltungen angeblich zusammen mit Nazis „die Verunsicherung der Menschen instrumentalisieren“? Ich finde nur ein paar Punks bei einer Gegenkundgebung auf der anderen Seite der Karl-Liebknecht-Straße. Sie sind offensichtlich hoch erfreut, dass sie sich direkt unter der Nase der Polizei verummern dürfen.

Dann ist da noch eine „Freiheitsparty“, bei der ein paar verzweifelt fröhliche Verstrahlte

herumhüpfen. Leider ist die Musik nicht schlecht, und die Leute sehen so aus wie die Figuren einst von den illegalen Open-Air-Raves im Grünen.

Egal. Wer sich hier aufhält, verliert seine Würde. Auf dem Heimweg finde ich bei denn's im Regal den Brotaufstrich „Nutwave“ von Attila Hildmann. Dazu ein Fähnchen: „Aus der Re-

gion.“ Anders als Kaufland und Vitalis, die den Kram des frischgebackenen Aluhuts aus dem Sortiment entfernt haben, achtet denn's nur auf Bio-Qualität, nicht auf den toxischen Irrsinn seines Produzenten. Der Nachholtermin für das Xavier-Naidoo-Konzert in der Spandauer Zitadelle ist übrigens der 1. August 2021. *Tilman Baumgärtel*

lokalprärie

dienstleistungen

Carlos, der Mann für viele Fälle bei Renovierung und anderen Arbeiten: Hilfe mit Rat und Tat bei und individueller Gestaltung von Wohn- und Arbeitsraum. Übernahme Garten- und Hauswartsarbeiten, Umzüge und Überführungen, kleine Transporte oder sonstige Erledigungen. Sie brauchen aktuell oder demnächst Unterstützung? Anrufe erbeten unter ☎ 0172/477 09 29 Bitte heben Sie diese Anzeige auf, falls Sie später auf meine Hilfe zurückgreifen wollen!

transporte

zapf umzüge, ☎ 030 61 0 61, www.zapf.de, Umzugsberatung, Einlagerungen, Umzugsmaterial, Beiladungen, Materiallieferungen, Akten- und Inventarlagerung

sonstiges

Vorsicht bei Mietvertragsabschluss! Vorher zum BERLINER MIETERVEREIN e.V. www.berliner-mieterverein.de ☎ 030/226 260



Die Schaubude Berlin braucht Ihre Mithilfe für das Theaterprojekt „Was bleibt.“

Schreiben Sie Ihre Erinnerungen an die Zeit der deutschen Teilung auf und schicken Sie diese und Fotos alter Gegenstände und Erinnerungsstücke an: wasbleibt@schaubude.berlin!

Besuchen Sie den Blog: wasbleibt-schaubude.com und werden Sie Teil des Archivs der erzählenden Dinge!



So sah es am vergangenen Wochenende auf dem Hamburger Rathausmarkt aus: Viele glauben an die Übertragung des Virus per 5G-Strahlung, an Mikrochips per Zwangsimpfung, eine Neue Weltordnung
Foto: Jannis Große /imago

„Die Angst vor dem Pieks, aufgeblasen zur Verschwörung“

Auch in Hamburg gehen jede Woche wütende Menschen gegen Coronamaßnahmen auf die Straße. Jan Philipp Reemtsma über Menschen mit narzisstischer Übersteuerung, Verschwörungstheorien und was dagegen hilft

Interview Katharina Schipkowski

taz: Herr Reemtsma, knapp 1.000 Menschen demonstrieren wöchentlich in der Hamburger Innenstadt. Warum sind die so wütend?

Jan Philipp Reemtsma: Wir befinden uns in der speziellen Situation, dass die Politik unter dem Imperativ der Bekämpfung einer Seuche mehr in das Privatleben und die Wirtschaft eingreift, als wir das gewohnt sind. Gleichzeitig kann das Bedürfnis, zu wissen, wie lange das noch gehen wird und was noch kommt, nicht befriedigt werden. Das produziert Unsicherheit, alte Routinen funktionieren nicht mehr, neue stellen sich noch nicht ein, da werden viele Leute extrem unsicher.

Warum reagieren bestimmte Leute darauf so aggressiv?

Die allgemeine Unsicherheit trifft auf einen Typ von Menschen, die sowieso leicht aus dem Tritt geraten. Konstitutionell Labile kompensieren, indem sie narzisstisch übersteuern, sie regredieren. Was bei Vierjährigen ganz bezaubernd ist, nämlich sich die Welt mit Unsicherheit und Narzissmus zu erschließen, ist bei Erwachsenen grässlich und gefährlich. Trump funktioniert so. Dazu kommt die verbreitete Neigung zu paranoider Weltdeutung. Man vermutet, es stecke irgendwo etwas dahinter, und wenn man das benennt, stellt sich ein Gefühl der Überschaubarkeit ein. Außerdem der Gewinn des Bescheidwissens. Aber auch der Paranoiker ist narzisstisch übersteuert, er bezieht alles auf sich, ist lieber verängstigt und gekränkt als bedeutungslos. Nehmen Sie zum Beispiel die Impfangst: die typische kleinkindhafte Angst vor dem Pieks, aufgeblasen zu einer Weltverschwörung.

Wie würden Sie das Milieu beschreiben, das in Hamburg demonstriert?

Das Milieu stellt sich erst vor Ort her. Vorher wird es imaginiert durch das Internet als virtueller Stammtisch.

Gibt es keinen ideologischen Kitt, der diese Gruppe zusammenhält?

Nein, da zählen nur die Affekte. Die suchen sich vorgegebene politische Parolen, die irgendwie passen. Ob die von links oder rechts kommen, ist egal, sie müssen nur auf die Affektlage passen. Die Rolle des Politisch-Ideologischen wird generell überschätzt. Denken Sie an Horst Mahler. Er hat von Linksterrorismus bis Rechtsradikalismus alles durchprobiert und ist immer derselbe geblieben. Die Verkörperung des Ideals „authentisch“.

Aber die Demonstrant*innen knüpfen an rechte Argumentationsmuster an. Sie sind gegen „Mainstream-Medien“, gegen Merkel und Spahn, gegen jüdisch imaginierte Eliten.

Ja, diese Argumente sind gerade en vogue. Rechtes Vokabular spielt in der Bundesrepublik aktuell eine

„Hygienedemos“

Kurz nach dem Start der Hygienedemos in Berlin begannen im April auch in Hamburg Menschen, zu „Spaziergängen“ am Jungfernstieg aufzurufen, um die Infektionsschutzmaßnahmen zu kritisieren.

Die Teilnehmer*innenzahl stieg von Woche zu Woche in mehreren Städten - in Hannover protestierten Anfang Mai über tausend Menschen. Mittlerweile scheint der Peak dort überschritten, zuletzt kamen nur noch rund 400.

In Telegram-Gruppen organisieren und koordinieren sich die Teilnehmer*innen und tauschen Verschwörungstheorien aus.

viel größere Rolle als linkes. Deshalb bedienen sich die affektgestörten und narzisstisch übersteuerten Leute dieses Vokabulars. Wäre die politische Großwetterlage eine andere, würden sie linkes Vokabular verwenden.

Viele glauben an die Übertragung des Virus per 5G-Strahlung, an Mikrochips per Zwangsimpfung, eine Neue Weltordnung - haben sie den Verstand verloren?

Ich bekomme sehr viel Post von Verrückten. Sie sitzen ganz alleine zu Hause, machen sich Sorgen über Kondensstreifen am Himmel, über angeblich einflussreiche Juden. Jetzt zu demonstrieren, gibt ihnen die Chance, nicht mehr allein zu sein. Andere, die nicht dauernd so verrückt sind, haben jetzt die Gelegenheit, auf Zeit durchzudrehen - das erleben sie als schön und sich selbst als bedeutungsvoll.

Ist das ein Grundproblem: Dass die Menschen keine Freund*innen haben?

Einige haben welche, die sind genauso durchgeknallt wie sie selbst, andere nicht. Es ist nicht so leicht, Freunde zu finden, wenn man so durchgeknallte Spleens hat. Da geht man den Leuten nämlich entschuldigend auf die Nerven. Also braucht man Gleichgesinnte, um überhaupt ein soziales Umfeld zu haben. Viele pflegen ihre Spleens im normalen Leben nicht so intensiv. Jetzt haben sie die Chance, einen großen Freundeskreis um sich zu sammeln.

Woher kommt die Bereitschaft, das Terrain des Rationalen zu verlassen?

Jeder Mensch agiert nur teilweise rational. Die Fähigkeit, das Rationale - oder sagen wir: das, worüber wir in Ruhe und mit Wirklichkeitsbezug reden können - ganz aufzukündigen, hat auch jeder. Einige kultivieren sie aufgrund ihrer persönlichen Entwicklung bis zu bizarren Formen. Es gibt soziale und politische

Situationen, die diese Fähigkeit stimulieren und belohnen. Hexenverfolgung, Massenparanoia. Der Antisemitismus als Staatspolitik ist nicht ganz dasselbe, aber funktioniert auf der Ebene der Affektstimulation ähnlich. Darum ist das alles gar nicht lustig. Gefährlich wird so etwas aber erst, wenn es eine politische Bewegung gibt, die das aufnimmt und trägt.

Was glauben Sie, wo die Bewegung hinsteuert?

Die steuert nirgendwo hin. Sie tut, was sie tut, bis zu einem Erschöpfungspunkt, der möglicherweise bald erreicht ist, oder sie wird eine Bewegung mittlerer Dauer, weil es so großen Spaß macht teilzunehmen. Menschen mögen Vergemeinschaftung.

Trifft der Begriff Querfront hier?

Ich würde ihn nicht benutzen. Dass es Leute in der Weimarer Republik gab, die erst die KPD und dann die NSDAP gewählt haben, wissen wir doch. Wir wissen auch, dass es zwischen Linken und AfD einen großen Wähleraustausch gibt. Wir sollten uns eher fragen, warum uns das immer wieder erstaunt. Das liegt daran, dass wir dem politischen Denken einen zu großen Stellenwert zuschreiben. Menschen denken selten politisch. Auch nicht, wenn sie das behaupten.

Dann kommt es mehr auf das Soziale an?

Auf das Affektive. Wir überschätzen das Politische immer, weil wir meinen, über Politik gut miteinander reden zu können. Wir können über Affekte reden, aber mit rein affektiv Gesteuerten nicht. Das möchten wir aber zuweilen tun, und dann vergessen wir, was wir sehen, und reden uns ein, es gehe um Politik. Aber es hat ja keinen Sinn, auf den Jungfernstieg zu gehen und mit den Leuten reden zu wollen.

Was kann man dann dagegen machen?

Nichts. Nicht hingehen. Man bestätigt die Leute nur in ihrer narzisstischen Übersteuerung, wenn man ihnen Aufmerksamkeit gibt. Man muss Polizisten hinschicken, damit nichts passiert. Man muss es einfach aushalten, bis es vorbei ist. Wenn man die Gelegenheit hat, kann man den Leuten vielleicht zeigen, dass man sie verachtet, das mögen sie nicht.

südwest

Macho als Zwerg

Das wollten wir schon lange tun: den Ton abdrehen, wenn es zu laut und nervig wird. All den Klugschwätzern, Rechthabern, Nörglern und Jammerlappen den Mund stopfen. Aber das geht ja nicht, das **Ohrenschließen** ist noch nicht erfunden, also leiden wir. Jedoch, es gibt **Licht am Ende des Tunnels**: In einem riesigen Feldversuch - irgendwo muss man ja anfangen - wird jetzt Hamburgs Motorrad-Gottesdienst ins Internet verlegt. Und all das **Gejohle, Gedröhn und Gesticke gleich mit**. Diesmal haben sich, Corona-bedingt, nur 70 Biker auf freiem Feld versammelt, um einen Korso zu simulieren und samt Gottesdienst online zu stellen. Aus der Traum vom Gehörtwerden und Wichtigsein; ohne Ton sind all die Machos, Finsterlinge und **Mucki-Protzis winzig klein**. Beziehungsweise: So klein wie immer schon. Nur wusste das bislang keiner außer dem jeweiligen Ehe-Gespons.



Foto: Daniel Reinhardt

Jan Philipp Reemtsma

67, ist Gründer und Vorstand der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und der Arno Schmidt Stiftung. Er gründete und leitete bis 2015 das Institut für Sozialforschung. 1996 wurde er Opfer einer Entführung.

Osman Engin
die corona-chroniken

Der Corona-Verkäufer

Mein kommunistischer Sohn Mehmet hat selbst an diesen Corona-Tagen, wo die ganze Welt zu Hause gelangweilt rumsitzt, eine neue Geschäftsidee entwickelt und schwimmt im Geld. Er ist der kapitalistischste Kommunist, den ich kenne. Nach seiner letzten grandiosen Idee bin ich selbstverständlich total gespannt, was der ewige Student schon wieder in seinem stillen Kämmerlein für eine Geldmaschine ausgebrütet hat?

Letztes Jahr hatte er eine Briefwahl-Mitbenutzungszentrale gegründet. Er kaufte von politikmüden Eingeborenen ihre Briefwahlunterlagen für 22,50 Euro ein und verkaufte sie an Migranten ohne Wahlrecht weiter – für 45 Euro! Das Geschäft war ein Riesenerfolg. Wir mussten sogar für einige Wochen unten im Keller schlafen, weil unsere ganze Wohnung mit Briefwahlunterlagen vollgestopft war.

Diesmal befürchtet er offenbar Konkurrenz aus der eigenen Familie – er erwähnt seine neue Geschäftsidee mit keinem Wort. Er geht jeden Tag morgens um 8 Uhr mit einer schwarzen Aktentasche aus dem Haus und kommt spätabends mit einem Haufen Geld wieder zurück. Und wenn ich ihn danach frage, rennt er schnell weg, angeblich weil ich die Corona-Abstandsregeln nicht kenne.

Am nächsten Tag hänge ich mich frühmorgens an seine Fersen. Was ich dann zu sehen bekomme, verschlägt mir die Sprache! Mehmet läuft von Tür zu Tür und kassiert Geld – einfach so! Erpresst er etwa die ganze Stadt? Sieht überhaupt nicht danach aus! Er wird jedes Mal total begeistert empfangen und im Überschlag der Gefühle pfeifen die Leute sogar auf alle Coronaregeln und küssen ihn mitten auf den Mund!

Bei Allah, Mehmet ist denen wichtiger als ihr Leben! Ist er ein Internet-Star geworden? Hat er ein Corona-Gegenmittel erfunden? Beherrscht er die Kunst der Fern-Hypnose? Total neugierig klinge ich auch an zwei Türen, nachdem er umarmt, geküsst und mit viel Geld verabschiedet wurde – und werde sofort wie 'n Hund weggejagt!

Wieder zu Hause frage ich seine Mutter, was ihr Sohn denn schon wieder im Schilde führt? „Ich weiß es nicht“, rätselt sie genauso wie ich. „Seit Tagen grüßt er mich nicht mal.“

„Ich weiß, warum“, schimpfe ich. „Weil der Hundesohn Angst hat, wir könnten Geld von ihm verlangen! Und genau das werde ich jetzt tun!“

Als Mehmet um Mitternacht nach Hause kommt, nehmen wir ihn in die Zange.

„Junge, du kommst hier nicht weg, bevor du mit der ganzen Wahrheit rausrückst. Bist du etwa der neue Mafia-Boss? Kassierst du Schutzgelder?“

„Quatsch! Als guter Kommunist befreie ich die Menschen von ihren Ketten. Ich stecke sie mit Corona an und werde dafür bestens bezahlt.“

„Wie bitte? Willst du uns für dumm verkaufen?“

„Das stimmt. Ich habe Corona und ich verkaufe meine Coronaviren. Die Leute sind es leid, sich monatelang zu verstecken. Sie wollen es endlich hinter sich bringen und ihr altes Leben weiterleben. Komm, lass dich auch küssen, Papa!“



Osman Engin ist Satiriker in Bremen. Er liest seine Geschichten im Radio bei Cosmo unter dem Titel „Alltag im Osmanischen Reich“. Sein Longseller ist der Krimi „Tote essen keinen Döner“ (dvtv).

An die Hand genommen fühlen sich Kita-Erzieher:innen in Niedersachsen in Sachen Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht
Foto: Sebastian Kahnert/dpa

Ein Attest reicht nicht

Der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) in Niedersachsen weist darauf hin, dass Erzieher:innen zum Betriebsarzt müssen, wenn sie sich vom Dienst befreien lassen wollen, weil sie einer Risikogruppe angehören. Die Gewerkschaft Ver.di ist empört

Von Nadine Conti

Es ist nicht so, dass die Klagen der überlasteten „#CoronaEltern“ gar nicht gehört wurden. In Niedersachsen kommen Kitaträger, Kitaleitungen und Erzieher:innen gerade ganz schön ins Rotieren, weil die Kapazitäten in den Notbetreuungsgruppen sehr kurzfristig auf bis zu 50 Prozent hochgefahren werden sollen. Das Land hatte seinen eigenen Stufenplan – der ursprünglich ein schrittweises Hochfahren vorsah – noch mal überholt und die Geschwindigkeit deutlich angezogen.

Sehr zum Ärger der betroffenen Kommunen, die nun organisatorisch kaum hinterherkommen und dem Land vor allem vorwerfen, sie weder informiert noch einbezogen zu haben. Er fände es sehr ärgerlich, wenn der Kultusminister in der Presse so tue, als seien die Kommunen die Bremser, sagte der Präsident des niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Marco Trips, Ende der vergangenen Woche.

„Mit erheblichem Aufwand und Engagement stellen die Kommunen mit den Erziehe-

rinnen und Erziehern derzeit die Kinderbetreuung sicher.“ Dabei erfüllen sie die veränderten Vorgaben regelmäßig selbst erst aus Pressekonferenzen am Freitagnachmittag, sollten diese aber am Montag schon umsetzen.

Bei diesem politischen Druck droht auch der Gesund-

heitsschutz der Beschäftigten wieder hinten runterzufallen, argwöhnt die Gewerkschaft Ver.di. An mehreren Stellen komme er in der Praxis viel zu kurz, kritisiert Ver.di-Landesleiter Detlef Ahting.

Es ist nicht das erste Mal, dass Ver.di und der KAV in der Coronakrise derart aneinander geraten

Für weiteren Ärger sorgt dabei, dass der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) nun auch noch in seinem letzten Rundschreiben darauf aufmerksam gemacht hat, dass für Erzieher:innen, die sich vom Dienst befreien lassen wollen, weil sie einer Risikogruppe an-

gehören, eine einfache Krankenschreibung vom Hausarzt nicht ausreicht. Ver.di schäumt prompt: „Traut der KAV seinen Beschäftigten nicht? Sind Atteste der Ärzte nichts mehr wert?“, wird Ver.di-Landesfachbereichsleiter Martin Peter in der entsprechenden Pressemitteilung zitiert. So werde unnötig Misstrauen gegenüber den eigenen Beschäftigten und den Mediziner:innen gesät, heißt es weiter. Überschrift: „Erzieher:innen sollen jetzt zum Amtsarzt.“

Das wiederum findet der Geschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen, Michael Bosse-Arbogast, eine Unverschämtheit und reine Polemik. Ver.di arbeite hier unsauber, sagt er und verweist auf Fehler in der Pressemitteilung. Da hatte die Gewerkschaft zum einen die Verbandsebenen verwechselt (Ver.di schreibt VKA statt KAV – wobei ersteres den Bundesverband, zweites die Landesverbände bezeichnet) und zweitens die Bezeichnung „Amtsarzt“ ja auch irreführend sei – denn der sei ja eher für Beamt:innen zuständig, was Erzieher:innen selten sind.

Tatsächlich habe er – auf Anfrage mehrerer Mitglieder – die rechtliche Auskunft erteilt, dass in solchen Fällen eigentlich eine Gefährdungsbeurteilung durch den betriebsärztlichen Dienst vorzunehmen sei. Denn es gehe hier ja nicht um eine Krankenschreibung, deren Bedingungen im Tarifvertrag geregelt sind, sondern um Fragen des Arbeitsschutzes.

Es ist allerdings nicht das erste Mal, dass Ver.di und der KAV Niedersachsen derart aneinander geraten: Schon relativ zu Beginn der Coronakrise fiel der KAV Niedersachsen dadurch auf, dass er – als die Schul- und Kitaschließungen gerade erst bekannt gemacht wurden – sofort darauf hinwies, dass Beschäftigte für die Kinderbetreuung aber Urlaub nehmen müssten und nicht etwa Anspruch auf bezahlte Freistellung hätten.

Formaljuristisch war das auch damals korrekt, wenn man die tarifvertraglichen Regelungen betrachtet. Nur hat bei deren Abschluss eben auch niemand an eine derartige Ausnahme-situation gedacht. Und politisch wirkte es ausgesprochen seltsam, dass sich ausgerechnet der Interessenverband der KAV Niedersachsen auf derart hartleibige Arbeitgeber:innen-Positionen zurückzog – immerhin sind in ihm öffentliche Verwaltungen, Verbände, Vereine, Unternehmen und Stiftungen, die in den Kommunen, Landkreisen und Regionen öffentliche Aufgaben erfüllen, organisiert.

Und selbst an Privatunternehmen appellierte damals der Bundesarbeitsminister, kulante und sozialverträgliche Regelungen gemeinsam mit den Beschäftigten zu finden. Mittlerweile gibt es auch Zusatzvereinbarungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die helfen sollen, solche Härten abzumildern.

Unklar ist, wie viele Beschäftigte im Kita-Bereich nun von diesem neuen Konflikt betroffen sind, also selbst zur Risikogruppe gehören oder sich um Angehörige kümmern, die gefährdet sind. Der KAV-Geschäftsführer spricht von „vereinzelten Anfragen“, die er nicht quantifizieren könne. Gewerkschafter:innen schätzen, dass bis zu einem Drittel der Beschäftigten betroffen sein könnten.



Demokratie in Gefahr

In Niedersachsen ziehen FDP und Grüne wegen der Corona-Verordnungen vor den Staatsgerichtshof

Von Nadine Conti

FDP und Grüne wollen in Niedersachsen vor dem Staatsgerichtshof Klage gegen die Landesregierung erheben. Die beiden Oppositionsparteien beklagen, dass das Parlament über die quasi wöchentlich erlassenen neuen Corona-Verordnungen immer erst über die Medien informiert worden sei.

„Das widerspricht Artikel 25 der Niedersächsischen Verfassung, wonach die Landesregierung verpflichtet ist, den Landtag frühzeitig und vollständig über geplante Rechtsverordnungen mit wesentlichem Inhalt zu unterrichten“, sagte der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stefan Birkner am Dienstag in Hannover.

Und die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Julia Willie Hamburg, erklärte: „Die Regierung von Stephan Weil hat aus mehreren Niederlagen vor Gericht allein in der Coronakrise rein gar nichts gelernt. Anders lässt sich die Arroganz kaum erklären, mit

der unsere wiederholten Hinweise auf die grundlegenden Informationspflichten der Regierung gegenüber dem Parlament abgetan werden.“ Die beiden Fraktionen bereiten nun eine Klage mit Eilantrag vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg vor.

CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer, der sich als Erstes zu den Vorwürfen der Opposition äußerte, sagte, man blicke dem Eilverfahren gelassen entgegen. Der Vorwurf der mangelnden Beteiligung laufe rechtlich wie inhaltlich ins Leere. Gleichwohl sei es natürlich das gute Recht der Opposition, das Handeln der Landesregierung verfassungsgerichtlich prüfen zu lassen.

Er warnte aber auch vor Beifall aus der falschen Ecke: „Grüne und FDP sollten sich allerdings der Gefahr bewusst sein, dass sie mit ihrer Klage möglicherweise ungewollt jene unterstützen, die aktuell die demokratische Legitimation der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie infrage stellen“, sagte Toepffer.

Die AFD kündigte eine eigene Klage vor dem Staatsgerichtshof an. Von der Staatskanzlei und der SPD waren bis zum Redaktionsschluss keine Stellungnahmen zu bekommen.

Vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg sind derzeit noch immer 103 Eilanträge und Hauptsacheverfahren zu einzelnen Coronamaßnahmen anhängig, wie ein Gerichtssprecher dem NDR mitteilte. 54 dieser Vorgänge seien noch nicht abschließend bearbeitet. Viele Unternehmer zogen vor Gericht, um eine Arbeitsurlaubnis ihrer Betriebsstätten durchzusetzen.

Kassiert hatte das OVG unter anderem die Quarantänepflicht für aus dem Ausland Einreisende und die Schließung von Tattoostudios. In anderen Entscheidungen bestätigte es die Linie der Landesregierung. Ob eine Beteiligung des Parlaments an dieser „Fehlerquote“ tatsächlich etwas geändert hätte, wie die Grünen-Fraktionsvorsitzende anführt, ist fraglich.

nachrichten

Sozialministerium will mehr Coronatests

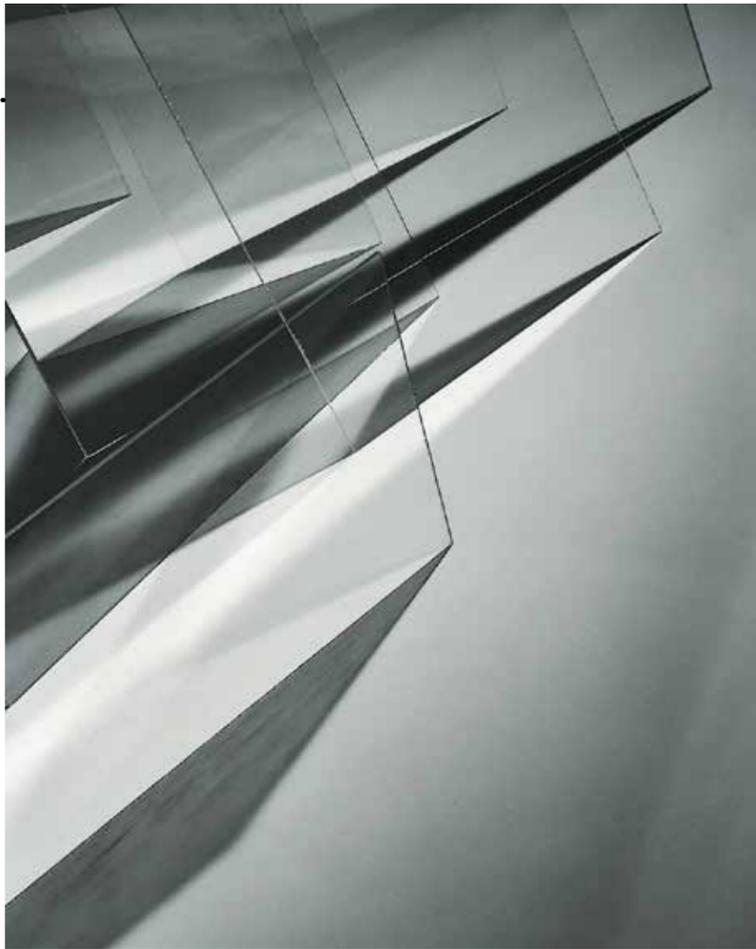
Das niedersächsische Sozialministerium will weitere Mitarbeiter von Schlachthöfen und Zerlegebetrieben auf mögliche Corona-Infektionen testen lassen. Ein entsprechender Erlass sei am Dienstag ergangen, sagte eine Sprecherin in Hannover. Bislang seien nur solche Betriebe überprüft worden, die über ihre Subunternehmer Kontakt zu Schlachthöfen mit Infizierten hatten. Das betraf Unternehmen in den Kreisen Cloppenburg, Vechta, Emsland und Osnabrück. Nun sollten die Mitarbeiter aller Schlacht- und Zerlegebetriebe überprüft werden, in denen es Subunternehmer gebe. Insgesamt gehe es in Niedersachsen um 163 Betriebe. (dpa)

Justizministerium will intransparent bleiben

Das niedersächsische Justizministerium hat Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg gegen ein Urteil aus der vergangenen Woche eingelegt. Das Verwaltungsgericht Hannover hatte nach einer Klage des Transparenzportals „Frag den Staat“ entschieden, dass das Ministerium seine Erlasse rund um die Coronapandemie veröffentlichten muss. Bei der Beschwerde gehe es „um die Klärung der juristischen Frage, ob und inwieweit das niedersächsische Umweltinformationsgesetz eine taugliche Anspruchsgrundlage für die Herausgabe von internen Dokumenten ist“, sagte ein Ministeriumssprecher. (taz)

Die Schönheit der Baustelle

Bilder von unkontrollierbarem Bastelwerk und farbenfrohen Konstruktionen: Das Kunstmuseum Wolfsburg zeigt großformatige Fotoarbeiten der US-amerikanischen Künstlerin Barbara Kasten und des Deutschen Ulrich Hensel



Kitzel für die Sehgewohnheiten: Barbara Kasten erweitert Fotos skulptural
Foto: Barbara Kasten, Courtesy die Künstlerin und Kadel Willborn, Düsseldorf

Von **Bettina Maria Brosowsky**

So geht es also auch: kein Presserundgang – donnerstags, 11.15 Uhr, aus zeitlicher Rücksicht auf anreisende Hauptstadtkolleg*innen – und keine abendliche Vernissage mit Partytime. Dafür zwei sorgsam installierte Ausstellungen, die dank Corona-Schließung noch vor ihrer offiziellen Eröffnung in Dornröschenschlaf fielen und vielleicht deshalb jetzt mit gewisser Frische, zumindest aber intensiver Farbigkeit punkten können: Das Kunstmuseum Wolfsburg zeigt aktuell großformatige Fotoarbeiten der US-amerikanischen Künstlerin Barbara Kasten und des Deutschen Ulrich Hensel.

Beiden ist gemeinsam, dass sie einem breiten Publikum wohl kaum bekannt sind, sie also eher zur Kategorie des nur unter Insidern sowie Künstlerkolleg*innen geschätzten „Artist's Artist“ zählen. Und beide sind auch nicht mehr ganz jung: Kasten wurde 1936 in Chicago geboren, wo sie mittlerweile wieder lebt und arbeitet, Hensel kam zehn Jahre später in Düsseldorf zur Welt, und auch er ist seiner Heimatstadt treu geblieben.

Bei der Kombination „Fotografie“ und „Düsseldorf“ assoziiert wohl jede*r die sogenannte Becher-Schule des gleichnamigen Ehepaars, das ab Mitte der 1970er-Jahre an der lokalen Kunstakademie eine ganze Generation erfolgreicher Fotokünstler*innen prägen konnte. Unter ihnen sind bildgewaltige Superstars wie Candida Höfer, die beiden Thomas' Ruff und Struth oder Andreas Gursky.

Materielle Fakes

Derartige Ausbildung hat Hensel nie genossen, er ist fotografischer Autodidakt, studierte neben Kunst und Film auch Psychologie. In den 1980er-Jahren lebte er aber einmal mit Gursky in gemeinsamer WG, seitdem gilt jener als Bewunderer der obsessiven thematischen Schlüssigkeit Hensels. Denn den zieht es seit über zwei Jahrzehnten ausschließlich auf größere Baustellen, meist in Düsseldorf.

Was er dort aber erblickt und zu maßstabsgetreuen immensen, analog fotografierten Tableaus verdichtet, hat nichts mehr mit handwerklichem Ethos, gar einer Heroik menschlicher Arbeit zu tun. Es sind nämlich diese modernen Baukonstruktionen, die mit extrudierten Schaumstoffen, Folien, Geweben und das alles zusammenhaltenden

Befestigungssystemen vielleicht avancierten Anforderungen aktueller Bauphysik genügen mögen, in ihren Schichtungen und Fügungen aber wie außer Kontrolle geratenes, riesiges Bastelwerk anmuten.

Diesem gewinnt Hensel nun formale Kompositionen ab: Von einem mit Materialtexturen angereichertem Konstruktivismus à la Mondrian bis hin zu minimalistischen Erzählungen irritierender Ratlosigkeit. Beabsichtigt oder unfreiwillig, illustriert Hensel so eine herabgewirtschaftete Baukultur, die nur noch Blendwerk zusammen zu laminieren vermag, im maximalen Falle in der Oberflächenstärke einer sichtbaren Mauerwerkschale. Dieses Bauen als materi-

Ulrich Hensel illustriert mit seinen Fotos eine herabgewirtschaftete Baukultur, die nur noch Blendwerk zusammenzulaminieren vermag

eller Fake verankert Hensel auf dem Boden der Tatsachen: Stets bildet ein Streifen horizontalen Baugrunds die Basis dieser verkommene Werke, gleichermaßen absurde wie dekorative Interpretationen anregend.

Als vorrangig „dekorativ“, um ein vernichtendes Urteil eines US-Kritikers zu zitieren, ist man geneigt, viele der späten Arbeiten von Barbara Kasten zu empfehlen. Dabei kann die Künstlerin mit einer üppigen Palette ästhetischer Ideen, Medien sowie Materialien aufwarten. Gerade ihre Frühwerke, die zum Glück

in Wolfsburg zu sehen sind, gingen so eigenständig wie berührend immanenten Fragen künstlerischer Disziplinen und zeitgeschichtlicher Selbstverortung nach.

Da wäre aus den 1970er-Jahren ihre Reihe der „Seated Forms“: Stühle, etwa ein Kaffeehaus-Klassiker von Thonet, besetzt Kasten mit handgewebten Sisal-Skulpturen, deren Formen üppige weibliche Rundungen nachvollziehen. Isolierte Brüste, Hinterteile, Oberschenkel ergießen sich über die Sitzgelegenheiten, quellen darüber hinaus. Durchgehend in starke Farben gefasst, bilden sie monolithische Objekte, hinterfragen so eine nicht erst seit Bauhauszeiten den Frauen zugewie-

nen üblichen Vervielfältigungsmedium der Blaupause, ausbeleuchtet, dabei mit Rastern und transparenten Flächen überlagert.

Dieser thematische wie mediale Abstraktionsprozess bildete den Umbruch ins Kastens Schaffen. Seitdem arbeitet sie an der Überführung dreidimensionaler Wirklichkeiten in das zweidimensionale fotografische Bild. Dabei fällt der Fotografie nicht die Rolle des simplen Abbildes zu, sie ist die inszenatorisch dirigierende Instanz für immer opulenter gewordene Arrangements im Studio oder auch in postmodernen US-Architekturen.

Wieder sind es eher die frühen Arbeiten, die Interesse wecken, wie die verhaltene Schwarz-Weiß-Serie „Amalgam Untitled“: Glasflächen, deren Schnittkanten, Interferenzen mit Drahtgeweben, Opakes, Schatten, Spiegelungen erinnern an Foto-Experimente am Bauhaus unter László Moholy-Nagy oder, ganz offensichtlich, die Arbeiten einer Florence Henri, die 1927 bei ihm studiert hatte.

Kitzel fürs Auge

Multikünstler und Theoretiker Moholy-Nagy soll dann auch umfassender Referenzrahmen Kastens sein, sogar für ihre grellbunten späten Arbeiten aus fluo-reszierendem Acrylglas. Sie vollzieht in ihrer Serie „Progression“ nun an ihrem „in der Kamera aufgebauten Bild“, so die Künstlerin, eine „skulpturale Erweiterung“, indem sie dem großen, farbintensiven Fotoprint dreieckige oder rechteckige Flächen aus identischem Material aufsetzt. Das transparent farbige, dreidimensionale Flächenwerk wirft nun seinerseits bunte zweidimensionale Schatten auf das ähnlich konstruierte Fotomotiv – ein visueller wie auch kognitiver Kitzel unserer Sehgewohnheiten, zweifelsohne.

Dieses farbenfrohe Ausstellungsdoublet ist derzeit das Notprogramm im Kunstmuseum Wolfsburg, das sein ursprünglich für Mai geplantes Vorhaben „Macht! Licht!“ zur politischen Dimension künstlicher Beleuchtung um mehr als ein Jahr verschieben musste. So wartet man also immer noch auf die erste diskursive Themenausstellung für die verwaiste große Ausstellungshalle unter ihrem neuen Direktor, sie waren einst ja das Markenzeichen des Hauses.

„Barbara Kasten. Works“ und „Ulrich Hensel. Zwischenwelten“: bis 8. 11., Wolfsburg, Kunstmuseum



Bauen als materieller Fake: Ulrich Hensels „Düsseldorf, Färberstraße, II“ von 2007
Foto: Ulrich Hensel

Katrin Seddig
Fremd und befremdlich

Es gibt überhaupt keinen „Vatertag“, brachte uns unsere Mutter damals bei

Jedes Jahr, wenn es auf Himmelfahrt zugeht, bin ich etwas gereizt. Dieses Gefühl sprießt in mir als eine alte Erfahrung, die sich nicht vollständig auslöschen lässt. Sie ist von unserer Mutter auf mich übergegangen. Als wir Kinder waren, trug unsere Mutter diese Gereiztheit in Erwartung dieses Feiertages vor sich her, wie eine Krankheit, und in unterschiedlichsten Nuancen, auch Schermut und Resignation. Sie versuchte nicht, unseren Vater von etwas abzuhalten, das hätte sie auch nicht gekonnt. Aber sie trug diese Stimmung mit sich herum, hatte diesen Ausdruck im Gesicht, was auch ihn dann, schon im Voraus, ziemlich reizte. So war die Situation bei uns zu Haus am Vorabend des sogenannten „Vatertages“ äußerst angespannt.

„Es gibt überhaupt keinen Vatertag“, brachte uns unsere Mutter damals bei. „Diesen Tag haben sich die Männer für sich erfunden.“ Wenn es dann doch einen scharfen Wortwechsel zwischen unseren Eltern gab, weil unsere Mutter mal wieder ihre Schnauze nicht halten konnte, dann kam dabei heraus, dass unsere Mutter der Überzeugung war, dass unser Vater sich nur sinnlos besaufen wolle, und unseres Vaters Vorwurf war, sie würde ihm nicht gönnen, dass er auch mal ein bisschen feiern wolle.

Diese „Feiertage“ verliefen unterschiedlich. Es kam vor, dass unser Vater tatsächlich nur angetrunken und gar nicht so spät nach Hause kam und unsere Mutter schnapselig umarmte, was sie sofort sehr glücklich machte. Es konnte aber auch tragisch verlaufen, und davon will ich hier nicht berichten. Später schwor unser Vater dieser Tradition dann ab und feierte den „Vatertag“ mit der Familie.

Ich weiß nicht aus Erfahrung, wie es heute

Was feiern diese „Väter“ eigentlich? Sich selbst? Indem sie sich betrinken?

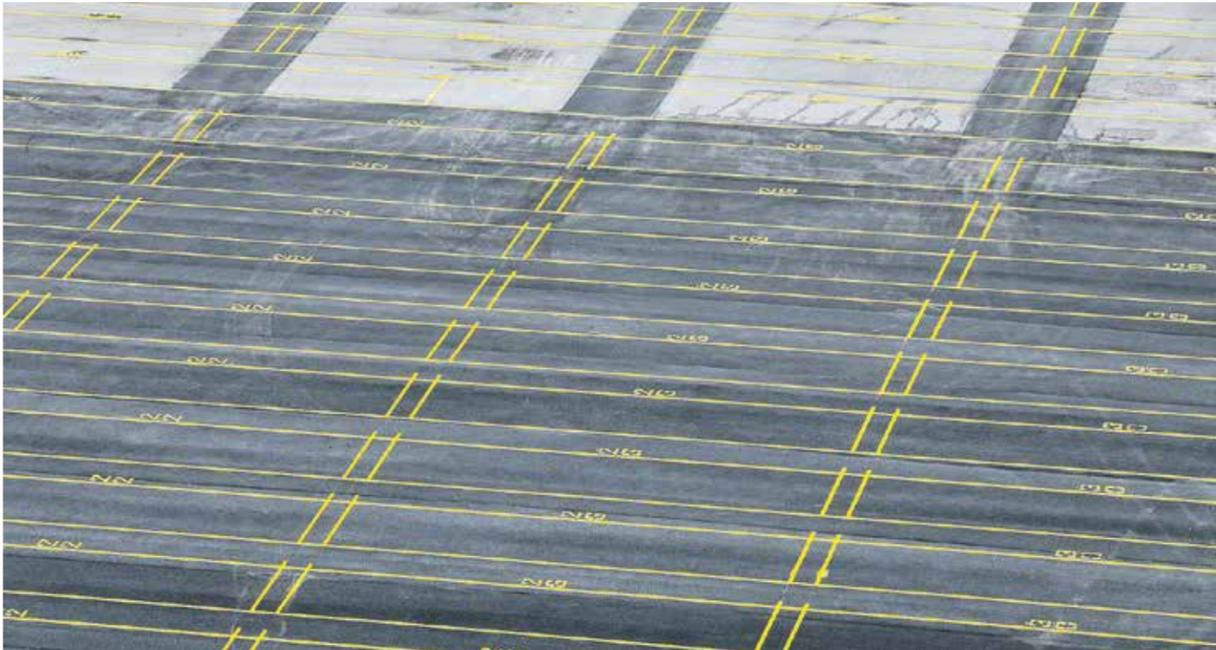
in den durchschnittlichen, deutschen Familien ist. Ich war noch nie mit einem Mann zusammen, der den „Vatertag“ feierte. Ich kenne keinen Mann, der so etwas tut. Gibt es auch heute viele Frauen, die diesen Feiertag feiern? Gibt es in vielen Familien diesen späten Feiertagsabend des Hasses und der Gewalt? Das Entsetzen der Kinder, die Angst und die Scham, über einen Vater, der sein Urinieren nicht mehr im Griff hat? Und was feiern diese „Väter“ eigentlich? Sich selbst? Indem sie sich betrinken? Und soll dieser Tag wirklich das Pendant zum Mutter- oder Frauentag sein? Und warum sehen wir dann an diesen Tagen keine grölenden, besoffenen Frauen in Rudeln im Park herumziehen?

In Hamburg ist eben gerade ein sechstes Frauenhaus eingeweiht worden. Und die Plätze reichen immer noch nicht aus. Die Corona-Isolation hat die Situationen in den Familien verschärft. Das Beisammensein fördert nicht jede Familienharmonie. Arbeitslosigkeit und fehlendes Geld noch weniger. Wie wird sich dieser Feiertag, der eigentlich das Fest zur Himmelfahrt Jesu ist, in diesem Jahr ausgeben, wie der Österreicher sagt? Das Herumziehen mit dem Bollerwagen dürfte, aufgrund der Hygieneregeln, nicht erlaubt sein. Große trinkende Gruppen auf Wiesen, das sollte eigentlich nicht gehen. Aber wird die Polizei, die immer mehr überfordert ist, diese Verstöße alle zu erfassen und dagegen vorzugehen, an diesem Tag der Aufgabe gewachsen sein? Werden enttäuschte Männer in gefährdeten Familien zu Hause trinken und Konflikte erst recht explodieren?

Im Landkreis Aurich ist das Ausschanken von Alkohol am „Vatertag“ verboten worden. So sollen die Massen von den Biergärten ferngehalten werden. Die Dehoga will dagegen vorgehen. Wir werden sehen, wer gewinnt. In den Kommentaren zu solchen Meldungen kann man erfahren, was der Vatertag feiernde Mann dazu denkt. Er fühlt sich gegängelt und in seiner Freiheit, sich überall betrinken zu können, beraubt. Aber er ist fest entschlossen, das Bierfass im Garten aufzustellen. Dort könne man schließlich machen, was man wolle. Und so stelle ich mir das auch ungefähr vor. Dass die Männer in diesem Jahr weniger herumziehen, sondern mehr zu Hause trinken. Ob es sinnvoll ist, den gebeutelten Restaurants an einem Feiertag, den auch Familien immer mehr für einen Ausflug nutzen, den Ausschank zu verbieten, will ich zumindest anzweifeln.



Katrin Seddig ist Schriftstellerin in Hamburg mit einem besonderen Interesse am Fremden im Eigenen. Ihr jüngster Roman „Das Dorf“ ist bei Rowohlt Berlin erschienen.



Flächen, mit denen sich Besseres anfangen ließe: Container-Stellplätze
Foto: Christian Charisius

corona in hamburg

„Mitglieder erklärten sich solidarisch“

Interview Pascal Patrick Pfaff

taz: Herr Schmidt, wie kommt es, dass Ihre Vereinsmitglieder trainieren können, obwohl in Hamburg die Fitnessstudios noch dicht sind?

Boris Schmidt: Wir haben auf dem Parkplatz ein großes Dach bauen lassen und trainieren nun draußen. Im Sommer regnet es hier recht viel – Gymnastik-Kurse wie Bodyworkout oder Fitdance sollen deswegen aber nicht ausfallen müssen.

Ist die TSG Bergedorf wegen der Coronakrise in finanziellen Schwierigkeiten?

Wir wirtschaften mit den Sportstätten und Anlagen auskömmlich – aber eben auch nur auskömmlich. Allein die Überdachung des Parkplatzes kostet eine fünfstellende Summe. Wir konnten das machen, weil sich die Mitglieder mit dem Verein in den letzten acht Wochen sehr solidarisch erklärten. Zuletzt hatten wir aber auch weniger Kosten, weil einige vom Personal in Kurzarbeit gegangen sind und Honorarkräfte gar nicht beschäftigt wurden. Durch diese Einsparungen war die Investition mit dem Dach zu tragen.

Gerade in der Coronazeit wünschen sich viele Menschen, Sport treiben zu können. Dürfen die alle zu Ihnen kommen?

Wir haben in Bergedorf drei vereinseigene Fitnessstudios und über 2.000 Mitglieder. Denen wollen wir Trainingsmöglichkeiten bieten. Andere Personen würden wir hier nicht rauffassen, weil dies keine offene Fläche ist. Es gibt Auflagen der Behörde: ein Hygienekonzept, Schutzmaßnahmen, Sicherheit, Laufwege, Abstandsregeln. Von daher dürfen auf dieser Trainingsfläche auch nur 20 Mitglieder zeitgleich trainieren. Zehn weitere Mitglieder können die Freifläche für Kurse nutzen. Man muss sich online dafür anmelden, sodass keine Warteschlangen entstehen.

Und nach den Übungen: Geht es dann direkt im Studio unter die Dusche?

Nein, duschen ist nicht erlaubt. Ebenso wenig wie das Umkleiden. Seit vergangener Woche dürfen wir aber die Toiletten öffnen, weil wir hier wieder die Hygienevorschriften einhalten können. Wir überlegen, die Außenerrasse des Fitnessstudios und die Gastronomie wieder zu öffnen. Beides grenzt aneinander. Bis das aber auch von Amts wegen möglich ist, wird es noch ein paar Tage dauern. Vielleicht klappt es unmittelbar nach Pfingsten.



Boris Schmidt 57, ist Vorsitzender des Breitensportvereins TSG Bergedorf.

Sklave der Vergangenheit

Bis zur Finanzkrise 2008 schien es, als würden die Umschlagszahlen im Hafen besonders im Containerverkehr grenzenlos wachsen. Aber heute braucht es ein Umdenken

Von Gernot Knödler

Der Senat sollte seine Pläne für die Hafen grundlegend überdenken. Dieser Schluss lässt sich aus einem „Positionspapier“ ziehen, das der Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) Henning Vöpel im Auftrag der Umweltverbände Nabu, BUND und WWF erarbeitet hat. „Das Papier wäre für einen Industrieverband nicht anders ausgefallen“, versicherte Vöpel.

Der Ökonom hat analysiert, mit welchen globalen Trends in den kommenden 20 bis 30 Jahren zu rechnen ist und kommt zu dem Schluss: „Der gesamte Standort Hamburg ist von einem sehr grundlegenden technologischen und ökonomischen Strukturwandel betroffen, dessen Ausmaße durchaus als historisch bezeichnet werden können.“

Vöpel warnte deshalb davor, in den alten Bahnen des Umschlagmengenwachstums weiterzudenken. Das Geld, das die dafür nötige Infrastruktur verschlinge, wäre möglicherweise in anderen Feldern besser angelegt. Ohne damit einen politischen Vorschlag zu verbinder,

verdeutlichte das Vöpel mit einem Vergleich anhand der neuen Köhlbrandquerung und der Elbvertiefung, die zusammen rund vier Milliarden Euro kosten: „Fragen Sie mal die Industrie oder die Wissenschaft, was die mit vier Milliarden Euro machen könnten.“

Vöpel betonte, es gehe nicht darum, den Hafen kaputt zu

„Hamburg hat vom technischen Fortschritt und der Globalisierung weniger profitiert als andere Städte“

Henning Vöpel, Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts

machen, sondern ihn zu transformieren und die passenden Richtungsentscheidungen für die nächsten Jahrzehnte zu treffen. Damit befeuert er eine Diskussion, die periodisch wiederkehrt. Mitte, Ende der 90er-Jahre wurden Richtungsentscheidungen für ein Verkehrs- und Um-

schlagswachstum getroffen – Elbvertiefung, Hafenerweiterung, vierte Elbtunnelröhre – die sich im Nachhinein anscheinend als richtig erwiesen haben.

Die Globalisierung brach damals erst los. Der LKW-Verkehr vervielfachte sich und bis zur Finanzkrise 2008 schien es auch so, als könnten die Umschlagszahlen insbesondere im Containerverkehr keine Grenzen.

Vöpels Analyse nach hat sich genau das gründlich geändert. Weil sich das internationale Machtgleichgewicht verschiebe, werde es über eine längere Zeit zu einem macht- statt regelbasierten Handelssystem kommen, was den internationalen Handel dämpfe. Überdies werde nach dem großen Sprung Chinas das weltweite Wachstum abnehmen und auch die Digitalisierung und Re-Regionalisierung werden zu einem Schrumpfen des Handelsvolumens führen.

Der Hafenumschlag werde von heute rund 9.600 auf höchstens noch 11.000 Standardcontainer pro Jahr wachsen. Dem stünden hohe direkte und indirekte Kosten des Hafens gegenüber. In der Klimabilanz schlage er als Sonderposten zu

Buche, der in anderen Sektoren kompensiert werden müsse. Flächen und das Geld für Infrastruktur, die dem Umschlag gewidmet würden, fehlten in anderen, zukunftssträchtigen Bereichen mit mehr Wertschöpfung.

„Hamburg und der Norden haben vom technischen Fortschritt und den Markterweiterungen infolge der Globalisierung über längere Zeiträume weniger profitiert als andere Städte und Regionen“, schrieb Vöpel. Dieser Befund werde durch Gutachten der Handelskammer, der OECD und des HWWI gestützt.

Für die drei Umweltverbände stellt sich angesichts dieses Befunds mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen die Frage, ob der Senat nicht von einigen Vorhaben Abstand nehmen sollte. Dazu gehört die doppelte Planung einer neuen Köhlbrandquerung und der parallelen A26-Ost. Und natürlich die Elbvertiefung: Mit der Fahrinnenverbreiterung sei das Wesentliche geschafft, sagte BUND-Geschäftsführer Manfred Braasch. Alles weitere würde nur drastisch steigende Unterhaltungskosten nach sich ziehen.

Bloß ein klein wenig autofrei

Die Autos werden nicht ganz aus der Innenstadt verbannt, darauf haben sich Rot und Grün nun geeinigt

Bei ihren Koalitionsverhandlungen haben sich SPD und Grüne auf eine Verringerung des Autoverkehrs in der Innenstadt verständigt. Beide Seiten hätten drei „Leitprojekte“ definiert, sagte Grünen-Fraktionschef Anjes Tjarks am Montagabend.

Der Jungfernstieg und das angrenzende Passagerviertel sollen demnach möglichst autofrei werden. Durch die Mönckebergstraße sollen weniger Buslinien führen. Die Busse sollen stattdessen durch die Steinstraße fahren. Die Umgestaltung dieser Straße werde das Kontorhausviertel, das seit 2015 mit Chilehaus und Speicherstadt Weltkulturerbe ist, attraktiver machen, sagte SPD-Fraktionschef Dirk Kienscherf.

Beide Politiker betonten, sie wollten alle Interessengruppen in die Planungen einbinden. „Es geht darum, die Stakeholder mitzunehmen“, sagte Tjarks. Die Details der Planungen sollen

„Es geht darum, die Stakeholder mitzunehmen“

Anjes Tjarks, Grüne, Fraktionschef

ten nicht am grünen Tisch entschieden werden.

Kienscherf kündigte eine „Stadtwerkstatt 2030“ an, zu der auch die Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden sol-

len. Und Tjarks versicherte noch: „Die Innenstadt wird sich sehr substanzvoll verändern.“ Radfahrende und Fußgänger:innen sollen mehr Platz bekommen. Durch bessere Querungen der Verkehrsachse Willy-Brandt-Straße sollen künftig Altstadt, Neustadt und die Hafencity für Fußgänger*innen leichter erreichbar sein.

Im Wahlkampf hatten sich die Grünen für eine weitgehend autofreie Innenstadt ausgesprochen. Jetzt sollen die Parkhäuser aber auch künftig weiter mit dem Auto erreichbar sein. Durch den Abriss der City-Hochhäuser könnten im Kontorhausviertel öffentliche Parkplätze wegfallen, sagte Kienscherf. Der Burchardplatz nahe dem Chi-

lehaus könne zum schönsten Platz Hamburgs werden. Doch gerade die Umgestaltung der Steinstraße sei sehr anspruchsvoll. Bei der Verlegung der Buslinien aus der Mönckebergstraße müssten alle Interessen berücksichtigt werden, auch die von Menschen mit Behinderungen. Zudem gehe es darum, den öffentlichen Nahverkehr durch den geplanten Hamburg-Takt zu verstärken.

Tjarks verwies auf die laufenden Bauarbeiten zur barrierefreien Umgestaltung der U-Bahnstationen Mönckebergstraße und Rathaus. Das biete die Gelegenheit, den Busverkehr probeweise für mehrere Wochen aus der Einkaufsstraße herauszunehmen. (dpa)

nachrichten

Kein neuer Corona-Fall

Erstmals seit mehreren Wochen sind in Hamburg von den Gesundheitsämtern binnen eines Tages keine weiteren Corona-Infektionen gemeldet worden. Das teilte die Gesundheitsbehörde am Dienstag mit. Die Zahl der in Hamburg gemeldeten Fälle liegt damit bei 5.034. Auch die Zahlen aus den Krankenhäusern sind seit Wochen eher rückläufig. (dpa)

Neue Demo angekündigt

Die Initiative „Seebrücke“ ruft für Samstag ab 11 Uhr zu einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt auf. Unter dem Motto „Leave no one behind“ wird

die Evakuierung aller Flüchtlingslager und die Aufnahme von mindestens 1.000 Flüchtlingen in Hamburg gefordert. Gegen das erlassene Demoverbot durch die Polizei will die „Seebrücke“ Widerspruch beim Verwaltungsgericht einlegen. (dpa)

Neue Wohnungen gebaut

In Hamburg wurden 2019 9.805 neue Wohnungen fertiggestellt. Das waren 8,1 Prozent weniger neue Wohnungen als im Vorjahr, wie das Statistikamt Nord mitteilte. 2018 sei jedoch ein „Spitzenwert“ gewesen, das Niveau sei also nach wie vor hoch. (epd)

Anzeige

Freilichtmuseum am Kiekeberg
www.kiekeberg-museum.de

direkt an der A7, 141-Minutenfahrt
kostenfreie Parkplätze

Raus ins Grüne
blühende Bauergärten
alte Haustierrassen
historische Fachwerkhäuser
Kaffeerösterei und Landgasthof



Früh anfangen, Augenhöhe suchen und kompetente Lehrkräfte: Nur dann gelingt Demokratie-Erziehung
Foto: Aude Guerucci/dpa

Ahnunglos an der Urne

Rot-grün-rot findet den Politik-Unterricht an Bremer Schulen super. „Katastrophal“ nennt ihn dagegen ein resignierter Politiklehrer. Aber anderswo ist es noch schlimmer

Von Jan Zier

Der Politik-Unterricht an Bremer Schulen sei „qualitativ hochwertig“ und nehme „einen weiten Raum ein“. Das schreibt der rot-grün-rote Senat in einer Antwort auf eine Große Anfrage der drei Koalitionsparteien, die jüngst das Parlament beschäftigte. „Der Senat ist der Auffassung, dass im Land Bremen eine sehr gute Basis für die Demokratietriebildung gegeben ist“, heißt es in dem 26-seitigen Papier.

Der ehemalige Politiklehrer Mizgin Ciftci hat das als Referendar an der Schule an der Lerchenstraße in Vegesack anders erlebt. Er findet die Lage des Politik-Unterrichtes in Bremen „katastrophal“: der sei „strukturell total unterfinanziert und unterrepräsentiert“, sagt er der taz. Das ist ein echtes Problem – denn in Bremen darf man mit 16 schon die Stadtbürgerschaft und den Landtag wählen, mit 14 Jahren Beiräte.

Zwei Jahre arbeitete Ciftci hier als Lehrer, auch im Ausbildungspersonalrat war er aktiv. Angesichts seiner negativen Erfahrungen habe er sich gegen den Berufsentschieden – obwohl er seine Ausbildung mit „sehr gut“ beendete.

Mittlerweile ist er Gewerkschaftssekretär bei Ver.di. Zudem engagiert er sich für die

Linkspartei im Osterholzer Kreistag. „Einigen Eltern, aber auch Kolleg*innen hat mein Anspruch an politische Bildung nicht gefallen“, erzählte er jüngst in einem Interview mit der Gewerkschaft GEW.

„Mir wurde mehrfach vorgeworfen, die Schüler*innen zu linken Querdenkern zu erziehen, die alles und jeden hinterfragen würden.“ Als er, noch als Referendar, mit seiner 8. Klasse am Klimastreik teilgenommen habe und dabei eine Weste mit Gewerkschaftslogo trug, sei ihm daraus ein Strick gedreht worden, sagt er – als Lehrer sei er zur Neutralität verpflichtet.

Auch von seinem Schuldirektor sei er nicht unterstützt worden: „Als es vonseiten einiger Eltern, von denen einige – wie sich später herausstellte – offen mit AfD und Bürger in Wut sympathisieren, Kritik an meiner Person gab, wurde ich immer wieder zu disziplinarischen Gesprächen ins Büro der Schulleitung eingeladen. Ich wurde aufgefordert, mich zu zügeln und ‚nicht mit dem Feuer zu spielen‘.“ Ein Einzelfall? Nein, sagt Ciftci: „Das hat System.“ Allein an seiner Schule sei er der zweite Politiklehrer gewesen, der diese nach Angriffen von rechts verlassen hat.

Dabei haben die Schüler*innen selbst schon „eine bessere politische Bildung“ an Schulen gefordert, „die Gefahren von Radikalismus aufzeigt“. So steht es in einer Resolution, die bei der letzten Sitzung von „Jugend im Parlament“ beschlossen wurde. 2018 war das – das Gremium tagt normalerweise alle zwei Jahre. Weil die Bremische Bürgerschaft gerade umgebaut wird, findet das Planspiel erst 2021 statt.

„Jugend im Parlament verlangt die Förderung eines nachhaltigen politischen Interesses

bei jungen Menschen durch die Schule, um eine freie Meinungsbildung zu gewährleisten“, heißt es in einer von acht Resolutionen. Dazu solle es einmal pro Halbjahr an allen Schulen einen verpflichtenden Workshop-Tag geben, von Beginn der Sekundarstufe 1 bis Ende der Schullaufbahn.

Eingeführt wurde der nicht. Zwar wurden die Resolutionen vom Landtag debattiert. „Wir haben allen Grund, die Beschlüsse der Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen“, sagte CDU-Politiker Thomas von Bruch damals. Bei der SPD stießen die

„Viele Schüler*innen hatten bis zur Zehnten nie Politik“

Mizgin Ciftci, Ex-Politiklehrer

Forderungen aber nicht auf Gegenliebe: So ein Workshop-Tag wäre „eine Form von elaboriertem Politik-Unterricht“, führte der damalige SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe seinerzeit aus – „ob wir so etwas wirklich brauchen, weiß ich nicht“. Tschöpe fand, dass die Politisierung der Schüler*innen nicht Aufgabe der Schule sei, sondern entlang gesellschaftlicher Konflikte stattfinde. Am Ende lehnte der Senat den Workshop-Tag als zu großen „Eingriff in die Gestaltungsfreiheit der Schulen“ ab. Politik-Unterricht in Bremen solle nur eine „entpolitisierte Institutionenkunde sein“, kritisiert Ciftci.

Dabei bemängelt eine neue Studie die Qualität des Politik-Unterrichts an deutschen Schulen, wie die *Süddeutsche Zeitung* am Montag berichtete: „Mancherorts macht das Fach mehr

als vier Prozent der Unterrichtszeit an den weiterführenden Schulen aus, in anderen Ländern nicht einmal ein Prozent.“ In Thüringen, dem Saarland, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen bekommen Schüler*innen am Gymnasium demzufolge frühestens in Klasse 8 Politik-Unterricht, in Bayern sogar erst in Klasse 10. Nur in Bremen, Hessen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen könne er schon in Klasse 5 beginnen.

Entsprechend vorbildlich findet sich der Senat: Die Stundentafel für den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich der Oberschule sei „im bundesweiten Vergleich bereits jetzt überdurchschnittlich ausgestattet“. Darüber hinaus gebe es „deutlich mehr Unterrichtsstunden“ für politische Bildung als in den Mindestvorgaben der Kultusminister vorgesehen.

Laut Bildungsressort stehen für den Lernbereich „Gesellschaft und Politik“, zu dem Geografie, Geschichte und Politik gehören, sowohl in fünften bis zehnten Klassen der Oberschulen als auch in den fünften bis neunten Klassen der Gymnasien „im Schnitt circa drei Unterrichtsstunden pro Woche“ zur Verfügung.

Die Praxis sehe ganz anders aus, sagt Ciftci: „Viele Schüler*innen hatten bis zur Zehnten nie Politik-Unterricht“ – gerade wegen der Konkurrenz zu Geografie und Geschichte. Es gebe viel zu wenig Politiklehrer:innen in Bremen – und jene, die das Fach lehrten, seien oft schlecht ausgebildet. Schon 2016 bemängelte eine Studie der Uni Bremen, dass Politik an Bremer Schulen häufig fachfremd unterrichtet wird. Ciftcis Bilanz: Die Situation des Faches sei im ganzen Land „miserabel“ – und in Bremen „nicht viel besser“.

das geld-ohne-auflagen-wetter

Millionen aus dem Bremen-Fonds schön und gut, findet die Handelskammer-Präses Janina Marahrens-Hashagen, aber dass der Senat es wirtschaftslenkend einsetzen und an Sozialstandards koppeln will, lehne die Kammer „entschieden ab“. **Fort-trocken, windstill, 13 Grad**

corona in bremen

„Viele unserer Teilnehmenden wissen, wie sie sich schützen“

Interview **Dominika Vetter**

taz: Frau Pahnke, das Blaumeier-Atelier in Walle ist normalerweise ein Ort des kreativen Schaffens. Was davon kann momentan stattfinden?

Wendla Pahnke: Mitte März haben wir wegen Corona schlagartig das Atelier geschlossen. Seitdem bieten wir keine Kurse mehr an, vor Ort im Atelier findet nichts mehr statt. Wir haben aber improvisiert, wir bringen den Teilnehmer*innen zum Beispiel Care-Pakete nach Hause.

Was ist in den Paketen?

Staffeleien, Leinwände, Farben, persönliche Gegenstände der Künstler*innen. Oder auch angefangene Bilder. Wir haben einen Blog erstellt, mit dem wir uns über zu Hause entstandene Werke austauschen. Mit den Teilnehmenden in Kontakt zu bleiben ist für alle Kolleg*innen momentan das Wichtigste. In jeder Gruppe, auch in den anderen künstlerischen Bereichen, gibt es irgendeine Form von Online-Austausch. Wir greifen oft auf das Telefon zurück, weil nicht alle mit Internet ausgestattet sind. Das ist ein kritischer Punkt, denn wir haben einen inklusiven Anspruch, merken aber, dass wir nicht alle durch unser Angebot erreichen können.

Sind unter Ihren Teilnehmer*innen viele Menschen aus Risikogruppen?

Wir wissen das nicht im Detail, weil wir die Diagnosen der einzelnen Menschen nicht kennen. Und das ist auch Teil des Prinzips bei Blaumeier, dass wir Menschen nicht über ein Defizit betrachten. Natürlich gibt es viele Teilnehmende mit Beeinträchtigungen. Viele davon kommen jetzt ins Schwimmen, denn sie können weder zur Arbeit gehen, noch Freizeitangebote wahrnehmen.

Sie kriegen also mit wie es den Künstler*innen zu Hause geht?

Am Telefon fragen wir die Künstler*innen immer zuerst, wie es ihnen geht und wie sie zurecht kommen, erst dann fragen wir, wie sie mit ihrer künstlerischen Arbeit vorankommen. Wir übernehmen da eine Rolle, die wir sonst nicht übernehmen. Gerade Menschen, die in Wohngruppen leben, sind oft isoliert. Wie es weitergeht, ist eine Frage, die viele beschäftigt. Einige sind unmotiviert, weil ihnen das Atelier und die anderen fehlen. Still und allein zu Hause zu arbeiten, ist einfach etwas anderes. Teil einer Gruppe zu sein, ist für viele wichtig. Das ist auch der Leitgedanke unserer inklusiven Arbeit: gemeinsam an Projekten zu arbeiten.

Wie wird es denn in Zukunft mit Blaumeier weiter gehen?

Wir stehen vor einem Dilemma, wenn wir überlegen müssen, wer wiederkommen darf, wenn wir aufmachen und für wen es ein zu großes Risiko bedeuten würde. Denn es macht uns eigentlich ja gerade aus, keine Unterschiede zwischen Teilnehmenden zu machen. Von einigen wissen wir, dass sie sich noch nicht zutrauen würden, zu kommen, andere schon. Deswegen werden wir mit jeder Person einzeln sprechen und gemeinsam ein Konzept entwickeln. So wie vorher werden wir nicht einsteigen können, das ist klar. Wir alle haben in den letzten Wochen gelernt, wie wir mit der Situation umgehen können. Viele unserer Teilnehmenden wissen genau, wie sie sich schützen können. Inzwischen halten wir es für wichtig, dass auch inklusive Freizeitangebote wie Blaumeier wieder öffnen, damit diese Menschen wieder selbstbestimmter leben können.



Foto: privat

Wendla Pahnke, 29, ist Kunstpädagogin im Malatelier von Blaumeier.

nachrichten

Latzel doch verheiratet

Durch einen Übermittlungsfehler haben wir Olaf Latzel für zölibatär erklärt. Das ist falsch. Er ist verheiratet und hat auch eine Tochter. Die Wege des Herrn sind ungründlich. Wir bitten um Erbarmen. (taz)

Kita weiter ohne Beitrag

Beiträge für die Kindertagesbetreuung sol-

len bis Ende des Kita-Jahres nicht erhoben werden. Das hat der Senat beschlossen. Auch auf die Beiträge fürs Schul-Mittagessen wird bis Ende Juli verzichtet. (taz)

Sport in Hallen bald erlaubt

Fitnessstudios und Sporthallen dürfen ab Mittwoch 27. Mai unter Auflagen wieder öffnen. Das hat der Senat beschlossen. Notwen-

dig sei allerdings, eine Bewegungsfläche von 20 Quadratmetern pro Person, hieß es. Zudem würden sportartenspezifische Vorgaben der jeweiligen Fachverbände gelten. Ab Mitte, teilweise schon ab Anfang Juni sollen auch die Freibäder öffnen können, teilte die Landesregierung mit. Hierfür müssten allerdings noch Hygienekonzepte erarbeitet werden. (taz)